März / April 1989
Nr. 25 DM 4,–

Atom Express & Atommüllzeitung

atom

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Was haben wir mit Fidel Castro am Hut?

Nun, die AKP berichtet laufend über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr usw.. In Heft 3/88 hatten wir auch einen Schwerpunkt zur kommunalen Dritte-Welt-Politik.

Ein Nachrichten- und Magazinteil, sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältigste Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

* * *

Die AKP erscheint 6-mal im Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 7,- DM (zzgl. 1,50 Versand), das Abo gibt es portofrei für 42.- DM.

Redaktion und Vertrieb:

AKP
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(0521 / 17 75 17)

Fachzeitschrift für grüne und alternative Kommunalpolitik

Im Gemeinschaftsprojekt der Buchläden:
Rote Straße, Göttingen
Schwarze Risse, Berlin
sind erschienen/erscheinen:

Materialien für einen neuen Anti-Imperialismus 1
- Mittelamerika-Nord-Mexiko-USA
- Migration / kriegsförmige Mobilisierung / Vertreibung / Low Intensity Warfare / transnation. Klassenauseinandersetzungen
- Ökonomie des Widerstands

(April 88) **9.-**

MATERIALIEN FÜR EINEN NEUEN ANTIIMPERIALISMUS

NR. 2

BRASILIEN — DAS ENDE DER ENTWICKLUNG

- Brasilien
- Migration / Hunger / Bevölkerungspolitik / Vernichtung
- die „neuen" Klassenkämpfe in Brasilien / Streiks / Plünderungen / Landbesetzung copycats / Blockierung des Entwicklungsmodells

(Juni 88) **12.-**

Leben als Sabotage
D. Hartmann
Zur Krise der technologischen Gewalt, mit aktuellem Vorwort
Reprint, Juni 88, DM 13,-

Bestellungen an:
Buchladen Schwarze Risse
Gneisenaustr. 2, Tel. 6928779
Gruppen u. Einzelbestellungen
bitte Vorauszahlung:
Postgirokonto 2908 91 - 103
M. Junk Verlag

ami

Der ungebrochene Menschheitstraum,

Form und Inhalt zu einer Einheit zu bringen,

hat nun auch die **anti-militarismus-information** erfaßt.

ami - der meistgelesenste Monats-Info-Dienst zu Rüstung, Militär, Frieden

ami - unabhängig, unbequem, verläßlich Zeitgeistern trotzend

ami - seit 1971 eine kompetente anti-militaristische Stimme

AMI IST JETZT NEU

ami erscheint ab Januar 1989 im neuen Gewand. Aus dem beliebten **Infodienst und Nachschlagewerk ami** haben wir nun auch eine **attraktive Zeitschrift ami** gemacht. Denn wo der Inhalt so schwer wiegt wie in der **ami**, da soll das Lesevergnügen nicht zu kurz kommen. Wir machen Ihnen ein einmaliges Angebot:

KENNENLERN - ABO 1989

Sie erhalten gratis und ohne weiteren Verpflichtungen drei Ausgaben der **ami** (incl. eines Themenheftes) zum Kennenlernen. Stellen Sie selbst fest, was der **ami** so viele treue LeserInnen beschert!

ami - bringt verständlich auf den Punkt, was Sache ist in der Militär- und Sicherheitspolitik und was eine Friedenspolitik berücksichtigen muß - politisch, rechtlich, theoretisch.

ami - gliedert "den Militarismus" für Sie übersichtlich auf. ami ist zum Auseinandernehmen und Sammeln nach einem durchdachten Rubrikensystem. Sie legen sich mit der Zeit ein umfangreiches Handbuch an.

ami - informiert kompetent und kritisch. Wir lesen über 100 Zeitungen und Fachzeitschriften und werten sie gezielt aus - damit Sie das nicht selbst machen müssen. In ami-Artikeln sind die Quellen ausgewiesen. Wenn Sie anfragen, schicken wir Ihnen gerne die Originale.

ami - treibt Diskussionen voran. Dreimal im Jahr erscheint ami als Doppelheft (60 Seiten) zu einem wichtigen Thema, das wir für Sie aufbereiten - theoretisch; kontrovers, praxis-orientiert.

Bestellungen des "Kennenlern-Abo 89" bis zum 28.2.89 an:

ami-Verlag, Elßholzstr.11, 1000 Berlin 30. Postkarte genügt !

antimilitarismus information

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:
atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg
Tel.: 04131/37835 (tagsüber)

V.i.S.d.bgl.P.:
Günter Garbers, Sabine Roisch, Bernd Weidmann

Diesmal gibt's keine Grüße nach Mexiko, weil Maxen ist wieder da!

Bestellbedingungen:
Diese Ausgabe kostet 4,– Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3,– Mark.
Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 25,– Mark incl. Porto und Versand.
Förder-Abo: ab 35,– Mark
Konto: »atom«, G. Garbers
PSchA Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Abo- und Bestellpost bitte nur an:
G. Garbers, Posenerstr. 22, 2121 Reppenstedt

Bitte **keine Post** mehr an die alte Adresse des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie schicken. Das Büro in der Reinhäuser Landstraße 24 ist aufgelöst!

Spendenkonto:
Bernd Weidmann Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 409898-304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/ der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:
Dies ist die **atom** Nr. 25.
Nach der guten alten Zählweise, für Fans, SammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 65
atommüllzeitung Nr. 51

Druck: Steidl, Göttingen

Redaktionsschluß für die nächste atom: Anfang April 1989

Inhalt

Hochtemperaturreaktoren: Groschengrab in Uentrop, Genehmigungsverfahren in Hannover 4
Biblis: Knapp am GAU vorbei 7
Wackersdorf: Großdemonstration in München & Chronik & SPUDOK in der Oberpfalz 10

Schwerpunkt 1: Schacht Konrad

Das Genehmigungsverfahren zum geplanten Atommüll-Lager im Schacht Konrad geht in die entscheidende Phase. Der Widerstand formiert sich, der Atomlobby steht der Müll bis zum Hals.

Schacht Konrad: Vor der Entscheidung 15
Die SPD und der Ausstieg 19
Brokdorf: Interview mit Kläger Karsten Hinrichs 22
Standorte: Emden, Gorleben, Mülheim-Kärlich Biblis, Cattenom, Gronau, Karlsruhe u.a. 25
Atomwaffenverzicht bleibt Insiderthema 41

Schwerpunkt 2: West meets East

Ende Januar trafen sich erstmals VertreterInnen der Grünen, der KPdSU und der Anti-AKW-Bewegung, um über das Thema Atomenergie zu debattieren.

Zum Verlauf des Treffens: Erklärung und Kommentare 42
Interview mit dem sowjet. Delegationschef Frolow 46

Schwerpunkt 3: Prozeß gegen Fritz Storim

Dr. Fritz Storim, Anti-AKW-Aktivist der ersten Stunde, vielen bekannt als Gutachter in Anti-AKW-Prozessen, war jetzt selbst angeklagt und wurde verurteilt: 1 Jahr ohne Bewährung.

Alles über den Storim-Prozeß wegen § 129a 50
Hungerstreik der politischen Gefangenen 54
Widerstand und Schußwaffengebrauch 56
Prozesse wg. Atommülltransporte 58
Startbahn-Prozesse 62
Schwarzes Brett 67

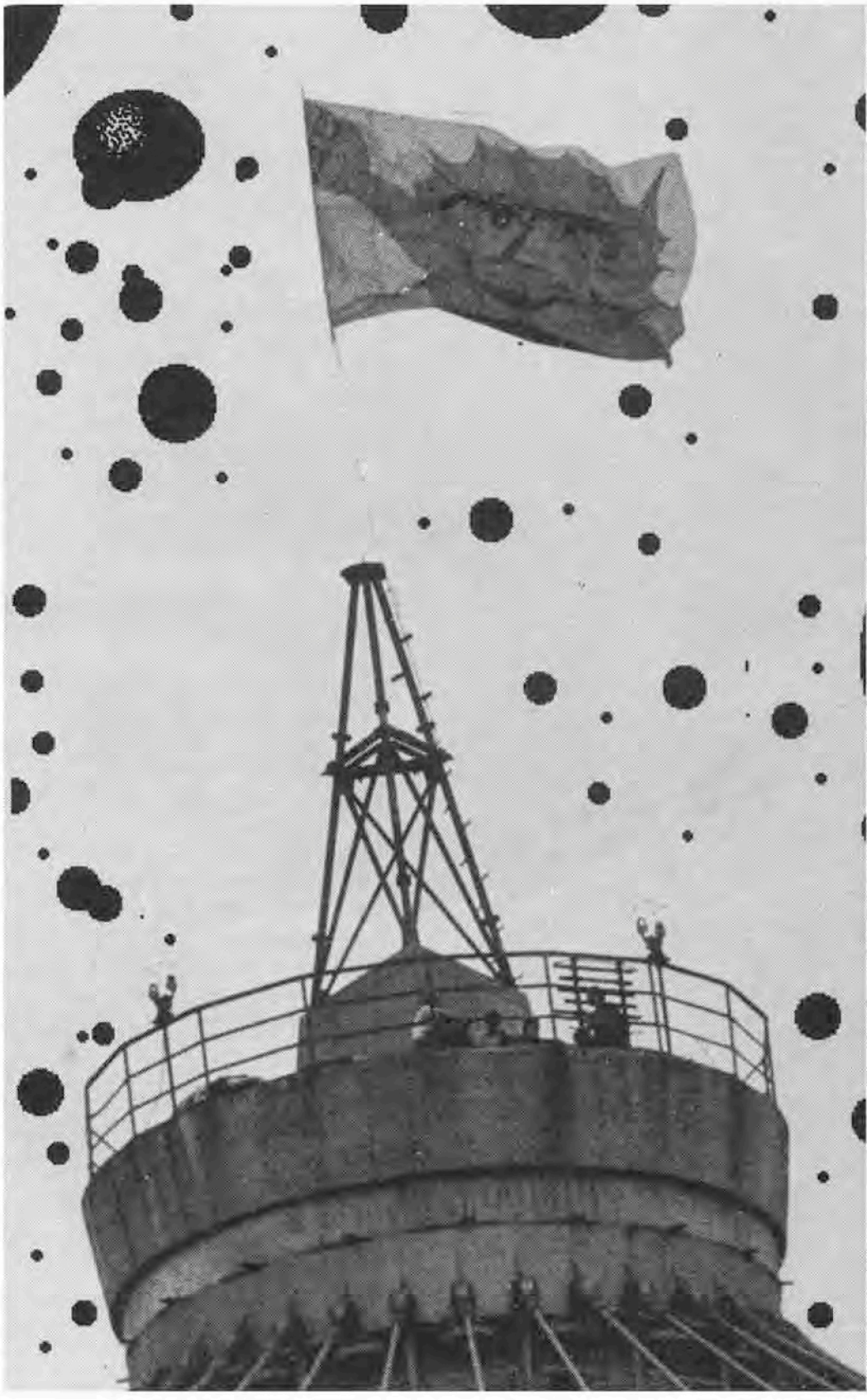
THTR Hamm ... nicht nur ein Groschengrab!

Der Thorium Hochtemperaturreaktor (THTR) in Hamm Uentrop ist seinem Ende als Investionsruine der Atomindustrie ein Stück näher gerückt.

Seit 1971 wurde der THTR im Auftrag der Betreibergruppe Hochtemperatur-Kernkraftwerk GmbH (HKG) von der Firmengruppe Brown, Boverie & Cie AG (BBC) errichtet. Hauptanteilseigner an der HKG sind die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW) und einige kommunlae Energieversorgungsunternehmen. Eigentlich sollten die Baukosten nicht höher als 690 Mio. DM liegen und der Bau selbst nach 61 Monaten fertiggestellt sein. Es dauerte aber 164 Monate und kostete über 4.000 Mio. DM, bis 1983 der Probebetrieb aufgenommen wurde und der Reaktor 1985 ans Netz angeschlossen werden konnte. Die Pleite war damit vorprogrammiert. In den fast 4 Jahren Betriebszeit war der Reaktor wegen häufiger Störfälle die meiste Zeit abgeschaltet. Er erreichte gerade eine Auslastung von 40 %. Selbst bei einer günstigen Entwicklung für die HKG wurde ein Verlust von jährlich 70 Mio. DM bis Mitte der 90iger Jahre errechnet. Jeder Tag, an dem der Reaktor stillsteht, bringt den Betreibern nach ihren eigenen Angaben 900.000 DM an Verlusten ein.

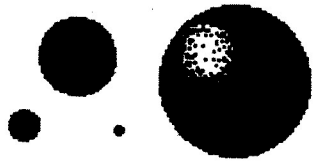
Die »Reaktorlinie der Zukunft« ist mehr als nur ein Groschengrab. Was den Energieriesen VEW wenig juckt, bereitet den kleinen EVU's starke Kopfschmerzen. Sie sind meist noch in kommunaler Hand wie z.B. die Bielefelder und Aachener Stadtwerke. Ihre Kapitaldecke ist dünn. Schraubt sich die Verlustspirale weiter nach oben, droht ihnen das Aus. Die VEW wird sich über die günstige Übernahme dieser kleinen weißen Flecken in ihre Energieimperiums freuen.

Ein Versuch der »Kleinen« ihre Anteile an die »Großen« zu verkaufen ist gescheitert. Auch andere kaufwillige Einsteiger lassen sich nicht finden. Als letzte aus dem Kreis der Gesellschafter hatten sich die Bremer Stadtwerke von ihrem 5 %-Anteil verabschiedet, zum symbolischen Preis von einer Mark. Heute würde niemand mehr den THTR geschenkt haben wollen. Angesichts dieser Misere bleibt der Betreibergesellschaft HKG nur eine Alternative: Poker oder Pleite! Im November 1988 beantragte sie bei Forschungsminister Riesenhuber das »Einverständnis zur endgültigen Stillegung«. Im Nachsatz verlangten sie, wenn er dies nicht wolle, eine Nachbesserung des Risikobeiteiligungsvertrages (RBV) von Bund und Ländern. Schon 1983 kam ein solcher Vertrag zustande, in dem Bund (2/3) und Land (1/3) sich verpflichteten, für Verluste der HKG die in der Hauptsache durch Reaktorstillegung zustande kommen, mit 450 Mio. DM zu haften. In diesem Zusammen-



hang besonders interessant ist die Aussage in diesem Vertrag, die besagt, daß die THTR-Gesellschaft aufgelöst werden muß, wenn »die Haftungssumme von Bund und Land erschöpft ist« (Punkt 11 Abs. 2 BV).

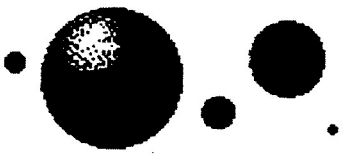
Dieser Zeitpunkt ist jetzt erreicht. Für den THTR-300 bedeutet es die endgültige Stillegung. Die Betreibergesellschaft HKG fordert eine Erhöhung des RBV um 550 Mio. DM auf 1 Mrd. DM. Vorerst scheinen sowohl die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen als auch das Bundesforschungsministerium nicht bereit zu sein, diesen Betrag bereit zu stellen. Der Ausgang dieser Auseinandersetzung bleibt z. Zt. noch ungewiß.



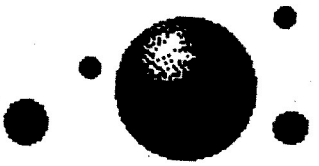
Auch technisch ist der THTR mehr als mangelhaft. Seit September 1988 steht er still. 35 Befestigungsbolzen wärmeisolierender Platten in Heliumheißgaskanälen sind gebrochen und im Reaktorinneren verloren gegangen. Durch diese Kanäle stömt erhitztes Helium aus dem Reaktorinnenraum in die Dampferzeuger, d.h., daß der Schaden im stark verstrahlten Bereich liegt. Nur mit ferngesteuerten Kameras läßt sich das Ausmaß erfassen. Für die Reparatur muß extra ein Roboter entwickelt werden, der in diesem für Menschen unzugänglichen Bereich arbeiten kann. Da die »Panne« noch nicht endgültig bewertet werden kann, sind die Reparaturkosten unkalkulierbar. Von den gebrochenen Bolzen sind bisher erst zwei wiedergefunden worden.

Große Probleme bereiten auch die Brennelementkugeln und deren Handhabung. Die Bruchrate der Graphitkugeln liegt deutlich höher als erwartet. Eine Woche nach der Katastrophe in Tschernobyl im Mai '86 verklemmten sich einige Kugeln in einer Zugabeleitung. Bei der Öffnung des Reaktorkerns wurden ca. 90 Mio. Bequerel über die Abluft in die Umwelt geblasen. Unter der Strahlenwolke von Tschernobyl sollte dieser Störfall unentdeckt bleiben.

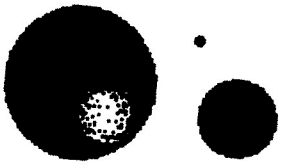
Einmal mehr ein Beweis für den menschenverachtenden Umgang mit dieser Technologie.



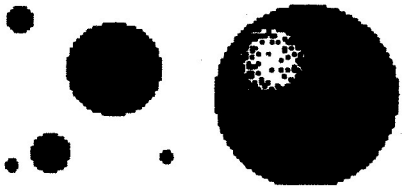
Für die Erneuerung des Kugelabzugs zum Austausch der Brennelemente des THTR im laufenden Betrieb mußten 1987 weitere 36 Mio. DM ausgegeben werden. Störanfällig sind auch immer wieder der Abluftventilator, das Notstromaggregat und die Meßfühlerelektronik. Die Stillegung des THTR-300 in Hamm-Uentrop scheint aus ökologischen und ökonomischen Gründen zwingend. Das Bielefelder Energie und Umweltbüro im Umweltzentrum berechnete die Kosten der Stillegung: allein 420 Mio. müßte die HKG an Tilgung der Abschreibungsraten auf einen Schlag hinblättern. Ein Abriß des THTR würde vorsichtig geschätzt min. 2 Mrd. DM (50 % der Baukosten) betragen.



Für die kommunalen Stadtwerke in Bielefeld, Aachen, Wuppertal ist es besser, wenn die rettenden Gelder aus Bonn und Düsseldorf nicht fließen. Ein Ende mit Schrecken, auch wenn dies nicht billig wird, scheint erträglicher, als noch länger das »Faß ohne Boden« stopfen zu müssen.

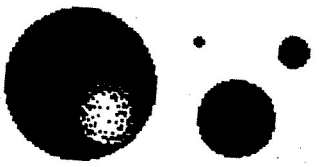


Eine weitere »Klemme«, in der die Betreibergesellschaft HKG steckt, ist der »Entsorgungsnachweis«. Mittlerweile haben sich über 300.000 abgebrannte tennisballgroße Graphitkugeln angesammelt. Zur Lagerung des Atommülls ist eine turnhallengroße Halle auf dem Kraftwerksgelände errichtet. Dieses Zwischenlager ist eine jener Notmaßnahmen, die die stümperhaften Töpferschen Entsorgungspläne vertuschen sollen. Ähnlich wie in Wackersdorf wurde versucht diese »Transportbereitstellungshalle«, wie sie verniedlichend von der HKG genannt wird, ohne atomrechtlicher Genehmigungsverfahren in Betrieb zu nehmen, d.h. ohne Beteiligung der Öffentlichkeit. Die Nordrhein-Westfälische Landesregierung wollte die Halle lediglich nach den Bestimmungen der Strahlenschutzverordnung in Betrieb gehen lassen. Der zuständige SPD-Arbeitsminister Heinemann sagte auf Druck der atomfeindlichen Öffentlichkeit und einem Teil seiner SPD-Genossen eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu.



Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in Berlin zum Genehmigungsverfahren des Eingangs-/Zwischenlagers zur WAA in Wackersdorf sagt eindeutig aus: *»Der Schutzzweck des Atomgesetzes verlangt, den gesamten auf Erzeugung, Bearbeitung, Verarbeitung, Spaltung oder (Wieder-)Aufarbeitung von Kernbrennstoffen gerichteten Arbeitsprozeß mit jeweils allen nuklearspezifischen gefährlichen Arbeitsschritten, auch vorbereitenden und nachbereitenden wie der Lagerung, und die diesen Aufgaben dienenden Einrichtungen der einheitlichen atomrechtlichen Anlagengenehmigung (...) zu unterwerfen.«* (TAZ 25.11.88)

Sowohl Umweltminister Töpfer (CDU) als auch der NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen (SPD) sind der Meinung, daß das beantragte Zwischenlager »nicht im direkten Sicherheitszusammenhang mit dem Kraftwerk steht.« Sollten Töpfer und Jochimsen den Sinneswandel in Heinemanns Ministerium nicht teilen wollen, dann können sich alle — AKW-GegnerInnnen, Betreiber und Genehmigungsbehörden — auf eine längere gerichtliche Auseinandersetzung einstellen.



Anzeige

die tageszeitung

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LÄNGER LINKS LIEGEN LASSEN.

TAZ PER ABOFON: 030/4609-270

Offizielles Gutachten bestätigt:

HTR-Verfahren verfassungswidrig

»Das Verfahren für den HTR-Modul ist doch gestorben!« Diese Einschätzung ist in BI und grünen Kreisen mittlerweile weit verbreitet. Grundlage dafür waren mehrere Anfang des Jahres in niedersächsischen Zeitungen erschienene Artikel, in denen Vertreter des niedersächsischen Umweltministeriums verlauten ließen, das standortunabhängige Einwendungsverfahren solle **»erstmal einmal«** vertagt werden, *»um es später dann zu ungewissem Termin mit der zweiten Genehmigungsstufe, dem Standortverfahren, zu verkoppeln.«(Hannoversche Allgemeine Zeitung, HAZ, 2.1.89) Das hier die GegnerInnen des Verfahrens gezielt desinformiert werden sollten liegt nahe, denn schon Ende Dezember hatte Umweltminister Remmers seinem Bonner Kollegen eine juristische Ausarbeitung über den Fortgang des zugehen lassen. Mündlich liegt Remmers grünes Licht aus Bonn vor, gewartet wird in Hannover noch auf die schriftliche Stellungnahme, dann wird die Auslegung der Unterlagen für den HTR-Modul eingeleitet. Eile ist jetzt auch geboten, will man die Genehmigung noch vor der Landtagswahl 1990, die möglicherweise einer sozialliberalen Koaltion die Mehrheit beschert, noch unter Dach und Fach kriegen.*

Einen schweren juristischen Stein legte der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst (GBD) der Landesregierung in den Weg. In einem Gutachten für den grünen Landtagsabgeordneten Hannes Kempmann stellte der GBD fest, das es keinen verfassungsgemäßen, gerichtlich durchsetzbaren Weg zur Durchführung des standordunabhängigen Vorbescheidverfahrens gibt. Konstatiert wird:»Die verfassungsrechtlichen Probleme sind bis heute ungelöst und umstritten.«(1) Vom GBD ausdrücklich bestätigt wird die von Remmers bestrittene »Räklusionswirkung« des standortunabhängigen Verfahren, d.h. der Ausschluß von Einwendungs- und Klagemöglichkeiten bei einem zweiten standortgebundenen Verfahren. Hier sind dann alle Einwendungen ausgeschlossen,*»die schon vorgebracht waren oder ... nach den ausgelegten Unterlagen hätten vorgebracht werden können ...«*(2), dies betrifft speziell die Sicherheitstechnik des Reaktors. Die Präklusion gilt auch für Einwendungen späterer Anwohner eines HTR-Standortes. Auch sie können Einwendungen im standortunabhängigen Verfahren nicht im zweiten Verfahren nochmals erheben oder daraufhin klagen, wenn sie von der Behörde beim Erörterungstermin zurückgewiesen wurden.

Völlig*»am Sinn des Vorbescheidverfahrens gemäß § 7a Atomgesetz (AtG) vorbei«*geht das vom Umweltminsterium als Reaktion auf die breiten Proteste ausgetüftelte Zugeständnis, im standortbezogenen (zweiten) Verfahren die Konzeptfrage (aus dem ersten Verfahren) neu zu prüfen. **»Würde (von der Genehmigungsbehörde nach der erneuten Prüfung) eine Änderung des Konzepts verlangt, könnte sich der Antragsteller (Siemens) auf die Bindungswirkung des bestandskräftigen Vorbescheids berufen und der erneuten Prüfung widersprechen. Im Hinblick auf diese Situation ist vom Antragsteller schriftlich auf Schadensersatzansprüche für den Fall verzichtet worden, daß das Konzept nicht unverändert genehmigt wird... Damit ist natürlich die Bindungswirkung nicht beseitigt.«**

Der GBD kommt hier zum Fazit, daß*»die Bemühungen von Antragsteller und Genehmigungsbehörde, durch Vereinbarungen, Absichtserklärungen und Verzichtserklärungen das Verfahren zu verändern, ... ihre Grenze in den Vorschriften des Atomgesetzes«*finden. Bezüglich der Klagemöglichkeit gegen den standortunabhängigen Vorbescheid kam eine Expertise des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages Ende 1988 zu der Aussage*»solange der Standort eines Atomkraftwerkes noch nicht feststeht, kann ... niemand geltend machen, durch die behördliche Entscheidung (hier Erteilung der Gehnehmigung) in seinen Rechten beeinträchtigt zu sein. Die für jede Klage notwendige Klagebefugnis ist daher nur schlecht zu begründen'«*Während der wissenschaftliche Dienst des Bundestages diese fehlende Klagemöglichkeit gegen die Genehmigung des Konzepts eines AKWs letzlich für verfassungsgemäß hält, kommt der GBD zu dem

Tja, was nun, Herr Remmers?

Schluß, dies würde der*»Rechtsweggarantie in Artikel 19, Abs. 4 Grundgesetz widersprechen.«*Die Einwendungsmöglichkeit im standortunabhängigen Verfahren*»würde zu einer Farce, wenn sie den Einwendern nicht auch zum rechtzeitigen und effektiven Rechtsschutz (Klagemöglichkeit) dienen würde.«*

*»Da mit dem Vorbescheid im standortunabhängigen Verfahren für einen möglicherweise unsicheren Reaktor der Weg frei gemacht wird«*schlägt der GBD zur Schaffung effektiver Klagemöglichkeiten vor, angesichts des fehlenden Standortes für den HTR-Modul von einer *»ubiquitären (überall verbreiteten) Betroffenheit«*auszugehen. Die bei Atomverfahren übliche Klagevoraussetzung der Nachbarschaft zur beklagten Anlage solle fallen gelassen werden, stattdessen müsse mann davon ausgehen, daß *»Millionen betroffen sein«*können und damit klageberechtigt sind. Der GBD muß dann allerdings eingestehen, daß*»sich dieser Lösungsansatz«*bislang nicht in der Rechtssprechung findet und die Aussicht, ihn vor den Gerichten durchzusetzen, *»sehr skeptisch beurteilt werden«*muß. Der GBD rät abschließend*»um jeder nur denkbaren Präklusionswirkung zu entgehen«*, das, was auch die Bürgerinitiativen zu verankern suchen, *»schon im standortunabhängigen Vorscheidverfahren Einwendungen zu erheben.«*

Kein Gütesiegel für den Export

Eine Genehmigung für einen Reaktortyp ohne zusätzliches Genehmigungsverfahren für jeden einzelnen Reaktor wurde schon Mitte der 80iger Jahre von den HTR-Herstellern Siemens/KWU angestrebt.

*»Es müßte gelingen, für den Einzelmodul eine Begutachtung und Genehmigung zu erhalten, die einer 'Baumusterprüfung' entspräche...(2)*Der GBD kommt entgegen der erklärten Betreiberinteressen zu der Aussage:*»Der nicht standortbezogene Vorbescheid ist ... auf ein Verfahren zur Einrichtung einer Anlagen bezogen... er wird durch die Erteilung einer Atomanlagengenehimgung ... 'verbraucht'. Keinesfalls kann er als 'Bauartzulassung' oder 'Typengenehmigung' benutzt werden ... Als Instrument der Standardisierung ist er deshalb ungeeignet.«*

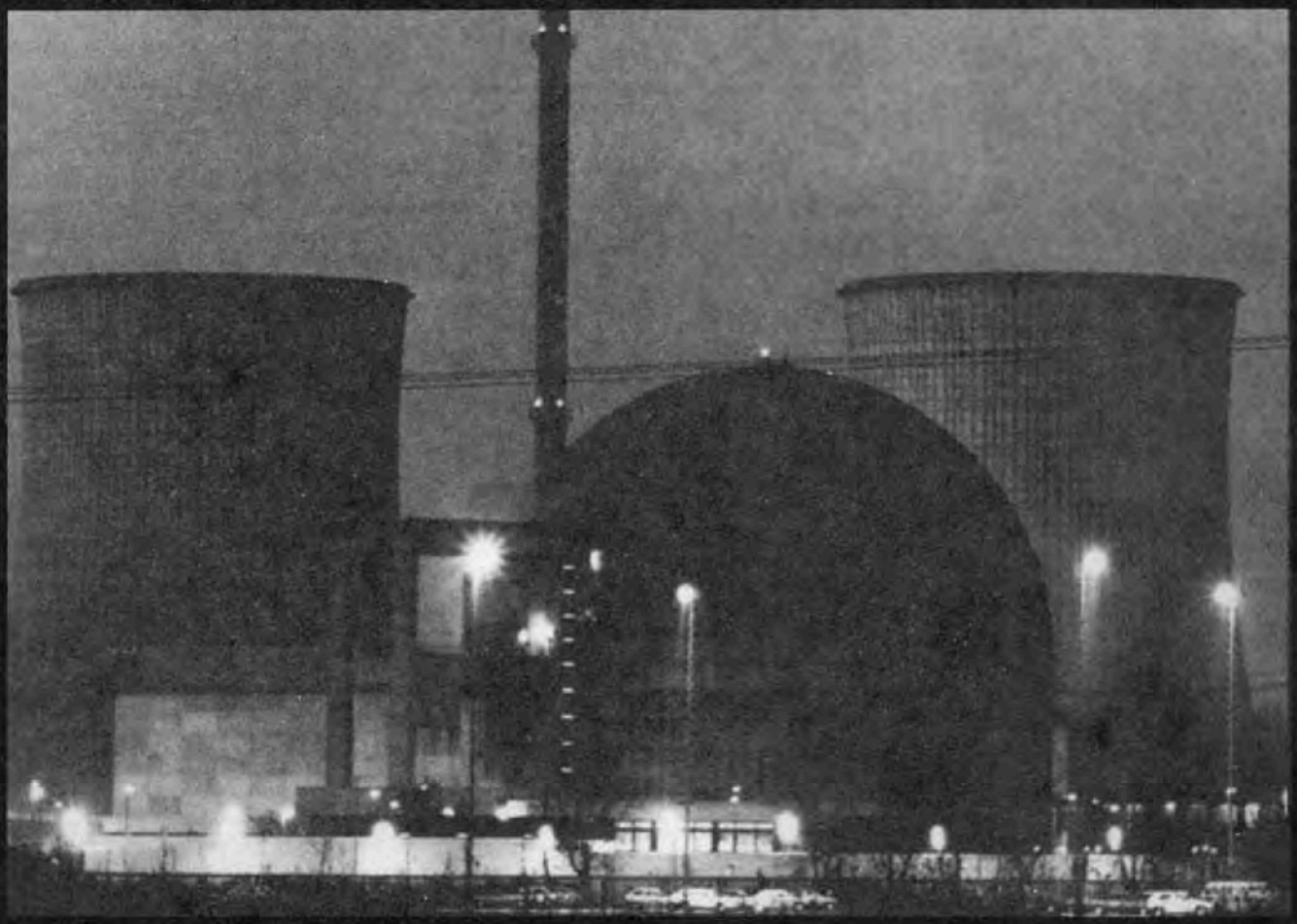
Auch das von Remmers vielfach als Motiv für die Durchführung des Verfahrens ins Feld geführte *»Gütesiegel für den Export«*ist laut GBD vom §7a AtG nicht gedeckt. Das Verfahren darf vom Umweltministerium als Genehmigungsbehörde nur weitergeführt werden, wenn es ein konkretes Interesse der Antragsteller zur Errichtung einer Anlage gibt - was von Remmers bislang heftig bestritten wird.

Anmerkungen

(1) Gesetzgebungs- und Beratungsdienst beim Niedersächsischen Landtag, Auslegung des §7a Atomgesetz - standortugabhängiges Vorbescheidverfahren für einen Hochtemperaturreaktor in Modulbauweise, 18.1.1989

(2) HTR-Modul.., internes KWU/Interatom Papier v. 13.6.1984

Die Gutachten sowie weitere Informationen zum HTR-Modul/Genehmigungsverfahren sind erhältlich bei: 1. Die Grünen im Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 3000 Hannover, 2. AG gegen HTR, Stephanusstr. 25, 3000 Hannover 91



GAU GEHEIM

AKW Biblis: Knapp an der Katastrophe vorbei

Mitte Dezember 1987 passierte im AKW Biblis ein „Störfall", der in den Sicherheitskonzepten für Reaktoren dieses Typs gar nicht vorgesehen ist. Für kurze Zeit war ein Leck entstanden, aus dem hochradioaktives Kühlwasser in den Raum außerhalb des Sicherheitsbehälters entwich. Damit drohte das gesamte Kühlsystem zusammenzubrechen.
Der SPIEGEL: „Nur weil ein fahrlässig geöffnetes Ventil dann doch noch rechtzeitig wieder schloß, konnte der Super-GAU, der unbeherrschbare Atomunfall, vermieden werden."

Über den Zwischenfall wurde zunächst ein Schleier der Geheimhaltung gelegt; einem ARD-Reproter, der zufällig zu diesem Zeitpunkt in Biblis filmen wollte, wurde ohne Angaben von Gründen der Zutritt verwehrt.
Erst die amerikanische Fachzeitung „Nucleonics News" enthüllte ein Jahr später den Vorfall. Und auch dann gaben die Verantwortlichen – mit dem RWE und Töpfer an der Spitze – die Wahrheit nur scheibchenweise preis. Der Folgende Artikel von Klaus Gärtner (GAL Hamburg) untersucht den Beinahe-GAU und seine Ursachen, gestützt auf die bisher bekannten Tatsachen.

Edition Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

In Biblis war die Katastrophe nach einem groben Fehler des Personals tatsächlich nur noch von dem zuverlässigen Funktionieren eines einzigen Ventiles abhängig. Jede Behauptung, daß eine weitere Verkettung unwahrscheinlicher Zufälle hätte dazukommen müssen, bevor etwas passiert, ist unwahr. Den Beweis dafür, der weiter unten dargestellt wird, liefert die "Gesellschaft für Reaktorsicherheit" selbst.

Technische Laien fragen oft verwundert, warum denn das Anfahren eines Reaktors oder der Betrieb eines Reaktors nicht verhindert wird, wenn eine technische Panne angezeigt wird. Die Antwort ist einfach: Wenn jede Störungsmeldung den Betrieb des Reaktors verhindern würde, könnte das Atomkraftwerk niemals laufen, denn es gibt praktisch keinen Zeitpunkt, wo keine Störmeldung vorliegt. Die meisten Störmeldungen sind nämlich Fehlalarme, deren Ursachen vielschichtig, aber im Grunde unvermeidbar sind, und zu denen das umfangreiche Meldesystem zwangsläufig führen muß. Im laufenden Betrieb gibt es ständig etwa 3 bis 6 Störmeldungen, denen die Betriebsmannschaft dann Stück für Stück nachgeht und die sich, wie gesagt, meistens als Fehlalarme erweisen. Im Anfahrbetrieb eines Reaktors wie in Biblis gibt es sogar 250 bis 300 unberechtigte Störmeldungen aller Art unter den ca. 5000 Signalen, die in der Schaltwarte eintreffen. In der kurzen Zeit kann die Mannschaft unmöglich jeder Störmeldung sofort nachgehen. Deshalb werden nach einem bestimmten System Prioritäten gesetzt. Wer das weiß, kann sich leicht erklären, warum wichtige Meldungen, die aber das Anfahren des Reaktors nicht stören, von den Betriebsmannschaften in Harrisburg, Bugey oder Biblis ignoriert wurden, bis etwas passierte.

Zum Ablauf des Störfalles:

Am Reaktor befinden sich 8 dicke Rohranschlüsse, jeweils Eingang und Ausgang für die vier Primärkreisläufe, in denen ein Druck von 155 bar herrscht. An jedem Rohr befindet sich ein Anschluß für das Not- und Nachkühlsystem, der bei Betrieb des Reaktors durch eine **Erstabsperrung** fest verschlossen ist. Diese Erstabsperrung ist ein gewöhnliches Rückschlagventil, das nur bei einem Druck unter 30 bar mit einem Stellmotor geöffnet werden kann. Im Falle Biblis blieb eine dieser Erstabsperrungen beim Anlaufen des Reaktors offen. Die entsprechende Störmeldung in der Schaltwarte wurde nicht ernstgenommen (siehe oben). Nach der Erstabsperrung teilt sich die Leitung auf in die Stränge für Hochdrucknotkühlung, Niederdrucknotkühlung, Nachkühlungskreislauf und Zugängen zur Prüfleistung. Bevor diese Leitungen die Sicherheitskugel verlassen, haben sie jede ein weiteres Rückschlagventil, die **Zweitabsperrungen.** Diese Ventile waren jetzt die letzte Barriere nach draußen. Zwischen Erst- und Zweitabsperrung gibt es nun, damit ein zu hoher Druck erkannt wird, ein Sicherheitsventil mit Meldung an die Schaltwarte. Im Falle Biblis funktionierte das Ventil, aber der Meldegeber war defekt, so daß die Alarmmeldung in der Schaltwarte nicht ankam.

Das heiße Wasser aus dem Sicherheitsventil vagabundierte in die Filter des Volumen-Regelsystems, die zu heiß wurden und eine Störmeldung in die Schaltwarte gaben. Diese ungewöhnliche Störmeldung wurde ernstgenommen. Der Fehler in der Erstabsperrung wurde erkannt. Damit der Reaktor nicht wieder abgeschaltet werden mußte, versuchte die Mannschaft, die offene Erstabsperrung (funktioniert ähnlich wie Fahrradventil) zu schließen, indem sie eine Strömung in der Leitung erzeugte. Zu diesem Zweck öffnete sie die Zweitabsperrung der Prüfleitung. Das herausschießende Wasser schlug Ventile innerhalb und außerhalb der Sicherheitskugel auf und riß eine Leitung ab. Zum Glück schloß sich die Zweitabsperrung nach sieben Sekunden wieder. Aber die Erstabsperrung blieb offen. Der Reaktor wurde heruntergefahren unter 30 bar, das klemmende Ventil mit dem Stellmotor losgeruckelt bis es schloß und der Anfahrbetrieb wieder fortgesetzt.

Das Öffnen der Zweitabsperrung war auf jeden Fall ein grober Fehler. Wenn das Ventil aus einem dummen Zufall nicht wieder geschlossen hätte (solche Ventile versagen fast nur in Offenstellung!), wäre auch der doppelte Gebäudeabschluß nutzlos gewesen. Die Abschlußventile liegen nämlich **außerhalb** der Sicherheitskugel. Die Leitung bis zu ihnen hinaus ist für einen Druck von 45 bar ausgelegt, der Reaktordruck beträgt aber 155 bar!! Die Leitung wäre also geplatzt, und zwar innerhalb und außerhalb der Sicherheitskugel. Ohne einen GaU auch nur zu berühren, führt das sofort zum Super-GaU. Kühlwasser entweicht aus der Sicherheitskugel, kann nicht mehr für den Sumpfbetrieb genutzt werden und beschädigt obendrein die Not- und Nachkühlsysteme im Ringraum. Der Hinweis auf das Sicherheitsventil ist eine Irreführung, denn das ist ausgelegt auf 110 bar und kaltes Wasser, aber nicht auf 155 bar und 300 Grad heißes Wasser, das bei Druckentlastung explosionsartig verdampft. In solchem Fall ist das Sicherheitsventil wirkungslos (siehe Gesellschaft für Reaktorsicherheit) und verhindert nicht das Platzen der Rohre.

Dennoch greift das Gerede vom "menschlichen Versagen" zu kurz. Vielmehr sollten Vorstellungen vom Betrieb eines Atomreaktors etwas realistischer werden:

1. Die Technik eines Atomkraftwerks ist im Prinzip nicht anders als andere Technik auch. Ventile haben Probleme, klemmen auch manchmal. Das eine hat einen zu kleinen Hub, um den Meldeschalter richtig zu erreichen, das andere zu lange Metallteile, die sich bei Wärme ausdehnen und zu Fehlanzeigen führen usw. Das ist normal und unabänderlich. Perfekte Technik gibt es nur in der Vorstellung von Laien.
2. Nach jedem besonderen Vorkommnis in Atomkraftwerken werden "Schwachstellen" ausgemacht und behoben, als wäre dies die letzte aller möglichen Schwachstellen. Das ist sie aber nur bis zum nächsten, ebenfalls unerwarteten Vorkommnis, dann gibt es nämlich eine neue "Schwachstelle". Und so häufen sich die Nachbesserungen, Ertüchtigungen usw., aber die Gesamtsicherheit steigt nicht. Denn die eine Sicherheitseinrichtung behindert zunehmend die andere. Je mehr Funktionen überwacht werden, desto mehr Fehlalarme gibt es auch. Der Computer wäre dabei überfordert. Würde man ihn so programmieren, daß er den Reaktor anhält, wenn Störmeldungen anstehen, würde er nie den Betrieb freigeben (siehe oben). Nur der Mensch mit seiner Erfahrung kann die Entscheidung treffen, welche von den 300 anstehenden Störmeldungen wirklich eine Gefahr sein könnte. Das gelingt aber nicht immer zuverlässig. Wen sollte das wundern?
3. Kein Mensch kann vernünftig Auto fahren, wenn er ständig das relativ hohe Unfallrisiko vor Augen hat. Ebenso kann niemand einen Reaktor fahren, wenn er bei jeder Störmeldung gleich das Schlimmste vermutet, wenn er sich bei jeder Schalthandlung vergegenwärtigt, daß das Leben von Millionen Menschen von ihm abhängt. Andererseits hängt es aber auch wirklich von ihm ab, und er soll daran denken. Diese Kluft ist unüberbrückbar und erklärt die Nonchalance, mit der Reaktormannschaften ihre Maschine fahren, auch wenn sie als besonders fähig und zuverlässig eingestuft wurden — wie z.B. in Tschernobyl ebenso wie in Biblis.

Fazit: Der Vorgang in Biblis beweist nicht die Unzulänglichkeit der Betriebsmannschaft, sondern eine allgmeine Lebenserfahrung, daß es nämlich grundsätzlich nicht möglich ist, Fehler vollständig zu vermeiden, sowohl technische als auch menschliche. Da wir aber alle darauf angewiesen sind, daß ein atomarer Unfall ausgeschlossen bleibt, können Atomkraftwerke mit dieser Technik und diesen Menschen nicht betrieben werden, ohne alles zu gefährden.

Kontrollraum im Atomkraftwerk Biblis

Begriffserklärungen

Reaktor: Kessel, in dem die Atomspaltung stattfindet. Außer mit zigtausenden von Uranbrennstäben ist der Reaktor mit Wasser gefüllt, das wegen des hohen Drucks (155 bar) trotz der hohen Temperatur (300 Grad) nicht verdampft.

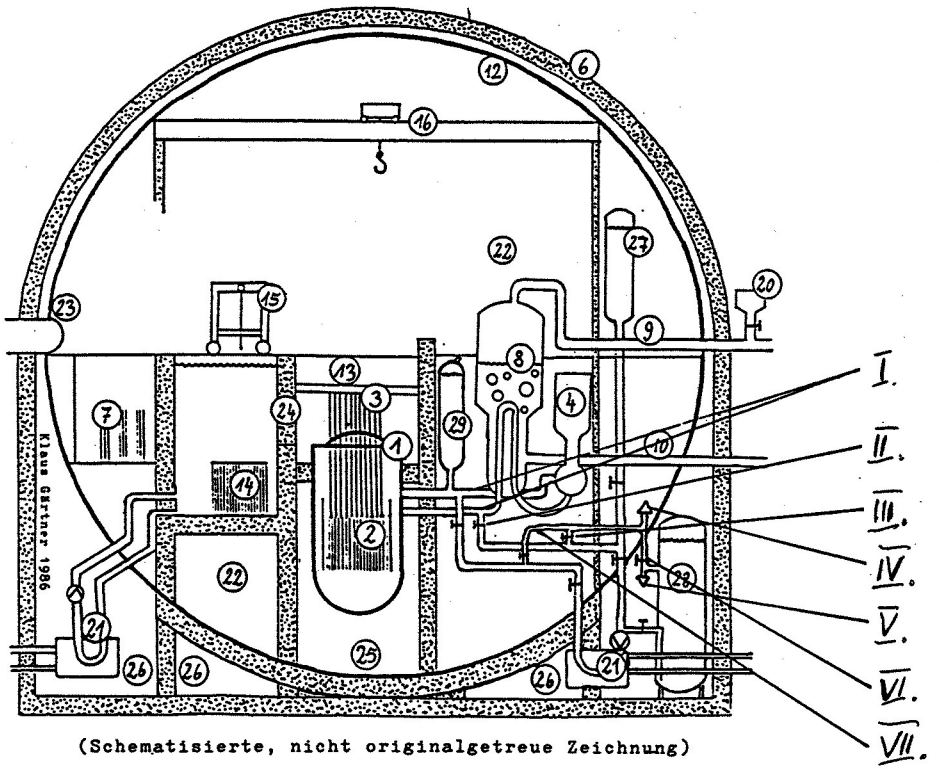
Primärkreislauf: Das heiße Reaktorwasser wird in einen Dampferzeuger gepumpt, der der Beginn eines zweiten Wasserkreislaufs ist, dem Sekundärkreislauf. Die beiden Wasserkreisläufe vermischen sich dort nicht, sondern laufen diesseits und jenseits von Rohrwänden aneinander vorbei. Dabei geht die Wärme vom Primärkreislauf auf den Sekundärkreislauf über. Das Primärwasser gelangt nach dem Dampferzeuger wieder in den Reaktor und wird dort neue aufgeheizt. Im ganzen Primärkreis herrscht der Reaktordruck.

Sicherheitskugel, Sicherheitsbehälter, Containment: Eine große Stahlkugel, die den Primärkreis in alle inneren Einbauten umschließt und dem Atomkraftwerk das charakteristische Aussehen gibt. Diese Kugel hat die Aufgabe, radioaktive Stoffe und das Notkühlwasser bei Undichtigkeiten, Abblasen von Ventilen oder Rohrbrüchen auf jeden Fall einzufangen. Die Dichtigkeit dieser Kugel und aller ihrer Anschlüsse ist das zentrale Sicherheitskonzept der Atomkraftwerke.

Ringraum: Der Raum, der sich im Reaktorgebäude unter der Kugel noch ergibt. Er enthält die Wasservorräte für die Not- und die Nachkühlung.

Notkühlung und Nachkühlung: Da Atomkraftwerke aus physikalischen Gründen niemals vollständig abgeschaltet werden können, wenn sie einmal in Betrieb genommen wurden (Spezialität der Atomspaltung!), muß die Kühlung zur Energieabfuhr unter allen Umständen auch bei abgeschaltetem Reaktor weiterlaufen. Dafür gibt es das Notkühlsystem und das Nachkühlsystem. Das Notkühlsystem hat die Aufgabe, den Reaktor ständig mit Wasser zu füllen, also bei einem Notfall, zum Beispiel Rohrbruch, das austretende Wasser schnellstens zu ersetzen. Kleinere Tanks mit Notkühlwasser befinden sich in der Sicherheitskugel, die großen im Ringraum. Es gibt für verschiedene Druckverhältnisse bei Eintritt des Störfall verschiedene Notkühlsysteme. Das Nachkühlsystem soll die Wärme aus der Anlage herausführen, wenn aus irgendeinem Grund der normale Weg über den Dampferzeuger versperrt ist — bei abgeschaltetem Reaktor, versteht sich! Es arbeitet im Kreislaufprinzip, pumpt kaltes Wasser in den Reaktor, saugt das heiße heraus, kühlt es in einem Wärmetauscher im Ringraum und pumpt es dann wieder in den Reaktor. Die Wärme aus dem Wärmetauscher geht in den Fluß oder Kühlturm. Beim Anfahren des Reaktors muß die Nachkühlung außer Betrieb genommen werden und die Notkühlungsbereitsschaft hergestellt werden. Bei diesem Vorgang unterlief der Biblis-Mannschaft an dem Tag ebenfalls ein Fehler.

Druckwasser-Reaktor



(Schematisierte, nicht originalgetreue Zeichnung)

1 Reaktordruckbehälter, Kessel
2 Reaktorcore, Brennstäbe
3 Steuerstabantriebe
4 Hauptkühlmittelpumpe
5 Wasserabscheider, Dampftrockner
6 Gebäudewand, Beton
7 Frische, unbestrahlte Brennelemente
8 Dampferzeuger, Wärmetauscher
9 Dampf zur Turbine
10 Wasser vom Kondensator
11 Öffnung im Sicherheitsbehälter
12 Sicherheitsbehälter, Containment
13 Flutbecken für BE-Wechsel
14 Lagerbecken für gebrauchte, hoch radioaktive Brennelemente
15 Lademaschine für BE-Wechsel
16 Großer Kran
17 Wasser der Kondensationskammer
18 Kondensationsrohre
19 Rückschlagklappen
20 Entlastungsventil zum Dampfablassen
21 Wärmetauscher des Nachkühlsystems
22 Raum für sonstige Einrichtungen
23 Schleuse in den Sicherheitsbehälter
24 bewegliche Betonteile, Schotten
25 Sumpf, Bodenwanne
26 Ringraum
27 Druckspeicher für Notkühlung
28 Wasservorrat für Notkühlung
29 Druckhalter

I. Reaktorkreislauf mit Druck 155 bar
II. offengebliebene Erstabsperrung
III. von Hand geöffnete Zweitabsperrung
IV. unwirksames Sicherheitsventil
V. Dampf gelangte hier nach draußen
VI. Abschlußventil
VII. Prüfleitung nicht für Reaktordruck

Prüfleitung: Wegen der ungeheuren Wichtigkeit im Ernstfall wird der Nachkühlkreislauf und die Notkühlung monatlich geprüft auf seine Funktionsbereitschaft. Dafür wird aber dann das Wasser nicht wirklich durch den Reaktor gepumpt, der ja sonst abgeschaltet werden müßte. Eine extra installierte Prüfleitung macht die Umgehung des Reaktors möglich. Auch diese Prüfleitung führt aus der Sicherheitskugel in den Ringraum.

Redundanz: Zur Sicherheit werden mehrere Ventile eingebaut, wenn eins versagt, hofft man auf die anderen. Für eine Stelle, die im Anforderungsfall unbedingt **schließen** muß, baut man zwei Ventile hintereinander ein. Für eine Stelle, die im Anforderungsfall unbedingt **öffnen** muß, baut man mehrere Ventile nebeneinander. Aber für etliche Stellen im Notkühlsystem, die bei Betrieb unbedingt schließen, im Notfall aber unbedingt öffnen müssen, versagt die Redundanz-Logik.

Druckauslegung: Die Rohre des Reaktorkreislaufs und die Anschlüsse daran bis zur Zweitabsperrung sind für einen Druck von 155 bar "ausgelegt", das heißt, die Wandstärke ist so bemessen, daß alle Rohre, Ventile usw. nach den Regeln der Technik 155 bar aushalten. Das bedeutet nicht, daß sie bei höherem Druck sofort platzen, und das bedeutet auch nicht, daß sie trotz niedrigeren Drucks nicht auch versagen könnten. Die Rohre nach der Zweitabsperrung sind für sehr viel niedrigeren Druck ausgelegt, z.B. 45 bar oder 10 bar. Die dürfen also auf gar keinen Fall mit dem Reaktordruck belastet werden.

Sumpf: Bodenwanne der Sicherheitskugel, des Sicherheitsbehälters. Dort sammelt sich bei Lecks innerhalb des Sicherheitsbehälters das ausströmende Wasser bzw. der kondensierte Dampf. Von dort aus kann das Wasser in den Reaktor zurückgepumpt werden (Sumpfbetrieb), geht der Kühlung also nicht grundsätzlich verloren. Beim Biblis-Störfall dagegen hätte das Kühlwasser die große Kugel verlassen. Abgesehen von der radioaktiven Freisetzung hätte das auch einen endgültigen Verlust des Kühlwassers bedeutet.

Großdemo gegen den WAAsinn

Der 3. Juni soll ein Höhepunkt im Widerstand gegen die WAA werden: ein lautstarker, phantasievoller, bunter, machtvoller. Die bayerischen Bürgerinitiativen gegen WAA/AKW's haben für diesen Tag eine bundesweite Demonstration in München beschlossen.

Anlaß für die Demonstration ist die Erteilung der 2. Teilerrichtungsgenehmigung, die voraussichtlich Anfang des Sommers durch das bayerische Umweltministerium erfolgen soll. Im Rahmen dieser 2. TEG war es vergangenes Jahr zu einer beispiellosen Einwendungskampagne gekommen. Über 800.000 WAA-GegnerInnen aus der BRD und Österreich hatten Einwendungen erhoben; der Erörterungstermin im Sommer '88 wurde zu einem medienwirksamen Tribunal gegen die WAA.

Doch auf diesem Erörterungstermin zeigte sich auch, daß die bayerische Staatsregierung alle Argumente und Proteste kalt ließen. In arroganter Manier beendete sie schließlich abrupt die öffentlichen Erörterungen, als klar wurde, daß die WAA-Befürworter keinen Stich bekamen. Nun wird an einer Begründung für die 2. TEG gebastelt. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Landesregierung vorhat, die relevanten Teile der WAA, u.a. das Hauptprozeßgebäude, zu genehmigen und den Bau alsbald beginnen zu lassen.

Dies war Anlaß für den Vorschlag, etwa zum Zeitpunkt der Genehmigung am Sitz der Verantwortlichen in München eine Demo zu organisieren. Die Idee entstand auf der Atommüllkonferenz im November in Nürnberg und fand einen Monat später auf dem "Bayerischen Atomplenum" breite Zustimmung. Am 22. Januar fand wiederum in Nürnberg ein Vorbereitungstreffen statt, zu dem bundesweit eingeladen worden war. Fast 100 Leute waren anwesend. Die bayerische Anti-WAA/AKW-Bewegung war mit zwei Dutzend Inis gut vertreten, daneben waren auch Vertreterinnen von autonomen Gruppen, aus der bayerischen Friedensbewegung, Robin Wood, BUND-Jugend, Bund für Vogelschutz, Grüne und DKP anwesend.

Seltenheitswert hatten dagegen WAA-GegnerInnen aus dem Norden. Einige BI's hatten zwar telefonisch Interesse signalisiert; anwesend aber war kaum jemand.

Erstaunlich bei der "flügelübergreifenden" Mischung des Treffens war die weitgehende Einigkeit. Es wurde kaum kontrovers diskutiert, gestritten erst recht nicht. Die praktischen Erfahrungen der letzten Jahre haben sicherlich dazu beigetragen: Militante Massenaktionen sind gegenwärtig ebensowenig ein ernsthaftes Thema wie reine Latschdemos.

Unstrittig war hinsichtlich der Inhalte der Demo:

- Thematisiert wird neben der 2. Teilerrichtungsgenehmigung auch der mit der WAA geplante Ausbau der Plutoniumswirtschaft und der Griff zur deutschen Atombombe; darüber hinaus die Endlagerproblematik und die Atommülltransporte.
- Thema wird auch die neue Qualität des Atomprogramms durch die Entwicklung des Hochtemperaturreaktors und die Neuordnung der Atomwirtschaft
- Schließlich soll die Kriminalisierung sozialer Bewegungen angesprochen werden, die in Bayern geplante Verlängerung des Unterbindungsgewahrsams und die zunehmende Anwendung des § 129a.

Auch über Form und Ablauf der Demonstration zeichnet sich ein Grundkonsens ab. Es wird auf bewährte Bündnisgrundlagen aus der Oberpfalz zurückgegriffen:

- Ziel der Aktionen ist nicht der Konflikt mit der Polizei. Die Aktionen werden vermittelbar, konstruktiv und nicht gegen die Bevölkerung gerichtet sein.
- Distanzierungen von Aktionen, die sich innerhalb dieses Aktionsrahmens bewegen, darf es von den im Bündnis beteiligten Gruppen nicht geben.
- Der Koordinationskreis bzw. die beteiligten Gruppen führen keine Absprachen mit der Polizei, die über die notwendigen Maßnahmen für die Anmeldung hinausgehen.
- Es gibt keine Redner, die als Vertreterinnen von Parteien sprechen.

Die Mitarbeit von Parteien auf diesen Grundlagen ist erwünscht, unerwünscht sind, selbstverständlich faschistische/ausländerfeindliche Gruppen und Verbände.

Weiterhin ist es einhellige Meinung, die Demonstration nicht nur verbal, sondern auch vom Ablauf her radikal und kämpferisch vorzubereiten. d.h. sich auch nicht darauf zu verlassen, daß sich wer anders schon was ausdenkt. Eigene Phantasie ist gefragt. Das gilt auch für Aktionen im Vorfeld der Demo. Dazu gab es schon einige Vorschläge:

- ein Widerstandscamp auf der Theresienwiese in München
- dezentrale Aktionen, Mahnwachen etc.
- ein "bunter Block" der Oberpfälzerinnen per Autokonvoi nach München
- Infokarawanen oder fingierte Atomtransporte durch die Provinz
- das alles möglichst nicht nur von der Oberpfalz aus, sondern von mehreren atomaren Standorten in der BRD!

Die organisatorische Vorbereitung der ganzen Chose übernimmt (jedenfalls was die Demo selbst angeht) das Anti-Atom-Büro München. Entschieden wird in einem Koordinationskreis, der keine feste Struktur hat, in dem aber mit dem Infobüro Altenschwand, der BI Schwandorf, dem Anti-Atomplenum München, der BUND-Jugend, der Radi aktiv sowie Vertreterinnen der Friedensbewegung in jedem Fall die ganze Breite des Bündnisses vertreten ist. Der Koordinationskreis hat den nebenstehenden Aufrufvorschlag vorgelegt, über den (nach Redaktionsschluß) beim nächsten bundesweiten Treffen am 25.2. in Nürnberg entschieden werden sollte.

Letztlich wird es mit von der norddeutschen Anti-AKW-Bewegung abhängen, ob die Demonstration das Motto "bundesweit" zu recht trägt und politisch ein Erfolg wird. Es wäre an der Zeit, sich hier im Norden jener Schwüre zu erinnern, die vor Jahren allenthalben geleistet wurden, als die Standortentscheidung Wackersdorf traf: Daß mensch genauso gegen die WAA kämpfen würde, als wenn sie ins Wendland gekommen wäre. Also auf denn...

Kontakt: Anti-Atom-Büro München, Holzstraße 2, 8000 München 5, Tel. 089/2608550, Mo + Do 16 bis 19 Uhr.

Aufrufvorschlag des Koordinationskreises

Keine zweite Teilerrichtungsgenehmigung! WAA Baustopp jetzt!

Im Sommer 1989 wird das bayerische Umweltministerium voraussichtlich die zweite Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) für den Bau der WAA in Wackersdorf erteilen. Die zweite TEG ist die zentrale Genehmigung der Anlage, der Bau des Hauptprozeßgebäudes kann beginnen. Damit ist die wichtigste Hürde im Genehmigungsverfahren im Sinne der Atommafia überwunden.
Mit dieser Entscheidung verwirft das bayerische Umweltministerium über 800.000 Einwendungen gegen die WAA. Der kurze Auftrag von Siemens-Chef Kaske: "Die WAA muß gebaut werden" hat für die CSU-Staatsregierung mehr Gewicht als jahrelanger Widerstand und die in der fünfwöchigen Anhörung vorgebrachten Gegenargumente. Nach dem Motto, Frechheit siegt, wird jetzt sogar behauptet, die WAA-Baugenehmigung schließe die Genehmigung für den Bau einer atomaren Brennstoffabrik mit ein. Die Mehrheit der Bevölkerung will den Ausstieg aus dem Atomprogramm. Kohl und Streibl verkünden unisono das "nationale Interesse" an der WAA.

Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!
Keine bundesdeutsche Atombombe!

Ein Grund für die zähe Beharrlichkeit der Atommafia ist der offene Einstieg in die Plutoniumwirtschaft, der mit der WAA möglich wird. Gerade in der Bundesrepublik war die sogenannte zivile Nutzung der Kernenergie immer ein Feigenblatt zur Verschleierung der militärischen Ambitionen. Unter dem Deckmantel "Europäisierung" will Bonn den eigenen Zugriff auf Atomwaffen politisch durchsetzbar machen. In diesem Atomwaffenpoker wird sowohl die Karte Eigenproduktion durch die WAA gespielt, wie die Karte nuklearer Zusammenarbeit mit Frankreich, USA und Großbritannien. Ist das die bundesdeutsche Antwort auf die Abrüstungsvorschläge der UdSSR?

Exportverbot für Atomanlagen aller Art!

Was der Atomwaffensperrvertrag offiziell verbietet, betrieben bundesrepublikanische Firmen seit vielen Jahren insgeheim. Ob Siemens, Degussa, Nukem oder andere, der Export von Atomanlagen, Zubehör und Plänen blüht. Brasilien, Israel, Südafrika, Pakistan — durch deutsche Technik und deutsches Know-how sind sie in der Lage, Atomwaffen zu bauen.
Auf der anderen Seite beuten die Atomwaffenkonzerne beim Abbau der Uranfelder gnadenlos die dort ansässige Bevölkerung aus. In Südafrika, bzw. Namibia unterstützen sie offen die Apartheid-Rassisten gegen die schwarze Bevölkerungsmehrheit. In Kanada und Australien fördern sie die Ausrottung von ethnischen Minderheiten wie Indianer oder Aboriginies. Die Methoden sind überall gleich: Mörderische Arbeitsbedingungen in den Minen und Zerstörung der Lebensgrundlagen durch Landraub und Verseuchung der Umwelt. Hauptsache die Produktion ist billig und sichert großen Profit.

Sofortige Stillegung aller Atomanlagen — kein HTR!

Ähnlich "mörderisch" ist die Arbeitsweise in den hiesigen Atomanlagen. Schon im "Normalbetrieb" verseuchen sie die Umwelt durch ständige radioaktive Strahlung und Emissionen. Billig angeheuerte Leiharbeiter erledigen die Drecksarbeiten ohne entsprechenden Gesundheitsschutz. Störfälle bis hin zum Beinahe-GAU von Biblis werden verheimlicht, Atommüllfässer in ganz Europa verschoben, Regierungsstellen und Gutachter bestochen. Die kriminelle Energie der Atommafia ist erheblich.
Obwohl die Atomwirtschaft in den Augen der Bevölkerung längst abgewirtschaftet hat, schwärmt Bayerns Innenminister Stoiber "wir stehen vor einem neuen Ausbau der Kernenergie". Die "Wunderwaffe" heißt Hochtemperaturreaktor (HTR). Mit ihm soll der Durchbruch auf dem heimischen Wärmemarkt erzielt werden. HTR als kommunale Heizkraftwerke oder Prozeßwärmelieferant für die Industrie, HTR als zukünftiger Exportschlager, auch in die Sowjetunion. Die Siemens-Tocher KWU wittert Milliardengeschäfte.

Für den ökologischen und sozialen Umbau der Energiewirtschaft!
Weg mit dem Energiemonopol!

Das heutige Energiekonzept beruht auf dem 1935 beschlossenen Energiewirtschaftsgesetz. Für die Nazis im Rahmen der Kriegswirtschaft unabdingbar, sichert das Energiemonopol bis heute den großen Energiekonzernen Profit und Macht. Über staatliche Beteiligung und Besetzung von Aufsichtsrats- und Vorstandsposten mit Partei- und Regierungsvertretern entsteht der Atomfilz. In ihm haben materielle Interessen den Vorrang vor sozialen oder gesamtwirtschaftlichen Erwägungen. Nur über die Auflösung der Machtstruktur aus Wirtschaft, Militär und Staat wird die Durchsetzung einer ökologischen und sozial gerechten Energieversorgung möglich sein.

Keine Kriminalisierung politischer und sozialer Bewegungen — Einstellung aller Ermittlungsverfahren!

Um Großprojekte wie die WAA durchzusetzen, ist dem Staat jedes Mittel recht. Auf der einen Seite werden WAA-Gegnerinnen überwacht, brutalen Polizeieinsätzen unterworfen und mit Straf- und Disziplinarverfahren überzogen, auf der anderen Seite wird über gezielte Werbe- und Desinformationskampagnen versucht, kritisches Bewußtsein in der Bevölkerung zu verhindern.

Ein wichtiges Instrument des Staates zur Einschüchterung und Zerschlagung sozialer Bewegungen sind die §§ 129, 129a StGB. Wurden 1878 unter Bismarck noch die SPD, in der Weimarer Zeit und nach dem Zweiten Weltkrieg die KPD zu kriminellen Vereinigungen erklärt, so werden heute mißliebige soziale Bewegungen als terroristisch diskriminiert und unter Strafe und Ausnahmezustand gestellt. So benutzt die BAW (Bundesanwaltschaft) den § 129a, um militante Teile der Anti-AKW-Bewegung in Frankfurt in Zusammenhang mit den Schüssen an der Startbahn West zu stellen. Schüsse, die keine Konsequenz, vielmehr Mißachtung von Grundsätzen militanter Politik darstellen, werden als willkommener Vorwand benutzt, die Bewegung zu spalten.
Um zu verhindern, daß über politisch brisante Themen wie WAA, Gentechnik, Kriminalisierung u.a. geredet wird, erklärt der Staatsschutzapparat diese Themen für "anschlagsrelevant" und versucht durch systematische Verbote die Versammlungen gar nicht erst stattfinden zu lassen.
Die CSU-Regierung will das Polizeiaufgabengesetz erweitern. Menschen aus sozialen Bewegungen können danach in bis zu 14tägige Polizeihaft genommen werden, ohne daß strafrechtliche Verdachtsmomente gegen sie vorlägen. Anlaß bzw. Vorwand der Verschärfungen: Der Staat will bei Aktionstagen und Blockaden wie u.a. in Wackersdorf die Möglichkeit haben, sog. Störer auch ohne Grund längere Zeit festzuhalten.
Trotz jahrelanger staatlicher Spaltungs- und Einschüchterungsversuche sind wir unbeugsam geblieben aus der Einsicht heraus, unsere Forderungen nur gemeinsam durchsetzen zu können. (Also ist es selbstverständlich, mit allen Teilen der Bewegung solidarisch zu sein — über diesen Satz konnte sich der Redaktionskreis nicht einigen).

Am 3. Juni in München gemeinsam gegen WAA und Atomprogramm

Wir rufen alle, die gegen Atomkraft sind, alle Menschen aus den Bewegungen für den Frieden, für die "Dritte Welt", für Umweltschutz, aus den Gewerkschaften, aus christlich motivierten Kreisen auf, sich an der Demonstration mit eigenen Formen und Inhalten zu beteiligen.
Wir setzen dem Atomstaat unseren Widerstand entgegen: Konstruktiv, vielfältig und geschlossen.
Die WAA muß verhindert werden!
Kippen wir das Atomprogramm!

SEK überfällt WAA-Fasching

Friedliche Anti-Atom-Gaudi von der Polizei zu blutigem Ernst geprügelt

Schwandorf (taz) — Kostümiert und wild geschminkt zogen am Sonntag über 2.000 Jecken vor die WAA. Ein Sektstand der BI Schwandorf sowie zwei fetzige Salsa-Kombos sorgten für eine ausgelassene Stimmung trotz der Nähe zu dem Atom-Festungszaun und heftigem Schneetreiben.

Viel beklatscht wurde ein 50 Meter langer, grellfarbener Drache, der die Atom-Mafia darstellte. Zahlreiche Polizisten in ihrer einheitlichen grünen Vermummung, sichtlich deplaziert in dem bunten Treiben, drückten sich immer mehr in den Waldrand. Nach circa zwei Stunden, begannen die ersten Leute den Heimweg, die Drachenträger suchten einen Platz, ihre Verkleidung abzulegen.

Davor, daß nicht alles friedlich verlief, schützte das eigens für den WAA-Einsatz aufgestellte „Gauweiler SEK". Das Faschingstreiben verwandelte sich im Handumdrehen in blutigen Ernst, als eine Hundertschaft plötzlich in die Menge stürmte. Im Nahkampf gedrillte Fäuste und harte Stiefel bahnten sich den Weg durch die Menge. Die Polizisten wollten in dem Faschingsdrachen keinen Drachen mehr erkennen, sondern sahen in ihm eine „politische Herausforderung" und Bedrohung des Staates. Doch die Oberpfälzer scheinen Angst und Schrecken vor diesem berüchtigten SEK verloren zu haben. Sofort waren die Beamten von allen Seiten umringt, ein wild drehendes, schiebendes und strampelndes Karussell von über 1.000 Menschen wogte vor dem Bauzaun hin und her. Brillen, Verkleidungen, Kameras gingen zu Bruch. Die wüst beschimpften SEKler zogen sich mehrfach zum Luftschnappen zurück, um sich dann umso heftiger in die Menge zu stürzen. Dabei wurden auch Kinder und ältere Menschen rücksichtslos umgerempelt, umgetreten, mit Knüppeln gestochen und geschlagen. Viele Verletzte, Blutende, einige mit Knochenbrüchen, fielen um oder torkelten aus dem Kneuel. Eine WAA-Gegnerin wurde mit zertrümmertem Nasenbein und Verdacht auf Milzriß ins Schwandorfer Krankenhaus gebracht.

B.K.

WackersDorfchronik

Da hatte sich doch im Sommer 88 ein stellvertretender Landrat in der Oberpfalz erdreistet, der DWK einen Bauantrag für das Hauptprozeßgebäude abzulehnen. Ihm fehlten trotz wiederholter Anforderung wesentliche Planungsunterlagen für die Wasserver- und -entsorgung. Die Regierung der Oberpfalz hat den wackeren SPD-Landratsstellvertreter jetzt zurückgepfiffen und im November 88 die Ablehnung aufgehoben. Das Tauziehen wird aber weitergehen, weil Landrat Schuirer, erklärter WAA-Gegner, den vorwitzigen Akt seines Stellvertreters in Ordnung fand und genauso entscheiden will, wenn die DWK jetzt die Planungsunterlagen nicht rausrückt. Freilich: Letztendlich entschieden über den Bau wird nicht im Landratsamt Schwandorf, sondern in München.

Ohnehin wird bekanntlich fleißig gebaut in Wackersdorf. Am Eingangslager sowieso, aber auch das Ausbildungszentrum der DWK in Wackersdorf wurde im Oktober 1988 fertig, für rund zehn Millionen Mark. In Bodenwöhr wird für sieben Millionen einer der Brunnen für die WAA-Wasserversorgung gebohrt. Es geht voran, auch mit den Kosten. Offiziell liegen die geschätzten WAA-Kosten inzwischen bei knapp 10 Milliarden DM, die Bürgerinitiativen halten aber diese Zahl für viel zu niedrig und gehen vom Doppelten aus. Das ergebe sich schon aus den Rücklagen, die die bundesdeutschen Energieversorgungsunternehmen für die Aufarbeitung von Atommüll machten.

Wie auch immer, Geld dürfte bei diesem Projekt zu allerletzt eine Rolle spielen.

KRIMINALISIERUNG

Bekanntermaßen ist der bayerische Staat nicht gerade zimperlich bei der Unterdrückung des WAA-Widerstandes. Herbst und Winter 1988 brachten hierzu einige Beispiele, die der Dorfchronist nicht übergehen darf. (An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß ein Teil der atom-Redaktion die Chronik für weitgehend verzichtbar hält. Diese Ignoranten sollten durch einen Protestschrei der Leserschaft zum Schweigen gebracht werden. Jede/r, der/die die Chronik künftig missen will, soll sich bei der Göttinger Redaktion melden. Ich wette, es traut sich keiner!)

***

Jedenfalls lieferte sich die königlich bayerische Justiz im Dezember 1988 ein neuen Kabinettstückchen. In einem Verfahren wegen Beleidigung eines Polizeidirektors ("du Arsch" - ausgespropchen angeblich am Rande einer Anti-WAA-Aktion) hatten drei Leute eidlich als Zeugen zugunsten der Angeklagten ausgesagt. Obwohl sie sich damit in bester Gesellschaft von 16 (von 19 befragten) Polizeizeugen befanden, wurden sie noch im Gerichtssaal festgenommen - wegen Meineides. Jetzt, nach einigen Monaten intensiver Ermittlungsarbeit, erfolgte die Verurteilung: Geldstrafen zwischen 1200 und 2160 Mark. Bis heute ist umstritten, ob der Herr Polizeidirektor überhaupt je beleidigt wurde.

***

Zuvor hatte sich der Staatsapparat natürlich schon Traurigeres geleistet. Die Regierung der Oberpfalz beispielsweise verbot im September 88 eine Infoveranstaltung im Jugendzentrum Burglengenfeld zur WAA. Begründung: Der Veranstalter, die BIWAK, habe sich "nur gelegentlich verbal" von Gewalt distanziert. Außerdem fanden die Regierungsleute das Veranstaltungsplakat anstößig: Zwille, Stern und "Macht kaputt, was Euch kaputtmacht!"

Geldstrafe auch wieder mal gegen eine Verantwortliche der radi-aktiv. Auch hier ging es um gedruckte Worte. In einem Artikel zu den Prügelorgien der Polizei im Herbst 87 war Bayern - übrigens völlig zu recht - als Polizeistaat bezeichnet worden, in dem Demonstrationsfreiheit ein "unbekanntes Grundrecht" sei. Klarer Fall: Laut § 90a eine Verunglimpfung des Staates. Macht 900 Märker.

Mensch muß in Bayern halt gut aufpassen, was er sagen darf und was nicht. Der Amberger Richter und WAA-Gegner Helmut Wilhelm sagte beispielsweise folgendes: "Zeigen wir der Bayerischen Staatsregierung, daß sie nicht so scham- und rücksichtslos mit der Oberpfälzer Bevölkerung umspringen kann." Das hätte er besser nicht gesagt, denn sie macht es doch. Es kostete ihn ein Disziplinarverfahren, das jetzt mit einem Verweis endete.

***

Es sind so die Alltäglichkeiten, die mensch kaum glauben mag. Da wurde im Oktober die Wohnung einer 18jährigen im Oberpälzer Dörfchen Pfrümd durchsucht, mit den Worten: "Haben Sie hier das Schwarzbuch Strauß von Engelmann?" Gesucht wurden Indizien dafür, daß die Frau sich als Spraye-

rin betätigt hätte, obwohl es keinerlei konkretere Hinweise dafür gab, und die Frau auch ein glasklares Alibi für die "Tatzeit" hatte. Aber, so die BI, sie ist halt WAA-Gegnerin, und von daher immer verdächtig. Ausbeute der Durchsuchungsaktion war das Tagebuch der Frau, das die Fahnder mitgehen ließen.

***

"Zwei junge Burschen", so die örtliche Presse, wurden wegen versuchter Körperverletzung vom Jugendschöffengericht Schwandorf im Oktober zu Geldstrafen von 2000 bzw. 1500 DM verurteilt. Sie sollen bei einer Demo Steine oder ähnliches auf Polizeibeamte geworfen haben. Die Sache passierte beim "Entsorgungstag" im April 86, als Demonstrantinnen allerlei Gerümpel aufs Baugelände warfen. Auch die beiden Bruschen warfen Dreckklumpen, nach eigenen Angaben aber nicht auf die Polizisten.

Wahrscheinlich hatten sie vor Gericht noch Glück. Schon Geringfügigeres ist schlimmer geahndet worden. Acht Monate Knast ohne Bewährung - das war in 2. Instanz das Urteil gegen einen 41jährigen aus Wackersdorf. (In 1. Instanz war ihm noch Bewährung gewährt worden.) Er soll bei einer Demo im April 86 vermummte Demonstranten "angefeuert" ("Bravo", "Weiter so") haben, als sie mit Steinen auf Polizisten warfen. Außerdem soll er sie auf Zivis aufmerksam gemacht haben. Das sei Landfriedensbruch. Ab in den Knast.

WIDERSTAND

Bunt und gemischt war und ist der Widerstand um den WAA-Bauzaun herum. Nur nicht bei den Herbstaktionen 1988, über die wir in der letzten atom unsinnigerweise lang und breit berichteten und die wir an dieser Stelle mal schnell beiseite lassen. Es war schließlich in diesem Herbst und Winter noch einiges mehr los in Wackersdorf.

***

Da waren beispielsweise 15 junge Musiker, die im September "klassische Musik bis zur Räumung" ankündigten und auch wahr machten. Sie setzten sich mitsamt Kontrabaß und so weiter auf einen Zufahrtsweg zur WAA und fiedelten los. Die Polizei sorgte dafür, daß sie nicht so lange zu musizieren brauchten und nahm sie zwecks Feststellung der Personalien fest.

Doch der Strom der illustren Gäste am Bauzaun im September und Oktober ging weiter. 1950 gab Papst Pius der zwölfte der Aachener Gruppe Pax Christi den Auftrag, mit dem Friedenskreuz über dorthin zu gehen, wo der Frieden bedroht ist. 38 Jahre später traf das göttliche Bodenpersonal mit seinem 3-Zentner-Kreuz in Wackersdorf ein.

Einige Tage später war der Wackersdorfer Pfarrsaal wieder mal überfüllt. Zu Besuch waren rund 1000 Protestlerinnen der "Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges". Auch sie marschierten anschließend zum Franziskus-Marterl am Bauzaun, wo sie vor der "Pandorrabüchse WAA" und dem "Nuklearfaschismus" warnten.

Und wiederum zwei Wochen später kamen noch mal 300 Christen einem Aufruf der Oberpfälzer "Kirche von unten" nach und versammelten sich am "Marterl", dem Symbol christlichen Widerstandes gegen die WAA.

***

Auch die Kultur strömte im November in die Oberpfalz. Einige nicht gerade freundlich wirkende "Mutanten" wurden von der Künstlergruppe "Das Teil" in der Nähe des Bauzaunes aufgestellt. Die Künstler wollten mit den Schreckensfiguren die verborgenen Angstgefühle der Bevölkerung sichtbar machen.

Etwas volkstümlicher ging's in der Neunburger Stadthalle zu, wo 850 Besucherinnen eine Kulturveranstaltung des Vereins "David gegen Goliath" verfolgten. Dieter Hildebrandt war dabei, Armin Weiß, Robert Jungk und ein Bluessänger namens Albert C. Humphrey, den ich nicht kenne, aber der gut gewesen sein soll.

***

Greenpeace ließ sich auch vor Ort blicken. Sogar ganz im Zentrum des WAA-Geschehens. Vier Mitgliedern war es gelungen, mit einer Besuchergruppe aufs Baugelände vorzudringen. Dort stürmten sie plötzlich auf einen hohen Baukran. Sie kletterten auf den Ausleger des Krans und ließen sich dort, in ca. 70 Metern Höhe, an Seilen und Alpinistensitzen einige Meter herunter. Freischwebend entrollten sie ein riesiges Transparent ("Sonne statt Plutonium"), natürlich werbewirksam in die Objektive der Fernsehleute, die sie gleich mitgebracht hatten. Ein rasch herbeigerufenes Sondereinsatzkommando mußte ratlos vier Stunden lang warten, bis die Greenpeacler freiwillig wieder runterkamen.

***

So also ging das Jahr 1988 zuende, das sechste Jahr des WAA-Widerstandes in der Oberpfalz. Zum Abschluß gabs noch mal fleißig Ehrungen: beispielsweise für die Oberpälzer Hausfrau Irmgard Gietl, BI-Aktivistin gegen die die WAA, die den Preis für den "aufrechten Gang" von der Humanistischen Union erhielt. Laut SPD-landtagsabgeordneten Zierer verkörpert sie den Menschentyp, der vor 1980 "tumb, duldsam, in der Regel religiös und obrigkeitshörig" alles hingenommen habe. Das hat sich offenbar gründlich verändert, bei ihr wie bei vielen anderen, weshalb auch die ganze Schwandorfer BI einen kriegte: den Umweltpreis der Stadt Nürnberg. Na ja.

Das Jahr aber sollte nicht zuende gehen, ohne daß es noch mal rumste in der Oberpfalz. Weniger die Bauzaun-Aktion "Macht hoch die Tür" störte die weihnachtliche Stille, als vielmehr ein Brandsatz in einer Bauhütte bei Bodenwöhr. Dort nämlich wird im Zusammenhang mit der WAA nach Wasser gebohrt, was die Brandstifter offenbar störte. Weil dazu per Sprühparole außer einer "Letzten WAArnung" auch "Freiheit für Claudia Wannersdorfer" verlangt wurde, hallte anschließend der Schreckensruf "RAF" durch die Oberpfalz...

Franz Neuhierl, ehemaliger Bundesgrenzschutzmann und jetzt zum Anti-WAA-Widerstand konvertiert, unternahm Ende 1988 erneut einen Anti-WAA-Marathon, diesmal von Wackersdorf bis Brunsbüttel, vorbei an 30 Standorten von Atomanlagen. Schon 1987 war Neuhierl gegen die WAA dauergelaufen, damals von Flensburg bis Scharnitz. Ob er zum Neujahr 89 pünktlich sein Ziel erreicht hat, haben wir leider nicht rausgekriegt.

ALLES UNTER KONTROLLE

Foto: aus „Die Chaoten"

Bereits in der letzten atom (Nr. 24, S.33) hatten wir auf die Existenz einer sog. SPUDOK-Datei im Umfeld der WAA hingewiesen. Was bisher allerdings im Bereich der Spekulation lag, gilt jetzt als sicher. Ebenso wie im Wendland wird auch in der Oberpfalz versucht, das Widerstandspotential mit geheimdienstlichen Polizeimitteln auszuforschen und einzuschüchtern. Tatsächlich stehen diese Methoden im offenen Gegensatz zu der seit dem letzten Sommer von der Polizei mit soviel Energie propagierten "Kooperation und Harmonie". Die Existenz dieser Datei und das Ausmaß der Überwachung in dieser Region wird aus nachfolgenden Beobachtungen ersichtlich, die Inhalt einer Presseerklärung des Ermittlungsausschusses in Altenschwand sind.

SPUDOK in der Oberpfalz

Sichere Erkenntnisse über die Existenz von SPUDOK gibt es seit der Demonstration gegen das Atomprogramm am 3.5.1988 in Regensburg. Im Frühsommer dieses Jahres wurde über 4 Wochen ausnahmslos jedes Kraftfahrzeug von Teilnehmern des wöchentlichen Sonntagsspaziergangs auf die Insassen überprüft. Nach der Überprüfung wurden Fahrzeuge weiter verfolgt um festzustellen wer sich z.B. mit wem an dem anschließenden Abendschoppen in einer Gaststätte in Neuenschwand beteiligt. Beobachtet wurde weiter in den Monaten von Sommer bis jetzt, daß zivile Polizeikräfte **mehrmals täglich** an Wohnungen von WAA-GegnerInnen "vorbeischauten". Dies erfolgt entweder mit zivilen KFZ oder bei uneinsehbaren Grundstücken auch zu Fuß. Dabei scheuen sich diese Beamten nicht, das Grundstück zu betreten. Als Ziel dieser Maßnahme kann aufgrund von SPUDOK vermutet werden, daß es hierbei um die Feststellung geht, wann die BewohnerInnen zuhause sind und wann nicht. Sowie wer engeren Kontakt zu welchen Personen hat. Bekannt sind 14 betroffene Wohnungen bzw. Häuser, bei denen aufgrund ihrer Lage (Sackgasse, uneinsehbares Gelände...) diese Bespitzelung aufgefallen ist. Die tatsächliche Anzahl der Betroffenen dürfte aller Wahrscheinlichkeit um einiges höher liegen. In der Regel beschränkt sich diese Form der Überwachung auf ein "vorbeischauen". Punktuell und bei einzelnen Personen konnte aber auch schon beobachtet werden, daß ein solches Zivilfahrzeug mit Insassen den ganzen Tag über in Sichtweite der Wohnung oder eines Hauses geparkt war. Bekannterweise wurden in 2 Fällen WAA-GegnerInnen und ebenfalls in 2 Fällen Wohnungen von WAA-GegnerInnen von verschiedenen Seiten im Rahmen dieser Bespitzelungen **fotografiert.** Dieselbe Praktik wird bei Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem WAA-Widerstand angewendet. Auch hier läßt sich aufgrund von Beobachtungen sagen, daß a) jede Veranstaltung observiert wird und b) alle Kennzeichen von Besuchern registriert werden.

Neben dieser Methode der Ausforschung wurden zeitweise Hubschrauber zur Überwachung von Wohnungen eingesetzt, dies ist uns bei 6 Anwesen bekannt. Diese Maßnahmen wurden eingestellt, nachdem eine Reaktion in der örtlichen Presse erfolgte. Eine weitere Maßnahme der Ausforschung ist vermutlich das Abhören des Telefons. Wieder in 2 Fällen wurde diese Maßnahme entlarvt, da wahrscheinlich aufgrund technischer Schwierigkeiten der Telefonverkehr gestört war. Dieser Vorgang spielte sich folgendermaßen ab: Bei Versuchen einen Telefonteilnehmer zu erreichen, war am anderen Ende der Leitung statt einem Frei- oder Besetztton rauschen, knacken, sowie verschiedene Äußerungen eines Unbekannten (Mist, Verflucht...) zu hören. Erst nach geraumer Zeit, in einem Fall an die 5 Minuten, kam die Verbindung zustande. Betroffen hiervon war eine private Person und das Infobüro Altenschwand (beim Infobüro hat sich dieser Vorgang schon öfters wiederholt).

Um noch einmal zu den Verkehrskontrollen zu kommen. Dieses Beispiel zeigt zwar nicht allein die Dimension der Erfassung, es zeigt jedoch mit welchen weitgehenden, bisweilen plumpen Versuchen Erkenntnisse über Personen in KFZs erlangt werden: So wurde erst vor ca. 14 Tagen ein KFZ an einem Sonntag vom Marterl aus bis zur Industriegasse/Wackersdorf verfolgt und angehalten. Angegebener Grund der Anhaltung war ein defektes Schlußlicht. Lächerlich wird es, wenn dieser Grund nun auch noch für eine Personenkontrolle der Insassen herhalten soll. Sinngemäß: "An diesem Auto ist das Schlußlicht defekt, sie waren alle in diesem Auto, also muß ich alle Personalien feststellen". Mit der Frage nach dem Beruf versteht sich. Alle voran aufgezeigten Methoden dienen dabei **nicht,** wie vielleicht vordergründig behauptet wird, der Ermittlung von Straftaten. Vielmehr muß dies in einem Zusammenhang mit dem Wandel von polizeilicher Ermittlung der vergangenen 2 Jahrzehnte betrachtet werden: Von der tatbezogenen Ermittlung wurde die sicherheitspolitische Sichtweise und deren Umsetzung in die Richtung verändert, daß nunmehr jede Person als ein potentieller Täter in Frage kommt. Diese Sichtweise drückt sich unter anderem in Methoden aus, wie der Rasterfahndung oder der Schleppnetzfahndung. Bei SPUDOK wird eine Personengruppe aufgrund ihrer politischen Identität (WAA-GegnerIn) erfaßt und als potentieller TäterIn eingestuft. Die Folgen sind vielschichtig. Auf der direkten Ebene, also eine Person betreffend, wirken sich diese überwachungsstaatlichen Methoden in dreierlei Weise aus: zum einen hat natürlich ein/e Betroffene/r Angst (täglich Zivilpolizei, Verfolgung bei Autofahrten, usw.). Zum anderen reagiert seine Umwelt auf diese Methoden. Belästigung der Mitmenschen durch Observation produzieren oftmals eine Haltung wie: "Der oder die wird ja wahrscheinlich schon etwas angestellt haben". Und drittens, denken wir an die willkürlich erfaßten Persönlichkeitsprofile, denn sie sollen und leisten auf der juristischen Ebene KONSTRUKTIONEN Vorschub. Nach dem Motto: "Dem oder der ist eine solche Tat zuzutrauen." Gerade letzteres läßt sich immer häufiger beobachten.

Lassen wir uns von der Dialogs-Taktik der Polizei nicht täuschen!!!!!!
Veröffentlichung und Diskussion über diese polizeistaatlichen Methoden!
Gemeinsames und entschiedenes Handeln gegen die Menschenjagd und den weiteren Ausbau des Überwachungsstaates!!!

Schacht Konrad

Verfahren kommt in die entscheidende Phase

Der Atommüllskandal hat einer breiten Öffentlichkeit die völlig ungelöste Entsorgungsfrage bei der Atomindustrie bewußt gemacht. Doch nicht nur von der Akzeptanz, sondern auch von der materiellen Seite her sind für die Betreiber die großen Mengen der »nicht nennenswert wärmeentwickelnden radioaktiven Abfälle«, die ca. 95% des gesamten Atommülls ausmachen und für SCHACHT KONRAD vorgesehen sind, das drängendste Problem. Nach den neuesten Vorausberechnungen der PTB sind 1993 die diversen Zwischenlagerkapazitäten ausgeschöpft. Wenn dann KONRAD nicht zur Verfügung steht, müßten die Betreiber neue Zwischenlagerkapazitäten schaffen, was aber neue Probleme mit sich bringen würde. Aufgrund der mehrmaligen Verschiebungen ist 1993 der früheste Zeitpunkt für den Beginn der Einlagerung geworden (s. Zeitplan). Dementsprechend haben die Atomlobbyisten Umweltminister Töpfer auf der Jahrestagung der Kerntechnik aufgefordert, KONRAD möglichst rasch in Betrieb zu nehmen.

Töpfer handelte. Er beauftragte das Bonner Unternehmen IEAL Energy Consult GmbH mit dem Projektmanagement. Erklärtes Ziel:*»Die zeit- und bedarfsgerechte Verwirklichung der Endlagerprojekte Gorleben und SCHACHT KONRAD«*. Der Zwei-Mann-Betrieb wird übrigens geführt von einem Herrn Schmidt-Küster, bis 1982 Leiter der Abteilung Kerntechnik im BMFT. Für viele steht Gorleben als Entsorgung.

Obwohl sich die Bedeutung der beiden Endlagerstandorte Gorleben und SCHACHT KONRAD bereits Anfang der 80-er Jahre - nach den schlechten Bohrergebnissen im Gorlebener Salzstock - für die Bundesregierung stark verändert hat, ist das gerade innerhalb der Anti-AKW-Bewegung immer noch nicht zur Kenntnis genommen worden. Auf vielen überregionalen Treffen und Konferenzen wird immer noch die Frage gestellt, was wir denn zu Gorleben machen könnten, obwohl das Endlager in diesem Jahrhundert weder fertiggestellt, noch von der Atomindustrie gebraucht wird.

Bezeichnenderweise ist dieser Sachverhalt innerhalb der »Nach-Tschernobyl-Gruppen« offenbar wesentlich mehr verankert als in der alten. In den Köpfen der alten Bewegung scheint sich die Gleichsetzung »Gorleben gleich Entsorgung festgesetzt zu haben.

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

IM MAI 89 SOLL ÖFFENTLICH AUSGELEGT WERDEN.

Erstmals wird bei SCHACHT KONRAD ein Planfeststellungsverahren für ein Endlager (nach §9b Atomgesetz) durchgeführt. Bei der Endlagerung in ASSE II (bei Wolfenbüttel, 20 km von Braunschweig) von 1967 - 78 war seinerzeit ledglich die Genehmigung vom Bergamt erforderlich. Das Planfeststellungsverfahren für ein Endlager unterscheidet sich von anderen Verfahren zu Atomanlagen vor allem dadurch, daß es nur einen Verfahrensschritt gibt, nicht etwa verschieden Teilgenehmigungen. Die im Herbst 1986 von der PTB als Antragstellerin bei der Genehmigungsbehjörde (Niedersächsisches Umweltministerium = NMU) eingereichten Unterlagen müssen demnach das gesamte Projekt beschreiben.

Der NMU hat im Herbst die »vorgezogene Behördenbeteiligung« eingeleitet, d.h. die »Träger öffentlicher Belange« - wie Kommunen, Landvolk, DGB, BUND - haben die Planunterlagen zur Stellungnahme erhalten. Daraufhin beauftragten verschiede Kommunen mehrere Gutachter zur Untersuchung der PTB-Planungen. Diese fielen für die PTB so katastrophal aus (»nicht mal das Niveau einer Diplomarbeit« — ein Gutachter), daß der NMU der PTB im Sommer '87 ihre Unterlagen zur Nacharbeitung zurückgab. Das soll mittlerweile soweit gediehen sein, daß der NMU von »Mai bis Juli 89« die Pläne — wie vorgeschrieben — zwei Monate öffentlich auslegen will. Dann und nur dann gibt es für alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Einwendungen gegen KONRAD einzureichen. Wer später klagen will, muß hier bereits die Gründe vorgelegt haben.

Niveau einer Diplomarbeit« - ein Gutachter)? daß der NMU von »Mai bis Juli 89« die Pläne - wie vorgeschrieben - zwei Monate öffentlich auslegen will. Dann und nur dann gibt es für alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Einwendungen gegen KONRAD einzureichen. Wer später klagen will, muß hier bereits die Gründe vorgelegt haben.

Schwachpunkt Langzeitsicherheit

Einer von vielen Schwachpunkten in den PTB-Planungen ist die Beweisführung bei der Langzeitsicherheit. Aufgrund der langen Halbwertzeiten von hunderttausenden von Jahren (auch der für Konrad vorgesehene Atommüll strahlt so lange) müssen eigentlich auch die Sicherheitsbetrachtungen über derartige Zeiträume geführt werden. Das Atomgesetz gibt jedenfalls keine zeitliche Beschränkung an. Da die PTB-Hochrechnungen für ca. 300.000 Jahre zu wackelig waren, wollen sie den zu betrachtenden Zeitraum auf 10.000 Jahre begrenzen. Der für die Berechnungen eigens eingeführte Zweig der »prognostischen Geologie« ist generell fragwürdig. In derartigen Prognosen gehen so viele, sensible Parameter ein, daß die Ergebnisse kaum einen Aussagewert besitzen.

Klima nach Tschernobyl verändert

Nach Tschernobyl wurden bisher noch keine Atomanlage stillgelegt; trotzdem hat sich vieles verändert, gerade auch um Konrad. Waren es Anfang der 80iger Jahre sich als politische Gruppen verstehende BIs und Arbeitskreis, sowie Grüne, die den Widerstand vor Ort getragen haben, so wurden nach Tschernobyl nicht nur neue Gruppen gegründet, sondern auch andere Gruppen und Organisationen zu Konrad aktiv. So z.B. die Jusos, kirchliche Friedensgruppen, BUND, Robin Wood usw. Die Gewerkschaften, so die IG Metall und der DGB in Salzgitter, verfaßten im Rahmen der vorgezogenen Behördenbeteiligung ablehende Stellungnahmen zu Konrad. Die als betroffen geltenden und von der SPD angeführten Kommunen befaßten sich im Zuge der Nürnberger Beschlüsse auf einmal mit Konrad, gaben Gegengutachten in Auftrag, verfaßten mehr oder minder grundsätzlich ablehende Stellungsnahmen gegen Konrad. Ingsgesamt ist die Stimmung in der Region gegen Konrad.

Strahlenschutzamt nach Salzgitter - Erste Bestechung

Einzig die Stadt Salzgitter, als die Kommune vor Ort, ist, obwohl auch mit absoluter SPD-Mehrheitg regiert, mehr oder minder offen für Konrad. Offizieller Sprachgebrauch:*»Die Sicherheit der Bevölkerung hat natürlich oberste Priorität.«*Um sich wenigstens diese Unterstützung warm zu halten, vergab die Bundesregierung im Dezember 1988 den Standort für das neu zu errichtende Strahlenschutzamt nach Salzgitter, selbst gegen die Proteste der Physikalisch Technischen Bundesanstalt (PTB), deren Abteilung SE gerne in Braunschweig geblieben wäre. Und weitere Bestechungsgelder werden in Aussicht gestellt: Im Bundeshaushalt 1989 sind Leertitel enthalten für »Ausgleichszahlungen an Endlagerstandorte.«

Der Widerstand muß sich neu formieren

Die heute vor Ort aktiven Gruppen sind fast ausschließlich erst seit ca. ein bis drei Jahren dabei. Die »alten« Gruppen spielen heute eine völlig untergeordnete Rolle. Es gibt kaum Aktive, die schon bei der ersten bundesweiten Demo 1982 zu Konrad dabei waren. Die einzige Gruppierung innerhalb dieser neuen Bewegung, die regional organisiert ist und dies auch für den Konrad-Widerstand ausnutzt, sind die Jusos. Nur sie sind z.Zt. in der Lage, größere Aktionen vorzubereiten und entsprechend einzuladen.

Experiement »Arbeitsgemeinschaft«

Ein Teil des Braunschweiger Arbeitskreises gegen Atomenergie (Gibraltargruppe) war im Sommer 1987 Mitbegründer der »Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad«. Erstes Ziel dieses Zusammenschlusses war es, eine gemeinsame Arbeitsstruktur aufzubauen. Das sollte ein Büro vor Ort und eine hauptamtlich eingestellte Person sein, die die Kontinuität herstellt, die von zahlreichen Aktiven wegen Zeitmangels nicht geleistet werden kann. Die Arbeitsgemeinschaft (AG) sollte außerdem die gesamt gesellschaftliche Breite des Konrad-Widerstands darstellen und wirksam werden lassen.

Grundlage dieser Überlegung ist die Feststellung, daß es weder die alte Bewegung gibt, sie sich auch nicht wieder herstellen läßt, noch gibt es nur alte Bewegung und Nach-Tschernobyl-Gruppen. Bewegung ist doch heute viel mehr. AKW-GegnerInnen gibt es in allen gesellschaftlichen Bereichen, meist in der Mehrheit. Was früher unser Ziel war, nämlich daß andere Gruppen unsere Forderung nach sofortiger Stillegung übernehmen, ist heute Wirklichkeit. Nur ordnen sich Gruppen wie die SPD, Gewerkschaften, bei uns auch die Landvolkverbände und die Kommu-

nen nicht uns einfach unter, sondern machen erstmal eine eigene Politik. Heute ist es so, daß sie definieren, was Ausstieg heißt und wie schnell so was geht. Und die alte Bewegung läßt es zu

Die AG versteht sich als Versuch für eine neue Form der Zusammenarbeit. Nur so halten wir es für möglich, gesellschaftlich vorhandene Mehrheiten (für den Ausstieg und die Verhinderung von Konrad) politisch auch umzusetzen. Heute

sind neben 160 Einzelmitgliedern ca. 25 Gruppen zahlende Mitglieder (Gruppen: 50,- DM monatlich), u.a. Bürgerinitiativen, kirchliche Friedensgruppen, Orts- und Kreisverbände der Grünen, der Juso-Bezirk Braunschweig, IPPNW Ortsgruppen (was ist das? d.S.), die DKP, der Landesverband Bürgeriniativen Umweltschutz (LBU) und die Feldinteressenschaft Salzgitter-Bleckenstedt. Im Dezember 1988 ist als erste Kommune die Stadt Braunschweig der AG offiziell beigetreten.

Büro in Schachtnähe

Im Januar 1988 eröffnete die AG ihr erstes Büro in Salzgitter-Bleckenstedt, in Sichtweite vom Schacht. Gleichzeitig begann die hauptamtliche Kraft (der Autor dieses Artikels) mit der Arbeit.

Fotos: Reinhard Hübener

Meine Hauptaufgabe besteht in der fachlichen und organisatiorischen Unterstützung der aktiven Gruppen. Ein weiterer Schwerpunkt sind Vorträge zum Thema »Konrad und Entsorgung«, von denen ich im letzten Jahr ca. 50 vor ganz unterschiedlichen Gruppen gehalten habe.

Zusammenarbeit mit Gewerkschaften

Außerordentlich gut läuft die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften an, insbesondere mit der IG Metall (IGM) in Salzgitter (mit ca. 35.000 Mitgliedern stärkste Einzelgewerkschaft in der Region). Die IGM hat in ihrem ablehenden Beschluß Konrad als»*Hebel der Vernunft*«bezeichnet, mit dem man die Verantwortlichen zwingen kann, mit dem Ausstieg Ernst zu machen. Ich habe im letzten Jahr zahlreiche Vorträge zu Konrad im Rahmen von Bildungsveranstaltungen und Referentenschulungen gehalten. Für die bundesweite IG Metall Zeitung haben wir gemeinsam eine Seite zu Konrad gestaltet.

Konrad Kongress als Auftakt

Als Auftakt für die im Mai 1989 angegkündigte öffentliche Auslegung der Pläne haben wir am 4.2.89 einen großen Konrad-Kongress mit ca. 400 Leuten durchgeführt, auf dem die gesamte Kritik an dem Projekt nochmals zusammengetragen wurde. Aktionen wurden hier nur andiskutiert, sollen aber auf einem Treffen am 28.2. in Salzgitter näher diskutiert werden. Es wird dann das erste Mal sein, daß sich die Gruppen Gedanken machen, welche Aktionen sie gut und angemessen finden.

Beteiligung an Einwendungen

Für die in der AG beteiligten Gruppen ist klar, daß sie sich an dem Einwendungsverfahren beteiligen. Sofort nach Beginn der Auslegung wird bundesweit eine Sammeleinwendung über das Büro der AG verschickt werden. Das Verfahren soll politisch genutzt werden, um unsere Argumente dazustellen, um noch weitere Kreise mit der Konrad-Problematik zu konfrontieren. Den meisten Aktiven ist klar, daß die Einwendungen alleine das Projekt nicht stoppen können. Politischer Druck ist notwendig. Doch erst die Praxis wird zeigen, in welchem Verhältnis Arbeit in Einwendungen und andere Aktionen investiert wird. So kann es zu einer spannden Frage werden, ob wir zu Beginn der Auslegung eine größere Demonstration veranstalten, um gleich deutlich zu machen, daß wir uns nicht nur auf die folgenden Einwendungen verlassen oder ob das für viele zur der Zeit ungelegen kommt, weil sie mit den Einwendungen beschäftigt sind.

Stellenwert Landtagswahl 1990

Bei der Diskussion über die Perspektiven des Konrad Widerstands geht es z.Zt. mehr um den Stellenwert der Landtagswahl im Juni 1990. Die Jusos und andere argumentieren, daß eine Voraussetzung für die Verhinderung von Konrad eine andere Landesregierung sei. Der Planfeststellungsbeschluß ist für Mitte 1990 geplant. Wenn noch weitere Verzögerungen eintreten, ist es durchaus möglich, daß dieser Beschluß erst nach der Landtagswahl getroffen werden kann. Davon ausgehend - so argumentieren die Jusos - müssen wir es schaffen, Konrad zum Wahlkampfthema zu machen und die SPD auf eine klare Konrad Ablehung festzulegen. Dies ist - bei aller Freude über die nue Beschlußlage der SPD zu Konrad - noch nicht der Fall. Wie die nebenstehende Aufstellung zeigt, gibt es z.Zt. noch verschiedene Schlupflöcher, durch die sich die SPD - wenn es die Situation erfordert - wieder zurückziehen könnte. Aufgabe ist es daher m.E. erstens, diese Schlupflöcher dicht zu machten und den Preis für ein Zurückziehen der SPD möglichst hochzuschrauben. Auf jeden Fall wird es wichtig sein, deutlich zu machen, daß wir

nicht auf die Wahlen vertrauen dürfen, sondern einen eigenen, starken und unabhängigen Widerstand aufzubauen.

Gesunde Empörung noch Mangelware

Es tut sich viel in der Region zu Konrad. Trotzdem fehlt noch der Funke, der viele ansteckt. Es fehlt die gesunde Empörung über die Sachzwänge, die ständig geschaffen werden. Insgesamt ist es noch zu ruhig, sind die Leute noch zu vorsichtig. Belebend könnte vielleicht sein, daß für zukünftige Veranstaltungen Leute aus Wackersdorf und Gorleben eingeladen wurden, die über ihre Erfahrungen bei sich berichten werden.

Verhinderung von Konrad als Hebel zum Ausstieg?

Wieweit eine Verhinderung von Konrad wirklich zur Stillegung von Atomanlagen führen würde, will ich hier nicht diskutieren. Auf jeden Fall ist über diesen Aspekt ein guter Anknüpfungspunkt für die Diskussion übver das gesamte Atomprogramm möglich und gemeinsame Aktionen denkbar. Außerdem ist die ablehnende Haltung zu Entsorgungsprojekten ein guter Maßstab für die Ernsthaftigkeit von Ausstiegsbeschlüssen. Bei der jetzt abgeschlossenen Unterschriftensammlung zum»*Salzgitteraner Appell*«(ca. 22.000) haben wir besonders aus dem Süden tatkräftige Unterstützung bekommen.

Welches Endlager ist (un)sicher?

Die Argumentation gegen ein Endlager gestaltet sich weitaus schwieriger als bei anderen Atomanlagen. Der Gedanke, daß»*der Müll ja irgendwo hinmuß*«, führt selbst bei kritischen Leuten zu halbherzigen Positionen. So sprachen sich die Lingener BI gegen die verstrahlte Molke aber gleichzeitig »für eine Endlagerung« aus. Auch Greenpeace forderte in seiner Zeitung neben dem Ausstieg auch die sofortige Endlagerung, ohne beide Forderungen in ein Verhältnis zu setzen. Nach entsprechenden Briefen von uns will Greenpeace»*diese Forderung so nicht mehr aufstellen*«.

Aber auch eine einseitige Argumentation mit der Unsicherheit eines Standortes kann gefährliche Auswirkungen haben. So ist es für hier wichtig, wenn gegen das Endlager Gorleben nicht nur mit der Unsicherheit argumentiert wird, denn so werden Stichworte geliefert, daß Konrad im Vergleich ja noch sicherer wäre (Grundfrage offenbar für die unterschiedliche Position der SPD in Niedersachsen zu Gorleben und Konrad). Selbst unabhängig davon ist die prinzipielle Ablehnung wichtig (»Über den vorhandenen Müll reden wir erst, wenn alle Atomanlagen stillgelegt sind«), denn Sicherheit ist eh relativ und schnell relativierbar.

Was ist wenn Stade abgeschaltet wird?

Über diese Frage sollten wir uns schon Gedanken machen, denn das das AKW Stade unter einer SPD-Regierung abgestellt wird, ist durchaus möglich. So kann die SPD ihren Ausstiegswillen dokumentieren und tut der Atombande nicht weh, die diesen alten Reaktor schon abgeschrieben hat. Doch dann kann der Druck auf uns als Endlagerstandort schlagartig zunehmen nach dem Motto:»*Wenn wir jetzt beginnen auszusteigen, könnt ihr euch doch nicht mehr gegen die notwendige Entsorgung sträuben.*«Auf jeden Fall ist es an der Zeit, endlich wieder das gesamte Atomprogramm und seine Verhinderung in den Blick zu bekommen und nicht bei einzelnen Anlagen oder Einzelaspekten stehenzubleiben.

Claus Schröder

Konrad Zeitplan der Genehmigungsbehörde (NMU):

Mai bis Juli 89: 2 Monate öffentliche Auslegung der Planunterlagen der PTB

Nov. 89: Erörterungstermin
Mitte 90: Planfeststellungsbeschluß, wenn positiv, dann Baubeginn

Mitte 90 bis Mitte 93: Umbauarbeiten
Mitte 93: Beginn der Einlagerung

Angebote

1. Vortrag über Ausstieg /Entsorgung / Schacht Konrad

Eine ReferentIn hält bei Euch einen Vortrag; am besten organisiert Ihr gleich mehrere an aufeinanderfolgenden Abenden, dann werden die Fahrtkosten (die wir von Euch bekommen müßten) nicht so groß. Der Vortrag mit Video und Dias umfaßt:

- Zusammenhang von Ausstieg und Endlagerung (Verhinderung von Konrad als »Hebel zum Ausstieg«? !?)
- Geschichte, Situation und Perspektive der »Entsorgung«
- Funktion und Gefahrenpotential eines Endlagers Konrad
- Stand des Verfahrens, Widerstand und Perspektiven

2. Neu erschienen: Buch »Atommüllendlager Schacht Konrad«

Das erste Buch über Schacht Konrad ist Anfang Dezember im SP-Verlag in Marburg erschienen und kostet im Buchhandel 19,80 DM (ca. 170 S.). Herausgeber sind Dirk Fischer, Klaus Ness, Muzaffer Perik (Jusos aus dem Bezirk Braunschweig) und Claus Schröder (Geschäftsführer der AG Schacht Konrad). Außer Beiträgen der Herausgeber enthält das Buch auch solche von Jens Scheer zur Niedrigstrahlung, Gerhard Glogowski (Oberbürgermeister von Braunschweig, SPD) zur Zukunft der Region und Andreas Gleim zur Funktion des Planfeststellungsverfahrens. Über das Büro der AG könnt Ihr das Buch im Schwarz-Weiß-Druck für 14,- DM (incl. Porto) bestellen.

3. Sammelmappe zu Schacht Konrad

Mitte Dezember hat das Umweltschutzforum Schacht Konrad Salzgitter, Mitgliedsgruppe der AG Schacht Konrad, eine neue Sammelmappe zu Konrad fertiggestellt. Auf dem stabilen Deckel sind die grundlegenden Informationen zusammengestellt; auf z.Zt. 7 Einlegeblättern sind Informationen zu verschiedenen Aspekten von Konrad zu finden. Preis 1,- DM (+ Porto/ ab 10 Ex. 0,80 DM + Porto).

4. Konrad Aktuell

Aktuelles zu Schacht Konrad, Kontaktadressen, Termine von Aktionen, Treffen und Veranstaltungen. Erscheint ca. alle sechs Wochen und wird vom Umweltschutzforum Schacht Konrad Salzgitter herausgegeben. Es wird gegen Spende regelmäßig zugeschickt von: Hannelore Uthoff, Wilhelm-Leuschner-Str. 16, 3320 Salzgitter 1

5. Konrad Pressespiegel

Dokumentation aller Artikel aus der regionalen und überregionalen Presse, sowie Fachzeitschriften, in den das Stichwort Konrad auftaucht. Erscheint alle 4 - 8 Wochen und wird von der Infostelle des Bundes kostenlos regelmäßig zugesandt: Infostelle des Bundes zur Nuklearen Entsorgung, Distelweg 1 b, 3320 Salzgitter 1

6. Öffentlicher Fragenkatalog zu ASSE II

Die AG Schacht Konrad hat Anfang November einen öffentlichen Fragenkatalog zum Atommüllendlager ASSE II (bei Wolfenbüttel) veröffentlicht und an die zuständigen Stellen zur Beantwortung verschickt. Die 16 Seiten starke Broschüre gibt gleichzeitig einen guten Überblick über die Umstände der Einlagerung von 1967 - 78 (125.000 Fässer wurden in der Zeit dort eingelagert) und die Versuche mit Atommüll, die auch noch in den nächsten Jahren weitergeführt werden sollen. Preis 1,50 DM (ab 10 Ex.:1,20 DM + Porto)

Die K(r)ämpfe der SPD ums Atomprogramm

1. KRAMPF

Es ist schon eine Schande, da gibt man sich so eine Mühe bei der Vertuschung von Reaktorunfällen, zahlt Schmiergelder, schafft über das Strahlenbundesamt eine von der Öffentlichkeit ausgeschlossene Narrenfreiheit für die Atommafia, schafft Untersuchungsausschüße, in denen sich die SPD als Anti-AKW-Partei profilieren soll, und dann hauen einen die treuesten Verbündeten in die Pfanne. (Böse Zungen behaupten ja, es wäre die Rache für das HTR-Geschäft mit der Sowjetunion.)

Das Beinahe-»*Restrisiko*«von Biblis, das mal so locker einigen hunderttausend Menschen das Leben gekostet hätte, wurde fast ein Jahr lang verschwiegen. Und wenn die US-Zeitung »Nucleonics Week« nicht gewesen wär, wüßte es heute noch niemand. Denn spätestens am 28.4. wurde dem Bund-Länder-Arbeitskreis »Aufsicht Reaktorbetrieb« der Störfall mitgeteilt. Somit wußten auch alle sozialdemokratisch geführten Länder Bescheid, also auch Jo Leinen (alten - AKW-GegerInnen vielleicht besser als Containér-Joe bekannt) und spätestens mit der Amtsübernahme der SPD in Schleswig-Holstein auch Engholm und sein in »neuen« Anti-AKW-Kreisen heiß umworbener Umweltminister.

Mittlerweile ist bekannt, daß Biblis kein Einzelfall war. Auch mindestens aus Stade sind solche »Eilfälle« (es wundert immer wieder, welche Phantasie die Bande bei neuen Wortschöpfungen an den Tag legt) bekannt geworden. Auf eine vorläufige Bestandsaufnahme der Beinahe-GAUs wollen wir auf Grund der Erfahrungen beim Fässer-Finden im »Transnuklearskandal« noch verzichten.

Fakt ist aber, daß die SPD bei der Vertuschung mitten drin hängt. Das ist an sich nichts Neues, war sie doch seit Anfang der 50er Jahre eine vehemente Pro-Atom-Partei, an dem sich bis heute nichts geändert hat. Nur versucht sie das unter anderem Markenzeichen zu verkaufen. Da bemüht sie sich den Grünen in den Forderungen nach »*schonungsloser Aufklärung*« des (Transnuklear)»Skandals« den Rang abzulaufen, gleichzeitig deckt und schützt sie die Atommafia in einer Form, die an Skrupellosigkeit nicht mehr zu übertreffen ist.

Die SPD-Führung hat sich ganz eindeutig für die Finanzinteressen einiger weniger entschieden und setzt dabei das Leben unzähliger Menschen bewußt aufs Spiel. Sie hätte spätestens am 28.4. (wahrscheinlich hat sie es auch schon vorher gewußt) mit dem Beinahe-GAU von Biblis an die Öffenmtlichkeit gehen können und damit im Anschluß an die Transnuklear-Vorfälle einen politischen Eklat heraufbeschwören können, der von der Atomindustrie nur schwer zu verkraften gewesen wäre. Auf alle Fälle hätte es die Anti-AKW-Bewegung wieder auf Hochtouren gebracht. Aber das war anscheinend auch der Grund, vor dem sie Angst hatte. Zudem wäre ihr Gefasel vom 10-jährigen Ausstieg auch nicht mehr haltbar gewesen. Das hätte zur Folge gehabt, daß sie sich als Pro-Atom-Partei hätte zeigen müssen. Die Mitglieder des ökologisch/»linken« Flügels wären weggelaufen, das Integrationsgeschwätz völlig unglaubwürdig geworden und so weiter.

Der sozialdemokratrische Aspekt von Biblis lautet: Beschlüsse taugen überhaupt nichts. Auf die Praxis kommt es an.

Die jetzt von einigen Spezialdemokraten an den Tag gelegte hektische Betriebsamkeit in Sachen »Sicherheit« von AKWs (z.B Brokdorf/Stade) ist ein Witz. Es geht nicht um »Nachbessern«, sonder um sofortiges Stillegen!!

2. KRAMPF

Im Info Nr.2 stellten wir die wesentlichen Aussagen der SPD von SZ,BS bis hin zur niedersächsischen Landtagsfraktion bzgl. Schacht Konrad vor. Mittlerweile hat sich eine kleine Neuerung ergeben, die im damaligen Info nicht berücksichtigt werden konnte. Im Oktober fand nämlich in Cuxhaven der Landesparteitag der SPD statt, auf dem u.a. ein Leitantrag des Landesvorstandes (Glogowski läßt grüßen) zur Atomernergie »einmütig« verabschiedet wurde (Informationen nach BZ, 17.10.88). Auf diesen Beschluß wird nun gern von sozialdemokratischen Stimmenfängern und tatsächlichen Anti-AKW-GegnerInnen verwiesen.

Wir konnten es nicht glauben und haben die Beschlüsse vom Landesvorstand angefordert und nach sechs Wochen das Warten abgebrochen. Freundlicherweise stellte uns dann die AG Schacht-Konrad den Leitantrag zur Verfügung. Wir zitieren im Folgenden noch einmal die BZ und dann den Leitantrag, der nach selbiger Zeitung unverändert verabschiedet wurde:»*Außerdem plädiert die SPD für einen sofortigen Aus-*

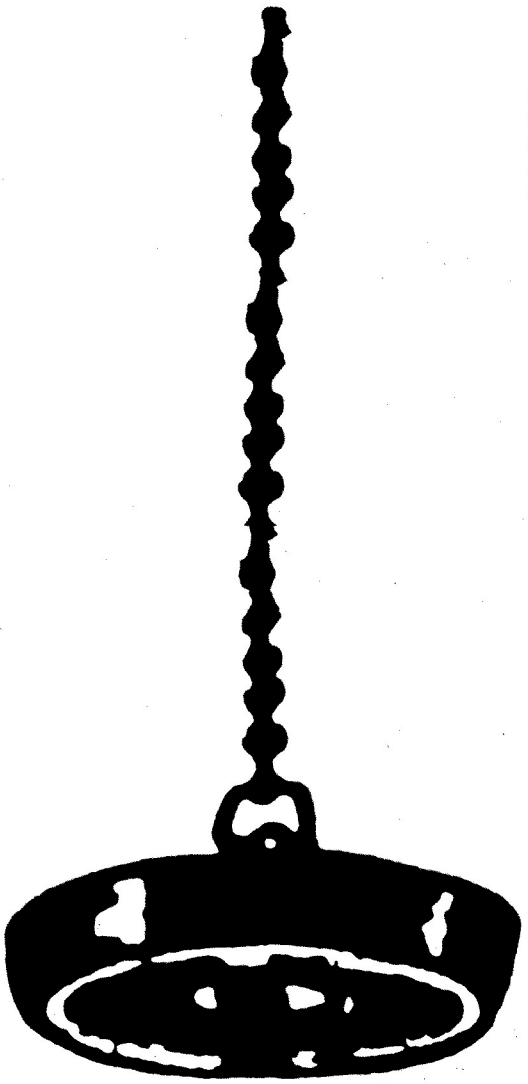
stieg aus der Kernenergie. Erster Schritt soll die Stillegung des Kernkraftwerk Stade sein. Ferner wird die Endlagerung atomaren Mülls aus Kernkraftwerken in der Schachtanlage Konrad ebenso abgelehnt, wie die von der Landesregierung vorgesehen Typengenehmigung für Modul-Hochtemperaturreaktoren...« (BZ, 17.10.88)
Und nun die entsprechenden Passagen aus dem Leitantrag:*»Eine sichere Energieversorgung bei geringer Umweltbelastung soll erreicht werden...durch die schrittweise Reduzierung des in Niedersachsen besonders hohen Anteils von aus Kernenergie erzeugten Stroms. In Niedersachsen kann mit dem Ausstieg aus der Kernenergie sofort begonnen werden. Die Überkapazitäten in der Stromerzeugung lassen es von heute auf morgen zu, mindestens ein Kernkraftwerk stillzulegen... Die niedersächsische SPD strebt an, das auf niedersächsischem Boden älteste und den modernsten Sicherheitsanforderungen nicht entsprechende Kernkraftwerk Stade stillzulegen...*
Entschieden lehnt sie die von der Landesregierung vorgesehene Typengenehmigung für Modul-Hochtemperaturreaktoren ab...
Für die Entsorgung der Kernkraftwerke und ihre künftige Beseitigung steht die niedersächsische SPD in der Mitverantwortung und wird ihren Beitrag dazu leisten...
Für die Position zur Entsorgung atomaren Mülls bekräftigt die niedersächsische SPD ihre Beschlüße, daß...angesichts der offensichtlichen Nichteignung von Gorleben als Endlager die Untersuchung alternativer Standorte und alternativer geologischer Formationen unumgänglich ist; die Endlagerung von atomerem Müll aus Kernkraftwerken und die Entsorgung stillgelegter Kernkraftwerke im Schacht Konrad abgelehnt wird. Ob und inwieweit die Entsorgung von anderem strahlenden Müll in Frage kommt, muß der Lösung noch offener Fragen im Planfeststellungsverfahren vorbehalten bleiben.»

Im Abschlußteil »erwartet« die SPD von einer sozialdemokratischen Landesregierung dann u.a. die Stillegung von Stade. Konrad und Stade wurden nicht mehr erwähnt. (Aussagen zur WAA und Vorstellungen zur Umstellung der Energiepolitik wurden von uns nicht erwähnt.)

Gehen wir der Reihe nach vor: Anscheinend war die BZ auf einem anderen Parteitag, wir wissen nur nicht, wo!? Die SPD will nicht sofort aussteigen, sondern nur *»schrittweise reduzieren«*. Wo und wie sie mal so gedenkt anzufangen, bleibt ein Geheimnis. Die Aussagen zu Stade müssen vor dem Hintergrund gesehen werden, daß der Landesvorstand über »Eilvorfälle«, zumindestens den vom 27.5.88, Bescheid gewußt hat. Das »Anstreben« der Stillegung hat nichts damit zu tun, daß die SPD das Wort *fordern* nicht schreiben kann, sondern daß sie keine klare Aussage treffen will, um alles beim Alten belassen zu können. Angesichts der Mitwisserschaft um die Bedrohung dieses Dings ist das schon eine Skrupellosigkeit sondergleichen. Aber etwas anderes von dieser Partei zu erwarten wäre Illusion. Interessant ist der Hinweis auf das Alter des AKW. Sollte uns das Ding nicht in den nächsten Jahren um die Ohren fliegen, haben wir die Chance (wenn es nach der SPD geht), daß ein Betriebswirtschaftler das AKW stillegt, weil es dann genügend abgeschrieben ist. Das könnte kurz davor als knallharte Forderung verkauft werden, genauso wie mit dem HTR und dem Endlager Gorleben, wo auf einmal ein entschiedener Sprachgebrauch an den Tag gelegt wird. Der Hintergrund dafür ist ganz einfach: Die Atommafia hat ihre Pläne zum HTR zumindestens vorübergehend umgestellt (siehe Geschäft mit der Sowjetunion) bzw. hat eingesehen, daß Gorleben auch technisch zu einem immer größeren Fiasko wird.

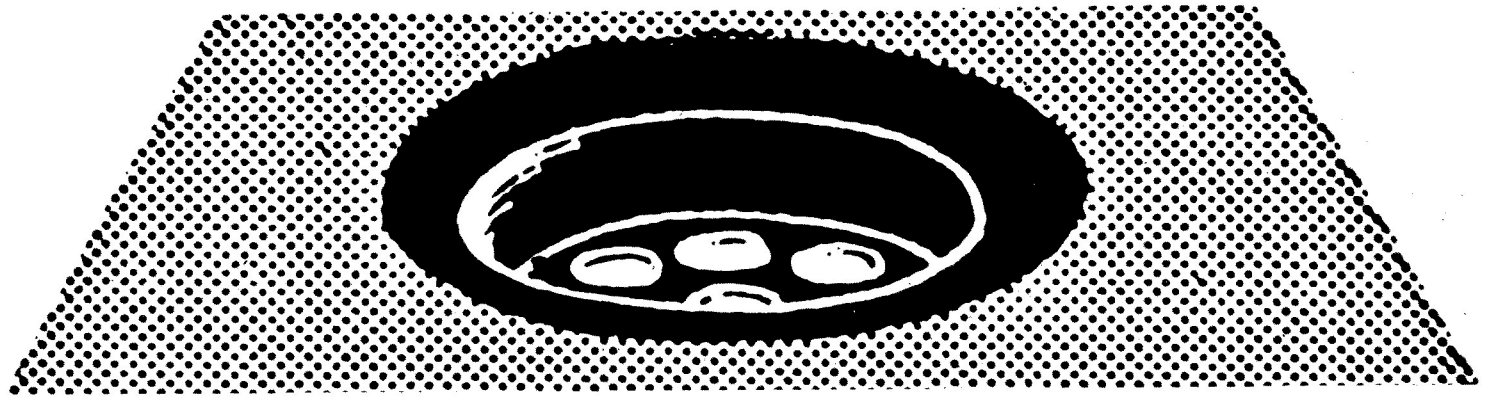
Kommen wir zu Konrad. Die SPD bekräftigt ihre Beschlüsse, daß in Konrad nicht eingelagert werden soll. Diese Beschlüsse gibt es aber nicht. Es gibt nur die Aussage, daß nach dem bisherigen Erkenntnisstand nicht eingelagert werden soll. Auf diese bewußte Gummiformulierung sind wir im Info Nr. 2 schon eingegangen.

Eine völlige Entblödung und Rückbesinnung auf den verstrahlten Krankenhausmüll etc. ist die Formulierung, daß die Endlagerung von anderem verstrahltem Müll im Planfeststellungsverfahren zu klären ist. Es wird ja gemunkelt, daß unser künftiger Landesvater Schröder Jurist gewesen sein soll. Dann hat auch er bestimmt schon was vom Atomgestz gehört. Und da steht nichts von dieser sozialdemokratischen Klassifizierung von Atommüll.
Fazit: es ist zum Kotzen!!!



Entnommen aus: *Info Nr. 3, Arbeitskreis gegen Atomenergie, Braunschweig. Postanschrift: Arbeitskreis gegen Atomenergie BS, c/o ASTA TU BS , Katharinenstr. 1. Spendenkonto: Sabine Theiss, Postscheckamt Hannover, BLZ: 25010030, Kt.Nr.: 431111-307*

(Ein unheimlich beschissenes Gefühl)



Schleswig-Holstein:

Landesregierung organisiert ihre Niederlagen, die Anti-AKW-Bewegung ihren Widerstand!

In drei Prozessen hat das schleswig-holsteinische Energieministerium im Februar Niederlagen gegen die Betreiber einstecken müssen. Der schwach-aktive Abfall aus Brunsbüttel darf jetzt auf eine nicht besonders abgedichtete Deponie gekarrt werden. In den beiden anderen Prozessen, die das AKW Brokdorf betreffen, entschied das Gericht, daß der Betreiber keine Reparaturanlage für gebrochene Zentrierstifte bauen muß und erlaubte, daß in Brokdorf plutoniumhaltige MOX-Brennelemente verwendet werden dürfen.

Zumindest in den beiden Brokdorf betreffenden Fällen hat sich der schleswig-holsteinische Energieminister Jansen die Niederlagen selbst organisiert. Im Fall der Zentrierstifte, die während der showmäßigen 14-Tage-Stillegung von Brokdorf im August letzten Jahres zum Streitpunkt geworden sind, hat Jansen sich alle Argumente selbst aus der Hand geschlagen, indem er beim TÜV per Gutachten bestätigen ließ, daß ein Weiterbetrieb des AKW Brokdorf ohne vorherige Zentrierstiftprüfung sicherheitstechnisch

unbedenklich wäre. Dieses Gutachten beim Atom-TÜV war ein völlig überflüssiges Entgegenkommen gegenüber den Betreibern. Im Prozeß war dieses Gutachten die stärkste Waffe der Betreiber. Die Bereithaltung einer Reparaturmöglichkeit für die Zentrierstifte hätte als Auflage aus der 2. Teilbetriebsgenehmigung schlicht eingefordert werden müssen (siehe: Interview mit K. Hinrichsen in dieser atom).

Auch im Falle des MOX-Einsatzes hat Jansen jegliche Konfrontationsbereitschaft vermissen lassen. So hatte er sich nicht einmal, wie ursprünglich angekündigt, der Verfassungsklage der SPD gegen die Plutoniumwirtschaft, die auch den MOX-Einsatz umfaßt, angeschlossen. Auch gegenüber der Hinrichsen-Klage hat er sich im Punkt des MOX-Einsatzes lediglich als Neutral erklärt (siehe Interview mit Hinrichsen in dieser atom). Solche Signale der Neutralität schufen natürlich die schlechteste Ausgangsposition gegenüber einer Feststellungsklage der Atomwirtschaft.

»29.4. Demo in Kiel«

In seiner Einzelkämpfermentalität hat der Energieminister Jansen bisher einen einzigen Scherbenhaufen produziert. Jegliche Aussicht auf einen Ausstieg in Schle g-Holstein wird auf diesem Weg systemat zerschlagen.

Jetzt deutet sich a., daß Jansen Bereitschaft zeigt, den Aufforderungen nach Gesprächen seitens der »alten« Anti-AKW-Bewegung entgegenzukommen. Am 2. März soll in Rendsburg ein offener Gesprächstermin zwischen Anti-AKW-Bewegung und dem Energieminister stattfinden, auf den 10 Initiativen aus dem nördlichen Schleswig-Holstein gedrängt haben.

Für den April wird von der Landeskonferenz der Schleswig-Holsteinischen Anti-AKW-Bewegung (vorbehaltlich des endgültigen Votums der Initiativen auf der nächsten Landeskonferenz am 26. Februar) eine Podiumsdiskussion mit dem Energieminister angestrebt, für die dieser seine Bereitschaft zur Teilnahme signalisiert haben soll.

Ob in dieser Gesprächsbereitschaft eine Öffnung gegenüber der Anti-AKW-Bewegung gesehen werden kann, bleibt höchst fragwürdig. Angesichts dessen, wie Jansen sich bisher in Gesprächen aufgeführt hat, z.B. gegenüber den Brokdorf-BlockiererInnen (vgl. atom Nr. 23, Okt./Nov. 88), oder wie er Gespräche rein taktisch für sich nutzt, z.B. gegenüber den Grünen (siehe Interview mit K. Hinrichsen in dieser atom), bleibt auch hier zu fragen, ob die frühlingshaften Signale nicht rein taktisches Gut-Wetter-machen im Vorfeld des Tschernobyl-Jahrestages sind.

Für den 29. April wird eine landesweite Anti-AKW-Demo in Kiel vorbereitet. Angesichts ihrer derzeitigen Politik muß die Schleswig-Holsteinische Landesregierung sich nicht wundern, wenn auf dieser Demo nicht nur Ausstiegspolitik eingefordert wird, sondern auch der Protest und Widerstand gegen die Aufschiebpolitik der Landesregierung zum Ausdruck kommt.

Interview mit dem Brokdorf-Kläger Karsten Hinrichsen

Öffnen Sie die Giftschränke, Herr Jansen.

Der Ruf des Atomministers Jansen als Aussteiger hält sich hartnäckig. Dabei ist mittlerweile ein 3/4 Jahr vergangen, ohne daß in Schleswig-Holstein auch nur erste Schritte erkennbar sind. Im Gegenteil häufen sich die Fälle, wo Jansen Möglichkeiten zu befristeten oder auch längerfristigen Stillegungsverfügungen verstreichen läßt.

Jansen macht sich, in der Hoffnung den Ausstieg über den Good-will der Atomindustrie zu erreichen, zum Büttel der Atomindustrie. Mangels eigener Courage und in Anbetung des goldenen Kalbes Wahl wird der Ausstieg heute geopfert. Mit den Ausstiegshoffnungen der Menschen soll auch noch der nächste Bundestagswahlkampf gewonnen werden.

Das derzeit oberste Interesse Jansens, um diesen Aufschub zu erreichen, ist die Stillegung der Anti-Akw-Bewegung. In diesem Sinne wird versucht, die Grünen über Gespräche zu befrieden und bei den Nach-Tschernobylgruppen wird versucht, sie über Geschenke von Meßgeräten aber notfalls auch mit Lügen einzubinden. Der »Verein Eltern für unbelastete Nahrung« in Schleswig-Holstein mit ca. 5-6000 Mitgliedern, von 8000 Mitgliedern bundesweit, ein wichtiges Potential dar. Dem radikaleren Teilen der Anti-Akw-Bewegung wird die kalte Schulter gezeigt. Nachdem die Brokdorf-BlockiererInnen von Jansen zum Einstellen ihrer Blockaden aufgefordert wurden, torpediert er jetzt den Prozeß des Brokdorf-Klägers Karsten Hinrichsen.

Wir interviewten Karsten zu seinen Erfahrungen mit dem Energieminister und zu seinem Prozeß. Karsten Hinrichsen (46 Jahre) ist von Beruf Diplom-Meteorologe. Seit 5 Jahren wohnt er in Brokdorf. In der Anti-Akw-Bewegung ist er seit gut 10 Jahren aktiv. Er arbeitete als Sachbeistand in der Prozeßgruppe zur Unterstützung der Brokdorf-KlägerInnen. Nachdem sie sich mit der Atomlobby verglichen hatten, klagt Karsten Hinrichsen seit November 1986 selbst gegen das AKW Brokdorf.

Brokdorf-Kläger: K. Hinrichsen

atom: Karsten, es hat neben Deiner Klage noch weitere Prozesse gegen das AKW Brokdorf gegeben. Eine Klägerin hat auf Drängen Jansens ihre Klage fallen gelassen. Bist Du jetzt der einzige Kläger gegen Brokdorf, oder wie steht es um die anderen Klagen und Prozesse?

Karsten: Gegen die 2. Teilbetriebsgenehmigung haben meines Wissens Lars Hennings und ich und Frau Martens aus Wilster geklagt. Weil Frau Martens auf Drängen des Energieministeriums von ihrer Klage zurückgetreten ist, sind meines Wissens nur noch zwei Klagen übriggeblieben, die von Lars Hennings und meine Klage.

atom: Worum geht es bei Deiner Klage und was umfasst diese 2. Teilbetriebsgenehmigung?

Karsten:In der 2.Teilbetriebsgenehmigung geht es um die nukleare Inbetriebnahme. Sie umfasst die erste Auslösung der Kettenreaktion, den Leistungsbetrieb und von der Atomlobby durchgesetzt, auch noch den Dauerbetrieb.

atom: Die letzte Verhandlung in Deinem Prozeß fand am 12./13. Dezember statt. Wie lief das ab?

Karsten: Ich will dazu ein wenig ausholen. Wir hatten versucht, nach dem Regierungswechsel mit dem neuen Energieminister Herrn Jansen ins Gespräch zu kommen, um auszuloten, inwieweit es zumindest ein bedingtes Zusammengehen in diesem Prozeß geben könne. Alle Briefe, die ich geschrieben habe, sind unbeantwortet geblieben und je näher der Erörterungstermin rückte, desto deutlicher wurde, daß Jansen auch von mir wollte, daß ich meine Klage zurückziehe. In der Woche vor dem Prozeß, für den eine Woche angesetzt war, hat dann das Gericht entschieden, daß es keine mündliche Verhandlung geben soll, sondern daß ein Erörterungstermin stattfinden soll. Die Begründung war, der Prozeßstoff sollte erst einmal gestrafft werden. Auffällig ist aber, daß diese Entscheidung des Gerichtes einen Tag nach Bekanntwerden des dicken Störfalls in Biblis gefällt worden ist. Wir vermuten: das Gericht wollte hier über diesen Beschluß die Öffentlichkeit ausschließen, denn Erörterungstermine finden in der Regel ohne Öffentlichkeit statt.

Der Prozeß lief dann sozusagen im internen Rahmen ab: statt normalerweise 7 Richtern nur ein Richter, dazu der Beklagte, also die Behörde, der Kläger und die Beigeladenen, KWU, Preußen Elektra und die Brokdorf GmbH. Der Ablauf war

Brokdorf-Verteidiger: G. Jansen

dann so, daß der Prozeßbevollmächtigte der Landesregierung beantragt hat, meine Klage abzuweisen. Auch gegen meinen Beweisantrag, Sachverständige zu dem Thema zu hören, ob ich tatsächlich oberhalb der gesetzlich zulässigen Grenzwerte belastet bin, hat die Landesregierung den Antrag gestellt, daß das Gericht das ablehnen möge. Hilfsweise wurde darüberhinaus noch beantragt, wenn Sachverständige gehört werden sollten, dann sollten es die alten TÜV-Sachverständigen sein, die damals schon für die CDU-Landesregierung gegutachtet hatten, daß alles in Ordnung sei.

atom: Das passt ja dazu, daß die SPD-Landesregierung sich im Prozeß durch den altgedienten und noch aus CDU-Zeiten berüchtigten Atomjuristen Dr. Schattke vertreten lassen hat. Wie hätte sich das Energieministerium in Deinem Prozeß Deiner Meinung nach verhalten können oder sollen.

Karsten: Daß der neue Energieminister, obwohl er sich einen neuen Atomjuristen in die Behörde holte, dennoch wieder auf Dr. Schattke zurückgegriffen hatte, hat uns sehr erstaunt.
Konkret in diesem Prozeß hätte Jansen verschiedene Möglichkeiten gehabt, wie er sich hätte verhalten können. Bei Argumenten, die er richtig findet, hätte er vortragen lassen können: die Argumentation des Klägers ist richtig, der Beklagte erkennt an, daß hier bei der Erteilung der Betriebsgenehmigung Fehler gemacht wurden. Das wäre die stärkste Unterstützung für mich. Eine 2. Möglichkeit wäre, daß Jansen überhaupt keine Anträge stellt, sich sozusagen der Stimme enthält. Und die dritte Möglichkeit, die Jansen leider ergriffen hat, ist, daß er alle Anträge von meiner Seite beantragt hat abzulehnen.

atom: Du erwähnst in Deinem offenen Brief einen Fall, in dem sich Jansen in einem Antrag neutral verhalten habe. Was war das für ein Antrag?

Karsten: Das war in der Frage des Einsatzes von Plutonium-Brennelementen in Brokdorf. Die Bundes-SPD hat ja bezüglich des Einstiegs in die Plutoniumwirtschaft eine Verfassungsklage angestrengt, was auch den Einsatz von Plutonium-Brennelementen in AKWs einschließt. Wenn Jansen gegen mich in dieser Frage einen Gegenantrag gestellt hätte, in der Frage, in der die SPD Verfassungsklage betreibt, das wäre ihm wohl zu peinlich gewesen. Wir sind so verblieben, daß das Gericht gesagt hat, der Kläger kann noch weitere Beweisanträge bis Mitte Januar stellen. Mitte März soll dann die mündliche Verhandlung stattfinden.

atom: Nach dem Erörterungstermin im Dezember hat die Presse-und Informationsstelle der Landesregierung in Schleswig-Holstein zu Deinem Prozeß eine Presseerklärung herausgegeben. Jansen wirft Dir darin vor, daß Du eine klare Argumentation vermissen läßt und Deine Chancen vor Gericht deshalb äußerst gering sind. Deshalb könne er es sich nicht leisten, sich Deiner Klage anzuschließen. Was meinst Du dazu? Das sind ja harte Vorwürfe?

Karsten: Jansens Vorwürfe sind von so pauschaler Art, daß ich mir keinen Reim darauf machen kann. Auch meine mehrmaligen Gespräche mit dem neuen Leiter der Reaktorsicherheitsabteilung haben keine konkreten Hinweise dafür geliefert, daß ich Fehler mache.
Ich habe vielmehr den Eindruck, daß Jansen hier in der Öffentlichkeit Politik macht, einen Kläger diskreditieren und ihn von seinen möglichen Unterstützern trennen will. Meine Argumentation ist klar. Ich halte die 2. Teilbetriebsgenehmigung insbesondere deswegen für rechtswidrig, weil im Normalbetrieb eine so große Menge radioaktiver Stoffe abgegeben werden darf, daß die Dosisgrenzwerte der Strahlenschutzverordnung überschritten werden. In diesem Punkt klage ich aus persönlicher Betroffenheit als Anwohner. Zu diesem Hauptpunkt, nämlich meine persönliche Betroffenheit, glaube ich, daß es keinen kompetenteren Kläger als mich in der ganzen BRD gibt. Darüberhinaus geht es um die Frage der Entsorgung, der Sicherheit, menschlichen Fehlverhaltens und um den Einsatz von Plutoniumbrennelementen. Der Streit hat sich inzwischen auf einer neuen Ebene fortgesetzt. In seiner Stellungnahme im Informationsblatt der »Eltern für unbelastete Nahrung« behauptet Jansen nun, er hätte nie, auch nicht im Vorfeld des Prozesses Anträge gestellt, die mich als Kläger in meinem Prozeßvorgehen behindert hätten. Das ist eine ganz dicke Lüge. Wenn jemand beantragt, die ganze Klage abzulehnen und auch den Hauptbeweisantrag noch beantragt abzulehnen, dann weiß ich nicht was das anderes sein soll. Das ist nicht nur Behinderung, das ist das Beziehen einer Gegenposition, die darauf zielt, meine Klage zu Fall zu bringen.

Das Objekt Brokdorf ...

atom: Du schreibst in Deinem offenen Brief an die Landesregierung auch von der »Nichterfüllung einer Auflage« in der von Dir beklagten 2. Teilbetriebsgenehmigung. Worum handelt es sich dabei?

Karsten: Es gibt eine Auflage in der 2. Teilbetriebsgenehmigung, wonach der Betreiber bis zum Ende des ersten Brennelementewechsels eine Vorrichtung vorhalten muß, mit der die Kernbauteile überprüfbar sind. Das hat bereits eine Rolle gespielt. Zu diesen Kernbauteilen gehören nämlich auch die Zentrierstifte, von denen nachweislich auch einer gebrochen war und weshalb Brokdorf von Jansen ja 14 Tage stillgelegt worden ist, aber nur um es so schnell wie möglich wieder anfahren zu lassen. Ursprünglich hat Jansen damals gesagt, er würde das Kraftwerk nicht ans Netz gehen lassen bis alle Zentrierstifte überprüft worden wären, wozu er nach der 2. Teilerrichtungsgenehmigung verpflichtet gewesen wäre. Was macht Jansen? er beauftragt den TÜV ein Gutachten machen zu lassen, ob das AKW Brokdorf, wenn es mit ungeprüften Zentrierstiften ans Netz gehen würde, dann noch sicher zu betreiben wäre. Das hat der TÜV natürlich als völlig unbedenklich bestätigt. Das Ding ist: Jansen hat dabei übersehen, oder nicht sehen wollen, daß er wegen dieser nicht erfüllten Auflage gar kein zusätzliches TÜV-Gutachten gebraucht hätte. Er hätte einfach sagen brauchen: erfüllt die Auflage und dann könnt ihr wieder ans Netz. Die Auflage ist immer noch nicht erfüllt.
Stattdessen hat er sich in der Presse als Aussteiger aufgespielt, als jemand, der ganz streng mit den Betreibern ins Gericht geht und in Wirklichkeit hat er alles getan damit die Betreiber möglichst schnell wieder ans Netz gehen können. Konkret läßt er damit gute Möglichkeiten aus, den Betreibern Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

atom: Hat Jansen überhaupt ein Ausstiegskonzept? Im Herbst 1988 wollte er bereits eine Ausstiegskommission ins Leben rufen. Nun soll dieses Gremium erst im April seine Arbeit aufnehmen. Jetzt will er ein Entsorgungsgutachten erstellen lassen. Das wirkt alles ziemlich zerfahren. Wie stellt sich Dir das dar?

Karsten: Jansens Terminplan ist schon sehr nach Rückwärts ins Trudeln geraten. Bisher hat er keine Ausstiegsgruppe beisammen. Er hat ein vierköfiges juristisches Beratungsgremium zusammengetrommelt. Einer aus diesem Beratungsvierer soll ein Entsorgungsgutachten schreiben. Dieses Entsorgungsgutachten soll aber ausdrücklich nichts mit Ausstiegsgutachten zu tun haben.
Ich glaube, daß Jansen in der Öffentlichkeit sehr geschickt operiert. Er stellt sich dar als der Aussteiger und bezüglich meines Prozesses als der

einzig mögliche Aussteiger, indem er sagt ich soll endlich aufhören. Wenn man konkret fragt, was er konkret in dem 3/4 Jahr geleistet hat in Richtung Ausstieg, ist das sehr wenig. Ich habe schon eine Fehlhandlung genannt. Die erste Fehlhandlung war aber, daß er den Betreibern des AKW Brunsbüttel gestattet hat, die 21 Mol-Fässer, die während des Transnuklearskandals unrechtmäßig im AKW Brunsbüttel abgestellt wurden, jetzt dort doch zu lagern. D.h. er hatte hier die Möglichkeit den Betrieb zu untersagen, weil der Betreiber nicht zuverlässig ist.

atom: Da muß man/frau sich ja erinnern: In seiner Regierungserklärung hat Engholm gesagt:»Wir sind nicht bereit die von Mol über Transnuklear im Kernkraftwerk Brunsbüttel falsch deklarierten angelieferten Fässer, die auch Plutonium enthalten, bei uns zwischenzulagern. Sie müssen unverzüglich nach Mol zurück.«

Karsten: Ja, stattdessen hat Jansen entsorgen helfen, indem er eine Genehmigung erlassen hat, sie dürften ja jetzt gelagert werden. Das gleiche Spiel in Brokdorf. In Brokdorf wurde ja bekannt,daß die Notspeisedieselpumpen von Anbeginn defekt waren. Ein Ausstiegswilliger Energieminister hätte diesen Anlaß dazu nutzen müssen und argumentieren müssen, wenn ein so wichtiges Teil zwei Jahre unbemerkt defekt ist, was zu schwersten Unfällen hätte führen können, dann ist es nicht auszuschließen, sondern vielmehr schon wahrscheinlich, daß in so einem riesigen Kraftwerk auch noch die Fehlerhaftigkeit anderer technischer Details übersehen worden ist. Hier hätte gesagt werden müssen: Das Kraftwerk muß vom Netz und alles muß aufs Neue detailliert überprüft werden. Auch diese Möglichkeit hat Jansen nicht genutzt, sondern ist damit einverstanden gewesen, daß die fehlenden Teile noch während des Betriebes angebracht wurden und dazu nicht einmal abgeschaltet werden mußte. Die Frage des Ausstiegs muß man nach den Taten bewerten und die Taten sind eindeutig so, daß Jansen eine ganze Reihe von Möglichkeiten,nach einem 3/4 Jahr als Energieminister, nicht genutzt hat und keinen einzigen konkreten Schritt in Richtung Ausstieg gegangen ist.

atom: Das heißt, Du bewertest die Zukunftsaussichten für einen Ausstieg eher düster?

Karsten: Es hat ja sehr viele Anfragen von Anti-AKW-Gruppen an Jansen bis hin zu Robin Wood gegeben, ob er nicht Veranstaltungen mit ihnen zusammen machen möchte. Bis auf wenige Ausnahmen sind sie von Jansen gar nicht oder abschlägig beantwortet worden. Ich bin mehr denn je der festen Überzeugung, daß es einen Ausstieg ohne Anti-AKW-Bewegung, die auch fordert und öffentlich deutlich hörbar ist, überhaupt nie geben wird.

atom: Du beklagst Dich bitter über die mangelnde Kooperation der Landesregierung. Angesichts der Informationen, die Du von der Landesregierung angefordert hast, stellst Du sogar eine Blockadepolitik fest. Du schreibst in Deinem offenen Brief:»Vielen Ansätzen konnten die Kläger dieser Verfahren nicht weiter nachgehen, weil ihnen die notwendigen Informationen fehlten. In der Behörde sind diese Kenntnisse aber vorhanden.« Dann sprichst Du weiter von » Giftschränken,« die da unter Verschluß gehalten werden. Was sind das für» Giftschränke« und welche Informationen gibt es dort, die für einen erfolgreichen Prozeß wichtig wären?

Karsten: Ich bin überzeugt, daß in der Behörde Unterlagen vorhanden sind, die einen Teil meines bisherigen Vorbringens stützen würden, wenn die Landesregierung bereit wäre diese» Giftschränke« zu öffnen. Ich habe beim Energieministerium Antrag auf Akteneinsicht gestellt. Das wurde abgelehnt. Es ist so. Die Genehmigung eines AKW ist ein komplizierter Vorgang. Er spielt sich ab im Kräftefeld Genehmigungsbehörde, Betreiber und Erbauer, der KWU. Aufgrund unserer Kenntnis von Teilen des internen Schriftverkehrs sind wir der Meinung, daß da sehr viele Agreements getroffen worden sind, von denen wir vermuten, daß sie jenseits der Rechtmäßigkeit liegen, und daß es darüber Aktenvermerke in der Genehmigungsbehörde gibt. Die müssen eben hervorgeholt werden. Sie sind jetzt, weil die Behörde sich schützt, nicht den Prozeßakten beigegeben.Aber eine ausstiegswillige Landesregierung könnte diese»Giftschränke» öffnen und gucken, wo es da Mauscheleien gibt, die das Vorbringen eines Klägers schützen könnten.

atom: Du sprichst in Deinem offenen Brief die 4. Teilerrichtungsgenehmigung an und fragst, ob die »Giftschränke« auch für die Prozesse gegen diese Genehmigung verschlossen bleiben werden. Kannst Du das kurz noch ein wenig ausführen?

Karsten: Für die endgültige Abschaltung des AKW Brokdorf kommt der 4. Teilerrichtungsgenehmigung große Bedeutung zu, da hier die gesamte Technik des AKW, bis auf Ausnahmen, die erst mit der Betriebsgenehmigung genehmigt worden sind, angesprochen ist. Diese 4. Teilerrichtungsgenehmigung wird von Lars Hennings beklagt. Sie bietet dem Kläger und einer möglicherweise ausstiegswilligen Genehmigungsbehörde die Möglichkeit das AKW Brokdorf vom Konzept und von der Thematik menschlichen Fehlverhaltens und der Sicherheitsproblematik zu Fall bringen.
Das heißt also diese 4. Teilerrichtungsgenehmigung ist für die Behörde der Niet-und Angelpunkt für einen Ausstieg, der begründet werden soll mit Sicherheitsmängeln. Meine Frage ist, ob das Energieministerium auch Lars Hennings, wenn dessen Prozeß mal vorankommen sollte, genauso mies behandeln will?

Es hat Gespräche zwischen den Grünen Schleswig-Holstein und dem Energieministerium gegeben. Wie ist das zustandegekommen und was ist dabei herausgekommen?

Karsten: Das Energieministerium ist an den Landesvorstand der Grünen herangetreten und hat um ein Gespräch nachgesucht. Die Intention dieses Gespräches war, die Grünen zu befrieden. Konkrete Dinge sind vom Energieministerium bei diesem Gesprächstermin nicht zugesagt worden. Es wurde über zwei Themenkomplexe gesprochen: 1. Eine veränderte Energiepolitik. und das zweite Thema war Ausstieg und da insbesondere mein Prozeß. Da hat Jansen auf meine Frage, ober er meinen Prozeß auch dann schädlich finden würde, wenn ich gewinnen würde, sehr ausweichend geantwortet. Auf meine Nachfrage hat dann sein Abteilungsleiter Gustav Sauer geantwortet: Ja. Warum sogar ein gewonnener Prozß für den Ausstieg schädlich sein soll, das ist mir wirklich nicht mehr einsichtig.

atom: Wir wollen nochmal auf den Prozeß zurückkommen. Wie geht das jetzt weiter? Wann steht die nächste Verhandlung an, wie siehst Du dem entgegen und was erhoffst Du Dir?

Karsten: Die mündliche Verhandlung wird Mitte März sein. Es wäre gut, wenn viele Leute, insbesondere auch gegenüber der Landesregierung deutlich machen, daß sie mit dem bisherigen Verhalten des Energieministeriums in diesem Prozeß überhaupt nicht einverstanden sind. Eines muß Jansen fürchten, daß viele Leute mitbekommen, daß er die Anti-AKW-GegnerInnen an der Nase herumführt und nicht die Situation nutzt, sondern umgekehrt den Kläger sogar behindert. Wenn das sehr viele wüßten und gegenüber der Landesregierung zum Ausdruck brächten, daß sie dieses miese Spiel durchschaut hätten, das würde Wirkung zeigen. Ich wünsche mir, daß in dem verbleibenden Monat politisch und in der Öffentlichkeit Druck gemacht wird, daß sichtbar wird, daß hier kein einzelner Spinner klagt, sondern daß hier stellvertretend geklagt wird, für eine große Bevölkerungsgruppe.
atom: Karsten ,wir danken Dir für dieses Gespräch und wünschen uns gemeinsam viel Erfolg in Deinem Prozeß.

Das Gespräch für die atom führten: Christian und Werner aus Lübeck und Reinhard aus Hamburg.

Foto: Käpt'n Nuß

OVG Lüneburg

Hafen Emden —

ein Umschlagplatz für jeden Schrott?

Im Mai stellte die EVAG (= Emder Verkehrsgesellschaft) einen Antrag auf Umschlag von abgebrannten Brennelementen (BE) aus dem Versuchskraftwerk Kahl/Bayern. Daraufhin trafen sich ca. 50 Gegnerinnen der Atomtransporte und organisieren eine weiträumige Beobachtung. Der für Anfang Juni 88 geplante Transport wurde kurzfristig auf unbestimmte Zeit verschoben. Es gründete sich das Emder Anti-Atom-Plenum (AAP), daß sich dann regelmäßig traf.

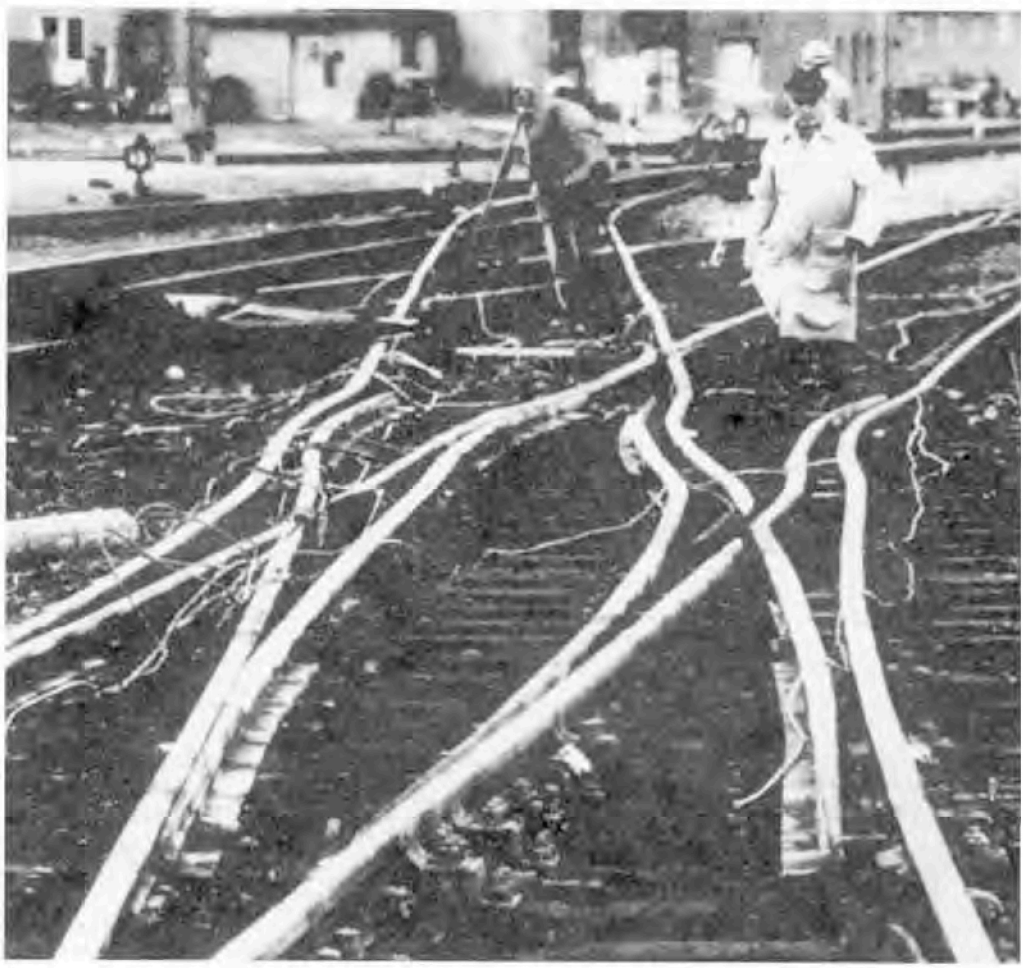
Anfang Oktober verdichteten sich die Informationen, daß der geplante Abtransport kurz bevorstünde. Am 4. und 5. Oktober fanden daraufhin drei Demonstrationen statt. Der durch eine starkes Polizeiaufgebot begleitete Transport konnte leider nicht von den Demonstrantinnen verhindert werden. Nach dieser Emder "Atom-Show" wurden die Atomtransporte zum Thema Nr. 1 in Ostfriesland.

Langsam versucht auch die SPD und Teile der FDP auf den fahrenden Zug der Protestwelle aufzuspringen.

Völlig überraschend für die Atommafia wurde der Rücktransport der leeren BE-Behälter am 25. Oktober durch eine Blockadeaktion bei Nacht und Nebel am Emskai behindert. Am 14. November fand eine, von Unterstufenschülerinnen organisierte, großartige Demonstration, während der Unterrichtszeit zu diesem Thema statt. Einige Schülerinnen müssen jetzt noch mit Repressalien von Seiten der Bezirksregierung, Schulleitern und Lehrerinnen kämpfen.

Am Vortag des 2. BE-Transportes (04.12.88, 17.00 Uhr) trafen sich ca. 6000 Leute aus Ostfriesland zu der bisher größten Demonstration und Kundgebung auf dem Rathausplatz der Stadt Emden. Um 2.00 Uhr nachts trafen sich dann nachmals gut 1000 Gegnerinnen in einer Kirche (die die ganze Nacht geöffnet war). Von dort aus ging es zu einem Bahnübergang. Dieser wurde besetzt, da der Schienenstrang zum vermuteten Umschlagsort, dem Emskai, führt. Die Besetzung wurde die ganze Nacht aufrecht erhalten und am Morgen durch zahlreiche Schülerinnen unterstützt. Parallel zu dieser Aktion auf den Schienen, behinderte das Greenpeace-Schiff "Mobby Dick" das Einlaufen des Atomfrachters Sigyn. So blieb der Atommafia nichts anderes übrig, als ihre Umschlagsort- und -zeitpläne zu ändern. Die BE wurden in einem anderen Hafenbereich umgeschlagen.

Die Ereignisse in Emden im letzten 3/4Jahr haben gezeigt, daß die Ostfriesen nicht für jeden Schrott zu haben sind. Schließlich war es nicht das erste Mal, daß die Landesregierung versucht hat, in das von Arbeitslosigkeit geprägte Ostfriesland Giftmüll jeglicher Art (Endlagerung von Giftmüll in Salzkavernen, HTVA, Umschlag von Giftmüll zur Verbrennung auf See) zu schicken. Sensibilisiert durch die jüngsten Ereignisse in der Atomindustrie (Tschernobyl, Transnuklear-Skandal usw.) und die direkte Betroffenheit entstand in relativ kurzer Zeit ein großes Bündnis gegen Atomtransporte.



Zusammengefaßt im AAP wurden am Beispiel Lübeck Eingriffsmöglichkeiten aufgezeigt und ein immer breiter werdender Widerstand initiiert. Hinzu kam, daß die BE-Behälter, im Gegensatz zum Tschernobyl-Unglück, etwas faßbares darstellen. Welches Interesse hinter den Transporten steckt, zeigt das Ausmaß der Kriminalisierungswelle seit dem ersten Transport. Mit teilweise grotesken Begründungen laufen derzeit Verfahren wegen Verstoß gegen § 315. Dies ist ein Versuch der gezielten Einschüchterung jeglichen Widerstandes gegen die Transporte. Ganz zu schweigen von den Film- und Foto-Trupps der politischen Polizei, der diversen Personalienfeststellungen und den vermuteten Telefonabhöraktionen. All diese Einschüchterungsversuche stellen für uns einen besonderen Grund dar, den Widerstand breiter zu machen und nach vorne zu bringen.

Die Ostfriesinnen haben gezeigt, daß sie sich nicht mehr alles gefallen lassen, wobei uns die Unterstützung aus ganz Norddeutschland und den Niederlanden einen Schritt nach vorne gebracht hat.

Den Einschläfertaktiken der Presse (die Atomtransporte würden jetzt über Frankreich geleitet), treten wir jetzt schon entgegen, da wir davon ausgehen müssen (laut unserer Informationen), daß das Land Niedersachsen weiterhin beabsichtigt, Atomtransporte über Emden zurückzuführen.

Spätestens mit der Einrichtung der Fähre (Emden—Immingham) im Sommer dieses Jahres werden uns ständige Auseinandersetzungen mit Atomumschlägen nicht erspart bleiben.

Anti-Atom-Plenum Emden, "AG Öff" Große Str. 89, 2970 Emden

Gorleben

Auf die Frage, warum denn der Castor nicht käme, antwortete der Geschäftsführer der Brennelementelagergesellschaft (BLG) Reinhard König, ein Entsorgungsenpaß bestehe nur »partiell«, aber die Vorbereitungen für den ersten Transport seien im vollen Gange. Mag diese Aussage noch so wenig konkret sein, für die meisten AKW-GegnerInnen im und um das Wendland steht der Widerstand gegen den ersten Castor nach wie vor im Zentrum ihrer Aktivitäten.

Derweil strömten etwa 50 Liter nicht-radioaktiven Wassers aus einem jener 200 l Atommüllfässer aus Mol/Belgien, die, in Gorleben zwischengelagert, unlängst in die KfK Jülich gebracht und dort geöffnet worden. Die Diskussion um Unregelmäßigkeiten bei Atommüllgebinden erhält dadurch eine neue Dimension: Waren bislang zwar verschiedene Fässer falsch deklariert, so handelt es sich bei dem nunmehr geöffneten Faß KKS 28 um das erste, das außerdem falsch konditioniert wurde.

Immer konkreter werden die Planungen in Bezug auf die Pilot-Konditionierungsanlage (PKA). Die BLG rechnet für Juni '89 mit einer ersten Teilerrichtungsgenehmigung. Aus dem Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Lüneburg geht hervor, daß bereits zum Jahresende 1988 verschiedene Konsortien aufgefordert wurden Angebote für den geplanten Bau der PKA in Gorleben abzugeben.

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Schicht am Schacht

Wer das Endlager Gorleben genauer beobachtet, der wird nicht entgehen: es wird wieder gebastelt. Hintergrund dieser Aktivitäten ist die Absicht der Deutschen Gesellschaft für Bau und Betrieb von Endlagern (DBE), die Renovierungsarbeiten am Schacht I in naher Zukunft aufzunehmen. Damit ist der fast zweijährige Baustop beendet, der nach dem schweren Unglück vom 10. Mai 1987 unumgänglich geworden war. Damals war infolge von Stoßverschiebungen einer der Ausbauringe herabgestürzt und hatte einen Bergmann tödlich sowie weitere fünf schwer verletzt. Um den vollständigen Eindruck zu vermeiden, wurde der 239 Meter tiefe Schacht daraufhin mit einer 15 Meter hohen Betonsäule verfüllt.

Wie die die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) Ende Dezember mitteilte, hat das Bergamt Celle mit der Zulassung eines Sonderbetriebsplanes grünes Licht für die Fortsetzung der Arbeiten am Schacht gegeben. Zwar seien damit »keine präjudizierenden Auswirkungen auf den Beginn der eigentlichen Abteufarbeiten« verbunden, dennoch wird nunmehr eine wesentliche Voraussetzung für den Weiterbau des Schachtes erfüllt.

Der Sonderbetriebsplan läßt den Einbau einer Tragkonstruktion für Meßkabel zu, die für Spannungsmessungen im Bereich des geplanten Ausbaus erforderlich werden, sowie die Umrüstung der Arbeitsbühne für den Einbau der Stahlringe. Vor allem aber darf der Schacht bis zu einer Tiefe von 217 Metern mit Kies aufgefüllt werden, um eine Arbeitssohle für die Installation der Ausbauringe und des zugegehörigen Ausbaufundamentes herzustellen. Für die Gütesicherungspläne der beim neuen Schachtausbau in Gorleben verwendeten Materialien zeichnet das Materialprüfungsamt Dortmund verantwortlich. Diese Behörde hat nicht nur die Anforderungen festgelegt, sondern soll in Zukunft auch ihre Einhaltung überwachen. Die vom Celler Bergamt verfügten Nebenbestimmungen zu den Sonderbetriebsplänen und die verstärkten Überwachungsmaßnahmen verpflichten die Schachtbauer darüberhinaus zu ständiger Information auch der Gutachter, deren Untersuchungen der Dimensionierung des projektierten Ausbausystems zugrunde liegen.

Das scheinbar differenzierte Vorgehen, demzufolge zunächst nur Forschungs- und Prüfungsarbeiten durchgeführt werden sollen und gegebenenfalls erst später weiter abgeteuft wird, entspricht dem Charakter des gesamten Bauvorhabens. Schließlich handelt es sich um ein Erkundungsbergwerk, weit davon entfernt, die Entscheidung für ein konkretes Endlager an eben dieser Stelle vorwegzunehmen. Das System hat Methode, denn immerhin wird allen aktuellen Arbeiten dadurch der Stempel der nichts präjudizierenden Forschung aufgedrückt. Und wenn man »erkundet«, dann muß dies mit aller zu Gebote stehenden »wissenschaftlichen Gründlichkeit« erfolgen.

Hartnäckig ignoriert werden dabei allerdings die, zum Teil auch von offiziellen Gutachtern, bei den verschiedenen Anhörungen vorgetragenen Erkenntnisse und Untersuchungsergebnisse zum Salzstock Gorleben:

— Daß das Salz, das mit den Bohrkernen zutage gefördert wurde, durchaus nicht der Qualität und Zusammensetzung entspricht, wie sie an die Umgebung eines Endlagers zu stellen wären;

— daß entgegen allen bergmännischen Erfahrungen und früherer Bedenken für den Schacht I eine gebirgsmechanische sensible Bruchstö-Daß der Salzstock Gorleben nicht als Endlager geeignet ist, ist spätestens seit 1984 bekannt. Daß es weder bei den damit befaßten Behörden noch bei den Baufirmen einen Funken eines politischen und moralischen Verantwortsbewußtseins gibt, ist seit der Entscheidung für den Weiterbau klar. Dies gilt auch für die Politik der niedersächsischen CDU/FDP Landtagsmehrheit, die noch Mitte Januar Anträge von SPD und Grünen ablehnte, in denen die sofortige Einstellung aller Arbeiten am Endlagerbergwerk Gorleben gefordert wurde. Anstatt die Konsequenzen aus den Fakten zu ziehen, beruft man sich auf die Lüneburger Staatsanwaltschaft, die nach dem Unfall mit den strafrechtlichen Ermittlungen betraut war.

Nach Abschluß des Verfahrens kam die Staatsanwaltschaft Ende August '88 zu dem Ergebnis, daß hinsichtlich der Schachtbauplanung keine strafrechtlich relevanten Vorwürfe zu machen seien. Diese Aussage dürfte der Atomlobby die bedeutungsvollste Feststellung sein. In Bezug auf die Frage nach einer Sorgfaltspflichtverletzung bei der Schachtbauausführung sei auf einige kritische Punkte gestoßen. Gemeint sind damit die Abplatzungen an der Schachtwand, die Antauerscheinungen am Frostkörper und vor allem die verstärkten Stoßverschiebungen lange vor dem Unfall. In diesem Zusammenhang muß auch die fehlerhafte Messung des tatsächlichen Schachtdurchmessers gesehen werden, die die Verwendung von Paßstücken, die nicht im Betriebsplan vorgesehen waren, notwendig machten, um die Stützringe den Gegebenheiten nachträglich anzupassen. Darüber hinaus wurde der Einbau eben dieser Paßringe nicht rechtzeitig dem Celler Bergamt mitgeteilt. Letzlich gereichten alle diese »kritischen« Aspekte unter strafrechtlichen Gesichtspunkten lediglich zum Vorwurf der leichten Fahrlässigkeit, der zwei geschäftsführenden Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Schächte Gorleben 12.750 DM bzw. 7.000 DM sowie die Übernahme der Verfahrenskosten in Höhe von 80.000 DM abverlangt.

Welchen Stellenwert diese Tatsache für die Betreiber hat, wird in Anbetracht der Weigerung von DBE und ASG deutlich, aus den Vorfällen rungszone des tertiären Deckgebirges ausgewählt wurde, in der 15 bis 20 Grad warmes Soleaustiegswasser vorkommt, das angesichts der in den Schacht hineinragenden Klüfte und Schichten die Funktion einer Warmwasserheizung erfüllt;

— daß der Gebirgskörper daher auch nach 500 (!) Gefriertagen nicht ausreichend durchfrostet war.

Die dadurch im Schacht ausgelösten Stoßverschiebungen waren bereits Wochen vor dem tödlichen Unfall bekannt. Bereits im März '87 wurde wegen der schwer beherrschbaren gebirgsmechanischen Situation über eine Verfüllung des einsturzgefährdeten Schachtes diskutiert. Gleichzeitig kam es zu ersten Unfällen durch herabstürzende Gesteinsbrocken. Trotzdem wurden acht Wochen lang weiterhin Bergleute in den Schacht geschickt.

personelle Konsequenzen zu ziehen.

Bleibt zu ergänzen, daß in Bezug auf die Frage nach dem Stützringeinbau aus staatsanwaltschaftlicher Sicht allein dem Maschinenobersteiger eine Mitverantwortung zufällt; gerade jenem also, der bei dem Schachtunglück ums Leben kam. Auf seine Anweisungen hin, deren Inhalt er allein allerdings auch nicht zu verantworten hat, seien falsche Schweißnähte gezogen worden, die schließlich zum Bruch des Ringes Nr. 20 führten.

Auf der Basis dieser Ermittlungsergebnisse werden die Grundzüge der Industriepolitik einmal mehr einsichtig: Das Konzept ist richtig, nur an der Ausführung, sprich am Menschen, hapert es. Schließlich konnten der Schachtbauplanung durchgängig gute Noten gegeben werden, den Verantwortlichen der Bauausführung mußten wenige Punkte in der Haltungsnote abgezogen werden, dafür trifft die Hauptschuld einen einzelnen Menschen in der Frage des Stützringeinbaus. Auf dieser rein juristischen Ebene, und die erweist sich in der aktuellen Argumentation der Betreiber als relevant, ist die Kritik am Projekt Endlager damit schnell personalisiert. Die Grundbedingung für einen reibungslosen Betrieb, selbstverständlich unter rein erkundungstechnischen Aspekten, ist gewährleistet. Der Plan an sich steht außer Zweifel. Die so erzielte Entpolitisierung des Themas verspricht die besten Aussichten auf eine politische Schadensbegrenzung.

Doch so simpel liegen die Dinge nicht. Mag sein, daß der ein oder andere Verantwortliche sein schlichtes Weltbild ausschließlich an den juristischen Fragen nach gut oder böse orientiert. Der gesellschaftlichen Realität wird das allein allemal nicht gerecht. Wenn eine Staatsanwaltschaft unter Berücksichtigung aller Normen, Vorschriften, Gesetze oder Erlasse zu dem Ergebnis kommt, niemanden im strafrechtlichen Sinne belangen zu können, dann heißt das nur, daß, glücklicherweise noch nicht jede gesellschaftliche Eventualität rechtlich kategorisiert ist. Es heißt aber nicht, daß diejenigen, die die Macht in ihren Händen haben, nicht verpflichtet wären, allen absehbaren Risiken in jeder Hinsicht Rechnung zu tragen. Wenn Politiker und Betreiber ihre Sicherheitsphilosophie auf juristische Größen reduzieren dokumentieren sie entweder Verantwortungslosigkeit oder Ahnungslosigkeit. Da an letzteres wohl niemand ernsthaft glauben mag, und jeder der Betroffenen diesen Vorwurf selbstverständlich heftig bestreiten würde, steht am Schluß einmal mehr die Feststellung des Abgeordneten Kempmann im Niedersächsischen Landtag: Der wirkliche Grund, trotz besseren Wissens am Bau des Endlagers festzuhalten, ist die Tatsache, daß die Erkundungsarbeiten am Salzstock nach wie vor als Entsorgungsnachweis der Atomkraftwerke gilt. Bei einem Abbruch der Arbeiten in Gorleben müßte der größte Teil der bundesdeutschen AKW's stillgelegt werden. Ein Phantom wird als reale Größe zur Voraussetzung des gesamten »Entsorgungskonzeptes«. Wenn auf diese Tatsachen geschaffen werden sollen, muß der gute Menschenverstand schon mal abgeschaltet werden.

Dann muß beizeiten auch ein Minister Töpfer vor Ort auflaufen, um, weniger mit Argumenten denn mit altbekannten Litaneien, die WendländerInnen hinters Licht zu führen. Diese allerdings lassen sich nicht einlullen und wollen bei erneutem Baubeginn mit Aktionen weiterhin Widerstand leisten.

Mülheim-Kärlich — brecht die Kette

Vorschlag für ein gemeinsame Kampagne:
Brecht die Kette am schwächsten Glied — ran an die laufenden Atomanlagen — Stillegung des AKW Mühlheim-Kärlich und der Urananlage Ellweiler sofort!

Über zwei Jahre nach dem Supergau von Tschernobyl ist zwar das allgemeine öffentliche Klima für die Verfechter und Betreiber des bundesdeutschen Atomprogramms nicht besonders gut, aber konkrete Erfolge der Anti-AKW-Bewegung sind rar. Immer wieder gelingt es Politikern und Atomindustrie trotz aller Skandale um Bestechung und Unfälle sich aus der Klemme der schlechten öffentlichen Meinung zu winden und weiter ihre menschenverachtenden Wahnsinnsprojekte zu verfolgen. Gemessen an unserer überlebensnotwendigen Forderung — Stillegung aller Atomanlagen sofort — sind wir also noch ein gutes Stück Wegs von unserem Ziel entfernt. Aber gerade deshalb ist es notwendig, jede sich bietende Chance, ein Stück in unserer Gegenwehr voranzukommen, zu nutzen. Eine solch wichtige Chance ist die Situation des AKW MK und der Uranfabrik Ellweiler. Nicht zuletzt aufgrund der Aktivitäten einzelner Gruppen und Bürgerinitiativen ist es soweit gekommen, daß die Gerichte die Anlage in MK für illegal erklären mußten und Landesregierung und Landrat mit der Stillegung der Urananlage Ellweiler Pingpong spielen. Die Politiker und Verantwortlichen von Rheinland-Pfalz haben gerade in der jetzigen Situation — innerparteiliche Exponierung des zuständigen Ministers, schlechte Presse für die Atomindustrie wegen des Beinahe-Gaus von Biblis, kommende Wahlen — wenig Interesse daran, die angeschlagenen Atomprojekte ihres Bundeslandes im Rampenlicht zu haben.
Aber: Noch ist weder der Schrottreaktor MK noch die strahlende Atomdreckschleuder Ellweiler endgültig stillgelegt und alle Verantwortlichen bemühen sich, Beschwichtigungen zu verbreiten. **Diese Situation fordert eine laute und gemeinsame Antwort aller Gegner/innen atomarer Anlagen!**
Ein einheitliches, gleichzeitiges Auftreten all der verschiedenen, sonst isoliert voneinander arbeitenden, Gruppen und Leute würde in der jetzigen Situation eine neue Qualität in unserem Kampf bedeuten. Eine solche Konzentration auf die beiden genannten Objekte wäre ja keine Auswahl nach den Kriterien wichtig/unwichtig oder gefährlich/weniger gefährlich, sondern Ausdruck unserer Einschätzung, daß eine konzentrierte Kampagne gegen diese beiden faulen und wackeligen Zähne im Gebiß des Atommonsters unsere Gegner an einem der im Moment empfindlichsten Punkte treffen kann. Deshalb schlagen wir vor, eine gemeinsame Kampagne zur Stillegung der beiden Anlagen zu organisieren. Gemeinsam in einem doppelten Sinn: Beide Anlagen müssen mit all ihren Zusammenhängen thematisiert werden und alle Gruppen, egal was bisher der Schwerpunkt ihrer Arbeit war, gehen dies in einem gemeinsamen inhaltlichen und organisatorischen Rahmen an, das wäre mehr als die bloße Addition von Inhalten und Kräften. Diese Gemeinsamkeit soll nicht bedeuten, daß alle an allen Orten zur selben Zeit genau das gleiche tun und sagen, sondern, daß wir unsere verschiedenen Aktivitäten in einen gemeinsamen Rahmen und unter gemeinsame Forderungen stellen und dies auch nach außen deutlich machen. Die allgemeine inhaltliche Basis dieser Kampagne sollte die gemeinsame Resolution der Herbstkonferenz von Wittlich sein *(siehe letzte atom S. 46)*. Die jeweils konkrete Form der Aktivität vor Ort muß von den Leuten, die sie tragen bestimmt werden, da sie die Bedingungen ihrer Arbeit am besten kennen. (Aber wir sollten die Gelegenheit nutzen, uns über die lokalen Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen.)
Zeitlich ist eine solche Kampagne nicht genau zu begrenzen und muß auf jeden Fall mit langem Atem konzipiert werden. (Allein die Tatsache, daß vor den anstehenden Kommunalwahlen kaum konkrete Maßnahmen der Gegenseite zu erwarten sind, zeigt, daß wir mindestens bis zum Herbst denken müssen.)
Als erste gemeinsame Aktivität schlagen wir eine "Informationswoche" vor. (Wobei die Zeitangabe "Woche" nicht unbedingt mit 7 Tagen zu rechnen ist.) Möglichst viele Gruppen organisieren an möglichst vielen Orten in einem bestimmten gleichen zeitli-

und Urananlage Ellweiler am schwächsten Glied

chen Rahmen Informationsveranstaltungen oder Aktionen unter der Überschrift: Stillegung des AKW MK und der Urananlage Ellweiler sofort! Über die Information zu diesen beiden Anlagen hinaus, kann und soll es noch weitere Inhalte geben, die sich nach den örtlichen Interessen und Gegebenheiten richten. Einen gemeinsamen Rahmen und ein einheitliches Erscheinungsbild nach außen soll diese "Informationswoche" durch gemeinsam benutztes Material wie zentrales Flugblatt und Plakat, gemeinsame Presseerklärungen/Konferenzen erhalten.

Eine gemeinsame Koordination soll auf der Basis der Diskussionen und Beschlüsse der Arbeitskonferenz diesen gemeinsamen Rahmen technisch gewährleisten und durch Angebot von Hilfestellung (Referent/innen, Materialien etc.) ermöglichen, daß auch kleine Gruppen, oder solche deren Arbeitsschwerpunkt eigentlich in anderen Bereichen liegt, sich an dér Kampagne beteiligen können.

Die gemeinsame Aktionsform, die vorgeschlagen wird, ist eine der einfachsten, eine Veranstaltung, wobei zum einen die Größenordnung — von der Saalveranstaltung bis zum Fünfleutestammtisch — zum anderen die Ausgestaltung sehr verschieden sein kann. Auch die Form "Veranstaltung" kann jederzeit durch andere ersetzt werden — Straßentheater, Infostände etc. nur der gemeinsame inhaltliche Schwerpunkt sollte feststehen.

Der Kreis der Leute, Initiativen und Gruppen, die zur Teilnahme an der Kampagne gewonnen werden sollten, sollte sehr groß sein und weit über das Spektrum der Gruppen, die sich traditionell mit dem Thema Atom beschäftigen, hinausgehen (Umweltgruppen aller Art, Jugend- und Kirchengruppen, Gewerkschaftskreise usw.).

Köln, den 13.12.88, Imogen

Dieser Vorschlag ist nach einigen Gesprächen und Diskussionen mit verschiedenen Leuten entstanden, aber in der vorliegenden schriftlichen Form mit niemand abgesprochen, deshalb steht zunächst mal nur mein Name drunter und nicht die ganze Mülheim-Kärlich-Gruppe des Kölner Anti-AKW-Plenums.

Kontaktadresse: Koordinierungsstelle der Anti-AKW-Initiativen Rheinland-Pfalz, BI Vallendar, Ulli Holste-Helmer, Steinackerstr. 16, 5411 Weitersburg

Letzte Meldung zu Mülheim-Kärlich: Rheinland-pfälzisches Umweltministerium kündigt erneutes Genehmigungsverfahren für Mülheim-Kärlich an!

Wie aus der Presse vom 17.2.1989 zu entnehmen war, planen Genehmigungsbehörde und Betreiberin, das Atomkraftwerk spätestens 1990 wieder ans Netz gehen zu lassen.

Wie hinlänglich bekannt ist, mußte das AKW Mülheim-Kärlich am 9.September 1988 wegen genehmigungstechnischer Mängel abgeschaltet werden. Das Bundesverwaltungsgericht erklärte die Erteilung der ersten Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) vom 9.Januar 1975 für rechtswidrig. Beanstandet wurde, daß die Anlage nicht so errichtet wurde, wie sie im Konzeptentwurf vorlag.

Anläßlich einer Podiumsdiskussion in Neuwied gab der rheinland-pfälzische Umweltminister kürzlich der Öffentlichkeit bekannt, daß Vorbereitungen für die Aufnahme des Genehmigungsverfahrens für die 1. TEG getroffen würden.

Es müßte nur noch das Ergebnis des von ihnen in Auftrag gegebenen Rechtsgutachtens abgewartet werden. Genehmigungstechnisch dürfte es keine Probleme geben, da das Berliner Urteil grundsätzlich die Genehmigungsfähigkeit der Anlage nicht in Frage gestellt habe. Derzeit arbeitet ein Stab von 4 Leuten im rheinland-pfälzischen Umweltministerium, die sich speziell mit der Genehmigungssache Mülheim-Kärlich beschäftigen. Spätestens Anfang Mai ist mit der Auslegung der Unterlagen und dann der öffentlich-rechtlichen Anhörung ala Wackersdorf zu rechnen.

Von Seiten der zu Mülheim-Kärlich arbeitenden BI's wird diese ganze Prozedur abgelehnt. Sie fordern die endgültige Stillegung von Mülheim-Kärlich, sofort!

Offener Brief an die Belegschaft und den Betriebsrat des Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich

Seit das AKW Mülheim-Kärlich aufgrund nicht geklärter Sicherheitsfragen vom Bundesverwaltungsgericht Berlin am 9.9.88 stillgelegt wurde, melden sich zunehmend Betriebsrat und Beschäftigte zu Wort, um AKW-GegnerInnen für die Fehlentscheidungen des RWE und der Energiepolitik verantwortlich zu machen. Wir können ihre Stellungnahmen nicht unbeantortet lassen.

Es geht den AtomkraftgegnerInnen weder darum, den Beschäftigten ihre Verantwortlichkeit und ihre Qualifikation abzusprechen, noch darum, ihnen ihre Arbeitsplätze zu nehmen. Es geht einzig und allein darum, eine, trotz aller Anstrengungen unbeherrschbare, Technologie, die das Leben und die Gesundheit aller, auch der in ihr Beschäftigten, gefährdet, zu verhindern.

Nicht die Stillegung, sondern der Bau immer größerer Kraftwerkseinheiten führt zur Vernichtung von Arbeitsplätzen: in nicht nuklearen Kraftwerken ebenso wie in der Kohleindustrie. Durch eine Umorientierung der Energiewirtschaft auf Spar- und Wiedergewinnungstechniken können 200.000-400.000 zusätzliche Arbeitsplätze in kurzer Zeit geschaffen werden.

Der überwiegende Teil der Beschäftigten in Atomanlagen kann aufgrund seiner Qualifikation auch in anderen, nicht atomaren Bereichen der Wirtschaft eingesetzt werden. Für die atomtechnischen Spezialisten gäbe es durch den Einschluß und Versiegelung der stillgelegten AKWs und die Behandlung und Lagerung des in unverantwortlicher Weise bisher erzeugten Atommülls genug zu tun.

Trotz neuerer wisschenschaftlicher Untersuchungen, die belegen, daß radioaktive Strahlung schon in geringeren Mengen wesentlich höhere Schäden anrichtet, als bisher angenommen, denken die Verantwortlichen nicht einmal an eine Senkung der Grenzwerte und berechnen die zumutbare Strahlenbelastung weiterhin aufgrund von Kosten-Nutzen-Analysen. Besonders die Senkung der zulässigen Werte für Arbeiter in Atomanlagen würde die Atomindustrie endgültig finanziell ruinieren. Die Beschäftigten in Atomanlagen sollten sich selbst und die Verantwortlichen der Atomindustrie fragen, warum die zulässige jährliche Belastung für sie bei 5000 mrem, für die Bevölkerung "nur" bei 30 mrem liegt.

Der derzeitige Notstand der Natur (z.B. Ozonloch, vergiftete Meere, Treibhauseffekt) ist das Resultat jahrelanger unverantwortlicher Wachstumspolitik. Ihn mit einer weiteren, mit unakzeptablen Risiken behafteten Großtechnologie aufheben zu wollen, käme dem Versuch gleich, ein Übel mit dem anderen auzutreiben.

Wie sind nicht bereit, uns einer zusätzlichen Strahlenbelastung durch den Betrieb von AKWs auszusetzen und eine Technik zu akzeptieren, die uns und unsere Nachkommen gesundheitlich schädigt und vor unlösbare Probleme einer Entsorgung des anfallenden Atommülls stellt.

Für die derzeitige Energiepolitik sind die Energieversorgungsunternehmen und die Politiker verantwortlich. Es kann nicht darum gehen, Beschäftigte in Atomanlagen gegen die Bevölkerung auszuspielen, sondern es muß darum gehen, gemeinsam politischen Druck auf die Verantwortlichen auszuüben, damit über alternative Energiegewinnung das unzumutbare Risiko radioaktiver Strahlung aus Atomanlagen für Arbeiter und Bevölkerung verschwindet, und neue, sichere Arbeitsplätze geschaffen werden.

Dieser Brief wird getragen von: BI gegen Atomanlagen Neuwied Stadtmitte; ARGUS e.V. Koblenz; Joachim Scheer, Kläger gegen das AKW; Deutscher Kinderschutzbund e.V., KV Neuwied; Anti-Atom-Forum Bonn; Mülheim-Kärlich-Gruppe des Kölner Anti-AKW-Plenums; Die Grünen im Kreistag Neuwied; BI Umweltschutz e.V. Andernach; Bendorfer Bürger gegen Atomanlagen — Für das Leben; Die Grünen KV Bonn; Eirene-Friedensdienst Neuwied; Horst Schmitthenner, Gewerkschaftssekretär; Lebenswerte Zukunft e.V., VBG Rengsdorf; Die Grünen Mayen; BI für Umweltschutz, Feldkirchen; Die Grünen Neuwied; Gerd Winkelmeier, Kreisvorsitzender der DKP Koblenz; Die Grünen Bad Hönnigen; AK Atomenergie im "Schlupfhaus" e.V., Lahnstein; Michael Carl, Leiter AK Energie im BUND Rheinland-Pfalz; AK Umwelt Plaidt e.V.; BI gegen Atomanlagen, Engers; Eltern gegen Atomkraft, Daun; BI gegen Atomanlagen, Heimbach/Gladbach; KV Jungsozialisten, Neuwied; Gernot Jonas und Günter Reese, ev. Pfarrer Mayen/Maifeld; Alfred Adams, Sprecher Die Grünen, Andernach; Manfred Scherrer, MDB SPD; Ludwig Eich, MDL SPD; Asta FH Koblenz; BI Westerwald; Andreas Damian, Vorsitzender der SPD Stadtratsfraktion Bendorf; Friedengrüppchen Niederbieber; Wittlicher Ini gegen atomare Bedrohung; AK gegen Atomenergie — für ethisch vertretbare Energienutzung, Vallendar; Dieter Trennhäuser, Bürgermeister der Stadt Bendorf; Ursula Mogg, SPD Koblenz.

Atommüllkonferenz Ende April in Wiesbaden

Protokoll des bundesweiten Atommüll-Konferenz(AMK)-Vorbereitungstreffen vom 28.1.89

Anwesende: AKU/Wiesb., Namenlose/Wiesb., AStA FH Wiesb., Anti-AKW-Plenum/Köln, Energiewendekomitee/FfM, AK/FfM, Hanau, Marburg, Hamburg, Darmstadt, Idstein, BIWAK/Regensburg; insgesamt 22 TeilnehmerInnen. Diesmal waren immerhin 3 VertreterInnen der Nach-Tschernobyl-Gruppen dabei, wünschenswert wäre eine stärkere Gemischtheit des Vorbereitungskreises.

Ablauf des Sa., 29.4.89:

1. 3-6 Eingangsstatements zu: Charakter der AMK, Verhältnis u. Zusammenarbeit zw. "neu — alt", Bündnispolitik/polit. Erweiterung der Bewegung.

In diesen kurzen zeitl. begrenzten Statements sollten die versch. Gruppierungen Stellung beziehen zu:

- Bündnisse: wann, mit wem, unter welchem Minimalkonsens.
- Wie könnten gemeinsame, langfristige politische Konzepte aussehen?
- Wie ist der Widerstand zu organisieren?
- Widerstand nur gegen einzelne Großprojekte, oder gegen den Staat allgemein?

Gemachte Vorschläge für einen Ansatz zur Debatte:

- Nicht nur auf Bündnisse konzentrieren, sondern 2 Schwerpunkte: a) Arbeit vor Ort, b) gemeinsame bundesweite Aktionen.
- Bündnisse anhand konkreter Aktionen auf der AMK abklären, also Schwerpunkt ist die konkrete Aktion und die Vorgehensweise, dann Bündnisse klären.

Ziel der Debatte ist es, von der Toleranz zur Akzeptanz zu kommen, anderes Handeln zu billigen anstatt sich zu distanzieren.

2. Zeitlich begrenzte Diskussion im Plenum

3. Kleine AGs in gemischter Zusammensetzung in Bezug auf "neu — alt", ob alle zum selben Thema oder zu verschiedenen Schwerpunkten arbeiten sollen, wurde noch nicht abschließend geklärt.

4. Plenum

Ob am Samstag vormittag eine Demo und/oder Kundgebung zum Tschernobyl-Jahrestag oder zu Repression stattfinden soll, sollten die einzelnen Gruppen noch mal besprechen. Zeitlich wird es dann enger und organisatorisch aufwendiger.

Die Eingangsstatements für den Samstag sollten für den Reader und für das nächste bundesweite Vorbereitungstreffen vorliegen!!! Ebenso die inhaltlichen Beiträge zu den AGs am Sonntag!!! Auch sollte eine Vordiskussion in den Gruppen zum Samstag bis zur AMK gelaufen sein, damit die Positionen geklärt sind und durch die vorangegangene Diskussion in den Gruppen abgesichert vertreten werden können!!!

Das 3. bundesweite Vorbereitungstreffen zur Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Gruppen fand am 25.2. statt. Ergebnis zu erfragen bei: Arbeitskreis Umweltschutz, Herderstr. 35, 6200 Wiesbaden.

Biblis: Informationszentrum besetzt

Am 17. Dezember 1988, dem ersten Jahrestag des Beinahe-GAUs im Block A des AKW Biblis wurde das Informationszentrum des Kraftwerkes von 30 AKW-GegnerInnen aus verschiedenen Städten rund um Biblis besetzt. Damit sollte einerseits gegen die Vertuschungsstrategie der Biblis-Betreiberin RWE und der hessischen Landesregierung protestiert werden, die sich in den bunten Modellen und Computerspielen des (Des-)Informationszentrums manifestiert, andererseits sollte ein öffentlichkeitswirksames Zeichen des Widerstandes gegen alle Atomanlagen gesetzt werden. Die Öffentlichkeit konnte auch wirklich recht gut erreicht werden. Die Presse war sehr interessiert an der Aktion und so konnten in vielfältiger Weise inhaltliche Forderungen bekannt gemacht werden. Dies war insbesondere deshalb von Bedeutung, da die durch den bekanntgewordenen "Störfall" wiederauflebende örtliche bürgerliche Anti-Biblis-Bewegung als Hauptforderung den Rücktritt des hessischen Umweltministers Weimar verlangte.

RWE und Polizei hatten erhebliche Probleme auf die Besetzungsaktion in angemessener Weise zu reagieren, da die atomkritische Stimmung in Südhessen zur Zeit wirklich auf dem Siedepunkt ist und so unüberlegtes Handeln gegenüber den BesetzerInnen leicht zu massiven Solidarisierungseffekten in der Bevölkerung hätte führen können. So dauerte es mehrere Stunden bis sich REW-Leitung in Essen und die zuständigen staatlichen Stellen in Wiesbaden auf eine Strategie festlegen konnten. In der Zwischenzeit machten es sich die BesetzerInnen im Informationszentrum gemütlich. Die Aktion hatte kurz vor 18 Uhr begonnen und man/frau richtete sich für die Nacht ein, da eine Räumung nicht in Sicht war. Schließlich machte die Kraftwerksleitung im Auftrag der RWE ein Angebot. Den BesetzerInnen wurde Straffreiheit zugesichert, wenn sie das Zentrum bis zum nächsten Morgen, 7.30 Uhr verlassen hätten. Begründet wurde dieses Angebot ganz offen mit der Erwartung der RWE auf diese Weise "unschöne Szenen" vermeiden zu wollen, was angesichts der anwesenden Pressevertreter nur allzu verständlich war. Als Antwort auf dieses Angebot verfaßten die BesetzerInnen eine Erklärung in der sie an ihrem ursprünglichen Ziel, die Besetzung bis zur am 18.12. um 15.00 Uhr geplanten Kundgebung vor den Toren des AKW fortzuführen, festhielten. Der neuerliche Versuch der Biblis-Betreiber auch im Falle eines Störfalles ganz eigener Art, nämlich dieser direkten Aktion, nur zu vertuschen und zu verheimlichen, wurde deutlich zurückgewiesen.

So kam es zwischen 7 und 8 Uhr, nach 14 Stunden Besetzung, zur polizeilichen Räumung und für 24 BesetzerInnen zur Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Bei der Räumung gingen einige Polizisten äußerst brutal vor, indem sie Leute an den Haaren herausrugen oder in die Nieren traten. Dies hatte allerdings nur zur Folge, daß sich Polizisten aus der näheren Umgebung des AKWs fürchterlich über ihre Kollegen aufregten und sich offen mit den BesetzerInnen solidarisierten.

Bleibt abzuwarten, ob sich die RWE erlauben kann, in der augenblicklichen Situation in Südhessen einen Prozeß gegen 24 AKW-GegnerInnen führen zu lassen, der aufs neue die Öffentlichkeit auf die miesen Tricks der Biblis-Betreiber, der politischen Atomlobby und auf die Risiken der Biliser Schrottreaktoren aufmerksam macht.

Es ist zu hoffen, daß das Beispiel der Besetzungsaktion in der Region Schule macht und auch die bürgerliche Anti-Biblis-Bewegung zu neuen Aktionsformen findet. Die ersten Castor-Transporte Biblis—Gorleben sind bald zu erwarten...

Kontakt: Jochen Stay, Fischerstr. 42a, 6800 Mannheim 24, Tel.: 0621/858837

Cattenom – wie weiter

I. Situation

— Es gibt auf bundesdeutscher Seite kaum BIs, die speziell zu Cattenom arbeiten.
— Die wenigen Gruppen, die als arbeitsfähiger Zusammenhang bestehen, arbeiten bestenfalls u.a. bzw. am Rande zu Cattenom.
— Die Kontakte zu Frankreich (Lothringen) bewegen sich tendenziell gegen Null.
— Parteien konzentrieren sich auf Wahlen (durchaus keine neue Erkenntnis) und reagieren lediglich auf tatsächliche bzw. vermutete Einstellungen bei ihrer Wählerinnen/Klientel.
— Ein nicht unwesentlicher Teil der BIs und Aktiven hat sich schon vor einiger Zeit vom politischen Widerstand verabschiedet und konzentriert sich vollends auf das Becquereizählen und damit einhergehend den Aufbau von Meßstationen, die zehntausende von DM verschlingen. Die Frage, was die Herausarbeitung der realen Strahlenbelastung letztlich bewegen soll, wenn gleichzeitig die politischen Strukturen, die einzig und allein die Vermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit leisten könnten und für die angeblich alternative Meßsysteme aufgebaut wurden, den "Bach runter gehen", bleibt unbeantwortet.
— Ähnliches gilt für die Konzentration auf die Herren (seltener Damen) im schwarzen Talar. Noch nie zuvor ist Cattenom juristisch so heftig angezweifelt worden und gab es serienweise Niederlagen für die EDF vor europäischen und französischen Gerichten. Eingang finden solche Entscheidungen via Pressemitteilung in die div. Medien, nicht aber in die politische Auseinandersetzung... weil kaum noch jemand da ist, der sie gerne mit Justizurteilen und Becquereis führen möchte. Die Konzentration der Anti-AKW-Arbeit auf das Abwarten juristischer Scheingefechte hat Alibifunktion und lähmt bzw. verhindert die politische Auseinandersetzung.

II. Historie

Unserer Meinung nach sind zwei Fehler gemacht worden:
1. Ca. 1/2 Jahr lang nach Tschernobyl bestand eine historische Situation, deren Möglichkeiten nicht ausgeschöpft wurden. Das Einzigartige an dieser hist. Situation bestand darin, daß viele Menschen bereit waren, den Widerstand nicht nur passiv via Zeitung und Bildschirm über sich ergehen zu lassen, sondern aktiv mitzugestalten. Der Widerstand verharrte in kontrollierbaren, berechenbaren und einplanbaren Bahnen, es wurde zu oft an der Grenze haltgemacht. Statt mit 8.000 Menschen Richtung Bauzaun, blieben 8.000 an der Grenze stehen und gaben sich die Hand. Statt Blockaden an der gesamten Grenze (Saarland zu Frankreich und Luxemburg zu Frankreich) gab es eine nur wenige Stunden andauernde Blockade weniger Grenzorte, statt spontaner, unkalkulierbarer Grenzschließungen gab es lange vorher plakativ und mittels Presseerklärungen angekündigte Happenings. Ein Bild in der Zeitung, eine Minute im Fernsehen, Interviewfetzen im Radio und die Bewegung war zufrieden. Berechenbarkeit und Selbtreproduktion durch Medien standen im Vordergrund.
Die internationale Atommafia — hier vertreten durch den französischen Staat — wurde zu wenig und zu zaghaft in Verlegenheit gebracht.
2. Die deutsche Missionarskunst stand zu sehr im Vordergrund (Arroganz gegenüber franz. Gruppen), es wurde ständig über die Interessen und Ansprüche französischer Gruppen hinweggegangen, sowohl bei Aktionen in Frankreich wie auch auf Treffen der Aktionsgemeinschaft in Losheim. Der BUND-Boykottaufruf (franz. Waren boykottieren, um Cattenom zu verhindern) war nur der sicherste Ausdruck davon, vgl. dazu auch die Diskussionen im Vorfeld der Demo vom Juni 1987 in Paris. Die Vorbehalte auf bundesdeutscher Seite gegen eine Beteiligung an dieser Demonstration wurden bestenfalls zurückgestellt, aber nie aufgegeben.
Anders formuliert: Die Verinnerlichung der Grenze hat uns geistig abgekoppelt von Cattenom und den politischen Entwicklungen in Lothringen bzw. Frankreich. (Dies trifft auch für Luxemburg zu.) Urlaub in Lothringen wird allemal gemeinsamen politischen Diskussionen vorgezogen. Böse Zungen behaupten, auch auf der französischen Seite sei eine Aufarbeitung der Defizite nötig. Das mag sein oder auch nicht. Aber: runter mit dem deutschen Zeigefinger, wir reden nicht über andere, sondern fangen in aller Bescheidenheit bei uns selber an.
Die Realisierung des Baus von Cattenom ist auch der Ausdruck nationalstaatlicher Borniertheit der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung (und davon schließen sich die Autorinnen dieses Papiers beileibe nicht aus). Wir haben schöne Sprüche und Parolen zur Karikierung des internationalen Wirkens der Atommafia kreiert — dies jedoch ohne selber zu Internationalisten zu werden und verharrten stattdessen lieber in unserem nationalen Elfenbeinturm.

III. Perspektive

zu 1.: Die historische Situation nach Tschernobyl ist nicht exakt wiederholbar. Wir lehnen es ab, in Nostalgie zu verfallen. Stattdessen schlagen wir, resultierend aus der Fehleranalyse, vor, die entsprechenden organisatorischen und strukturellen Vorbereitungen zu treffen, um für die Zukunft besser gerüstet zu sein und solchen Situationen nicht wieder unvorbereitet gegenüber zu stehen. Wir vertreten die Auffassung, daß solche Entwicklungen (z.B. Bau von AKWs) nicht auf der Basis von Diskussionen mittels Austausch von Argumenten eingeschlagen werden, sondern daß sich hier eine Entwicklungslogik manifestiert (z.B. Blickrichtung Atomwaffenbesitz), mit der und natürlich auch deren Befürwortern es zu brechen gilt.
Es geht darum, die eigenen Arbeitszusammenhänge aufzubauen, fester zu organisieren und themenübergreifend die existierenden Verknüpfungspunkte zu anderen Gruppen in die eigene Arbeit miteinfließen zu lassen. Dies ist zugegebenermaßen ein langwieriger Prozeß ohne Erfolgsgarantie.
zu 2.: Der zweite Fehler — deutsche Arroganz und Missionarskunst — ist jederzeit revidierbar und muß nicht in der bisher üblichen Zwangsläufigkeit wiederholbar bleiben. Allerdings ist dieses Defizit nicht durch formale Beschlüsse aus der Welt zu schaffen.
Im folgenden wollen wir Anknüpfungspunkte für ein anderes Miteinander aufzeigen (und der deutsche Zeigefinger bleibt diesmal schön zu Hause), die zugegebenermaßen nur eine subjektive Auswahl darstellen können:
— Regelmäßige Treffen (wenn möglich auch unter Einbeziehung Luxemburgs) von Gruppen und Einzelpersonen, die diese dringend notwendige Aufarbeitung leisten und die Ergebnisse sogleich in praktische Politik umsetzen wollen.

— Gemeinsame Anti-Rassismus-Arbeit zwecks Abbau weiterer Grenzen in unseren Köpfen, z.B. Anti-Rassismus-Konzert(e), Veranstaltungen im Dreiländereck zwecks
— Thematisierung der politischen Aspekte, wie z.B.: die Atommachtambitionen der BRD über die Atomachse Paris—Bonn oder Ausbaus des "Atomstaates" (R. Jungk) und der damit einhergehenden staatl. Repression gegen Atomgegnerinnen.
Zu diesen beiden Themen gibt es ernste Ansätze.
— Gemeinsame Annäherung an das Thema EG. Im Zuge der Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes 1992/93 sind jetzt schon tiefgreifende Veränderungen im sozialen (z.B. Harmonisierung des Asylrechts auf niedrigstem Niveau), wie auch im ökonomischen Bereich (z.B. Atomstromexporte) erkennbar.
Unser Anliegen ist es, herauszuarbeiten, welche spezifischen bundesdeutschen und französischen Interessen sich hinter diesen Konzentrationsbewegungen bei Banken und Konzernen verbergen. Gibt es unterschiedliche Interessen, gibt es Bruchstellen und Anknüpfungspunkte für uns?
Etwas salopp formuliert: Die "Gegenseite" arbeitet längst international — höchste Eisenbahn für uns, den Abstand aufzuholen.

Heike Oswald, Thomas Geisen, Roland Röder

Kontakt über: 3.-Welt-Laden, AG Europa, Weiskirchenstr. 24, 6646 Losheim

[redacted]

Großdemo zum Tschernobyl-Jahrestag
Sonntag, den 30.April 1989 am THTR Hamm

Am 26.April jährt sich zum dritten Mal die Atomkatastrophe von Tschernobyl. Durch die atomare Wolke wurde große Teile Europas radioaktiv verseucht. Einige Tage später kam es am 4.Mai zu einem Störfall im THTR Hamm, bei dem große Mengen Radioaktivität an die Umwelt abgelassen wurdenn. Die Vereinigten Elektizitätswerke VEW versuchten vier Wochen lang, den Unfall zu vertuschen, indem sie Tschernobyl für die hohen Strahlenwerte in Hamm verantwortlich machten. Seitdem hat sich das Mißtrauen der Bevölkerung - auch durch die folgenden Atomskandale - vergrößert. Die Bereitschaft zum Widerstand wächst. Unsere Forderung zum Tschernobyl-Jahrestag lautet:

THTR STILLLEGEN - JETZT !

Interessenten für die Demo wenden sich bitte an:
Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm
Postfach 1242
4700 Hamm

oder was denn noch?

Tag X in Gronau

(= 2. Samstag nach Erteilung der UAA-Ausbaugenehmigung)

Wer von Norden nach Süden, oder von Osten nach Westen durch Gronau fährt, sieht nicht, welche brisante Fabrik in dieser westfälischen Grenzstadt steht: Im Gronauer Industriegebiet Ost steht die einzige wirtschaftlich genutzte Urananreicherungsanlage (UAA) der BRD. Diese Anaige hat es in sich:

— In der UAA wird Uranhexafluorid verarbeitet. Uranhexafluorid ist radioaktiv und chemisch sehr giftig.

— An der UAA wird Uranhexafluorid unter dem freien Himmel gelagert (Tiefflugebiet!).

— Ständig rollen wegen der UAA Uranhexafluoridtransporte durch Gronau (aber auch durch ganz Nordrhein-Westfalen und durch das ganze Bundesgebiet).

— Bereits im sogenannten Normalbetrieb der UAA setzt die Anlage gesundheitsgefährdende radioaktive Niedrigstrahlung frei.

— In der UAA wird Uran verarbeitet, daß vermutlich zu einem großen Teil in der "3. Welt" unter menschenunwürdigen Bedingungen abgebaut wird.

— Die Technologie, mit der in der UAA Uran angereichert wird, ist grundsätzlich optimal geeignet, um Uran für Atomwaffen zu produzieren.

— Die UAA trägt dazu bei, daß das Atomzentrum Euregio immer stärker radioaktiv belastet wird.

— Der Betrieb der UAA garantiert der Atomindustrie den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken. Ohne angereichertes Uran wären fast alle Reaktortypen produktionsunfähig.

Jetzt soll die UAA Gronau noch weiter ausgebaut werden (von 400 Tonnen Urantrennarbeit auf 1000 Tonnen Urantrennarbeit!) Wir erwarten, daß die SPD-Landesregierung in NRW in den nächsten Tagen oder Wochen die Ausbaugenehmigung für die UAA erteilen wird. Schon lange fordert die Betreiberfirma Uranit die Genehmigung. Als Druckmittel benutzt sie im strukturschwachen Gronau die Drohung von Kurzarbeit. Wir lassen uns von der Uranit jedoch nicht einschüchtern, zumal die Anlage sowieso kaum Arbeitsplätze für Gronauer bietet.

Es ist höchste Zeit, daß breitere Kreise den hohen Stellenwert der UAA Gronau erkennen, und daß der Widerstand dagegen verbreitert wird. Die Erteilung der Ausbaugenehmigung können wir zwar vielleicht nicht mehr verhindern, wir können der SPD-Landesregierung und der Betreiberfirma Uranit jedoch immer wieder zeigen, daß wir den Betrieb der UAA nie akzeptieren werden!

Wir rufen alle Menschen dazu auf, am 2. Samstag nach der Erteilung der Ausbaugenehmigung an einer Demonstration gegen die UAA Gronau durch Gronaus Innenstadt teilzunehmen (11 Uhr, Rathaus Gronau)! Obwohl der genaue Demotermin unbestimmt ist, und von daher die Mobilisierungszeit nur kurz sein wird, werden wir versuchen, mit möglichst vielen Atomkraftgegnerinnen und Atomkraftgegnern präsent zu sein. Nach der Demonstration besteht sicherlich die Möglichkeit, an der UAA eine Besichtigung durchzuführen. Bei erkennbarem Interesse wird dann anschließend noch versucht, in Gronau eine Spontankonferenz zu organisieren, bei der über den weiteren UAA-Widerstand gesprochen werden könnte.

Selbstverständlich sind alle Atomkraftgegnerinnen und Atomkraftgegner auch dazu aufgerufen, ab sofort je nach ihren Möglichkeiten auf die Landesregierung in Düsseldorf Druck auszuüben, damit die UAA-Ausbaugenehmigung evtl. doch noch verhindert wird. Möglichkeiten dazu gibt es genug: Plakataktionen, Podiumsdiskussionen oder Protestbriefe sind nur drei von vielen Möglichkeiten. Darüberhinaus finden an jedem ersten Sonntag im Monat an der UAA Sonntagsspaziergänge (14 Uhr) statt, an denen sich auch möglichst viele Leute beteiligen sollten.

— Wir sagen niemals Ja zur UAA!!!

— Sofortige Stillegung aller Uranminen, Atomtransporte und Atomanlagen in der Euregio, im Weltraum und anderswo!!!

— Einstellung aller Strafverfahren gegen Atomkraftgegner/innen!!!

Dieser Aufruf wird untersützt von...

Organisationen: Aktion gegen Atomanlagen Kamen/Bergkamen; Anti-WAA-Büro Saar; Arbeitsgemeinschaft gegen Hochtemperaturreaktoren der Bürgerinneninitiativen; Arbeitskreis Afrika Münster (AKAFRIK); Arbeitskreis Umwelt Gronau (AKU); Autonome Frauencombo Münster; Borkenerinnen gegen Atomanlagen; Bürgerinneninitiative Emsland gegen Atomanlagen (BEgA); Bürgerinneninitiative "Kein Atommüll in Ahaus"; Bürgerinneninitiative gegen Atomanlagen Rheine; Bürgerinneninitiative Umweltschutz e.V. Hannover; Demokratische Sozialistinnen Kreis Unna/Hamm; deutsch-niederländische "Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland"; die Grünen: Kreistagsfraktion Steinfurt, Ortsverbände Coesfeld u. Reken; Landeskonferenz NRW gegen Atomanlagen; Osnabrückerinnen gegen Atomanlagen (OsgA); Umweltzentrum Münster (Ladengruppe); Vredescafe Eext (NL); Widerstand gegen Atomanlagen Münster (WigA); (Stand. 2.12.88)

Wer den Tag-X-Aufruf unterstützt, sollte umgehend eine Unterstützungserklärung an folgende Adresse schicken: Arbeitskreis Umwelt Gronau, Siedlerweg 7, 4432 Gronau. Hier gibt's auch nähere Infos zur UAA und den Widerstand dagegen.

Wer frühzeitig über den Demonstrationstermin informiert werden will, sollte sich für die Telefonkette melden: 02562/24837.

Spendenkonto: AKU Gronau, c/o G. Leuders, Postgiroamt Dortmund, BLZ: 44010046 Konto: 31712-469

Foto: aus Fotoband „Die Chaoten"

Atomlobby trifft sich in Düsseldorf

Foto: aus „Die Chaoten

Vom 9.-11. Mai 1989 trifft sich in Düsseldorf die deutsche Atommafia, angereichert durch einige Auslandsvertreterinnen.
Offizielle Veranstalter des Kongresses sind die Kerntechnische Gesellschaft e.V. (KtG) und das Deutsche Atomforum e.V. (DAtF). Diese beiden gemeinnützigen Vereinigungen werden versuchen, neueste Arbeiten und Entwicklungen auf dem Gebiet des internationalen Atomterrors der Fachöffentlichkeit, willfährigen Politikern und Journalisten zu unterbreiten und propagandistisch auszuwalzen.
KtG und DAtF sind von Vertretern des Großkapitals gegründet worden. Die Mitgliedskartei umfaßt Firmen wie z.B. RWE, Siemens/KWU, Deutsche Bank, VEBA, Hoch-Tief, Allianz, Degussa, DWK und BBC. KtG und DAtF sind Public-Relations-Agenturen der Atomwirtschaft und haben die Aufgabe, den weiteren Ausbau der Atomtechnologie zur ungestörten Profitmaximierung voranzutreiben.
Die Politiker der Parteien CDU, SPD, FDP, die gleichzeitig im Verwaltungsrat und Präsidium dieser Agenturen sitzen, haben die Aufgabe, den angeblichen Segen der Atomtechnologie politisch weiterzuverarbeiten und Projekte parlamentarisch durchzusetzen. Wissenschaftler bekommen nach fachwissenschaftlicher Selektion durch ein Gremium die Gelegenheit, Fachvorträge zur wissenschaftlichen Legitimierung des Pro-Atom-Kurses im Rahmen ihrer Sicherheitsphantasterei und vorgeblich technischer Allmacht abzuhalten. Publizisten verbreiten die Ergebnisse der ausgewählten Vorträge in fachspezifischen Zeitschriften, während die zahlreich erschienenen Journalisten die Gelegenheit erhalten, die Ergebnisse den Zeitungsleserinnen populärwissenschaftlich einzutrichtern. Somit ist die Jahrestagung '89 das zentrale Medienereignis der Atommafia.
Innerhalb dieser Fachtagung wird angestrebt, durch ein Zusammenkommen von Managern, Politikern, Verwaltungsbeamten, Wissenschaftlern, TÜV-Vertretern und Journalisten politische, technische und juristische Reibungsverluste der AKW-Maschinerie durch einseitige Beeinflussung zu vermeiden oder doch wenigstens zu vermindern.
Konkret geht es darum, das wieder einmal ramponierte Ansehen des atomaren Verbrechersyndikats aufzupolieren (z.Z. Atomtransporte, THTR, Bibis A und B, Proliferation von Atomtechnologie in Länder wie Indien und Pakistan).
Als wichtige Themenkreise unter vielen anderen stehen schon heute fest:
1. Durchsetzung des HTR ohne Bürgerbeteiligung möglichst in der BRD als Vorzeigeobjekt für weltweiten Export (Siemens/KWU und BBC).
2. Erwirkung der Genehmigung der Brennelementebeschickung für den schnellen Brüter in Kalkar.
3. Änderung des Atomgesetzes: a) § 6 AtG: Einführung von Zwischenlagern wie Gorleben und Ahaus ins AtG als Entsorgungsnachweis zum Betrieb von AKWs, der bisher fehlt und b) § 12 Abs. 1 Nr. 10 AtG: Verrechtlichung des Atomstaates, indem alle an atomaren Anlagen oder Transporten Beteiligte bis hin zu Bauarbeitern und ihren Verwandten und Freunden von Verfassungsschutz, BKA, MAD bespitzelt und überprüft werden dürfen, um "Störmaßnahmen und sonstige Einwirkungen Dritter" zu verhindern.
4. Verdoppelung der zulässigen Verstrahlungsdosis der Bevölkerung durch Änderung des Strahlenschutzgesetzes ab 1.7.89.
Für uns als AKW-Gegnerinnen wird die Dimension der Jahrestagung eminent deutlich. Daraus erwächst für uns die Aufgabe, die Koordinierung und Propagandashow der Atommafia zu stören, als Gegenöffentlichkeit zu blockieren und inhaltlich umzudrehen.
Es erscheint wichtig, an die Drahtzieher heranzukommen, die für den Ausbau des Atomprogramms stehen und sie aus ihrer Anonymität herauszureißen. Damit wollen wir an die Aktionen der Anti-AKW-Bewegung 1988 in Travemünde anknüpfen, die bei den Atomgangstern große Verärgerung hervorrief. Sorgen wir auch weiterhin dafür, daß die Atommafiosi sich an keinem Ort der BRD ungestört treffen können!

Kontaktadresse:
Heeper Str. 132, 4800 Bielefeld 1, Tel.: 0521/ 171253.

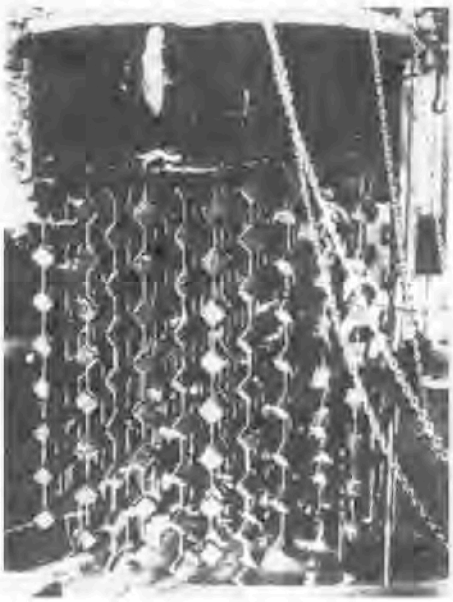
Atomwaffenforschung in Karlsruhe

Hand aufs Herz: Wer interessiert sich schon für Karlsruhe? Allenfalls der KSC ist immer für eine Überraschung gut. Ansonsten suchen wir uns unsere Attraktionnen anderswo: zum Weekend nach Kreuzberg, zum Demonstrieren nach Wackersdorf. Zumindest für letzteres tut man gut daran, sich auch an anderem zu orientieren: Karlsruhe ist diemögliche Infrastruktur für eine bundesdeutsche Atomwaffenforschung. Das Kernforschungszentrum als badisches Los Alamos?

Der CIA weiß mehr

Wer gute Spionageromane liest, weiß, daß der CIA nicht nur gegen seine Feinde im Osten spitzelt, sondern auch gegen seine Freunde im Westen. So überwacht der amerikanische Geheimdienst auch bundesdeutsche Atomanlagen. Offensichtlich trauen die Amis den Westdeutschen nicht. Der CIA hat deswegen eine Schwarze Liste für das US-Handelsministerium zusammengestellt, eine Schwarze Liste von potentiellen Atombombenschmieden, an die amerikanische Firmen bitteschön kein hochsensibles Militärknowhow liefern sollen. Auf dieser Liste des CIA nehmen Anlagen und Labors des Kernforschungszentrum Karlsruhe den ersten Platz ein, werden am häufigsten genannt. Der Atombombenverdacht gegen die Karlsruher Anlage stammt also nicht von irgendwelchen linken Verschwörern oder grünen Miesmachern. Er wurde aufgestellt vom US-Geheimdienst CIA, ermittelt durch seine Agenten, bestätigt durch seine Recherchen. Als das Ende letzten Jahres durchsickerte, sind wir hellhörig geworden und haben weiter geforscht. Und siehe da, den Verdacht gibt es schon länger. Er ist nur im Laufe der Jahre und Jahrzehnte in der Opposition dieses Landes verschütt gegangen. Denn schon die Grundsteinlegung des Kernforschungszentrums 1956 war Eingeweihten der militärische Hintergrund klar gewesen. Der deutsche Atomphysiker Heisenberg, der ursrpünglich die Leitung des Kernforschungszentrums übernehmen sollte, bekam deswegen Skurpel und lehnte den Posten ab. Im Nachhinein schrieb er in seinen Memoiren:*»Es beunruhigte mich, daß für die Menschen die hier (in Karlsruhe) die wichtigen Entscheidungen zu treffen hatten, die Grenzen zwischen friedlicher Atomtechnik und atomarer Waffentechnik ebenso fließend waren wie die zwischen Atomtechnik und atomarer Grundlagenforschung.«*

Männer mit solchen Skurpeln konnte man in Karlsruhe nicht gebrauchen, und der damalige Atomminister Strauß sprach deshalb auch von Heisenbergs Kollegen Hahn als*»von einem Trottel, der weint, wenn er an Hiroshima denkt.«* Mann fand Geeignetere als Hahn und Heissenberg, und unter ihrer Regi e entstand in Karlsruhe Zug um Zug ein Anlagenpark, der - siehe oben - die Aufmerksamkeit selbst des CIA auf sich zog. Wenn mann die zivile Tarnkappe wegzieht, so finden sich auf dem Gelände des Kernforschungszentrums Karlsruhe ein atomarer Selbstbedienungsladen. Wir haben in Karlsruhe sowohl Klein-Wackersdorf als auch Klein-Kalkar, daß heißt wir haben eine WAA und einen Schnellen Brüter im Maßstab 1:10 im Vergleich zu den geplanten Anlagen. Oder mit anderen Worten: In Karlsruhe ist das**Gegenwart**,was fälschlicherweise als Horrorvision n ur für die**Zukunft**an die Wand gemalt wird, nämlich die Plutoniumwirtschaft und der Plutoniumstaat. In Zahlen ausgedrückt:Bisher wurde in Karlsruhe über 1000 kg Plutonium erbrütet oder abgetrennt, das reicht - je nach Qualität - für 50 bis 200 Atombomben aus. Von besonderer militärischer Qualität ist dabei das Plutonium aus dem Karlsruher Schnellbrüter KNK II: Es hat einen Anteil des gut spaltbaren PU-Isotops 239 von über 99 % und eignet sich daher auch für militärische Präzisionswaffen (während das übrige Plutonium »nur« für »schmutzige« Atombomben taugt). **Damit ist Karlsruhe - neben Hanau - der militärisch und politisch brisanteste Punkt im real existierenden Atomprogramm der BRD.**



Uranwürfel im Felsenkeller von Haigerloch

Kontrollen greifen nicht

Aber hat nicht die Bundesrepublik den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben? Werden nicht demzufolge brisante Anlagen wie in Karlsruhe überwacht? Beide Fragen sind mit »ja« zu beantworten. Wie wenig das aber bedeutet, soll an drei Punkten verdeutlicht werden:

- Auf deutschen Druck hin wurden die Kontrollmaßnahmen des Atomwaffensperrvertrags stark ausgehöhlt. Über die diesbezüglichen Verhandlungen sagte der ex-Vize der IAEO, David Fischer:*»Belgien, die BRD und Italien unterstützen in dem Komitee von 1970 grundsätzlich alles, was der Verwässerung der Safeguards diente.«*(Fisher/Szasz, Safeguarding the atom, London, 1985, S. 87).*»Als grundsätzliche Überwachungsmaßnahme«* wird deshalb auch in Karlsruhe eine rein technische Überprüfung angewendet, d.h. mann läßt keine IAEO Beamten in die Anlage, sondern beschränkt sich auf Videoüberwachung und Abwiegen beim Input und Output. Nur ganz selten wird dieser rein technisch-buchhalterische Prozeß gestoppt und das gesamte Kernmaterial durch Kontrolleure aus Fleisch und Blut mengenmäßig überprüft. Die Unzulänglichkeit dieses Vorgehens ist offentsichtlich, denn:*»Derzeit wird von der IAEO eine Entdeckungszeit ... von vier Wochen für abgetrenntes Plutonium und drei Monaten für Plutonium in abgetrennten Brennelementen zurundegelegt.«* (aus einer Werbezeitschrift des KfK).
- Bis 1978 durften die IAEO-Kontrolleure die Karlsruher Anlagen überhaupt nicht betreten - so lange zogen sich nämlich auf deutschen Druck hin die Verifikationsverhandlungen des Sperrvertrages hin. Die Karlsruher Anlagen wurden bis dahin ausschließlich von EURATOM kontrolliert - eine Behörde, die spätestens seit dem NUKEM-Skandal und dem von ihr tolerierten «Umflaggen« von Namibia-Uran ins Zwielicht geraten ist.
- Auch heute noch unterliegt mindestens ein Bereich der Karlsruher Anlagen überhaupt keiner Kontrolle, weil dafür noch kein anlagenspezifisches Abkommen ausgearbeitet wurde (ähnlich übrigens wie im Falle des Plutonium-Bunkers der Firma ALKEM in Hanau).

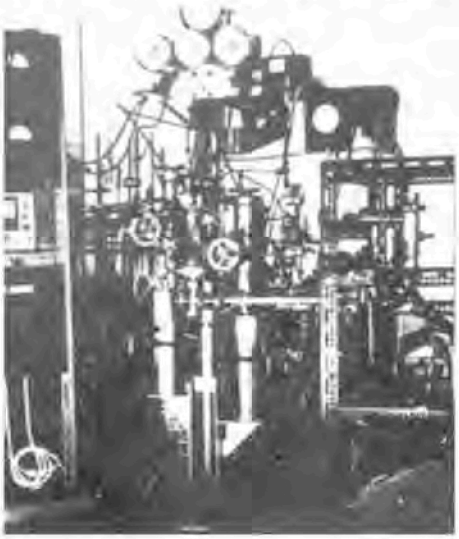
Spuren zur Rassistenbombe

Karlsruhe betreibt eine umfangreiche Zusammenarbeit mit nuklearen Schwellenmächten wie Parkistan, Argentinien, Israel, Brasilien, Korea und Südafrika. Neben dem Austausch von Wissenschaftlern steht im Mittelpunkt dieser Kooperation das Trenndüsen-Verfahren zur Anreicherung von Uran. Dieses Verfahren wurde in Karlsruhe entwickelt, und die Karlsruher haben weltweit das Patent darauf, das heißt niemand darf da gegen ihren Willen ran. Zudem rühmt sich das Kernforschungszentrum in seinen eigenen Veröffentlichungen dieses Verfahren aufgrund seiner leichten Überwachbarkeit im Sinne des Atomwaffensperrvertrages.

Deswegen ist es - gelinde gesagt - höchst seltsam, daß dieses Verfahren plötzlich Mitte der 70iger Jahre in Südafrika auftauchte, und 1979 dann Südafrika seine erste Atombombe zündete. Wie anders als mit Karlsruher Unterstützung hat das passieren können? Und welche Rolle spielen die zahlreichen Besuche südafrikanischer Wissenschaftler Ende der 60iger Jahre Anfang der 70iger Jahre ? Der Erfinder der Trenndüse, der Karlsruher Professor Bender,

geht seit den 60iger Jahren in der südafrikanischen Botschaft ein und aus un hat das Bombenzentrum Valindaba mit »seiner« Anreicherungstechnik kurz vor Fertigstellung 1974 besucht.

Mit Brasilien wird die Kooperation unter dem legalen Mäntelchen betrieben. 1977 wurden ein Atomvertrag zwischen der BRD und der damaligen Militärjunta abgeschlossen, der die dortige Presse zum Jubeln veranlaßte.*»Diese Ankündigung wird die Welt schockieren. Brasilien wird jetzt Atomwaffen herstellen,«* lautete eine damalige Schlagzeile. Mittlerweile ist das Geschäftsvolumen aufgrund der brasilianischen Außenverschuldung ziemlich zusammengestrichen worden, nicht jedoch bei den Atomanlagen, die militärisch interessant sind. Hier stoßen wir wiederum auf die Urananreicherung, und wiederum auf das Karlsruher Trenndüsenverfahren. Und da passiert jetzt in diesem Jahr, 1988, etwas unerhört Neues: Während bisher Karlsruher Techniker den Aufbau entsprechender Anlagen in Brasilien lediglich betreut haben, werden jetzt ganze Anlagenteile und Labors von Karlsruhe nach Südamerika überführt, also in ein Land, das den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben hat und das atomsüchtige Militär die politische Macht nur in einigen Bereichen des Staates abgegeben hat. Ein besonderer Exportschlager wird diese Überführung Karlsruher Trenndüsen-Anlagen nur deswegen, weil - wie jetzt erstmals offiziell zugegen - von diesem Verfahren auch Querverbindungen zur sog. Laseranreicherung möglich sind. Diese Anreicherungsart ist bisher erst im Versuchsstadium; wird aber Mitte der

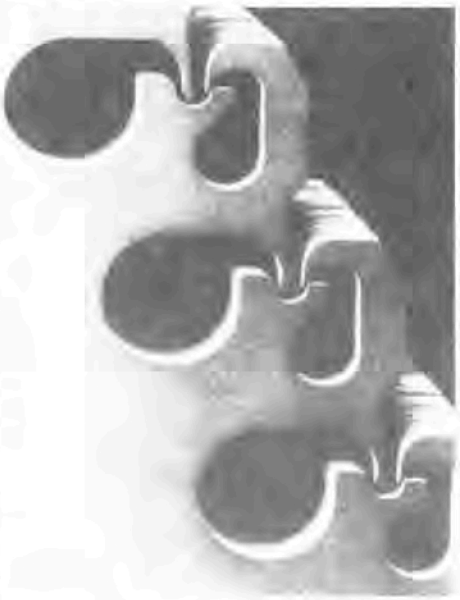


Apparatur für erste Anreicherung nach dem Trenndüsenverfahren

90iger Jahre einsatzbereit sein. Ihre Spezialität: Man kann damit Uran und Plutonium erstmals auf engstem Raum anreichern, quasi Atombomben im Keller oder in der Garage zusammenbauen. Wie gesagt, hierfür wird in Karlsruhe Zuarbeit geleistet, und wer weiß wie die entsprechenden Forschungen in Brasilien weitergehen.

Karlsruhe als Joker im Atompoker

Unbestreitbar ist, daß die Karlsruher Anlagen in den Händen atomwaffengeiler Politiker innerhalb kürzester Zeit zur Atombombenschmiede werden könnten. Unbestreitbar ist auch, daß es solche Atomwaffenambitionen in der Geschichte der BRD immer wieder gab, so zum Beispiel Ende der 50iger Jahre (Adenauer will Atomwaffen für die Bundeswehr) oder Ende der 60iger Jahre



Trenndüsensysteme

(das Bonner Gezappel um die Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag, für Strauß *»ein neues Versailles, und zwar von kosmischen Ausmaßen«*). Aber ist das nicht längst vorbei? Leider nein, der Schoß ist fruchtbar, aus dem das kroch (wie in anderen Bereichen auch):

Eine andere Brisanz gewinnt das in Karlsruhe technisch Möglich dadurch, daß **gerade jetzt** das politisch Gewünschte wieder hinzutritt. Zum ersten Mal seit den Verhandlungen um den Sperrvertrag, zum ersten Mal seit 20 Jahren, wird in der BRD wider Zugang zu Atomwaffen gefordert. Am deutlichsten wurde das im letzten Jahr beim Versuch von Kohl die Pershing 1A aus dem Genfer Doppel-Null-Verhandlungen herauszuhalten, weil es Drittstaaten-Systeme seien, also nicht der USA sondern der BRD gehörten. Und im Februar 1988 ein weiterer Hammer: Die CDU plädiert in ihrem außenpolitischen Programm für eine europäische Verteidigungsunion mit gemeinsamen Oberkommando unter BRD-Beteiligung, Frankreich und Großbritanien sollen ihre Atomwaffen hier einbringen. Das Gefährlichste an der Entwicklung ist aber, daß zusätzlich zum Bonner Atommachtstreben jetzt auch die NATO-Partner für eine atomare Aufwertung der BRD zu haben sind, erstmals nach dem 2. Weltkrieg. Während die früheren Bonner Atomambitionen (s.o.) alle von den USA und Frankreich abgebremst wurden, setzt jetzt genau in diesen Staaten ein Umdenken ein: Giscard d'Estaing und Hernu plädieren für gemeinsame bundesdeutsch-französische Atomwafen, und die angesehene Pentagon-Denkschrift »Foreign Policy« hält es für eine »Anomalie«, also einen abnormalen Zustand, daß die BRD immer noch keine Atomwaffen hat.

Daß in Karlsruhe die technischen Einrichtungen für den Bombenbau bereitstehen, spielt dabei eine wichtige Rolle:*»Die Möglichkeit, daß wirs tun können, hat sich als sehr wirksames Druckmittel erwiesen; gegen dem Westen - keineswegs, wie Adenauer träumte, gegenüber dem Osten,«* wird ein Bonner Regierungsbeamter in einer US-Studie zitiert. Mit anderen Worten: **Laßt uns atomar mitentscheiden - oder wir bauen die Bombe selber !**

Jürgen Elsässer, Forschungsgruppe Atomwaffenentwicklung

Literaturhinweis:
Kernforschungszentrum Karlsruhe - Schleichwege zur Atombombe?, eine Broschüre der Forschungsgruppe Atomwaffenentwicklung. Für 3,- DM (+ 1,-DM Porto) erhältlich bei Hermann Lührs, Mirabellenstr. 30, 7000 Stuttgart 61 (10 Exemplare 27,-DM + 3,-DM, 25 Exemplare 50 DM + 5,- DM) Nur Vorauskasse (Scheck/Briefmarken)

Aktionskonferenz gegen KfK 22.4.89

Am 22.1. ist es auf einer landesweiten Stizung in Karlsruhe von Friedens- und Anti-AKW-Gruppen beschlossen worden: Genau drei Monate später, am Samstag, dem 22.4., soll in Karlsruhe eine Aktionskonferenz einberufen werden, die sich mit dem Griff der BRD nach Atomwaffen befaßt und untersucht, in welcher Weise das Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK) dabei — und auch beim Atom(waffen)machtstreben von Dritte-Welt-Ländern eine Rolle spielt.

Zur Eröffnung der Konferenz ist ein Plenum geplant mit Prof. Radkau und Matthias Küntzel über die Geschichte des KfK und der bundesdeutschen Atomwirtschaft. Im weiteren stehen auf dem Programm Arbeitsgruppen über die Atomanlagen des KfK: den Schnellen Brüter Karlsruhe (KNK II, Vorläufer für Kalkar) und die Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK, das 'Pilotprojekt' für die WAA Wackersdorf). In beiden Anlagen wird militärisch verwendbares Plutonium gewonnen! Themen sind auch die atomare Proliferation (Weitergabe von Atomwaffen), die Weitergabe von zivilitärischem Know-How an Dritte-Welt-Länder durch das KfK, insbesondere an Südafrika. Zum Bereich 'Niedrigstrahlung' wird sich die Ärzte-Ini um Experten bemühen. Für die Arbeitsgruppe 'Alternativen zur Atomtechnik in der Forschungspolitik' werden noch BetreuerInnen gesucht. Abends soll zum Abschluß eine Podiumsdiskussion stattfinden zwischen Vertretern der politisch für das KfK Verantwortlichen (Aufsichtsbehörde, Bundesregierung) einerseits und Robert Jungk, Wolf Geissler (Anti-Apartheidbewegung) und evtl. Dieter Stoltz (MdL/SPD).

Info: Landeskonferenz der Anti-Atom-Gruppen/Rundbriefgruppe, c/o Heinz Engelke/Dagmar Marx, Libanonstr. 64A, 7 Stuttgart 1.

2. Norddt. Standorttreffen

Kurzbericht über das zweite norddeutsche Standorttreffen von BIs gegen Atomanlagen am 20.11.88 in Bremen.

Anwesend waren Leute aus der Wesermarsch, Edewecht (Oldenburg), Hamburg, Osnabrück, Hameln, Bremen.
Aus **Hameln** wurde auch vom Treffen der AUA (Arb.Gem. Umweltüberwachung von Atomanlagen) berichtet. Ums AKW Grohnde finden regelmäßig an jedem 3. Sonntag im Monat Spaziergänge statt, u.a. von Christengruppen getragen. Es laufen derzeit 5 Meßstellen aus dem AUA-Zusammenhang.
Um **Esenshamm** in der Wesermarsch haben sich nach Tschernobyl neue Inis gebildet; ganz ungewöhnlich ist, daß nach Bekanntwerden der illegalen Faßlager die Gemeinde dagegen klagt, auch sonst der Landkreis (SPD-Mehrheit) mehr oder weniger dagegen ist. Es gab im Frühjahr große Demo (300), wenig Teilnahme aus Bremen. Außerdem Kompaktlagerklage.
In Oldenburg die Schwerpunkte: Transporte (MOX), HTR (viele Veranstaltungen), Kriminalisierung.
Hamburger/innen berichten vor allem vom Brokdorf-Blockadeplenum, regelmäßig an jedem 6. jeden Monats. 50-100 Leute, teilweise effektiv Blockaden des Schichtwechsels um 6 Uhr, teilweise flexible Reaktion. Häufig massive Kriminalisierung.
Die Aktionen werden in Hamburg propagiert, Aktionen, Flugblätter. Zur SPD in SH: Windig, zur Stillegung spezielle Gutachten erforderlich, aber keine Maßnahmen, solche zu beschaffen, bzw. kein Geld dafür bereitgestellt. (Auch hat Energieminister Janssen ein Angebot des Protokollanten nicht aufgegriffen.)
Zu **Atomtransporten** wurde berichtet:
1. MOX über Emden, Blockaden, Rechtshilfe, Kriminalisierung, gute Mobilisierung.
2. Castor: ins Wendland v.a. aus Stade erwartet, aus Krümmel über die GKSS in Geesthacht, dann Machen nach La Hague. Aus Esenshamm Pu-MOX-Brennstäbe zum Zwischenlager Gorleben erwartet, andere direkt nach Winscale(?).
3. Allgemeine radioaktive Stoffe: Detaillierte Liste in Bremen, auch Aktionen diskutiert, über Hamburg und Emden sonst nichts bekannt.
Es gibt derzeit über 70 Gruppen in der BRD, die speziell gegen Atomtransporte arbeiten, regional und bundesweit koordiniert. Beispiel für weitere Kreise: In Delmenhorst hat sich der DGB gegen Atomtransporte ausgesprochen. Generell sollte viel mehr als bisher an Gewerkschafterinnen herangetreten werden, z.B. an die Eisenbahner-Gewerkschaft unter Bezugnahme auf deren Nürnberger Bundeskongreßbeschluß gegen Atomenergie, daß sie Transporte boykottieren oder zumindest anonym Informationen geben sollen.
Zu **größeren Aktionen** noch: Esenshamm hat im Aug. 1989 BE-Wechsel, geplant sind Aktionen, Blockaden etc. Gut vorbereiten, auch aus Bremen (Anm. d. Protokollanten).
Zur **Umgebungsüberwachung** referierte Dipl. Phys. Rolf Goedecke von der Bremer Uni. Sehr sinnvoll des Programm der AUA, dagegen Warnung vor unseriösen Geschäftemachern. Darunter wurde v.a. die Firma Genitron genannt. Es gibt von Rolf ein ausführliches Kritikpapier dazu, bei ihm zu haben.
Zur **allgemeinen Lage** wurde übereinstimmend festgestellt, daß wir uns viel mehr in die ohne uns laufenden Ausstiegsdebatten einmischen müssen, an alle Organisationen und Gruppen rantreten, ob Gewerkschaft, SPD oder gar FDP, selbst CDU-AKW-Gegnerinnen gibts. Ohne Aufgabe unserer Prinzipien (nicht spalten in der Frage der Widerstandsformen!) keine Kontaktscheu!
Diesem Thema sollte auf der nächsten bundesweiten Konferenz eine eigene Arbeitsgruppe gewidmet werden, da sonst Gefahr besteht, daß die Debatte ohne uns sich im Gestrüpp sonstiger Abwägungen verfängt und versandet. (Nach den Skandalen um Bibis, Stade etc., noch dringlicher! Prot.)
Zum Thema **Juristisches:** Konnte zu diesem Treffen nicht vorbereitet werden, bis zum nächsten soll das geschehen. Juristische und Fachgutachter sollen aufgefordert werden, bis Ende Januar kurze Papiere einzusenden, welche Möglichkeiten sie sehen, juristisch zur Stillegung laufender Anlagen beizutragen. Die bis Januar eingegangenen Thesenpapiere sollen alsdann verschickt werden, das nächste Treffen soll dann **Anfang März,** wieder in Bremen, sein.
Genannt wurden: Gutachter: Hirsch, Hahn, Sailer, Kirchner, Kollert; Rechtsanwälte: Geulen, Piontek, Rottmann, Rülle-Hengsbach. Weitere hier nicht genannte sollten ebenfalls angesprochen werden, Thesen an Protokollanten, s.u.

Prof. Dr. Jens Scheer, Universität Bremen, Fachbereich 1 (Physik), 2800 Bremen 33

Großdemo Karlsruhe

Allgemein bekannt ist ja, daß die letzte Landeskonferenz der Anti-Atom-Initiativen in Baden-Württemberg einen Vorschlag für eine solche Demonstration erarbeitet hat. Eigentlich war dafür der landesweite Ostermarsch vorgesehen.

Zusammen mit der Karlsruher Bürgerinitiative hat unser Arbeitskreis diesen Vorschlag der LaKo dann bei verschiedenen Beratungstreffen, u.a. mit der Friedensbewegung, vorgestellt und dafür geworben. Atomkraftgegnerinnen aus Heidelberg,

Dossenheim und Radolfzell haben uns dabei unterstützt. Hier sind die wichtigsten Ergebnisse in Kürze:
1. **Es wird noch vor Ostern einen Kongreß über die militärischen Hintergründe des Kernforschungszentrums geben.** Auf diesem Kongreß werden wir alle Inizien und Belege gegen das KfK konzentriert zusammentragen. Renommierte Experten wie Jungk, Traube, Radkau, Hirsch, zum Winkel sollen als Referenten angesprochen werden. Aber auch die Verteidiger der "Friedlichkeit" der Karlsruher Atomanlagen sollen zu Wort kommen. Kurz: Es wird zum ersten Mal eine sehr detaillierte und konzentrierte Diskussion mit den Gegnern unserer These von der "potentiellen Atombombenschmiede" geben. Wir sind sicher, daß wir hier gut bestehen können! Dieser Kongreß wird von der gesamten Breite der Friedensbewegung getragen.
2. **Die Demo zum Kernforschungszentrum wird nicht an Ostern sondern (voraussichtlich) am 7. Mai 1989 stattfinden.** "Ostern" war in der Friedensbewegung nicht konsensfähig. Zwar war auf allen Vorbereitungstreffen zumindest eine relative Mehrheit für unseren Vorschlag. Andererseits war eine relevante Minderheit auch absolut dagegen. Diese Gruppen, v.a. aus dem sozialdemokratischen und DKP-Spektrum), hielten die Gefahr eines bundesdeutschen Griffs zur Bombe für irrelevant und nahmen insbesondere das Kernforschungszentrum gegen unsere Vorwürfe in Schutz.
Auf diese Minderheitsposition wollten und mußten wir Rücksicht nehmen. Immerhin haben wir uns dann auch mit diesen Gruppen auf einen gemeinsam getragenen Kongreß zur Klärung der strittigen Fragen und weiteren Aktionsplanung geeinigt (s. Punkt 1). Wir zogen unseren Terminvoschlag Ostern dann zurück und machten damit den Weg frei für den Ostermarschabschluß in Großengstingen. Die Großdemo zum KfK soll dann — in genügendem zeitlichen Abstand zu Ostern — am 7. Mai stattfinden.
Dem Landeskonferenz-Vorschlag zu einer Demonstration zum KFK haben sich mittlerweile übrigens etwa 25 Gruppen angeschlossen, neben örtlichen Initiativen auch Großorganisationen wie die "Ärzte zur Verhinderung eines Atomkrieges" (IPPNW/ bundesweit), die DFG/VK Baden-Württemberg, die Grünen Baden-Württemberg und das Karlsruher Friedensplenum.
Kontaktadressen: Landeskonferenz, c/o Heinz Engelke, Libanonstr. 64a, 7000 Stuttgart 1; und vergeßt die kleine Spende nicht... Forschungsgruppe Atomwaffenentwicklung, c/o Jürgen Elsässer, Gutenbergstr. 3a, 7000 Stuttgart 1, 0711/624653

Arbeitsgemeinschaft Umgebungsüberwachung AUA

Foto: aus Fotoband „Die Chaoten"

Am ersten Oktober-Wochenende traf sich die Arbeitsgemeinschaft Umgebungsüberwachung von Atomanlagen (AUA), der auch der VAU angehört, zu einer ihrer regelmäßigen Konferenzen. Tagungsort war diesmal Radevormwald und es hatten — erfreulicherweise — mal wieder ein paar neue Gesichter den Weg dorthin gesucht und gefunden. Außer den "Altmitgliedern" ARGUS (Koblenz), GAU (Hamm-Uentrop), Energie- und Umweltbüro Garching (München) sowie VAU (Hameln) waren diesmal Vertreter der LAUS aus Saarlouis, einer BI aus Trier (beide wollen auf französischem Boden Meßanlagen zur Überwachung von Cattenom aufstellen), der Strahlenmeßstelle des Landes Bremen und vom Ökoinstitut Freiburg zugegen.

Wie üblich nahmen die Berichte aus den Vereinen/Initiativen großen Platz ein, was sich im übrigen auch immer wieder als sehr positiv erweist, indem es den "Neuen" den Einstieg erleichtert und den "Alten" eine Möglichkeit zum organisierten Erfahrungsaustausch bietet. Festzuhalten bleibt, daß sich bei den Organisationen, die schon länger messen, nichts Nenneswertes geändert hat und auch kein umwälzenden Neuerungen in absehbarer Zeit ins jeweilige Haus stehen.

Der zweite große Themenkomplex stand — ebenfalls schon traditionsgemäß — unter der Überschrift "Stand und Weiterentwicklung der Meßanlagen". Hier sind zwei Diskussionsergebnisse besonders hervorzuheben:

Nach langwierigen Verhandlungen mit dem Zählrohrhersteller VAEVO sowie arbeitsreichen eigenen Tests und Untersuchungen ist das Energie- und Umweltbüro Garching nunmehr soweit, neue Zählrohre in ausreichender Anzahl und gleichbleibender Qualität zur Verfügung stellen zu können, sodaß die lange geplante Umstellung der Meßköpfe nunmehr relativ zügig vorgenommen werden kann, möglicherweise noch in diesem Jahr.

Die Erfahrungen der umgebungsüberwachenden Vereine mit dem Betrieb der Wetterstationen haben nochmals bestätigt, daß es sinnvoll und notwendig ist, an allen Meßstellen zusätzlich zur Gamma-Aktivität auch die Niederschlagsmenge zu erfassen, da örtliche Regenschauer immer wieder auffällige Aktivitätsspitzen hervorrufen. Auch diese (wesentliche) Verbesserung der Meßanlagen soll möglichst noch vor dem Jahreswechsel vorgenommen werden. Allerdings sind dazu einige tiefgreifende Änderungen der bisherigen Anlagen erforderlich, welche auch finanziell "tiefgreifen".

Die restliche Tagesordnung beinhaltete eine Reihe von Einzelproblemen, wie z.B. (gemeinsame) Öffentlichkeitsarbeit, Mithilfe der Vereine bei der Finanzierung von Stellen im Energie- und Umweltbüro über abzuschließende Wartungsverträge und ähnliches mehr.

Daß auch der (feucht-)fröhliche Teil der Konferenz wieder einmal regen Zuspruch fand, braucht man Leuten, die schon einmal dabei waren, nicht extra zu sagen. Aber das sind ja nicht alle...

Das nächste AUA-Treffen kommt jedenfalls bestimmt, und zwar voraussichtlich im Januar/Februar 1989.

Kontaktadresse: VUA, Berliner Str. 6, 3250 Hameln 1

Leserbrief

Liebe Leute,
in der Winter-atom habt Ihr auf Seite 47 ein Begleitschreiben zum Gronauer Tag-X-Aufruf abgedruckt. Leider habt Ihr den eigentlichen Aufruf nicht veröffentlicht. Zur Erinnerung für die Leserinnen: Die Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) soll massiv ausgebaut werden; seit einiger Zeit wird die Ausbaugenehmigung erwartet. Bis zum 8.1.89 war der Ausbau noch nicht genehmigt, nach Informationen aus dem Wirtschaftsministerium von Nordrhein-Westfalen soll die "Entscheidung" über den Ausbau im Januar getroffen werden. In dem Tag-X-Aufruf geht es nun darum, daß am 2. Samstag nach der Erteilung der Ausbaugenehmigung in Gronau eine Demo stattfinden soll (11 Uhr, Rathaus). Wer die Demo unterstützen will, sollte sich umgehend beim AK Umwelt Gronau, Siedlerweg 7, 4432 Gronau melden. Da die Demo nach dem Erscheinen der atom u.U. schon vorbei sein kann, gibt es dann beim AKU neue Infos. Telefonische Auskünfte: 02562/24837.
Soweit zum Tag X. Zum weiteren Widerstand in Gronau ist noch anzumerken, daß zur Zeit Diskussionen über einen Ostermarsch gegen die UAA diskutiert wird. Das Ergebnis ist zur Zeit noch nicht ganz klar, Infos gibt es bei o.g. Kontaktstellen.
Noch eine Bemerkung zur atom: Nach wie vor ist die atom eines der wichtigsten Organe der bundesdeutschen Anti-Atomkraft-Bewegung. Negativ fällt mir jedoch immer häufiger die Ballung der Schwerpunktthemen auf (drei in der Winterausgabe!). Ich habe nichts gegen Schwerpunktthemen, mindestens genauso wichtig finde ich jedoch die Standort- (und Städte-)Berichte. Warum fehlen sie weitgehend? Werden sie von den Schwerpunktthemen verdrängt, oder kommen von den Standort-BIs kaum Berichte? Gerade die Arbeits- und Aktionsberichte von Standort-BIs können wichtige Anregungen für anderen BIs bieten.
Mit solidarischen Grüßen
Udo Buchholz

P.S.: Herzliche Glückwünsche zur atom Nr. 25, Atom Express Nr. 65 und atommüllzeitung nr. 50 (nachträglich).

Ostermarsch Gronau: Kontaktadresse: AK Umwelt Gronau, c/o Mathias Alfert, Schillerstr. 62 in 4432 Gronau. Hier können Flugblätter, Plakate etc. bestellt werden.

Leserbrief

Leserbrief

Bei allem Respekt für Eure Arbeit, liebe Leute von der ATOM, bei allem Verständnis auch für die Fehler, die sich einstellen, wenn man nachts über dem Lay-out sitzt, muß ich Euch dennoch bitten, mit Beiträgen etwas sorgsamer umzugehen. Ich will Euch zwei Beispiele anführen, die mir unangenehm aufgestoßen sind. Für die ATOM Sommer 88 hatte ich eine "Zwischenbilanz der Zusammenarbeit von alten und neuen Initiativen" entworfen. Dabei war ich von zwei zentralen Fragestellungen ausgegangen:
— Wie kommen wir weg von der bloßen **Reaktion** auf Katastrophen und Beinahe-Unfälle, "Skandale" und Bestechungsgeschichten?
— Wie kommen wir politisch in die **Offensive?** Wo sind die Ansatzpunkte dafür, daß wir als Anti-AKW-Bewegung **nicht** GRÜNEN, oder gar der SPD, "unsere" Themen überlassen und ein bloßes Anhängsel — wenn auch ein radikales — etablierter Gruppierungen werden?
Ihr habt das Wörtchen "nicht" weggelassen. Damit rede ich laut ATOM der Zusammenarbeit mit Parteien das Wort, obwohl ich gerade das Gegenteil, nämlich die Parteienunabhängigkeit und Autonomie betone.
In der ATOM Winter 88 schreibe ich ganz rasch einige Gedanken zur Herbstkonferenz auf und gebe dem Text die Überschrift "Ende gut — alles gut?" Das kommt auch im Text wieder vor, mit **Fragezeichen.** Ihr macht daraus ein Ausrufezeichen! Glaubt Ihr, daß ich den Konferenzverlauf derart naiv und positiv eingeschätzt habe? Bei weitem nicht, die Konferenz hat für mich viele Fragen aufgeworfen. Selbst Fragen, auf die schon Antworten gegeben wurden. Aber was ich damit meine, schreibe ich lieber für den Konferenz-Ordner. Auf Wiedersehen in Wiesbaden.
Trotzdem anerkennende Grüße für die viele Arbeit *Wolfgang Ehmke*

Liebe Freundinnen und Freunde an den Standorten! Oft beklagt Ihr Euch zurecht darüber, daß in der atom nichts oder zu wenig über Euren Standort, Eure Aktionen zu finden ist. Das liegt an folgendem:
1. Wir bekommen zwar unheimlich viel Material zugeschickt, fast immer handelt es dabei aber um einen Wust von Papieren, Presseerklärungen, Zeitungsmeldungen usw., die nur mit viel Zeit und Sachkenntnis in die Form eines Artikels oder einer Kurzmeldung gebracht werden können. In der Regel sind wir mit dieser Aufgabe heillos überfordert, denkt bitte daran, daß wir in der atom nicht einen einzigen hauptamtlichen Mitarbeiter haben.
2. Die atom erscheint nur alle zwei Monate und es dauert noch etwa 3 Wochen vom Zeitpunkt des Lay-Outs bis zu dem Moment, wo die Zeitung dann real bei Euch sein kann. Oft sind bis dahin Termine, Berichte von Treffen, Demo-Aufrufe usw. veraltet und werden deswegen von uns auch nicht abgedruckt, nur selten ist die Planung von Aktionen usw. so langfristig angelegt, daß die atom als aktuelles Medium genutzt werden kann.
3. Von manchen Standorten bekommen wir gar kein Material und wir haben auch keinen Kontakt zu irgendwelchen Leuten, die wir ansprechen könnten. Vielleicht liegts daran, wenn Ihr Euch ärgert, daß nichts drinsteht in der atom.

Also die große Bitte an Euch: Schreibt Artikel für die atom - wenn irgend möglich auch mit Fotos oder anderem Lay-Out Material, damit die Standorte-Seiten nicht immer so Bleiwüsten sind (wir haben kein Archive mit Fotos von allen Atomanlagen oder etwas vergleichbares) und berücksichtigt dabei, wann die atom frühestens bei den Leuten sein kann. Sprecht das möglichst aktuell mit Leuten aus der Redaktion ab (Telefonisch tagsüber zu erreichen in Lüneburg Regionalbüro. 04131-37835 Günther bzw. in Göttingen 0551-7700557 Bernd). Nichts desto trotz an dieser Stelle vielen Dank für Eure bisherige aktive Mitarbeit, ohne die wir die Zeitung, egal welchen inhaltlichen Bereich das betrifft, gar nicht machen könnten. Und bitte denkt daran: Das Büro des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie existiert nicht mehr, wohl aber das Postfach. Also Post für die Redaktion der atom Göttingen bzw. Post für den Arbeitskreis nur noch an Postfach 1945 in 3400 Göttingen.

Polen news

Ein gutes Jahr nach der Standortbekanntgabe für das zweite polnische Atomkraftwerk in Klempicz bei Poznan sind dort die Bauarbeiten voll im Gang. Das Gelände ist gerodet, die Umsiedlungsmaßnahmen für die örtliche Bevölkerung laufen.
Daß der Standort nach Ansicht polnischer Wissenschaftler für ein solches Mammut-Atomprojekt ungeeignet ist, stört die verantwortlichen Planer nicht: sie erhöhen die projektierte Leistung des AKW von 4 x 1000 MW nun auf insgesamt 4400 MW.
Doch der Widerstand der Bevölkerung der Region (Wielkopolska), der bereits die Pläne für eine Atommülldeponie in Miedzyrzecz zu Fall brachte, richtet sich auch gegen das in Bau befindliche Atomkraftwerk. Eine "Föderation der Einwohner von Wielkopolska" hat ein Flugblatt herausgegeben, in dem sie eine Warnung "An die Einwohner von Wielkopolska und benachbarte Gebiete" vor den radioaktiven Emissionen und Gefahren durch Unfälle im AKW richtet. "Im Umkreis von 30 km um Klempicz wohnen an die 100.000 Menschen, im Umkreis von 50 km rund 1.000.000 Menschen. Wer wird im Notfall in der Lage sein, diese Menschen innerhalb einiger Stunden zu evakuieren? Bewohner (dieser Gegend), laßt euch nicht irreführen. Nehmt Euch ein Beispiel an den Bewohnern von Miedzyrzecz, die sich mit solidarischem Protest vor einer Atommülldeponie geschützt haben."
Und für nächstes Jahr plant der Polski Klub Ekologiczny die erneute Durchführung eines Ostermarsches gegen das AKW Klempicz...

BUNDjugend Polen AG
Axel Horn, Hans-Leipelt-Str.8-10
8 München 40 (Tel.: 089-3232121'

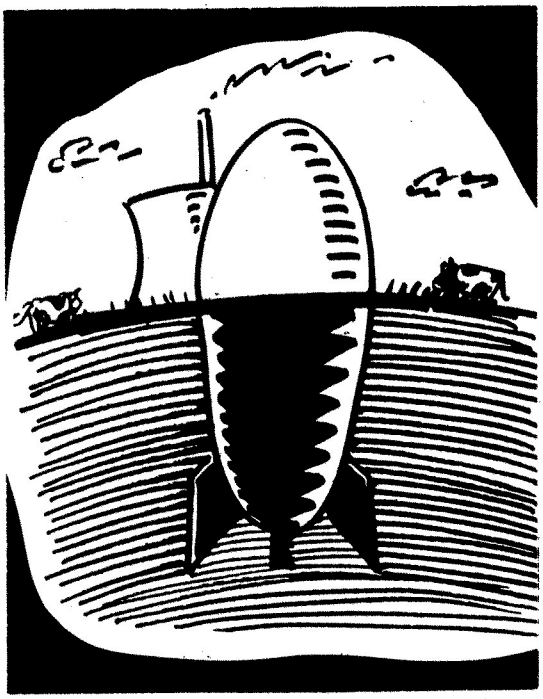
Internationale Konferenz Köln Nov. 88

Atomwaffenverzicht bleibt Insiderthema

Es kommt an das Licht der Öffentlichkeit, daß bundesdeutsche Konzerne in Zusammenarbeit mit dem Pershing-Hersteller Martin Marietta für 100 Mio DM Steuergelder weitgehend am Parlament vorbei ein 500 km weit reichendes, auch atomar bestückbares Luftangriffsystem entwickelt haben. Vielleicht nichts Neues? Schließlich geht diese Rakete auf eine Kanzleranweisung von 1983 zurück, über ein bundesdeutsches Nachfolgesystem für die Pershing 1A nachzudenken, im Bundeswehrplan für 1987 materialisiert sich diese Entwicklung dann.

Ende November 1988 verabschiedet der Bundestag mit den Stimmen der SPD ein Protokoll zum deutsch-französischen Elysee-Vertrag, das die atomare Bewaffnung zum Gegenstand gemeinsamer Beratungen und Strategieplanungen macht. Anzeichen eines bundesdeutschen Herantastens an Atomwaffen oder normale Geschäfte eines imperialistischen Staates? Friedens- und Anti-AKW-Bewegung scheinen es mehr als letzteres aufzufassen oder deuten zu wollen. Denn die Frage eines möglichen bundesdeutschen Zugriffs auf Atomwaffen brachte anläßlich der »Internationalen Aktionskonferenz Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz« Ende November in Köln zwar ca. 200 VertreterInnen wichtiger Gruppen der in- und ausländischen Friedensbewegung zusammen, die erwarteten »Massen« blieben jedoch aus.

Auf den Konferenzen der Anti-AKW-Bewegung hatte sich gezeigt, daß es nicht nur inhaltliche Bedenken gab, hier waren auch die zunächst fehlenden Aktionsmöglichkeiten der Kampagne »Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz« sowie ihre angebliche Parlaments- und Gesetzesfixiertheit Gründe der Zurückhaltung.In den maßgeblichen, SPD- und DKP-orientierten Kreisen der Friedensbewegung gibt es aus anderen Gründen Blockaden gegen einen bundesdeutschen Atomwaffenverzicht. Wer will den schon im Grundgesetz festgeschrieben haben, wenn mann, wie in diesem Fall die SPD als Regierungspartei die atomare deutsch-französische Zusammenarbeit forcierte und die CDU bei der w e s t -
europäischen Integration gern überholen will, ohne die Frage eines bundesdeutschen Zugangs zu einer gemeinsamen Atombewaffnung außen vor zu lassen. So bemühten sich diese Kreise auf der Konferenz in Köln, die Frage eines bundesdeutschen Atomwaffenverzichts als*»friedenspolitische Desorientierung«*zu desavouieren. Für die Jusos ging es*»jetzt um eine reale umfassende Denuklearisierung der Bundesrepublik und Europas«*, daran müsse sich die



Kampagne messen. Na , durchaus neu und spannend, daß die (Jung?-) SPD statt atomwaffenfreien Korriedorenund der 3. Null-LÖsung jetzt allen Atomwaffen eine eine Absage erteilt. Wir werden sie dann auch an ihrer Forderung messen können.

Die DKP beschränkte sich auf die übliche Rolle, der SPD den Rücken freizuhalten. Ihr fehlten atomwaffenfreie Zonen, die DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner) beharrte auf der Forderung einer generellen »Atomwaffenfreiheit« im Grundgesetz, was dann die totmachende Debatte über die Möglichkeiten und Nichtmöglichkeiten deutscher Politiker, Besatzungs- und NATO-Verträge etc. eröffnet hätte. Statt der vorgeschlagenen Massenpetition für einen Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz (die in den zuständigen Ausschüssen sowie im Bundestag behandelt werden muß), powerte die DKP für einen unverbindlichen Appell, damit SPD-Abgeordnete nicht*»gleich zu Beginn in eine direkte Frontstellung zur eigenen Partei«* (bzw. in Loyalitätskonflikte im Falle einer parlamentarischen Abstimmung) hineinmanövriert werden. Mit dem Appell sollte gleichzeitig eine öffentliche Zuspitzung durch eine parlamentarische Debatte um den bundesdeutschen Atomwaffenverzicht verhindert werden.

Kampagnenfahrplan

Trotz heftiger Wortgefechte konnten SPD und DKP sich mit ihrer Stoßrichtung letztlich nicht durchsetzen. Die in Köln beschlossene Aktionsorientierung beinhaltet eine Zusptizung der »Loyalitätskonflikte« auf regionaler und lokaler Ebene. Mit Veranstaltungen in möglichst vielen Orten, in denen Abgeordnete der Wahlkreise direkt befragt werden, wie sie es mit dem Atomwaffenverzicht der BRD und der Petition halten, sollen größere Teile der Bevölkerung in die Auseinandersetzung um die Atomwaffenambitionen der Herrschenden gezogen werden. Der erste Durchgang von Veranstaltungen soll bis zum 8. Mai durchgezogen werden, um einzelene Abgeordnete anderer Parteien zu bewegen, den Antrag mit den Grünen gemeinsam in den Bundestag einzubringen. Nach dem 8. Mai soll entschieden werden:

1. auf welcher Basis die bereits zuvor begonnene Unterschriftensammlung unter einer gemeinsamen Petition an den Bundestag fortgesetzt werden soll,

2. ob von nun an die Grünen ggfls. allein den GG-Wortlaut der Kampagne in den Bundestag einbringen oder nicht.

Zug schon abgefahren?

Heute ist absehbar, daß es zu diesem Komplex hier und da Veranstaltungen geben wird, eine flächendeckende Befragung und damit*»schwerwiegende Loyalitätskonflikte«* von Abgeordneten der etablierten Parteien werden kaum noch zu erreichen sein. Die Grünen werden den Antrag alleine einbringen, die Spaltung der SPD an dieser Frage bleibt zunächst aus.

Was bleibt? Die Frage eines vorbeugenden bundesdeutschen Atomwaffenverzichts ist Thema einiger Ostermärsche und wird für die bevorstehende Wahlkämpfe (Europa- und Bundestagswahlkampf) wieder interessant, die laufende Massenpetition kann ein wichtiger Anknüpfungspunkt und Aufhänger für die weitere öffentliche Aufklärung sein. Klar ist heute aber auch, die Herrschenden treiben in öffentlich nicht zugänglichen Gremien die auch nukleare westeuropäische Integration voran, haben derzeit aber kein Interesse an einer öffentlichen Debatte darüber. Solange die Zuspitzung von »oben« ausbleibt, wird die bundesdeutsche Atombewaffnung ein Thema für unabhängige friedenspolitische Insider und einige Staatsfeinde bleiben, die anderen werden schweigen oder weiter davon ausgehen, daß die Bundesregierung »sowas« doch nicht macht.

In der ersten Runde der »Kampagne« bleibt es dann möglicherweise bei einer Debatte in Teilen der Friedensbewegung, der Schaffung einer gewissen Infrastruktur und dem Versuch öffentliche Aufklärung durch eine Reihe von Veranstaltungen und Demoreden. Doch auch diese Begrenztheit kann ein wichtiger Baustein sein, wenn es eines Tages darum geht, den Konsens in der Öffentlichkeit gegen die atomare Bewaffnung dieses Landes gegen die dann offenen Begehrlichkeiten der Herrschenden zu erhalten.

Informationen zur Kampagne Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz:
Koordinierungskreis, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/222826

East

KPdSU, Grüne

Die meisten werden es schon irgendwo gelesen oder gehört haben: Vom 25. bis 29. Januar fand im Wendland ein Seminar zu Fragen der Atomenergie statt. Teilnehmer: KPdSU, GRÜNE, (atom-)kritische WissenschaftlerInnen und Leute aus der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung. Wir berichten in dieser **atom** relativ ausführlich darüber; auch, weil einige von uns die ganze Zeit oder teilweise an der Veranstaltung teilgenommen haben. Im einzelnen findet Ihr auf den folgenden Seiten: Eine Zusammenfassung des Seminargeschehens von K. aus Bonn; den Text, den die GRÜNEN auf der Abschlusspressekonferenz vorlegten und der so was wie ein Kurz-Ergebnis der Tagung aus Sicht der westdeutschen Delegation darstellt; ein Interview mit dem sowjetischen Delegationsleiter Ivan T. Frolow, das in kürzerer Form bereits in der **taz** vom 30.1. abgedruckt war; sowie schliesslich einige Stellungnahmen von Leuten aus der **atom**-Redaktion und anderen, die unterschiedliche persönliche Sichtweisen über einzelne Aspekte des Ost-West-Seminars wiedergeben. Viel Spass beim Lesen!

Was war eigentlich los?

Im folgenden will ich einen kurzen Bericht über den Ablauf des (Anti-)Atomseminars Grüne-KPdSU schildern, doch weitere Einschätzungen weitgehend raushalten. Dafür scheint es mir zu früh zu sein. Auch fehlt eine gemeinsame Auswertung des Seminars, die noch organisiert werden müßte. Viele Fragen sind entstanden, offen geblieben. Erfreulich wäre sicherlich eine ausführliche Diskussion zu diesem Thema beim nächsten bundesweiten Anti-AKW-Treffen in Wiesbaden!

Vom 25.-29.1.1989 fand in der Göhrde, Kreis Lüchow-Dannenberg, in der Tat eine "Begegnung der besonderen Art" statt: eine Delegation von 8 sowjetischen Wissenschaftlern und Mitgliedern der KPdSU diskutierte im Rahmen eines von den Grünen organisierten (Anti-)Atomseminars mit Grünen, kritischen Wissenschaftlern und Vertreterinnen der Anti-AKW-Bewegung aus der BRD. Das Programm war konzentriert und ließ wenig Raum zum Luft holen: Am 1. Tag, Donnerstag, standen "Gefahren durch radioaktive Niedrigstrahlung" und "Atomanlagen im Vergleich — Diskussion über Technik und Sicherheit" auf der Tagesordnung. Deutlich wurde hier insbesondere wie groß das Informationsdefizit und wie gering die Forschungen im Bereich der Niedrigstrahlung in der UdSSR sind.

Am 2. Tag, Freitag, wurde über "Regenerative Energieträger — (Sonne, Wind, Wasser, Biomasse) und alternative Energiekonzepte zum Atomstrom incl. Ausstiegskonzept" diskutiert — ein Thema, das von den Sowjets mit großem Interesse und vielen Nachfragen aufgenommen wurde.

Am Abend gab es dann eine öffentliche Veranstaltung im Herzen des Vulkans, in Lüchow. "Tschernobyl — schon vergessen?" war das Thema und an die 500 Leute drängelten sich im Gildehaus. Neben Jutta Ditfurth (für die Grünen) und Jens Scheer (für die Anti-AKW-Bewegung) waren auf dem Podium Iwan Frolow (Mitglied des ZK der KPdSU und der Akademie der Wissenschaften sowie pers. Berater von Herrn Gorbatschow für Fragen von Ökologie, Bildung und Wissenschaften) und Herr Ignatenko, Leiter der Hauptverwaltung von Wirtschaft und Technik im Atomministerium. Letzter hatte sich während des Seminars als (scheinbar) cooler Befürworter der Atomenergie herausgestellt: "Wir müssen es halt in den Griff bekommen und Tschernobyl haben wir auch geschafft...".

Für viele der anwesenden Atomkraftgegnerinnen wird es sich platt angehört haben, was von den anwesenden sowj. Vertretern an Stellungnahmen abgegeben wurde. Anders war es sicherlich für diejenigen, die die Diskussionen der vorausgegangenen Tage miterlebt hatten. Frolow stellte die sowjetische Entscheidung für Atomenergienutzung klar und betonte, daß es darum gehen müsse, die Atomanlagen in einen so sicheren Zustand zu bringen, daß Menschen und Natur nicht gefährdet würden. Er verhehlte Gefahren von Atomenergie nicht, machte aber auch deutlich, daß die Priorität in der SU bei der nuklaren Abrüstung liege — d.h. die Abrüstung könne es erst ermöglichen, auch andere Wege der Energiegewinnung einzuschlagen. Der Vertreter des Atomministeriums, Ignatenko, beschränkte sich in seinen Ausführungen auf eine Darstellung des Ablaufs am Tag der Katastrophe und die folgende Zeit so nach dem Motto: Wie wir die Katastrophe managten. Auf diese beiden Beiträge konzentrierten sich dann in der folgenden Diskussion auch die Beiträge und Fragen der Anwesenden und sicherlich wäre noch genügend Stoff und Energie für viel viel mehr gewesen, als die dann durchgeführten 3 Frage- und Antwortrunden: Was haben Sie gelernt aus Tschernobyl? Wollten Sie den Unfall verschweigen? Warum haben sie die Informationen erst so spät herausgegeben? Warum wurde die Bevölkerung um das AKW nicht richtig informiert? Was kostet der Unfall? Wenn Sie die Abrüstung ernst meinen, müssen Sie auch die Atomanlagen abschalten! Wie ist es mit der Plutoniumherstellung? Welche Grenzwerte gibt es in der SU? Warum wurde der Brief an die Botschaft, geschrieben von besorgten Menschen kurz nach der Katastrophe, nicht beantwortet? Sie sagen: 8,5 Mrd. Rubel kostete die Sache — wofür wurde das Geld ausgegeben? Ist Ihnen ein Zusammenhang zwischen den unterirdischen Atombombenversuchen und den Erdbeben bekannt? Was ist mit dem Atommüll?

Soviele Fragen und die Bemühungen, auf alles zu anworten, waren wirklich außerordentlich groß! Sicherlich blieben etliche Fragen unbeantwortet, so z.B. die nach den bestehenden Grenzwerten in der SU ("Mir sind keine Zahlen bekannt..."), was im Saal zu lauten Protesten, Unverständnis und höhnischen Bemerkungen führte.

Aber es gab auch scharfe Antworten. Auf die Frage z.B., ob der "Unfall" verschwiegen werden sollte, konterte Ignatenko mit der

meets West

Foto-Streifen: Joker

und Anti-AKW-Bewegung streiten über Atomkraft

Bemerkung, daß natürlich auch die westlichen Staaten eine mangelhafte Informationspolitik führen würden bzgl. Unfällen in Atomanlagen, wie z.B. auch derjenige im britischen Reaktor..., der erst Jahre später bekannt gegeben wurde. Frolow ergänzte an dieser Stelle, daß sich die Informationspolitik in der SU ja auch für alle sichtbar in den letzten 3 Jahren geändert habe. Auf den polemischen Vorwurf, in der SU gelte das

Kollektiv alles und das Individuum nichts und entsprechend würde eine menschen- und umweltverachtende Energie- und Wirtschaftspolitik betrieben, erinnerte Frolow an die profitorientierte Wirtschaftspolitik in den westlichen Staaten und daß die Umweltzerstörung grenzübergreifend alle Menschen bedrohen würde.
Einer sprach schließlich aus, was viele sich vielleicht insgeheim vorgenommen hatten für diesen Abend: eigentlich seien die anwesenden Herren doch nicht besser als die Betreiber von DWK und KWU und gehörten mit Mehltüten (mindestens) vertrieben aus dem Landkreis, Frolow vernebele mit seinen sehr philosophischen ausgreifenden Antworten die knallharte Betreiberposition. Es gab Proteste im Saal, ein wenig Zustimmung und vom Podium her kommentierte Jutta Ditfurth diese Anmerkungen so, daß es in der Anti-AKW-Bewegung in Westdeutschland eine nicht zu knappe Arroganz gäbe, die es offenbar nicht für nötig hielte, sich mit dem System und dem Hintergrund in der SU auseinanderzusetzen — falsch sei es auf jeden Fall, die anwesenden sowjetischen Gäste mit Vertretern von Siemens/KWU oder DWK gleichzusetzen.
Dieser Widerspruch — daß die Sowjets einerseits Atomanlagen befürworten, betreiben und natürlich auch exportieren und andererseits doch auch Vertreter eines völlig anderen Gesellschaftssystems sind — ist vielleicht einigen an diesem Abend deutlich geworden und wirkte auch auf die konzentrierte und doch sehr offene Umgangsform aus. Diejenigen, die sich zu Wort meldeten, machten deutlich, daß sie sehr großes Interesse hätten, mit denjenigen in der SU zusammenzukommen, die gegen Atomkraft sind und diese mit unseren Argumenten zu unterstützen. Insbesondere wurde die Frage nach einem geplanten Endlager in der SU und wo dieses denn nun sein solle, öfter wiederholt.
Zum Schluß stand die sehr freundliche Aufforderung, sich doch besser nicht mit den Vertretern der Atomindustrie hier in der BRD einzulassen — es sei für die Menschen in der SU — und hier — viel besser, sie holten sich ihren Rat von den Atomkraftgegnerinnen.
Diese Veranstaltung war nicht nur für uns sehr beeindruckend: Ein Teilnehmer der Delegation sagte am letzten Abend: "Was mich am meisten beeindruckt hat, das ist die Anti-AKW-Bewegung hier. Diese Menschen sind so kämpferisch, das werde ich nicht vergessen..."
Am 3. Morgen, Samstag, wurde das Seminar fortgeführt mit dem Thema "Politische, ökologische und ökonomische Folgen von Tschernobyl" — und es begann mit einem Videofilm, den die Sowjets mitgebracht hatten, über die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl — wie sicher sich die Menschen gefühlt hätten mit der Atomenergie, wie verheerend die Katastrophe war, mit welcher Einsatzbereitschaft die Menschen gearbeitet hatten, um die Folgen zu begrenzen, das Getüm einzubetonieren, zu begraben... Heldentum gegen die Angst im Krieg von Tschernobyl. Alle mußten schlucken und selbst der Vertreter des Atomministeriums, Herr Ignatenko, der eigentlich noch weitere Ausführungen dazu hatte machen wollen, war nach dem Film schweigsam und meinte, er wolle sich lieber darauf beschränken, Fragen zu beantworten.
Am Nachmittag stellte sich die Anti-Atom-Bewegung vor. Etliche Fragen seitens der Sowjets waren zu beantworten, u.a. nach der Finanzierung, nach der Struktur, den Beweggründen und natürlich nach den Erfolgen...
Abends gab es eine Diskussion über "Ökologie und Marxismus", ein sehr schwerwiegendes Thema, das, so wie es geführt wurde, eher an eine Vorlesung in der Uni erinnerte — allerdings durchaus interessant war.
Am 4. Tag, Sonntag, war das Thema dann "Zusammensetzung von ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie" und nachmittags schließlich gab es eine heiße Auseinandersetzung bei dem Thema "Atomexporte und Atomgeschäfte". Die Sowjets fühlten sich etwas überrumpelt, als der Schwerpunkt dieses Themas die Uranimporte aus Namibia waren — etwas, worüber sie nicht informiert seien und sich auf dieses Thema auch nicht vorbereitet hatten (tatsächlich hatten sie die schriftlichen Unterlagen für die einzelnen Diskussionsthemen auch erst zu Beginn des Seminars bekommen). Dies führte zu heftigen Protesten seitens einiger bundesdeutscher Seminarteilnehmerinnen. Schließlich gab es von Herrn Frolow die Zusage, die Frage, ob Uran aus Namibia in der SU für die BRD aufbereitet werde, schriftlich bis zu dem Folgeseminar (zwischen Mai und September 1989) zu beantworten.
Mit einem kalten Büfett und noch vielen intensiven Gesprächen sowohl mit den Teilnehmern der sowjetischen Delegation als auch untereinander, fand das Seminar schließlich am Abend bei Wein und Bier seinen Abschluß.

K.

Abschluß-Presseerklärung

Für die GRÜNEN, Kommissarischer Bundesvorstand und DIE GRÜNEN, Bundestagsfraktion, erklären Jutta Ditfurth, Heinz Laing, Manfred Zieran und Karin Leukefeld:

Wir berichten von einem Ereignis der besonderen Art, dem ersten gemeinsamen politischen Fachseminar zwischen den GRÜNEN und der KPdSU. Vom 25.1. bis zum 30.1.1989 fand im Bildungszentrum Jagdschloß Göhrde ein gemeinsames (Anti-)Atomseminar statt.

Das Seminar ist das Ergebnis von Vereinbarungen zwischen dem damaligen Bundesvorstand der GRÜNEN und dem ZK der KPdSU im April 1986, ca. 10 Tage vor Tschernobyl.
Wir hatten nicht die naive Vorstellung, mit einem Seminar die Sowjetunion zum Ausstieg aus der Atomenergie zu veranlassen. Ziel konnte nur sein, unsere Argumente gegen jegliche Nutzung der Atomenergie so gut fundiert wie irgend möglich vorzutragen.
Unserem politischen Grundverständnis entsprechend haben wir die Anti-AKW-Bewegung und VertreterInnen ökologischer Forschungsinstitute aktiv in die Durchführung mit einbezogen. Und gemeinsam mit ihnen haben wir das Ziel einer fundierten Diskussion, die praktisch kein brisantes Thema ausgelassen hat, erreicht.
Die öffentliche Veranstaltung "Tschernobyl — schon vergessen?" im überfüllten Gildehaus in Lüchow mit über 500 TeilnehmerInnen vermittelte ein eindrucksvolles Bild von der inhaltlichen wie zahlenmäßigen Stärke der Anti-AKW-Bewegung. Die Diskussion mit den sowjetischen Gästen über die Folgen von Tschernobyl war eine lebhafte und faire Auseinandersetzung.
Es gab allerdings gegensätzliche Positionen in der Frage der Stillegung aller Atomanlagen. Auch die Frage der Gefährlichkeit radioaktiver Niedrigstrahlung, der Möglichkeit von sicheren Atomanlagen, des Zusammenhangs von ziviler und militärischer Nutzung, der Atomenergie blieb kontrovers. Dies betrifft besonders Fragen zur Endlagerung und den Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl.
Auch wenn wir die Option von der Sowjetunion auf die Hochtemperaturreaktortechnologie und die diesbezügliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland ablehnen, ließ sich feststellen, daß die HTR-Technologie bisher nur ein Papiertiger ist.
Die Beantwortung vieler Fragen zur Atomenergie war aus unserer Sicht unzureichend. Besonders kontrovers wurde es in der Frage des Uranimportes aus Namibia über westdeutsche Firmen und der Urananreicherung in der UdSSR. Eine Beantwortung dieser Frage wurde uns für den 2. Seminarteil zugesagt.

Der Erfolg dieses Seminars liegt allein schon in der Bereitschaft unserer Gäste, sich auf eine so intensive und durchaus auch anstrengende inhaltliche Auseinandersetzung mit uns einzulassen. Wir wissen, daß dies ihrer individuellen Bereitschaft und politisch der sowjetischen Perestroika gutzuschreiben ist und wir freuen und darüber. Und wir bedanken uns herzlich bei unseren Gästen.
Aber es gab auch Punkte der inhaltlichen Annäherung: z.B. in der Frage der verstärkten Nutzung regenerativer Energieträger (Sonne, Wind, Wasser), der Notwendigkeit der Realisierung aller möglichen Energieeinsparpotentiale und der Feststellung, daß der Lösung der globalen ökologischen Probleme Priorität eingeräumt werden muß. Einigkeit bestand in der Dringlichkeit der totalen atomaren Abrüstung.

1. Zu den Ergebnissen gehört, daß zwischen Mai und September 1989 der 2. Teil des (Anti-)Atomseminars in Moskau stattfinden wird. Dieses Seminar soll öffentlich sein, es wird Treffen mit der Ökologiebewegung der UdSSR geben. Im Rahmen des Seminars wird in der Anti-AKW-Bewegung eine öffentliche Veranstaltung durchgeführt. Eine Delegation aus den Reihen unserer TeilnehmerInnen wird ca. eine Woche lang mit VertreterInnen aus Staat, Partei und Wissenschaft zusammentreffen. Dort wie hier werden die zentralen Themen die Atomenergie, alternative Energien, Energieeinsparungskonzepte sein, aber auch damit zusammenhängende ökologische Fragen. Natürlich wird der 2. Teil des Seminars in Moskau auf den Ergebnissen und Auswertungen des 1. Teiles im Jagdschloß Göhrde aufbauen.
2. Ein zweites Ergebnis ist, daß nach diesem 2. Seminarteil ein gemeinsamer Bericht in hoher Auflage beabsichtigt ist, der in mehrere Sprachen, darunter natürlich russisch und deutsch, übersetzt werden soll. Dieser Bericht könnte ein Fazit der Gemeinsamkeiten und gegensätzlichen Positionen im energiepolitischen und ökologischen Bereich sein, der über konkrete Arbeitsergebnisse der Seminare hinausgeht. Dieser Bericht wird ausführlich sein und die Argumente beider Seiten enthalten. Zusätzlich planen wir die Veröffentlichung einer Dokumentation dieses 1. Seminarteils.
3. Das dritte konkrete Resultat dieses Seminarteils ist eine Einladung des Ökoinstitutes Freiburg an sowjetische Wissenschaftler zu Fragen rationeller Energienutzung und der Nutzung regenerativer Energien. Damit wäre ein weiteres Ziel unseres Seminars erreicht: Die Herstellung einer Vielzahl von direkten Kontakten zu Initiativen und Wissenschaftlern im ökologischen Spektrum.

Bonn, den 31.1.1989

Göhr

Der alte Schloßsaal nahm mir schnell das unbehagliche Gefühl, an einer hochoffiziellen Sache teilzunehmen. Was störte, war die Sitzordnung: von Anfang an ein Innen- und ein Außenkreis. Zaungast, naja, typisch grün!
Aber das war irgendwann egal — die intensive Atmosphäre, die mit der Diskussion entstand, dieses ganz besondere Kennenlernen, was und wie es gesagt wurde von den sowj. Teilnehmern, zog mich unweigerlich in einen Bann. Da passierte so etwas, daß ich dachte: Frau, das ist wie Verliebtsein... nun, ich habe da wohl was verwechselt, aber doch, irgendwie war oder ist es schon so: Perspektive zu haben, das Gefühl, etwas, was ich tun will, auch umsetzen zu können... eine offene Tür vor mir zu haben, keine Mauer!
Also, was war das? Da sind Vertreter einer völlig anderen Gesellschaftsform, es gibt viele Gedanken, die zwar nicht neu sind, aber neu in der vorgetragenen Form und den damit verknüpften Konsequenzen. Parteivertreter sitzen mir gegenüber, allesamt graue Herren, aus der Sowjetunion, mittel- bis richtig alt und sprechen davon, daß der sofortige Ausstieg natürlich nicht machbar sei, eine Illusion, nicht in Frage komme. Nein, sicher müßten die Atomanlagen gemacht werden, nachgerüstet. Uranimporte aus Namibia? Nie gehört! Tschernobyl? Ja, das war wie Krieg — aber unsere Männer und Frauen, aus Sibirien und anderswo, wie damals schon, haben auch das geschafft, der große Einsatz, Helden sie alle zusammen, besonders die, die schon tot sind...
Grenzwerte? Kenne ich nicht. Wir sind dabei, alle diese Schwierigkeiten in den Griff zu kriegen, die Folgen von Tschernobyl müssen beseitigt werden, weitere Atomkraftwerke müssen in Gegenden gebaut werden, wo nicht so viele Menschen leben, z.B. an das Eismeer... Oh nein! Das ist wirklich Meilen von dem entfernt, was ich meine, so läßt sich doch nicht reden...
Und doch ist alles offen, und ich frage mich, abgebrüht, gestählt und hart gemacht durch jahrelange Zaun-, Straßen- und Versammlungssaalkämpfe, was ist es, was mich so gefangen nimmt? Ein Stück weit sind es sicherlich die Erklärungen, ist es die Offenheit, mit der sie ihre Positionen versuchen zu erläutern — es ist kein "Besserwissen" (das ist eher auf bundesdeutscher Teilnehmerinnenseite zu finden), kein "Wahrheit in der Tasche haben" — es ist ein Darstellen ihrer Probleme, ihrer Ängste, ihrer Einsichten — ihr fester Wille, sich dafür einzusetzen, daß Zukunftsentscheidungen nicht mehr den "Technokraten" überlassen werden, sondern diese ökologischen, huma-

de-Gedanken

nistischen Anforderungen unterzuordnen sind — in einer kollektiven Gesellschaft.
Ich kann sie einfach nicht angreifen, wie die Betreiber hier, unerbittlich meldet sich die eigene Perspektivenlosigkeit, die der gesamten Anti-AKW-Bewegung in diesem unseren kapitalistischen Wirtschaftssystem. Wir haben es wohl geschafft, daß anstelle der 120 (oder wieviel) geplanten AKWs nur 24 in der BRD gebaut wurden, aber wir haben es nicht geschafft, den Anschluß weiterer Atomkraftwerke nach Harrisburg, nach Tschernobyl, nach Biblis zu verhindern — hier nicht, geschweige denn weltweit! Wir haben die Argumente, die Alternativen. Wir haben 80 % der Bevölkerung hinter uns (wenn auch nicht auf den Straßen, so doch nach Meinungsumfragen) — aber uns fehlt die Macht! "Denn wer Geld hat, hat die Macht und wer die Macht hat, hat das Recht..." (Ton, Steine, Scherben) — so ist das hier in der BRD!
Und wer hat die Macht in der Sowjetunion? Nun, ich will mich ja nicht auf's Glatteis begeben, aber Fakt ist doch, daß ein Großteil der Entscheidungen der SU in den letzten Monaten, AKWs **nicht** (weiter) zu bauen, stillzulegen oder andere superidiotischen Großbauprojekte, wie z.B. die Umleitung von Flüssen zur Bewässerung südlicher Regionen (Wolga-Schogral-Kanal) zu stoppen, **nur** auf den Druck des Volkes zurückzuführen sind.
Wo hat es hier jemals etwas Vergleichbares gegeben? In Whyl und am Boxberg. Gut. Aber Brokdorf, Kalkar, Wackersdorf, Gorleben, Rhein-Main-Donau-Kanal, Startbahn 18 West, Flughafen München, Schnellbahnstrecke Hannover-Würzburg, um mal nur einige zu nennen — alles wurde geplant, gegen alles wurde — wie auch immer — protestiert und Widerstand geleistet. Das Kapital baut weiter. Die politisch Verantwortlichen schließen die Augen und nicken. Die Opposition fordert einen Untersuchungsausschuß. Und wir?
Unsere oft schon gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderungen müssen wirkungslos bleiben und werden keine einzige Atomanlage stillegen, wenn wir nicht lernen, eine Gegenmacht zu entwickeln. Gegen die nicht mehr weitergebaut werden kann!
Diese Begegnung in der vereisten Göhrde im Wendland hat mir Mut gemacht, gerade in dieser Richtung neu zu denken und zu diskutieren. "Wir haben viel Neues und sehr interessantes hier erfahren, wir nehmen es mit und werden viel darüber zu reden und nachzudenken haben..." sagte ein Teilnehmer der sowjetischen Delegation zum Schluß. Und genau das ist, was auch wir tun müssen: drüber nachdenken und reden — und dann...

K.

Foto: Gisbert

Interview mit Ivan T. Frolow

Berater Gorbatschows in Umweltfragen und Leiter der sowjetischen Delegation

Frage: Was hat der Unfall von Tschernobyl in der Sowjetunion bewirkt, im Denken der Bevölkerung und im Denken der Politiker?

Frolow: Tschernobyl fiel in eine Zeit, als die politische Führung unseres Landes zum »Neuen Politischen Denken« überging. Beides hat sich gegenseitig beeinflusst. Tschernobyl hat zu einem neuen Umgang mit Informationen geführt. Und zu einem neuen Umgang mit internationaler Hilfe, die wir akzeptiert haben. Beispielsweise durch die Internationale Atomenergiebehörde in Wien.

Wie haben sich denn diese beiden Prozesse, der Tschernobyl-Unfall und das »Neue Politische Denken« auf das Atoprogramm in der Sowjetunion ausgewirkt? Die offizielle Marschrichtung ist ja weiterhin, die AKW-Kapazitäten bis zum Jahr 2000 zu verdoppeln oder gar zu verdreifachen.

Die weitere Entwicklung der Atomenergie ist für uns eine zwingende Notwendigkeit. Wir können weder jetzt noch in absehbarer Zukunft auf Atomkraft verzichten. Allerdings wird unser gesamtes Energieprogramm gegenwärtig unter neuen Gesichtspunkten geprüft. So entwickeln wir jetzt, anders als in den fünfziger und sechziger Jahren, als wir ausschliesslich und sehr euphorisch auf Atomenergie setzten, auch neue und alternative Energiequellen.

Das heisst also, dass es keine Denkpause für Atomkraftwerke geben wird?

Es gibt gegenwärtig einige Verzögerungen beim Ausbau der Atomenergie. Denn wir haben es mit einer Reihe neuer Probleme zu tun, die wir lösen müssen. Sicherheitsprobleme vor allem. Wir müssen für mehr Sicherheit sorgen, Sicherheit für die Betriebsmannschaften, für die Bevölkerung und für die Umwelt.

Und wie wollen Sie das bewerkstelligen, das Sicher-Machen Ihrer Atomkraftwerke?

Wir sind im Begriff, neue Reaktoren zu entwickeln, die die alten Atomkraftwerkstypen ersetzen sollen. Wir machen uns Gedanken über Standortfragen, über geophysikalische Bedingungen und über die Entfernungen, die zwischen Atomkraftwerken und Städten liegen sollen. Es gibt konkrete Überlegungen, Atomanlagen zukünftig weit weg von Ansiedlungen zu errichten.

Warum sind Sie zu diesem Seminar gekommen? Wollten Sie nur ein Versprechen einlösen, das Sie den GRÜNEN vor zwei Jahren gegeben haben, oder verbinden Sie damit auch eigene Ziele und eigene Interessen?

Das Seminar bietet für uns eine gute Gelegenheit, neue wissenschaftliche Erkenntnisse mit nach Hause zu nehmen. Das werden wir in unserer Arbeit berücksichtigen, das wird zu einem bestimmten Teil in unsere Forschungen und Planungen mit einfliessen. Wir sind aber auch gekommen, um hier unsere Überlegungen und unsere Zahlen zu präsentieren und um sie mit dem zu vergleichen, was hier von den westdeutschen Wissenschaftlern vorgebracht wird.

Welche Rolle spielt für Sie die Tatsache, dass dieses Seminar von den GRÜNEN organisiert wird?

Es ist für uns wichtig, dass die Beziehungen zu den GRÜNEN weiter entwickelt werden. Das hat für uns eine politische Bedeutung, unabhängig von dem Thema Atomenergie, das hier diskutiert wird. Wir sind der Auffassung, dass die GRÜNEN eine edle Arbeit machen und für eine edle Sache eintreten. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen unseren Parteien. Manchmal sogar grosse Differenzen, vor allem bei der Atomener . Aber die GRÜNEN befassen sich sehr ernsthaft mit dieser Problematik, und sie ziehen namhafte Wissenschaftler zu dieser Arbeit heran. Vielleicht werden sich auch bestimmte Hinbweise von unserer Seite auf die Partei der GRÜNEN auswirken. Eine bessere Zusammenarbeit mit den GRÜNEN ist für uns Bestandteil der Verbesserung unserer Beziehungen zur BRD insgesamt. Es ist sozusagen ein neues Element in den Beziehungen unserer Staaten.

Interview: R.

Spätfolgen in Tschernobyl

16.2./taz

Zeitung berichtet über Verdoppelung der Krebsrate

Moskau (afp) — Drei Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hat sich die Zahl der Krebserkrankungen in den damals nicht evakuierten Gebieten rund um das Atomkraftwerk verdoppelt. Das berichtete die Zeitschrift 'Moskauer Nachrichten' am Mittwoch. Immer noch liege die Strahlenbelastung um ein Vielfaches über dem Erlaubten, die sanitären Bedingungen für die Bevölkerung seien katastrophal, heißt es in dem Bericht. Außerdem werde ein alarmierender Anstieg von Fehlgeburten und Mißbildungen bei Haustieren und Vieh beobachtet. Unter Berufung auf medizinische Statistiken aus der Region heißt es, über die Hälfte aller Kinder aus dem Distrikt Naroditschi, rund 90 Kilometer von Tschernobyl entfernt, litten an Erkrankungen der Schilddrüse; Krebserkrankungen, insbesondere der Mundwege und Speiseröhre hätten sich seit dem Unglück verdoppelt. Die ukrainischen Behörden betonen immer wieder, es gebe keine Gefahr für die Bevölkerung außerhalb des 30-Kilometer-Zone um das Kraftwerk, die unmittelbar nach dem Unfall geräumt worden war. Gleichzeitig rieten sie jedoch allen Frauen, auf eine Schwangerschaft zu verzichten. Auch die Lieferung unverseuchter Lebensmittel in die kontaminierten Gebiete lasse zu wünschen übrig. Die Bevölkerung müsse weiterhin auf örtlich angebaute Produkte zurückgreifen.

»Mich beschlich ein anderes Gefühl«

Laut TASS ist Tschernobyl voll in Betrieb. Das ist eine Meldung von dpa vom 30.1.89. Aus Tschernobyl wird wieder die gleiche Menge an Atomenergie geliefert wie vor dem SuperGAU 1986, freut sich der stellvertretende sowjetische Minister für Atomenergie, Lapschin. Am gleichen Tag lese ich in der *taz* auch den Bericht über das 5tägige Ost-West-Atomseminar der GRÜNEN mit Abgesandten der KPdSU, zu dem u.a. "die" Anti-AKW-Bewegung eingeladen war. Reimar Paul als Berichterstatter hat zwar bereits einige ironische Spitzen gesetzt. Das Gefühl nämlich, einem "historischen Ereignis" beizuwohnen, mußte nicht alle beschleichen. Mich beschlich nämlich als Zuhörer ein anderes Gefühl. Als Buchautor Enno Brand ("Staatsgewalt") zum Thema "Die Anti-AKW-Bewegung stellt sich vor" die staatlichen Einschüchterungs-, Kriminalisierungsversuche und harte Polizeieinsätze am Beispiel Wackersdorf umriß, wurde ich das Gefühl nicht mehr los, die "Zwischenzeit" sei zur Jetztzeit geworden. Zur Erinnerung: Im Goriebenfilm "Zwischenzeit" kommt ein Soziologe ins Wendland und entwickelt Befriedigungsstrategien zur Dämpfung des antiatomaren Protests. Heute nun sitze ich Russen gegenüber, die aus ihrer Zustimmung zum weiteren Ausbau des Atomprogramms keinen Hehl machen, denen aufs Blatt zum Mitschreiben diktiert wird, wie mit AKW-Gegnerinnen umzuspringen sei. Nun, ich weiß auch, daß ohne die politischen Umwälzungen in der SU ein derartiges Seminar überhaupt nicht vorstellbar gewesen wäre. Und zwar von beiden Seiten. Aber ich weiß auch, daß in der SU eine Akzeptanzforschung betrieben wird, mit dem Ziel, unnötige Verzögerungen beim Ausbau des Atomprogramms zu vermeiden. Erste Resultate sind die Stillegungsvorhaben bzw. der Bau- und Planungsstopp von 6 AKWs. Unter anderem wurde von der russischen Delegation bestätigt, daß die 2 Blöcke des AKW Armenian wegen der Unruhe in der Bevölkerung nach dem Erdbeben jetzt stillgelegt werden, das gleiche gilt für das mit Tschernobyl baugleiche AKW Ignalia II (Lit. SSR). Das mag auf den ersten Blick wie ein Ausstiegssignal wirken. Interessant ist, daß die AKWs dort von der gegenwärtigen politischen Führung suspendiert werden, wo sich ethnische und nationale Interessen mit den atomkritischen Argumenten vermischen. Mit anderen Worten, beim Ausbau des Atomkurses vermeidet man wohlweislich die Zuspitzung der politischen Auseinandersetzungen, wie sie in einigen Teilrepubliken derzeit aufgebrochen sind. Diese Politik ist lediglich geschickter als der atomare Betonkurs in der Atomlobby in der BRD (man läßt der Anti-Atom-Bewegung keinen Fußbreit Erfolg, der Protest und Widerstand anfachen würde). In der Darstellung von Absichtserklärungen könnte die westdeutsche Atomlobby vor sowjetischen AKW-Gegnerinnen ebenso das beschwichtigende Lied von der Übergangstechnologie flöten. Die Atomfrage ist hierzulande eine Staatsfrage (wenn auch keine Systemfrage). Immer wieder werden AKW-Gegnerinnen wie Staatsfeinde behandelt, ausgeforscht, kriminalisiert, mißhandelt. Wie behandelt die SU die eigenen AKW-Gegnerinnen? Ist die Atomfrage dort keine Staatsfrage? Was geschieht mit denen, die den gesetzlichen Handlungsrahmen überschreiten? Wie groß ist überhaupt der "Spiel"raum für politische Aktivitäten der AKW-Gegnerinnen in der SU? Dazu kein Wort. Als am Ende — darüber auch kein Wort in der taz — Wolff Geissler für die Anti-Apartheid-Bewegung Klage führt, daß seit 1980 (!) sowjetische Stellen auf die Tatsache hingewiesen wurden, daß über ein Umdeklarieren (swap) namibisches Uran in der SU für die BRD lohnangereichert wurde, kommt es fast zum Eklat. Die russischen Gäste werden ungehalten, der Referent auch, die grünen Gastgeber und andere Teilnehmerinnen bemühen sich um Harmonie (nicht gerade mit Wolff Geissler). Alles, um die Fortsetzung des Seminars in Moskau nicht zu trüben. Wie sagte Dr. Arbatow aus der Sowjetriege ganz treffend? Die Diskussion käme ihm streckenweise vor wie die Stammtischgespräche in I. Petrows Roman "Das goldene Kalb". Man schnuppert das diplomatische Geschäft und das erhebende Gefühl, Weltpolitik zu betreiben, kann auch manchen etwas abheben lassen. Hoffentlich wird's keine Bruchlandung. Immer noch schleierhaft ist mir, warum trotz wiederholter Angebote unsererseits ein Treffen BI — sowjetische Delegation nicht hat stattfinden können. Wir hatten die Absicht, einerseits die hiesigen Atomanlagen und die unlösbaren Probleme der nuklearen Entsorgung anzusprechen, aber darüberhinaus wollten wir uns trotz aller Differenzen zumindest als gastfreundlich erweisen.

Man schnuppert das diplomatische Geschäft, und das erhebende Gefühl, Weltpolitik zu betreiben, kann auch manchen etwas abheben lassen. Hoffentlich wird's keine Bruchlandung.

Wollte man seitens der GRÜNEN den Gästen nicht zu viel Kritik zumuten? In der öffentlichen Veranstaltung in Lüchow ("Tschernobyl — schon vergessen?") brachte es Undine v. Blottnitz für uns auf den Punkt: "Nennen Sie uns den verfluchten Ort, wo bei Ihnen in der SU ein atomares Endlager eingerichtet werden soll. Mit denen werden wir eine Städtepartnerschaft anstreben. Wir sind ungläublich freundlich mit Ihnen umgegangen und begleiten mit viel Hoffnung, was in Ihrem Lande passiert, aber letztlich sind wir Gegner, denn Sie sind Betreiber von Atomkraftwerken. Wir kämpfen gegen alle Betreiber, in Ost und West."

Wolfgang Ehmke,
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Glas-nost und Peres-troika

Einige private Überlegungen

Um möglichen Mißverständnissen vorzubeugen: Für die Anti-AKW-Bewegung kann es nicht darum gehen, Vertreter der Perestroika-Politik in Fragen der Atomenergie mit Samthandschuhen anzufassen. Dazu gibt es überhaupt keinen Anlaß, und würde man dies tun, wäre es der Anfang vom Ende einer konsequenten und unmißverständlichen Bewegung gegen die Nutzung der Atomenergie.

Natürlich war uns von Anfang an klar, daß von Seiten offizieller UDSSR-Politik in Sachen Atomenergie nichts Gutes zu erwarten war. Auf der anderen Seite war uns aber auch klar, daß die Auseinandersetzung in der UDSSR um diese Frage erst am Anfang steht und das bislang die Argumente der Kritiker der Atomprogramme mehr oder weniger unbekannt sind. Insofern hielten wir es durchaus für sinnvoll, auch gegenüber offiziellen Vertretern der UDSSR die Positionen der Bewegung darzustellen und zu untermauern.

Aber das Anti-Atom-Seminar in der Göhrde war mehr, als nur eine Veranstaltung zum Thema Atomenergie und man würde weder der Bedeutung, noch der Stimmung dieser Tage gerecht werden, würde man die Gespräche auf Atomenergie, Tschernobyl und die Folgen, Namibia-Uran und andere Fragen reduzieren. Deshalb im folgenden einige recht spontane Überlegungen zu Glastnost und Perestroika aus der privaten Sicht eines politisch interessierten Menschen aus der Anti-AKW-Bewegung:

Da stiegen sie nun aus dem Zug, in Lüneburg, die Teilnehmer der sowjetischen Delegation. Wir von der atom - so ergab es sich - hatten den Transport in PKWs von Lüneburg zum Tagungsort im Jagdschloß Göhrde zu übernehmen, und standen als kleines Empfangskommitee am Bahnhof. Das war für uns der Auftakt dieser sehr merkwürdigen Begegnung. Sieben etwas grau, zurückhaltend, aber nicht unfreundlich wirkende, meist alte Herren, mögen wohl auch gedacht haben, was da wohl auf sie zukommt. Wir verhält man sich da, wohlwissend, daß das kein unsensibler Bereich ist, bei der deutsch-sowjetischen Geschichte, Menschen gegenüber, die größten Teils das ersten Mal in der Bundesrepublik sind, vermutlich noch als Soldaten gegen die Deutschen kämpfen mußten. Jedenfalls keine Situation, in der man die Gäste, die man ja schließlich selbst eingeladen hatte, mit Molkepulver hätte bewerfen können. Diese grundlegende Situation, dieses Spannungsverhältnis zog sich dann auch durch die gesamte Tagung.

In den nächsten Tagen zeigte sich, daß hier Leute gekommen waren, die auf eine sehr ungewohnte Art und Weise mit uns umgingen, und einen Typ von Menschen darstellten, sei es als ZK-Mitglieder oder als Wissenschaftler der Akademie, mit dem wir hier in der Bundesrepublik in der politischen Auseinandersetzung kaum konfrontiert werden. Ihre Offenheit, mit der sie Probleme der UDSSR darstellten, ihr konzentriertes Zuhören, was Referate unsererseits betraf, ihre offene Sympathie, die sie gegenüber den Grünen und der Bewegung zum Ausdruck brachten und gleichzeitig ihre ebenso offene, aus unserer Sicht manchmal fast naiv wirkende Selbstsicherheit, mit der sie die Nutzung der Atomenergie in der UDSSR verteidigten, daß war eine Art von Debatte, deren Anziehungskraft sich wohl niemand entziehen konnte.

Der Austausch, der sich so entwickelte, war so ergiebig, meiner Meinung nach auch für uns. Weniger, was konkrete Fragen bezüglich Tschernobyl anging - die Delegation brachte eine frisch gedruckte Dokumentation über die direkten Folgen von Tschernobyl mit, die nun aus dem russischen übersetzt werden muß - eher, was die allgemeine Situation der Energieversorgung in der UDSSR angeht, die militärischen Aspekte und die Bedeutung der Umweltdiskussion und der vielen Bürgerinitiativen für die neue Politik der KPDSU. Besonders Herr Frolow, Biologe und Philosoph und eben Berater Gorbis in Umweltfragen, ging immer wieder darauf ein, die Grundlagen von Glastnost und Perestroika zu erläutern, ihre Widersprüche und Schwierigkeiten zu erklären.

Das ergab aus unserer Sicht immer wieder einen eklatanten Widerspruch: Auf der einen Seite die ökologische Frage als eine der vier wichtigen Säulen der Perestroika im Abstrakten zu entwickeln - könnte in der Präambel im Grünen Programm nicht besser stehen -, auf der anderen Seite im konkreten aber den Ausbau der Atomenergie in der UDSSR für unvermeidbar zu erklären. Da konnte man nur noch still halten, wenn man sich sehr bemühte, auf die inneren Bedingungen der UDSSR einzugehen, auf deren Diskussionsstand in der Ökologischen Frage und sozusagen aus der inneren Sicht dieses Landes die Aussagen zur Atomenergie zu bewerten. Sehr deutlich wurde dabei, daß der Stand der Auseinandersetzung um die friedliche Nutznug der Atomenergie ein ganz anderer als hier ist, obwohl die Katastrophe von Tschernobyl eben dort passierte. Ich will diesen Punkt hier nicht näher ausführen, aber es mag auch ein Grund dafür sein, warum in der UDSSR auch heute noch viele ausgewiesenen Ökologen und systemkritische Wissenschaftler nicht grundsätzlich die Nutzung der Atomenergie ablehnen, sondern die Sicherheit verbessern wollen, unterirdische AKW weit weg von dicht besiedelten Gebieten bauen wollen, usw. Immer wieder wurde auch argumentiert, in der UDSSR sei die Nutzung der Atomenergie primär aus militärischen Gründen erfolgt, unter dem Druck der amerikanischen Atombomben. Und dieser Druck bestehe weiterhin, solange die weltweite Abschaffung aller Atomwaffen nicht durchgesetzt sei.

Solche Argumentationen sind uns aus der bundesrepublikanischen Debatte so nicht bekannt und mit Recht auch nicht so hinzunehmen. Auf der anderen Seite wurde deutlich, daß nicht alle Argumentationsstränge, die wir entwickelt haben, ohne weiteres auf ein anderes, so anderes Land wie die UDSSR ist, übertragen werden können.

Aber zurück zu Glastnost und Perestroika, weil ich denke, daß da die eigentliche Ursachen unserer Schwierigkeiten liegen. Durch die sowjetische Delegation, durch ihre konkrete Personen, wurden wir auf eine Art und Weise mit den Geschehnissen in der UDSSR konfrontiert, die uns - bzw. vielen von uns - recht drastisch vor Augen führte, daß wir das, was mit diesen beiden Begriffen Glastnost und Perestroika verbunden wird, bislang noch gar nicht richtig erfaßt haben - sicher auch ein untrügliches Zeichen für eine mangelnde Qualität in der politischen Auseinandersetzung hier. In einem grundsätzlichen Beitrag führte Herr Frolow aus, daß die Ereignisse, die zur Zeit in der UDSSR, aber auch in anderen Ländern des Warschauer Paktes vor sich gehen, nur mit dem Begriff der zweiten Revolution umschrieben werden können, die in ihren Auswirkungen nicht weniger tiefgreifend für die UDSSR und die Welt insgesamt sein wird, wie die Oktoberrevolution 1917.

Seine These: Glastnost und Perestroika versuchen den Marxismus auf der Grundlage des Humanismus zu entwickeln, worauf sich auch die vier Grundstützen der Perestroika beziehen: Freidenspolitik - Gorbatschows Abrüstungsinitiativen -, sozialer Frieden - Abdeckung der menschlichen Bedürfnisse in gerechter Weise -, ökologischer Frieden mit Mnesch und Natur - ein Programm dazu soll auf dem Parteitag im Mai verabschiedet werden -, sowie geistiger Frieden im Sinne von Menschenrechten, Demokratie und Freiheit in der Gesellschaft. Diese allgemeinen Zielvorstellungen zum Gegenstand des konkreten politischen und wirtschaftlichen yhndelns zu machen, das sei der Geist von Glastnost und Perestroika. Mit solchen Visionen, zumal wenn sie in Ansätzen mit einer gewissen Glaubhaftigkeit und Ehrlichkeit verbunden sind, wird ein merkwürdiger Nerv getroffen - jedenfalls bei mir. Da wird man, von Hause aus kein Anti-Kommunist, schon Anti-Kapitalist so mal abstrakt gesagt, aber gerade kein Freund des realen Sozialismus alter Prägung und auch nie einer von Kader-Organisationen ala KPD, KBW, DKP usw. gewesen, mit denen wir in der Bewegung ja auch unsere entsprechenden Erfahrungen gemacht haben, da wird man plötzlich mit einem Prozess konfrontiert, in dem viele unserer vagen politischen Vorstellungen mit aufgenommen scheinen, eine neue Verbindung von Kommunismus im Sinne von Anti-Kapitalismus, undogmatisch, frech, diskussionsfreudig, demokratisch, ökologisch, anti-imperialistisch im positiveren Sinne als bisher? In der UDSSR geşchehen bislang undenkbare und unvorstellbare Dinge, die jeder von uns vor 5 Jahren für völlig unmöglich erklärt hätte. Dort wird an einer neuen Gesellschaft gearbeitet, dort gibt es eine unglaubliche Dynamik.

Nun gut, als Pessimist kann man sofort einwenden, erstens, zweitens, drittens, und das ist sowieso alles Scheiße und Augenwischerei, da kann eh nicht besseres bei rauskommen. Bitte, soll man sich doch gleich aus der politischen Debatte verabschieden und sich eine Kugel durch den Kopf schießen, dem Konsumfieber erliegen, auf die alten Tage noch religiös werden oder, daß können wir doch besonders gut, zu allem vom sicheren Beobachterposten aus die zynischen Kommentare abgeben. Die andere Variante wäre, zu sehen, daß da unter Vorzeichen, die sympathischer sind, als alles, mit dem wir bislang konfrontiert waren, ein neues Kapitel aufgeschlagen wird und daß wir gut geraten sind, uns das nicht nur vom Elfenbeinturm aus anzusehen, sondern uns wirklich damit zu beschäftigen, auch anfangen zu denken. Denn im Vergleich zu dem, was in der UDSSR zur Zeit abläuft, ist mir eines klar geworden: wir hier in der Bundesrepublik, im Westen, und zwar alle, auch die Grünen, die Autonomen, die Bewegungen und wer sonst noch, leben in einem völligen geistigen Stillstand, in einer starren Welt, die keine wirkliche Veränderung zuläßt. Insofern haben wir auch nichts zu verlieren.

Der intellektuelle Stillstand geht sogar soweit, daß wir uns offenbar schwer tun mit der Erkenntnis, daß jenseits des eisernen

MN MOSKAU NEWS
Deutschsprachige Ausgabe
Nr. 2/Febr. 1989 Diese sowjetische Zeitung erscheint in 9 Sprachen und wird in 140 Ländern verbreitet 2.00 DM

MIT BÖLLS NAMEN GEGEN KOPELEW

AUF DEM WEG ZUM WELT-MARKT

VOM SCHLAGER ZUR POLITIK

Moskau News koordiniert internationale Hilfsaktion

JOURNALISTEN FÜR ARMENIENS ZUKUNFT

Mit dabei: La Repubblica, Le Monde, El Pais

Sowjetunion im Wahlkampf

FÜHRENDE INTELLEKTUELLE APPELLIEREN AN GORBATSCHOW

ÖKO-KANDIDAT SETZT SICH DURCH

BESONDERE VERWALTUNG FÜR BERG-KARABACH

Nach elf Konfliktmonaten wurde das Gebiet Moskau direkt unterstellt und die Leitung Arkadi Wolski übertragen

EXKLUSIV FÜR *MN*

Vorhanges mehr passiert, als glitzernde Show-Buisness-reisen von Gorbi und Raissa, und daß wir noch mellenweit davon entfernt sind, zu begreifen, wieviel das mit uns selbst, mit unseren alten oder neuen Perspektiven und Diskussionen zu tun hat. Wir sitzen da, und können entweder nicht über unseren Tellerrand gucken, und wenn wirs mal kurz tun, dann bleibt uns auch nur vor Staunen der Mund offen stehen, das Gehirn wird jedenfalls nicht eingeschaltet, vom Herzen einmal ganz zu schweigen. Mir ist ein Stück weit klar geworden, daß die Entwicklungen in der UDSSR gravierende Auswirkungen haben müssen auf die gesellschaftlichen Diskussionen hier. Es ist nur eine Frage der Zeit und je länger wir warten, mit der Diskussion darüber zu beginnen, desto größer ist unser Nachholbedarf und desto weiter hinken wir der tatsächlichen Entwicklung hinterher. Alle wesentlichen Grundpfeiler unseres bisherigen Politikverstäändnisses müssen in der Zukunft zumindestens überdacht werden, wenn nicht revidiert und neu definiert. Nicht nur die Welt ist in Bewegung gekommen - außenpolitisch gemeint, sondern vor allem die gesellschaftlichen Programme und Utopien. Und da können auch hier in der Bundesrepublik die Karten neu gemischt werden, weder SPD noch DKP, weder Grüne noch Autonome werden sich dieser Neuorientierung entziehen können. Politik könnte wieder interessanter werden in der Zukunft.

In diesem Sinne war - zumindest für mich - die Veranstaltung in der Göhrde weit mehr, als ein Schlagabtausch in Sachen Atomenergie und Tschernobyl, es war auch ein Schlüsselerlebnis, die Ereignisse in der UDSSR anzufangen ernstzunehmen und auch auf mögliche Folgen für unserer eigenes Selbstverständnis hin abzuklopfen. An erster Stelle steht dabei, den Informationsstand, den Diskussionsstand zu erhöhen, um Fehleinschätzungen aus dem Wege zu gehen und die eigenen Diskussionen auf eine breitere Grundlage zu stellen. Dazu könnte der zweite Teil des Seminars in Moskau und vor allem das Zusammentreffen mit sowjetischen Umweltgruppen einen wichtigen Beitrag liefern, auch wenn dort die Fragen der Anti-AKW-Bewegung und des Widerstandes im Vordergrund stehen sollten.

B.

Terrorurteil gegen

Wieder einmal ist ein einzelner von uns herausgegriffen worden. Wieder einmal soll ein einzelner stellvertretend für uns alle in den Knast. Diesmal haben sich die Staatsschutzorgane Fritz Storim aus Hamburg herausgesucht. Viele von uns kennen Fritz seit über 10 Jahren aus gemeinsamen Kämpfen gegen Atomprojekte, Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung in der 3. Welt, Häuserkampf und gegen die Politik der Zerstörung hier. Einige verbindet aus dieser Zeit eine tiefe Freundschaft mit ihm. Auch ein Grund dafür, gerade diesen Prozeß hier in der atom darzustellen. Ein anderer Grund ist der, daß wieder einmal mittels des § 129a das Erscheinen einer Bewegungszeitung, der "Sabot", verhindert werden soll. Was uns natürlich ganz direkt betrifft. Ein weiterer Grund ist der, daß wieder einmal die öffentliche Dokumentierung der Forderung nach "Zusammenlegung der politischen Gefangenen" mittels des § 129a verhindert werden soll, ein Problem, das wir selber in dieser Ausgabe an anderer Stelle haben. Der Prozeß fand Ende November bis Mitte Januar in Hamburg statt.

Vorgeschichte

Die Zeitung "Sabot — Hamburger Infosammlung" erscheint seit September 1985. Darin werden Artikel, Flugblätter und Stellungnahmen verschiedenster politisch aktiver Gruppen dokumentiert, ohne daß diese vom Zeitungskollektiv analysiert bzw. kommentiert werden. Die Arbeit des Redaktionskollektivs erstreckt sich auf die Auswahl und Zusammenstellung der Artikel, Lay-out, Druck- und Vertriebsorganisation. In einem Flugblatt schreiben sie zu ihrem Selbstverständnis:
"Zum Sabot: Es hat sich immer stärker eine Zeitung entwickelt, in der Hamburger Gruppen eigenverantwortlich über ihre Ideen, Erfahrungen und politischen Kämpfe berichten. Die Zeitung will gemeinsame Plattform für unseren Austausch und unsere Auseinandersetzungen sein, eine Möglichkeit, auch dazu beizutragen, die verschiedenen Erfahrungsbereiche zusammenzubringen und eine gemeinsame Analyse und Strategie zu entwickeln."
Mittlerweile sind mehr als 20 Ausgaben der Zeitung erschienen. Wie soviele andere Bewegungszeitungen ist auch die "Sabot" nicht von juristischen Verfahren verschont geblieben. Bisher gelang es aber nicht, Personen direkt für die Zeitung verantwortlich zu machen, u.a. weil es im "Sabot" kein Impressum gibt. Stattdessen gab es diverse Verfahren und Durchsuchungen in Buchläden, in denen die Zeitung verkauft wurde. Einziger handfester Hinweis für die Polizei ist die Kontaktadresse der Zeitung: das Postfach 202, welches schon 1981 für den damaligen Paulinenladen und den "Arbeitskreis für politische Ökologie" eingerichtet wurde — von Fritz Storim. Dieses Postfach, dessen sich die ganzen Jahre über die verschiedensten politischen Gruppen bedient hatten, wurde jetzt zum Aufhänger der Anklage gegen Fritz.
Ende 1986 entstand nach immer häufigeren Polizeiüberfällen und der drohenden Räumung der Häuser an der Hafenstraße ein breites Bündnis politischer Einzelpersonen, der "Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße". Die vielfältigen Aktionen und Initiativen dieses Bündnisses zusammen mit den Bewohnern der Hafenstraßenhäuser haben dazu geführt, daß es dem Hamburger Senat bis heute nicht politisch opportun erscheint, die Häuser zu räumen. Eine dieser vielen Aktionen war der sog. "Tag X" im April 1987. Für diesen Tag gab es am 1.3.1987 eine Mobilisierungsveranstaltung mit mehreren hundert Menschen. Die Redebeiträge, die dort gehalten worden waren, wurden in der "Sabot" Nr. 14 dokumentiert. Der Abdruck von zweien dieser Redebeiträge und das Foto einer Hauswand, in denen u.a. die "Zusammenlegung aller gefangenen Revolutionäre" gefordert wurde, dienten der Staatsanwaltschaft zur Einleitung eines 129a-Verfahrens.
Am 10. Juni wurden daraufhin in Hamburg ein Frauenbuchladen und zwei Privatwohnungen, eine davon Fritz', durchsucht. Neben der Beschlagnahme von Schriftmaterial und dem Fotografieren der Wohnung wurden u.a. zwei Zwillen gefunden. Wegen angeblich "unerlaubten Waffenbesitzes" mußte Fritz deshalb schon im März 1988 vor Gericht und wurde zu 6 Monaten Knast auf drei Jahre Bewährung verurteilt, obwohl Fritz nicht vorbestraft ist und nicht nachgewiesen werden konnte, daß die Zwillen tatsächlich ihm gehörten. Der Richter nannte damals das Urteil "die größtmögliche Abschreckung" mit der er "das Rechtsbewußtsein des Normalbürgers" stärken wolle. Hier gibt es noch eine Berufungsverhandlung.
Ebenfalls aufgrund des eingeleiteten 129a-Verfahrens wurde Fritz aus dem Schuldienst entlassen und ihm somit Berufsverbot als Lehrer auferlegt — bevor er überhaupt verurteilt wurde. 1 1/2 Jahre nach Einleitung des Verfahrens begann der Prozeß in Hamburg. In dieser Zeit entwickelte sich an den Auseinandersetzungen um die Räumung der Hafenstraße ein politisches Kräfteverhältnis, in dem es der Linken gelang, zum einen den Erhalt der Hafenstraße und eines anderen Wohnprojekts durchzusetzen, sich gegen alle Spaltungsversuche der Sicherheitsbehörden (VS-Chef Lochte: "Die RAF zieht in die Hafenstraße ein.") zu behaupten und darüber hinaus an anderen Brennpunkten offensiv zu werden: IWF-Kampagne, EG- und NATO-Gipfel, Kampagne zur Freilassung von Ulla Penselin und Ingrid Strobl und der Widerstand gegen die schleichende Yuppisierung und Umstrukturierung der Innenstadtviertel. Einen schweren Schlag für den Hamburger Senat stellt hier die erfolgreiche Verhinderung des Musicalprojekts "Phantom of the Opera" (FLORA) im Schanzenviertel dar.
Spätestens seit dem bundesweiten Unternehmertreffen "Zukunftsstandort Küste" am 31.8.1988 in Hamburg ist klar, wohin der Zug fährt. Der Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Tyll Becker: "Und wenn Hamburg das weltweite Symbol dieser Stadt, den Hafen, mit der Hafenstraße zum Synonym für Chaos verkommen läßt, so ist der Schaden für die Wirtschaft und für die Investitionen nicht meßbar, aber beträchtlich." Der Daimler-Benz-Vize Nieffer setzte dem noch eins drauf: "Unternehmen aus dem Süden bleiben wegen der Hafenstraße fern." Damit ist der Kurs der rechten Hamburger SPD-Regierung klar: Schaffung von Recht und Ordnung im Sinne des Großkapitals. Zudem soll in Hamburg 1989 der 800ste Hafengeburtstag in großem Rahmen gefeiert werden. Hafenstraße und renitente Linke passen da nicht ins Bild.

Der Prozeß

Die 129a-Anklage wirft Fritz vor, "eine Vereinigung unterstützt zu haben, deren Zwecke und deren Tätigkeit darauf ausgerichtet sind, unter anderem Mord, erpresserischen Menschenraub, Geiselnahme und Sprengstoffverbrechen zu begehen". Die Unterstützung soll stattgefunden haben, indem er "maßgeblich an Herstellung und Verbreitung" der "Sabot" beteiligt gewesen sein soll. Konkret wird ihm die Beteiligung an der Ausgabe Sabot 14 vorgeworfen, "in der durch die Veröffentlichung von Text- und Bildbeiträgen die terroristische Vereinigung 'Rote Armee Fraktion (RAF)' unterstützt wird". Begründet in der Forderung nach "Zusammenlegung der politischen Gefangenen". Tatsächlich konnte die Anklage in der zwölftägigen Beweisaufnahme keinen einzigen konkreten Beweis dafür liefern. Übrig blieben wackelige Indizien und eine mittlerweile aus RAF-Verfahren sattsam bekannte Gesinnungskonstruktion.
Die Indizien:
— In der Wohnung von Fritz wurde ein Sabot-Archiv, bestehend aus jeweils einem Exemplar, gefunden. In einigen Exemplaren waren auch handschriftliche Randbemerkungen wie "Bildunterschrift vertauscht" oder "fetter setzen".
— Es wurde ein Carbon-Schreibmaschinenband gefunden, auf dem sowohl Privatbriefe von Fritz als auch Sabot-Texte geschrieben worden waren.

Fritz Storim

— Es wurden angebliche Vertriebslisten für die Zeitung gefunden.
— In seinem Auto wurde ein Karton "Sabot" beschlagnahmt.
— Und da das 1981 von Fritz angemietete Postfach (also 4 Jahre vor der ersten Sabot-Ausgabe) Kontaktadresse der Zeitung war, soll Fritz Chefredakteur derselben sein.
Tatsächlich blieb von diesen Indizien nicht viel übrig. Zum einen konnten die bei der Wohnungsdurchsuchung anwesenden Polizeizeugen vor Gericht nicht definitiv erklären, ob Fritz allein in der Wohnung lebt. Stattdessen sagte ein Beamter aus: "In der Küche stand schmutziges Geschirr von 10 Personen." Ebenfalls konnte nicht ausgeschlossen werden, daß auch andere Personen das Auto benutzen könnten. Zudem gab das Gericht einem Beweisantrag der Verteidigung statt, wonach es durchaus denkbar sei, daß sich auf dem Farbband Texte verschiedener Urheberinnen befinden. Zur Zuordnung der handschriftlichen Randbemerkungen wurde eine Hamburger Polizeibeamtin befragt, die die Schrift "mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit als die Handschrift von Fritz identifiziert hatte. Vor Gericht mußte sie allerdings auf Befragen zugeben, als sie ihre Methode erklären sollte, daß ihr dabei die notwendigen Spezialinstrumente gefehlt hätten.
Somit war diese ohnehin schwache Indizienkette sehr schnell in sich zusammengebrochen. Weitere sog. "Beweise" oder "Indizien" für eine maßgebliche Beteiligung von Fritz an der Herstellung der Zeitung wurden von der Anklage nicht vorgebracht.
Tatsächlich spielte dieser für eine Verurteilung entscheidende Punkt im Prozeß eine Nebenrolle. An den meisten der Verhandlungstage ging es um die Gesinnung von Fritz, ging es darum, ein Bild von ihm zu zeichnen, das ihn allein in die geistige Nähe der Veröffentlichung bzw. der Zeitung bringen sollte. Um dieses "Täterbild" zu zeichnen, verfolgte das Gericht mehrere Wege.
— Es wurde das Kündigungsschreiben der Schulbehörde, welches erst aufgrund des 129a-Verfahrens erging, verlesen. Darin ist vom "Anschein der persönlichen Bereitschaft zu autonomer Gewalt" die Rede, bezogen auf die Art der beschlagnahmten Literatur.
— Bei der Hausdurchsuchung wurde auch ein "Handbuch zur Sprengtechnik" beschlagnahmt, später aber als nicht verfahrensrelevant zurückgegeben. Tatsächlich benötigte Fritz dieses Buch als Sachverständiger über Sprengstofftechnik, in welcher Funktion er in anderen Verfahren von Gerichten geladen worden war. Obwohl der Vorsitzende Richter einem Beweisantrag stattgeben mußte, daß Fritz dieses Buch als Sachverständiger benötigt, konnte er sich nicht die Bemerkung verkneifen, daß er Angeklagte zwar nicht wegen eines Sprengstoffverbrechens angeklagt sei, sehr wohl aber der Besitz eines solchen Buches eine Auffälligkeit darstellt, über die man ein Wort verlieren könne.
— Das Gericht führte in dieses Verfahren ein Hafenstraßen-Ermittlungsverfahren ein, obwohl dies keinerlei Bedeutung für diesen Prozeß hatte. Aus diesen Akten geht hervor, daß die Polizeifahnder bei einer Durchsuchung der Hafenstraße auch Unterlagen eines "gewissen Dr. Storim" gefunden haben wollen. Damit verfolgte das Gericht die Absicht, zu beweisen, daß Fritz, zumindest zeitweise, in der Hafenstraße gewohnt hat und somit eine Gesinnungsidentität aller in der Hafenstraße wohnenden oder sich dort aufhaltenden Menschen herstellen.
Diese vermeintliche geistige Gesinnung und die in sich zusammengebrochene Indizienkette wurden letztendlich von Staatsanwaltschaft und Gericht in ihrer Gesamtheit als Beweis dafür erklärt, daß Fritz maßgeblich an Vertrieb und Verbreitung der Zeitung beteiligt gewesen ist.

Ebenfalls mehrere Tage verbrachte das Gericht damit, die in der Sabot veröffentlichten

Redebeiträge überhaupt als Unterstützungshandlung der RAF definieren zu können. Hierfür wurde ein Gutachter des BKA aufgefahren, der versuchte zu belegen, daß die Formulierungen in den Redebeiträgen identisch mit RAF-Formulierungen sind. Dazu wurden lange Passagen aus dem "Mai-Papier 1982" der RAF und aus der Zeitung "Zusammen kämpfen" verlesen. Hieraus schloß das Gericht, daß es thematische Übereinstimmungen zwischen Artikeln aus der "Zusammen kämpfen" und den "Sabot"-Artikeln gibt. Dazu wurde dann ein BKA-Gutachten verlesen, welches die Zugehörigkeit der Zeitung "Zusammen kämpfen" zur RAF belegen sollte.
Fazit für Staatsanwalt und Gericht: Gleiche Themen — gleiche Zielsetzung — damit Verstoß nach § 129a. Auf Fritz als angeblich für die Zeitung Verantwortlicher: Unterstützung der Ziele der RAF.

Begleitumstände des Prozesses

Schon bevor der Prozeß begonnen hatte, kam es zu einer Reihe von Protesten. Für viele Menschen war schon vorher klar, daß zwar Fritz vor Gericht stehen würde, tatsächlich aber die unabhängige Hamburger Linke gemeint war. Schon im Vorfeld fanden Pressekonferenzen und Veranstaltungen statt. Etliche Gruppen solidarisierten sich mit Fritz. Von Hamburger Journalisten wurde eine Protesterklärung gegen die Anwendung des § 129a und für die Pressefreiheit verbunden mit einer Unterschriftensammlung veröffentlicht.
Die Prozeßgruppe veröffentlichte regelmäßig ein Prozeßinfo und stellte ihre Kampagne unter das Motto: Vorwärts und nicht vergessen! Fritz bleibt frei! Den Prozeß und den § 129a politisch angreifen! Gemeint war damit die ständige Präsenz im und am Gericht, Demonstrationen, Aktionen, Veranstaltungen, Bündnisse herstellen.
Das Gericht und die rechte Presse reagierten schon zu Prozeßbeginn (was sich bis zu Prozeßende fortsetzte) in einer Art, die schon für sich allein eine Vorverurteilung von Fritz darstellte. Mit dem größten Polizeiaufgebot, daß es jemals in Hamburg anläßlich eines Prozesses gegeben hatte (zu jedem Prozeßtag ca. 700 Beamte in Kampfanzügen und Wasserwerfer) wurde die Richtung angegeben, die sich im Gericht selber und später im Urteil fortsetzte. Brutale Knüppeleinsätze mit Schwerverletzten innerhalb und außerhalb des Gerichts, Gerichtsabsperrungen, Saalräumungen (bei denen meistens nicht mehr das Gericht sondern die Polizeileitung das Hausrecht innehatte), Öffentlichkeitsausschlüsse, Verhaftungen, Zerschlagen von Demonstrationen und Demo-Verbot erzeugten ein Klima, in dem es zum einen gar keinen Freispruch mehr geben konnte, an dem sich andererseits aber auch ein nicht geahntes Ausmaß an Solidarität entwickelte. Mehrere ansonsten gutbürgerliche Organisationen (GEW, Hamburger Arbeitsgemeinschaft der Strafverteidiger, die Zeitschrift "Demokratie und Recht" und der Republikanische Anwältinnen- und Anwaltsverein) stellten in Folge der Öffentlichkeitsausschlüsse Anträge auf Zulassung von Prozeßbeobachtern, wurden aber allesamt in arroganter Weise vom Gericht abgelehnt.
Mehrere Veranstaltungen mit 500 und mehr Menschen entwickelten sich von Solidaritätsbekundungen für Fritz zu Anklagen gegen die Anwendung des § 129a und die Kriminalisierung der Zusammenlegungsforderung. Ein vom Inikreis für den Erhalt der Hafenstraße herausgegebener Aufruf dazu wurde mittlerweile von mehr als 2.300 Menschen und Gruppen unterschrieben. Der Rundfunk berichtete ausführlich über jeden Prozeßtag. Wohl selten zuvor konnte innerhalb so kurzer Zeit die Bestimmung des § 129a klar gemacht werden.

Die mündliche Begründung des Gerichts hatte es erst recht in sich: auch wenn Fritz nicht die Beteiligung an den Texten und der Zeitung insgesamt nachgewiesen werden kann, reichte dem Gericht eine sog. "geistige Nähe" zur Verurteilung aus. Und die Begründung des Gerichts, warum es keine Bewährung gibt, erinnert, wenn schon nicht an die faschistische Vergangenheit der deutschen Justiz, dann doch zumindest an die Jahre des Kalten Krieges. Entscheidend sei die "Uneinsichtigkeit" des Angeklagten. Er sei selbst im Gerichtssaal eine "in seinem Umkreis einflußreiche, gefährliche Persönlichkeit" geblieben. Er hätte zwar nicht alle Protestaktionen unterbinden können, jedoch habe er sich auch nicht von ihnen distanziert. Seine Wohnung "gehörte mit zur geistigen Zentrale des Blattes, das gedruckte Kampfaufrufe enthält". Er habe ein Doppelleben geführt: als Bürger und angesehener Lehrer, "aber er wollte auch die Welt aus den Angeln heben". "Der Angeklagte ist nicht bereit, dem Recht zu folgen und das Recht zu respektieren." Die Zeitung "Sabot" sei ein "Untergrundkampfblatt, das die Revolution anstrebt".
Dem breiten Protest gegen dies Verfahren widmete sich der Richter ausführlich: "Noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik ist in Hamburg ein Gericht von extremen Gruppen so unter Druck gesetzt worden, wie in diesem Verfahren. (...) Mit ungeheurem Aufwand wurde im Umfeld des Angeklagten gefochten, um dem Gericht den § 129a aus der Hand zu nehmen." Das Gericht habe sich zu Beginn des Verfahrens bemüht, den Prozeß "auf kleinster Flamme zu kochen". Durch den "Aufbau einer Front der Scharfmacherei gegen den Senat", in die sich auch die Verteidigung habe einbinden lassen, sei "der Eindruck erweckt worden, daß die Polizei der Angreifer und das Gericht ihr Handlanger" gewesen sei.
Die Verteidigung legte Revision gegen das Urteil ein. Es ist damit noch nicht rechtskräftig.

Haftbefehl und Hetze

Obwohl Gericht und Staatsanwaltschaft die Teilnahme von Fritz an der Urteilsverkündung für "nicht notwendig" gehalten hatten, erließ der Staatsschutzapparat gleich nach der Urteilsverkündung klammheimlich einen Haftbefehl wegen Fluchtgefahr, obwohl Fritz zu jedem Verhandlungstag erschienen war, obwohl eine noch nicht rechtskräftige Strafe von 1 Jahr eine solche Maßnahme normalerweise nicht rechtfertigt und obwohl er sich nach wie vor offen in Hamburg

Das Urteil

Zur Urteilsverkündung war Fritz aus Protest gegen das brutale Vorgehen der Polizei im Gericht am letzten Prozeßtag nicht erschienen. Stattdessen ließ er von seinen Anwältinnen eine Erklärung verlesen (siehe Kasten).
Obwohl die Indizenkette längst in sich zusammengebrochen war und von Beweisen erst recht keine Spur wurde Fritz wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" zu 1 Jahr Knast ohne Bewährung verurteilt. Daneben wurde ihm für drei Jahre das Recht zur Ausübung öffentlicher Ämter genommen. Zudem soll er 1.950 DM Strafe bezahlen, weil die Anklageschrift gegen ihn vor Prozeßbeginn in der "Sabot" veröffentlicht worden war.
bewegt. Obwohl die Hamburger Polizei gleich in den ersten Tagen mehrere Hausdurchsuchungen durchführte, scheint der Wille, Fritz festzunehmen, vorerst nicht allzu groß. Ob sie dabei eine allzu große Solidarität fürchten, oder ob andere, weitergehende Überlegungen eine Rolle spielen, sei dahingestellt.
Die rechte Springerpresse gibt jedenfalls die Richtung an: Fritz würde in die RAF abtauchen, Fritz würde mit anderen Autonomen eine neue Untergrundgruppe aufbauen (siehe auch Artikel der Welt). Die Richtung ist klar: Hamburger Autonome und Hafenstraßenbewohner werden wieder einmal zu RAF bzw. zu eigenständigen Untergrundgruppen und gehören entsprechend verfolgt. Unter diesen Vorzeichen ist dann alles "erlaubt".

Fritz bleibt frei!
Vorwärts und nicht vergessen!

Spendenkonto: Hamburger Bank, BLZ 201 900 03, Kto.Nr.: 6/11 56 24, Stichwort: Prozeß gegen Fritz.

27.1.89 Die Welt

Plant der untergetauchte Physiker Fritz Storim neue Terrorgruppe? – Haftbefehl kam zu spät:

Ein „juristisches Kasperletheater“

Der wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu einem Jahr Haft verurteilte promovierte Physiker Fritz Storim scheint enger mit der RAF verbunden zu sein, als bisher bekannt geworden ist. Bei der Staatsschutzabteilung der Polizei wird vermutet, daß die RAF über Storim direkten Einfluß auf die Bewohner der Hafenstraße hat. Er gilt als einer der Köpfe der Hamburger Autonomen. Auch gibt es Befürchtungen, daß Storim mit einigen Gleichgesinnten, die von den letzten „Mißerfolgen“ der Autonomen enttäuscht sind, in den terroristischen Untergrund abtaucht.

Unter Storim, so fürchten ranghohe Polizeibeamte, könnte es nun eine „rasante Entwicklung“ zu einer neuen Terrorgruppe geben. Denn die Hamburger Autonomen sind verunsichert. Keine ihrer geplanten Aktionen hat in letzter Zeit den gewünschten Erfolg gebracht. Die harte Linie der Polizei und eine flexible Einsatztaktik haben den Krawallmachern „das Genick gebrochen“, wie ein Beamter sagte. So scheint es inzwischen möglich, daß sich einige politisch überzeugte Autonome aus der für ihren „Kampf gegen den Staat“ wenig erfolgversprechenden Hamburger Szene absetzen und zu Terroranschlägen übergehen.

Der Physiker Storim ist Sprengstoffexperte. In dieser Eigenschaft war er auch mehrfach Gutachter vor Gericht. Vor drei Jahren ermittelte die Staatsanwaltschaft Schleswig-Holstein allerdings gegen ihn – es ging um einen Bombenanschlag auf einen Strommast des Kernkraftwerkes Brokdorf. Storim war jedoch nichts nachzuweisen. Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, warum sich die Justiz so sehr in das Verfahren gegen Storim – das ein Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft schon als „juristisches Kasperletheater“ bezeichnete – verbissen hat. Denn erstmals war eine der Integrationsfiguren der Hamburger Autonomen rechtlich zu packen.

Doch nun ist Storim verschwunden. Er soll, wie berichtet, noch vor dem letzten Verhandlungstag in die Häuser an der Hafenstraße geflüchtet sein – in der Ahnung, daß er nach dem Urteilsspruch noch im Gerichtssaal wegen Fluchtgefahr verhaftet worden wäre, obwohl das Urteil zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht rechtskräftig war. Tatsächlich lagen dem Gericht Erkenntnisse vor, daß der ehemalige Lehrer im Falle einer Verurteilung untertauchen würde. Offenbar ist aber niemand auf die Idee gekommen, daß Storim daher zur Urteilsverkündung nicht erscheint. So zogen die Richter den Haftbefehl erst aus der Tasche, als es zu spät war.

Der Polizei fehlt die juristische Grundlage, alle Häuser an der Hafenstraße zur Vollstreckung des Haftbefehls gegen Storim zu durchsuchen. Erst wenn sicher ist, daß er sich in einem der Häuser aufhält, kann ein Durchsuchungsbefehl erwirkt werden. Doch damit hat es die Polizei aus verständlichen Gründen nicht sehr eilig. Wenn der Antrag Storims auf Revision Erfolg hat, wird der Haftbefehl ohnehin ausgesetzt. Bis dahin hat sein Verteidiger Haftverschonung beantragt.

J.-P.HAMMERSEN

Erklärung von Fritz Storim

Ich werde nicht teilnehmen aus Protest gegen die polizeilichen Übergriffe gegen die Öffentlichkeit am letzten Prozeßtag, Donnerstag, den 12.1.
Nach den Plädoyers meiner Anwältin und meines Anwalts und nach meinem Schlußwort, wo wir zum wiederholten Male die Einstellung des Verfahrens gefordert hatten, sangen Genossinen das Solidaritätslied: "Vorwärts und nicht vergessen, worin uns're Stärke besteht, — ". Nach Aufforderung des Vorsitzenden Richters Bürrig wurde der Zuschauerraum von der Polizei geräumt. Im Gerichtssaal und verstärkt in den von Presse und Anwälten nicht einsehbaren Fluren prügelte und stach die Polizei brutal auf die Besucher ein, ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, das Gerichtsgebäude zu verlassen. Auf am Boden liegende Personen — eine war bewußtlos — schlug und trat die Polizei ein. Der Einsatzleiter WOLFGANG SPAUDE führte diese Prügelorgie an und tat sich selbst beim Prügeln besonders hervor. Es gab mehrere Nierenquetschungen, mehrere schwere Prellungen, einer Frau wurde mit dem Knüppel quer ins Gesicht geschlagen, mit der Folge eines schweren Schocks, einer Gehirnerschütterung und starker Blutergüsse. Ein Mann wurde bewußtlos aus dem Gerichtsgebäude getragen. Drei Personen wurden vorläufig festgenommen, gegen 18 Personen soll Anzeige wegen "Widerstands" und "Körperverletzung" erstattet werden.
Nach dem während fast des gesamten Prozeßverlaufes die Öffentlichkeit ausgeschlossen war und Prozeßbeobachter von verschiedenen Organisationen wie: GEW, Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße, Hamburger Arbeitsgemeinschaft für Strafverteidiger, Zeitschrift "Demokratie und Recht", Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, zu kontinuierlicher und authentischer Berichterstattung nicht zugelassen wurden, klärt dieser Senat die Frage der Öffentlichkeit mit Hilfe polizeistaatlicher Methoden.
Ich nehme hier nicht teil, um damit noch einmal klar zu machen, daß ich als Angeklagter in diesem Prozeß zum Objekt politischer Strategie gemacht werden soll: Der Prozeß ist ein gezielter Angriff auf die Hamburger Linke, die in letzter Zeit vielfältigen breiten Widerstand entwickelt hat — zum Beispiel Durchsetzung der Hafenstraße, Verhinderung des Phantomprojekts (Flora), Anti-IWF-Kampagne, Kampf gegen Umstrukturierung in Ottensen, Initiative zur Zusammenlegung der politischen Gefangenen usw. Der Prozeß und die beabsichtigte Verurteilung ist der Versuch, die Hamburger Linke zu spalten, einzuschüchtern und zu isolieren. Die Menschen sollen aufhören, für ein menschenwürdiges Leben zu kämpfen. Zugleich zielt der Prozeß auf die Zerschlagung unserer Kommunikationsstrukturen. Berichte und Erfahrungsaustausch über politische Kämpfe, Themen und Inhalte des radikalen Widerstandes.
Das Konstrukt des Staatsanwaltes, das äußere Szenario des Prozesses sowie die Durchführung desselben schafften die Bedingung für diesen politischen Angriff: Der Tatvorwurf trat dabei in den Hintergrund, meine "Gesinnung" in den Vordergrund: **Gesinnungsjustiz, die formaljuristisch durch den Ermächtigungsparagraphen 129a abgesichert wurde.**
Aber dieser Prozeß und die staatliche Repression sind nur eine Seite der Medaille, die andere Seit ist, daß die Öffentlichkeit sehr wohl mitbekommt, was hier gespielt wird und beunruhigt ist und Protest äußert. Das zeigen die vielen Solidaritätsadressen, die vielen Aktionen und Veranstaltungen, an denen sich unterschiedlichste Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen beteiligt haben. Der Erfolg läßt sich nicht am Strafmaß messen — hatten wir am Anfang des Prozesses gesagt. — Ich meine, das was wir erreicht haben, wei breit über den § 129a, die Zusammenlegung der politischen Gefangenen, die staatliche Repression und den Widerstand dagegen diskutiert wird, stellt alle unsere Erwartungen in den Schatten.

Vorwärts und nicht vergessen!

aus: TAZ, 2.2.89

DOKUMENTATION

„Schluß mit dieser 18 Jahre langen Tortur"

Heute sind die Gefangenen der Roten Armee Fraktion (RAF) in den Hungerstreik getreten / Sie fordern die Zusammenlegung aller Gefangenen aus RAF und Widerstand / Wir dokumentieren

wir sind seit heute im hungerstreik. jetzt lassen wir nicht mehr los, die zusammenlegung muß jetzt erreicht werden.

jeder, der es wissen will, weiß, was die isolation ist, sie ist international begriffen und als folter definiert. hier haben sie inzwischen die isolation für gefangene revolutionäre, ob aus guerilla, aus dem widerstand oder ausländische genossen und genossinnen, zur regel gemacht, und sie setzen sie gegen kämpfende soziale gefangene ein — international wird sie als die saubere perfide methode der feinen brd-europäer immer mehr übernommen.

hier muß sie gebrochen werden.

neun hungerstreiks haben wir gemacht, zwei gefangene sind darin gestorben, viele von uns haben gesundheitsschäden. jetzt muß schluß sein mit dieser achtzehn jahre langen tortur. das ist unser definitiver entschluß, so werden wir kämpfen.

es gibt dazu nicht mehr viel zu erklären. unsere situation und unsere forderung sind klar. uns sträubt sich inzwischen auch schon alles, von der isolation noch zu reden und davon, daß wir zusammen wollen. diese dürren wörter und ihre wiederholung sind schon ein hohn auf die wirklichkeit in den gefängnissen. im lauf des streiks wollen wir dann noch öfter etwas sagen, jetzt nur ein paar hauptsachen, worum es uns geht.

wir machen so nicht mehr weiter.

das ziel der isolation war von anfang an, die gefangenen zu zerstören, um die politik der raf zu ersticken. damit sind sie an uns gescheitert — aber wir ertragen es so auch nicht mehr. wir wollen es jetzt nicht mehr aushalten, so ist es. das ist jetzt unsere politische und unsere existentielle entscheidung. denn wenn wir uns auch gegen ihren zerstörungsautomaten behaupten konnten und wenn wir selbst in dieser lage noch entscheidendes neues für uns gewonnen haben — es gibt eine grenze, an der der permanente kampf der einzelnen und die ständig weit reduzierte lebensweise als gefangene politische gruppe für uns nicht mehr gehen. die ist jetzt da.

es ging immer nur eine begrenzte zeit, an den hungerstreikzyklen durch all die jahre ist es abzulesen. in ihnen haben wir unsere identität im kampf verteidigt und uns die kollektivität in der vereinzelung immer wieder lebendig gemacht.

bis das, was wir uns aus dem kampf in die löcher geholt hatten, wieder aufgebraucht war.

jetzt fügen wir dem nicht mehr noch einen streik nur dazu, das ist nicht mehr möglich, jetzt gibt es für uns nur noch das materielle ziel.

wir wollen jetzt die zusammenlegung, und wir wollen damit auch diese ganze lange phase abschließen — und dann wollen wir weiter. auf eine absehbare reaktion „die isolation wird aufgehoben", also kosmetik, einzelne, differenziertere anpassungen, die dem brd-staat nur die angriffe wegen der isolation vom hals schaffen sollen und für uns nicht das grundlegende ändern, werden wir uns nicht mehr einlassen. nicht mehr nach dieser langen zeit. das soll von anfang an klar sein. wir haben immer jede kleine veränderung genutzt, waren immer zu schritten bereit. jetzt gibt es aber nichts mehr als die zusammenlegung.

zu glauben, mit einer neuen aufmachung, was sich dann vielleicht „normalvollzug" nennt, unserem kampf zusammenzukommen den boden entziehen zu können, ist ein irrtum. das heißt dann nur eine neue runde. es gibt nichts mehr als die zusammenlegung.

es ist auch nicht mehr nur das alte — die notwendigkeit gegen die isolation und die möglichkeit einer gegenstruktur in diesen bedingungen —, in diesem brennofen bleibt nichts wie es war. die forderung hat für uns in der zeit auch eine viel weitergehende materialität bekommen. nur aus den beziehungen zueinander und deren permanenter lebendiger entwicklung sind wir durch diese zeit gekommen — und darin ist unser zusammenhang teil von uns geworden wie arme und beine.

das nimmt uns heute niemand mehr, das dreht keiner zurück. es ist eine materialität, die der kampf gegen die vernichtung geschaffen hat — und dasselbe jetzt einfach auch mal so: es ist das dialektische produkt ihrer maßnahmen. und nachdem die jetzt achtzehn jahre mit allen varianten so stehen und keine „normalität" damit exekutiert werden konnte, müssen sie die kröte, die die zusammenlegung für sie ist, auch schlucken.

aber nicht nur subjektiv, auch bezogen auf die politische entwicklung geht es schon um mehr. in der wirklichkeit klaffen unsere situation und damit unsere möglichkeiten und was die reale situation insgesamt verlangt, damit es weitergeht, längst weit auseinander.

während wir die zusammenlegung noch nicht haben, entwickelt sich schon die frage nach einer weitergehenden perspektive für die politischen gefangenen überhaupt. es geht um uns, von allen seiten will man was von uns — aber wir können nicht zusammen reden und kaum handeln.

es läuft bei uns nur zusammen. und ohne uns läuft es dabei nicht, das sollte aus den vielen versuchen in den letzten jahren, über uns wegzubügeln, doch klar geworden sein. wir wollen jetzt an der gesamten politischen diskussion teilnehmen.

das ist die andere seite der zusammenlegung.

aus einer ganzen reihe von entwicklungen, hier und international, sind neue fragestellungen entstanden. es ist insgesamt eine neue stufe der auseinandersetzung geworden, in der überall, auf beiden seiten, die ziele, die formulierung der politik, die formierung für den kampf ein neues mal angegangen werden.

auch das ist eine widerspiegelung davon, daß hier aus beiden richtungen neu die frage nach den gefangenen hochgekommen ist. der staat bringt begnadigungen, staatskonforme gruppen wollen eine amnestie — und der revolutionäre widerstand nimmt wieder auf, daß die freiheit der politischen gefangenen erkämpft werden muß.

auch wir meinen, daß diese auseinandersetzung jetzt reif ist. das wird aber nur in einem prozeß von diskussion und praxis weitergebracht werden, in dem revolutionäre politik hier zu einem neuen realen faktor wird.

unser kampf für die zusammenlegung jetzt soll teil davon sein. aus vielen ansätzen im letzten jahr, aus der offenheit und dem willen quer durch verschiedene zusammenhänge im widerstand, halten wir eine neue einheit im revolutionären kampf für möglich. es zeichnet sich jetzt schon eine umkehrung der linken rückentwicklung seit ende der siebziger jahre ab. der kampf in der metropole kann auch neu in die internationale auseinandersetzung kommen. dann werden auch ganz neue politische möglichkeiten in der brd eröffnet sein. wir hoffen das.

die zusammenlegung ist jetzt für uns das erste. dann wollen wir die diskussion. zur gesamten situation — und für unsere freiheit. darauf spitzt es sich für uns praktisch zu.

denn die freiheit ist natürlich unser ziel. wir wollen ja nicht ein stück politischer organisation im gefängnis etablieren, eine gegenstruktur als gefangene ist wirklich nicht unser höchstes glück.

wir halten es aus allem für möglich, das dann als realistisches ziel anzupacken. soweit ist konsens unter uns. für das weitere, wie das zu konkretisieren ist, müssen wir zusammen sein. wir haben die zusammenlegung als übergang bestimmt.

wir nehmen jetzt eine neue form von kollektivem kampf. im letzten streik haben sie ein gesetz gemacht, mit dem sie uns das mittel hungerstreik nehmen wollten. das „komagesetz".

es bedeutet, daß dem einzelnen im koma in einer langgestreckten medizinisch-technischen manipulation in der intensivstation der wille und die entscheidungsfähigkeit, den kampf weiterzuführen, genommen werden soll. es bedeutet weiter für die auseinandersetzung insgesamt, daß sie die zuspitzung und entscheidung auf einen engen zeitraum bringen wollen, praktisch auf einen punkt, den, wenn nach zwei, drei monaten viele von uns gleichzeitig auf der kippe sind. es sterben dann vielleicht mehrere, aber dann in einer kurzen, frontalen konfrontation — und die „tragen" sie, wie sie letztes mal gesagt haben, und dann, stellen sie sich vor, ist schluß.

und das würde auch bedeuten, daß das mittel des kampfes politisch sich gegen uns dreht. denn in dieser kulmination für alle zum selben zeitpunkt käme die frage nach sinn und ziel auf uns zurück. wenn viele tot sind, wie wollen die anderen dann zusammen sein.

wir werden ihnen das umdrehen und einen langgezogenen kampf führen. jeder von uns ist das kollektiv.

wir fangen alle zusammen an, nach zwei wochen gehen wir in eine kette über. bis auf zwei unterbrechen alle, nach wieder zwei wochen kommen die nächsten zwei wieder dazu, nach den nächsten zwei wochen wieder zwei, und weiter.

wir lassen jetzt nicht mehr los, bis wir die zusammenlegung haben.

wir fordern:

zusammenlegung aller gefangenen aus guerilla und widerstand in ein oder zwei große gruppen, in die neue gefangene integriert werden, mit zugang zu den gemeinschaftshöfen. zusammenlegung aller gefangenen, die dafür kämpfen.

freilassung der gefangenen, deren wiederherstellung nach krankheit, verletzung oder folter durch isolation unter gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist.

freilassung von günter sonnenberg, claudia wannersdorfer, bernd rössner, angelika goder.

freie medizinische versorgung ohne staatschutzkontrolle für alle gefangenen.

freie politische information und kommunikation der gefangenen mit allen gesellschaftlichen gruppen.

für die gefangenen aus der raf helmut pohl, 1. 2. 89

Hungerstreik der politischen Gefangenen

Erklärung der Redaktion

Seit dem 1.Februar 1989 läuft der 10.Hungerstreik der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik. Kurz vor Beginn dieser Hungerstreiks hatten wir uns zusammengesetzt, um die neue Ausgabe der atom zu besprechen und zu planen. Im Verlauf dieses Reakationstreffens kam auch das Thema 'Zusammenlegung der politischen Gefangenen' zur Sprache, vor allem vor dem Hintergrund, daß auch Menschen aus 'unseren Zusammenhängen' von längeren Haftstrafen bedroht sind (Start-bahn-West) und sich daher für sie persönlich ganz konkret die Frage stellt, ob sie sich der 'Zusammenlegungsforderung' anschließen sollen oder nicht. Von daher erschien es uns nötig, uns selbst noch einmal mit dieser Forderung auseinanderzusetzen und sie auch in der atom zu thematisieren, schließlich können auch wir selbst früher oder später direkt damit konfrontiert werden. Eine Rolle spielte auch der Prozeß gegen Fritz in Hamburg (siehe auch Artikel dazu), der ja gerade wegen Abdrucks solcher Forderungen nach dem § 129a zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt wurde.

Bei der Diskussion über dieses Thema zeigte sich, daß es unter uns, wenn nicht große Differenzen, so doch zumindest größere Verständigungsschwierigkeiten und möglichweise auch unterschiedliche Einschätzungen gibt, die nicht so auf die Schnelle ausdiskutiertbar sind. Es zeigte sich ein großes Bedürfnis, die Frage der Forderung 'Zusammenlegung', aber auch 'Normalvollzug', mögliche Verbindungen zur Frage des 'Kriegsgefangenenstatus der RAF' nach Genfer Konvention, sowie die Frage möglicher versteckter Rekrutierungspolitik bei bisherigen Hungerstreik-Kampagnen der RAF, wirklich tiefergehender zu diskutieren, bevor wir in der atom inhaltlich dazu Stellung nehmen. Wir planten (und tun das immer noch) ein erweitertes Redaktionswochenende zu diesem Themenkomplex.

Nun, die Ereignisse haben uns überrollt. Der 10.Hungerstreik läuft. Dieser Entwicklung wollen und können wir uns nicht entziehen. Unser eigener Mangel an Diskussion kann kein Grund dafür sein, die Augen vor der realen Entwicklung zu verschließen. Deshalb drucken wir die Erklärung der Hungerstreikenden ab.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Berichtserstattung in der Presse. Im Gegensatz z.B. zum Hungerstreik der politischen Gefangenen in Südafrika, der hier eine breite Medienöffentlichkeit und Anklage gegen die südafrikanische Regime erfährt, wird von denselben Medien der hiesige Hungerstreik fast mit einer Nachrichtensperre belegt.

Ein weiterer Grund für uns ist die Linie der Bundesanwaltschaft, allein schon jede öffentliche Diskussion der Forderungen der Hungerstreikenden mittels des § 129a zu kriminalisieren. Nur wenn sich viele Menschen und Gruppen öffentlich an dieser Diskussion beteiligen, kann dieses Staatsschutzlinie durchbrochen werden. Grundsätzliche Vorbedingung für jede echte Diskussion ist eine authentische Information!

Zum Hungerstriek selbst: Seit dem 1.Februar 1989, als genau 4 Jahre nach dem letzten Hungerstreik, sind zum 10. Mal seit Anfang der siebziger Jahre politische Gefangene in der BRD in einen kollektiven Hungerstreik getreten. Bis zum 9.Februar hatten sich ca. 50 Gefangene dieser Aktion angeschlossen. Nach Angaben der Anwälte/innen sind dies:

Gisela Dutzi, Ingrid Barabaß, Helmut Pohl, Christian Klar, Eva Haule, Rico Prauss, Andrea Severking, Mareile Schmegner, Sieglinde Hoffmann, Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts, Lutz Taufer, Rolf Clemens-Wagner, Brigitte Mohnhaupt, Manuela Happe, Carlos Grosser, Günter Sonnenberg, Gabi Rollnik, Angelika Goder, Rolf Heißler, Claudia Wannersdorfer, Luitgard Hornstein, Ali Jansen, Michael Dietiker, Bernhard Rosenkötter, Christa Eckes, Heidi Schulz, Christian Kluth, Dieter Faber, Hanna Krabbe, Christine Kuby, Irmgard Möller, Ingrid Jakobsmeister, Rolf Hartung, Thomas Kilper, Andreas Semisch, Susanne Paschen, Isolde Bohler, Bärbel Perau, Norbert Hofmeier.

Weiter dem Hungerstreik angeschlossen haben sich: Günter Müller, Jens Stuhlmann, Hans Deutzmann, Susanne Schöfs, Dieter Glanz, Christoph von Hören, Thomas Thoene, sowie 3 Gefangene in Berlin Tegel.

Seit dem 15.2. ist der Hungerstreik in die 2.Phase getreten, in die sogenannte 'Kette' (siehe Erklärung). Die Kette haben Karl-Heinz Dellwo und Christa Eckes begonnen.

Die erste Reaktion der Bundesanwaltschaft war die Gründung einer 'neuen Terroristischen Vereinigung' zu verfolgen: Gegen alle beteiligten Gefangenen (ob RAF-Mitglied oder nicht, ob rechtskräftig nach § 129a verurteilt oder nicht) wurde ein neues Ermittlungsverfahren wegen 'Mitgliedschaft in einer Terroristischen Vereinigung' eingeleitet.

Weitere Maßnahmen waren: Zellenrazien und z.T. körperliche Angriffe auf einzelne Gefangene; Kriminalisierung der Verteidiger/innen als 'Drahtzieher' der Aktion; sofortige Trennung von einigen Gefangenen, die noch zuvor Aufschluß miteinander hatten.

Seit dem 14.2. gibt es das 'Info-Büro zum Hungerstreit der politischen Gefangenen'. Dieses Büro ist von einem Unterstützer-innen Kreis aus verschiedenen Hamburger Gruppen und Einzelpersonen in der Räumen der GAL - mit deren Einverständnis natürlich - eingerichtet worden, um die Nachrichtensperre zum Hungerstreik zu durchbrechen. Um eine Kriminalisierung dieses Büros zu erschweren, werden weitere Gruppen und Personen gesucht, die öffentlich ihre Solidarität für dieses Büro bekunden.

Info-Büro zum Hungerstreik
Bartelsstr 30 (in den Räumen der GAL)
2000 Hamburg 36 Tel.040/4395416 oder 4392892
täglich von 13.00 bis 21.00 Uhr

Die erste Razzia gegen das Büro führten am 19.2.1989 um 13.00 Uhr Beamte des Hamburger Staatsschutzes (LKA 322) und der Bereitschaftspolizei durch. Objekt ihrer 'Begierde': ein Transparent mit der Aufschrift 'Solidarität mit dem Hungerstreik aus RAF und Widerstand - Zusammenlegung in große Gruppen sofort!' Die Staatsschützer begründeten ihr Eindringen - ohne Durchsuchungsbefehl und richterliche Anordnung - mit 'Gefahr im Verzug'. Angeblich soll es einen Beschluß von Gerneralbundesanwalt Rebmann geben, wonach gerade dieses Transparent wegen 'Unterstützung einer Terroristischen Vereinigung' sofort sichergestellt werden müsse. Die Hinzuziehung eines Rechtsanwalts wurde abgelehnt.

Zum Prozeß gegen Ingrid Strobl ebenfalls wegen § 129a, der zur Zeit stattfindet, machen wir von der atom keine gesonderte Berichterstattung. Dieser Ausgabe der atom liegt die »clockwork« bei, die wöchentlich erscheint und unter anderen über den Prozeß gegen Ingrid Strobl berichtet. Die »Clockwork« kann und soll abonniert werden, bzw. es werden Verteilerstellen gesucht. Wendet Euch bitte an die Adresse der Clockwork.

Clockwerk 129a: c/o Konkret
Osterstr. 124 in 2000 Hamburg 20
erscheint wöchentlich, 20 Pfennige

„Nicht zufassen", Unterstützergruppe für Ingrid Strobl, c/o StadtRevue, Maastricherstr. 49, 5000 Köln 1
0221-518031 (Ausgabe 2,- DM)
Dieses Prozeßbüro ist vorerst Mo, Di, Mi von 17 bis 20 Uhr besetzt.

Hinhaltender Schußwaffen

Während in der Anti-AKW-Bewegung über die zukünftige Bedeutung der Atomtransporte diskutiert wird, die norddeutschen Initativen auf den ersten Castor, der nach Gorleben ins Zwischenlager rollen soll, warten, bereitet sich auch die Atommafia auf den zu erwartenden Widerstand gegen Atomtransporte vor.
Das Referat RS I 3 des Bundesumweltministeriums legte am 13. Januar '88 ein Richtlinienentwurf über:" Anforderungen an das Begleitpersonal und Personal der Beförderungsleitstelle bei Beförderungen von Kernbrennstoffen der Sicherungskategorie I auf der Straße", vor. In diesem Entwurf, der mit VS - Nur für den Dienstgebrauch versehen, durch die Grünen an die Öffentlichkeit gelangte, werden die Aufgaben des Begleitpersonals unter 2.1 wie folgt beschrieben:"Das Begleitpersonal hat den Beförderungsvorgang durchzuführen, Störmaßnahmen Dritter zu erkennen und den zuständigen Stellen zu melden sowie hinhaltenden Widerstand zu leisten."
Unter den Punkten 2.1.1, 2.1.2, und 2.1.3 werden dann die üblichen Aufgaben vor Beginn der Beförderung, während des Beförderungsvorganges und bei unvorhergesehenen Fahrtunterbrechungen (u.a. Unfall, Fahrzeugpanne, Ausfall von Sicherungseinrichtungen) beschrieben. Interessant wird die Aufgabenbeschreibung bei:
2.1.4 Aufgaben bei SEWD *
- Alarmierung der Beförderungsleitstelle und der Polizei mit Ortsangabe und Lagebeschreibung
- Hinhaltender Widerstand

Hierzu sind die Angehörigen des Begleitpersonals im Rahmen der ihnen zumutbaren Eigengefährdung arbeitsvertraglich zu verpflichten, gegenüber Störern solang hinhaltenden Widerstand zu leisten, bis die Polizei wirksam eingreifen kann. Dabei kann es im äußersten Notfall auch erforderlich sein, Gewalt aufgrund der jedermann (Frauen haben dies Recht scheinbar nicht; d.Sz.) zustehenden Befugnisse anzuwenden (z.B. der Schußwaffengebrauch);
ein solcher Fall kann gegeben sein, wenn
— das Leben oder die Gesundheit Dritter durch den Störer gefährdet sind,
— das Eindringen eines Störers in die gesicherten Bereiche des Beförderungsverbandes sowie die Überwindung der Barrieren des Beförderungsmittels zu besorgen ist,
— die Gefahr der Zerstörung von Versandstükken (so stehts gechrieben; d.Sz.) mit der möglichen Folge einer Freisetzung radioaktiver Stoffe oder Entwendung von Kernbrennstoffen besteht,
soweit diese Gefahren nicht auf andere Weise ausgeschlossen werden können.
Die vorstehend aufgeführten Fälle sollen nach Art einer Befugnisregelung verdeutlichen, unter welchen Umständen beim hinhaltenden Widerstand ggf. von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden darf, und sind im engen Zusammenhang mit der von dem jeweiligen Transport ausgehenden nuklearspezifischen Gefährdung zu sehen.

Widerstand und -gebrauch

Diese Verpflichtung zum hinhaltenden Widerstand erfordert seine dementsprechenden persönlichen und fachlichen Anforderungen, auf die in dem Richtlinienentwurf bei Punkt 4. eingegangen wird. Sicherheitsüberprüfung nach Kategorie I, arbeitsmedizinische Untersuchung und eine zeitlich beschränkte Verschwiegenheitserklärung, sind sicherlich auch bisher übliche persönliche Anforderungen gewesen. Doch der dazugehörige Nachsatz:"Das Begleitpersonal muß eine arbeitsvertragliche Verpflichtung zum hinhaltenden Widerstand entsprechend 2.1.4 eingehen ", zeigt deutlich die angestrebte Verpflichtung zum Schußwaffengebrauch. Dazu bemerkte Jürgen Albertsen, Geschätsführer der ÖTV, das bei der Angst vor Arbeitsplatzverlust im Nacken gehöre schon"sehr viel Charakterstärke dazu, die Waffe stecken zu lassen."

Als fachliche Anforderungen (4.2) werden gestellt:

— Kenntnisse in transportspezifischen Aspekten des Strahlenschutzes (3tägiger Lehrgang)
— Transportorientierte Prüfung
— Kenntnisse der einschlägigen Vorschriften (z.B. Atomgesetz, Gefahrgut-Verordnung Straße)
— Geheimschutzkenntnisse
— Beherrschung der deutschen Sprache

Hervorzuheben bei den fachlichen Anforderungen sind die Punkte 6. —,11., deren Ausbildungsinhalte vierteljährlich fortzubilden sind:

6. Kenntnisse über Notwehr- und Nothilferecht gemäß BGB und StGB
7. Kenntnisse und Fertigkeiten in waffenloser Selbstverteidigung
8. Kenntnisse und Fertigkeiten im Waffengebrauch
9. Kenntnisse über Verhalten beim Einsatz im Falle von Angriffen, insbesonderer Beurteilung der Erforderichkeit, Zweckmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit des hinhaltenden Widerstandes in verschiedenen Situationen
10.Grundsätze der Zusammenarbeit mit der Polizei, taktisches Verhalten, Sicherung des Tatortes, Nutzung technischer Möglichkeiten
11.Beurteilung und Übermittlung von Gefährdungslagen unter besonderer Berücksichtigung möglichen Tätervorgehens sowie möglicher Taktiken in erforderlichem Umfang

Der neue "Atom-Rambo" benötigt für seinen Kampf im feindlichen Dschungel bundesdeutscher Straßen, eine entsprechende Ausrüstung, um seinen "Schatz" vor den Feinden zu schützen. Dieses Arsenal wird in den Richtlinien unter 5.1 aufgeführt:"Das Begleitpersonal ist zur Durchführung eines Transportes mit Schußwaffen (Pistolen oder Revolver) sowie mit Reizstoffsprühgeräten auszurüsten. Schußwaffen sind im Dienst einsatzbereit zu führen. In verschärften Gefahrenlagen bestimmen die Träger nach eigenem Ermessen, in welchem Zustand sie die Waffen führen."

Auch dem Personal der Beförderungsleitstelle wird zur Eigensicherung Schußwaffen zugestanden.

Die Auswirkungen dieses Richtlinienentwurfes skizziert Hannes Kempmann (MdL/Grüne) als "direkte Aufforderung, beispielsweise auf Demonstranten gegen Atomtransporte zu schießen" und als "Skandal größten Ausmaßes, bei dem Töpfer offensichtlich die Atommafia die Feder geführt" habe. Der Erlaß verpflichte die Atomtransporteure schneller zu schießen, als es den begleitenden Polizeikräften gesetzlich erlaubt sei. Diesen Aussagen widersprach Dr. Heinrich Schweer von der Physikalisch - Technischen Bundesanstalt (PTB) gegenüber der Gorleben Kommission. Er gab zwar zu daß es Überlegungen zur Reglementierung des Schußwaffengebrauchs durch private Begleiter bei Atomtransporten der Kategorie I, die bei Mengen von

zwei Kilogramm Plutonium greife, gebe. Dabei sei jedoch daran gedacht, daß das Begleipersonal solcher Transporte im Falle eines konkreten Angriffs, zum Beispiel durch Terroristen, solange in abgstufter Reaktion Widerstand leisten kann, bis Schutzkräfte eintreffen, erläuterte der PTB-Vertreter. Deshalb vertrat er auch die Ansicht, daß bei Demonstrationen gegen Atommülltransporte die Beteiligten nicht damit rechnen müssen, daß privates Begleitpersonal zur Waffe greift. Denn Atommülltransporte fallen in die Sicherheitskategorie III, bei der keine Begleitung durch private bewaffnete Wächter erforderlich ist.

Wie lange dieser Ist-Zustand jedoch noch gilt, scheint relativ offen zu sein, da sich eine "Militarisierung des Werkschutzes" deutlich abzeichnet. Bereits im März '88 mußten sich die Wachmänner des Wach- und Kontrolldienstes Nord (Wako), in einem Zusatz zum Arbeitsvertrag, verpflichten:"im Rahmen der zumutbaren Eigengefährdung gegenüber Störern solange hinhaltenden Widerstand zu leisten, bis die Polizei eingreifen kann." — notfalls unter Gebrauch der Schußwaffe!!!

Das Bundesumweltministerium und das vormals für Reaktorsicherheit zuständige Bonner Innenministerium hatten Druck auf den Betreiber Preussen Elektra ausgeübt.

Das BMU versucht diese zusätzliche Verpflichtung zum "hinhaltenden Widerstand" als neue Rechtssicherheit darzustellen, bei der es "mehr um eine Eingrenzung als um eine Ausweitung des Schußwaffengebrauchs" geht. Einen "rein deklatorischen Charakter" spricht das BMU den Arbeitsvertragsänderungen zu.

Die "Deklaration" hatte jedoch bei der Wako aber durchaus handfeste Auswirkungen gezeitigt. Es seien in jeder der vier Schichten fünfköpfige Eingreifreserven für den Notfall gebildet worden, bewaffnet auch mit Schlagstock und Schutzschild, berichtet ein Betroffener. Auch von einer gemeinsamen Ausbildung mit der Polizei sei die Rede.

"Absoluter Blödsinn" dementiert Wako-Geschätsführer Schmidt. Betreiber Preussen Elektra dementierte nicht, er hüllt sich in Schweigen. Aus Sicherheitsgründen könne leiderüber Einzelheiten nicht gesprochen werden. Eine weitere Militarisierung des privaten Werkschutzes und des Begleitpersonals von Atomtransporten zeichnet sich deutlich ab. Trotz der klaren Rechtslage, die besagt daß private Schutzpersonen keine hoheitlichen und polizeilichen Aufgaben übernehmen dürfen, versucht die Atommafia sich neue Grundlagen zur Durchsetzung des Atomprogramms zu schaffen. Eine Ausweitung des Richtlinienentwurfes auf andere Bereiche, z.B. Atommülltransporte der Kategorie III, könnte bei entsprechendem politischen Durchsetzungswillen, möglich werden.

Prozeß gegen/wegen Atommüll-Transporte

Täglich werden in der BRD Atomtransporte auf Straße und Schiene durchgeführt. Ins Blickfeld der Öffentlichkeit rückten im vorletzten Jahr die Transporte von abgebrannten Brennelementen nach Schweden. Jahrelang wurden solche Transporte praktisch an der Öffentlichkeit vorbei abgewickelt. Dementsprechend war es ein Ziel der Anti-AKW-Initiativen, die Praktiken offen zu legen. Gegen Ende vorletzten Jahres bewies sich der Erfolg der Arbeit; es zeigte sich entlang der Strecke, besonders in Lübeck, was Menschen von dieser Praxis der Herrschenden halten. Seither sieht sich die Atommafia gezwungen, diesen Atomschrott *nur* noch über die Schiene zu bewegen. Die Transporte laufen also weiter, jetzt über Emden. Aber auch dort verstärkt sich der öffentliche Druck gegen die Schieberein. Auf diesen massiven Druck reagiert der Staatsapparat traditionell mit verschärfter Kriminalisierung. Es gibt aufgrund von Vorfällen bei einem Transport vom 24./25. November '87 vier Prozesse, die jetzt stattfinden. In dieser Nacht fuhr ein Transport mit abgebrannten Brennelementen von Obrigheim nach Lübeck. Ab Frankfurt bis zum Lübecker Nordlandkai gab es zahlreiche Behinderungsaktionen. Im Münsteraner und Osnabrücker Raum eskalierte die Situation auf der A1. Bei den Bullen herrschte ein heilloses Durcheinander. In fast selbstmörderischer Manier versuchten sie, sich und dem Transport einen Weg zu bahnen. Wahllos wurden Autofahrerinnen gestoppt, indem die Bullen sie links oder rechts abdrängten. Während der Transport mit 120 km/h davonfuhr, wurden Cheesy und Ute aus Osnabrück abgedrängt, aus dem Auto gezerrt und zusammengeschlagen. Andreas aus Münster wurde ebenfalls abgedrängt und mit der MP im Anschlag verhaftet. Heike aus Oldenburg wurde kurz vor Lübeck festgenommen. Alle vier sind jetzt angeklagt; die Vorwürfe lauten:

- Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr, Nötigung, Körperverletzung und Widerstand bei Cheesy und Heike
- Nötigung und Widerstand bei Andreas
- Widerstand und Körperverletzung bei Ute.

Die Anti-AKW-Bewegung hat über die Aktionen gegen Transporte eine neue, starke Verankerung bekommen. Die Zahl der Aktivistinnen wurde größer; radikal vergrößerte sich das Potential der Leute in den Städten entlang der Transportstrecken. Die Betroffenheit aller gegenüber Atomtransporten bot den AKW-Gegnerinnen die Möglichkeit, ihre Inhalte in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Betroffenheit ist ein Ansatz, um Inhalte und Zusammenhänge zu diskutieren und Perspektiven zu entwickeln.

(...) Vor kurzem wurde der Paragraph 129a dahingehend erweitert, daß "gefährliche Eingriffe in den Straßen-" bzw. "Schienenverkehr" und "Störungen öffentlicher Betriebe" wie Stromversorgungs-, Bau- und Transportunternehmen ebenfalls unter "terroristische Straftaten" fallen. (...) Die derzeit stattfindenden Prozesse könnten auch unter den 129a fallen. Wenn das auch zur Zeit nicht ansteht, das Ziel bleibt dasselbe: Es geht darum, die Kriminalisierten als Gewaltverbrecher zu denunzieren und den ausdiskutierten Konsens, der die Aktionen ermöglichte, zu brechen. (...) Die Stärke der Bewegung besteht auch in der möglichen Vielfalt der Aktionen. Sicherlich ist eine Kritik an den einzelnen Aktionen möglich und zu diskutieren; wir dürfen unsere Diskussionen aber nicht vom Staat lenken lassen. Versuchen wir weiterhin, offen zu reden und unsere Strukturen zu festigen, solidarisieren wir uns mit den Kriminalisierten aus unserer Mitte — so wird der Angriff des Staates auf unsere Strukturen fehlschlagen.

Einige werden kriminalisiert — gemeint sind wir alle!!! Gerade deshalb:
Der Kampf geht weiter!!!

Die Prozesse werden sehr teuer werden. Da unser Geld reichlich knapp ist und niemals reichen wird, werden Spenden **dringend** benötigt. Spendenkonto: OsgA (Osnabrücker gegen Atomanlagen), Stadtsparkasse Osnabrück, Kto.-Nr. 3042603, BLZ 26550001

Aktueller Nachtrag:
Am 10. Januar fand der Prozeß gegen Andreas aus Münster statt. Unter anderem war ihm Widerstand und Nötigung vorgeworfen worden. Neben diesen Anklagepunkten schwebte auch noch die Drohung der Staatsanwaltschaft über Andreas, die bereits in der Anklageschrift vorsorglich darauf hingewiesen hatte, daß Andreas sich durch sein Verhalten als "ungeeignet zum Führen von Kraftfahrzeugen" erwiesen habe — was faktisch der Androhung des Führerscheinentzugs gleichkommt.
Tatsächlich konnte Andreas im Prozeß (trotz 3 Polizeizeugen) kein absichtliches Handeln nachgewiesen werden. Das Verfahren wurden gegen 250,- DM eingestellt.

Studentischer Arbeitskreis Osnabrück "Gefahren von Atomanlagen"

Der Prozeß

Startbahn

Wenn Ihr diese atom-Ausgabe lest, wird der Startbahn-prozeß bereits in vollem Gange sein. Wir können deshalb in dieser Ausgabe keine Berichterstattung über die aktuellen Ereignisse und Diskussionen leisten. Auf den folgenden Seiten findet Ihr eine Plattform für die Prozesse, die autonome Gruppen in den letzten Monaten erarbeitet haben um eine gemeinsame Grundlage für die Prozesse zu schaffen. Im folgenden drucken wir einige Passagen aus dem Vorwort des Rhein-Main-Infos Nr.4 ab, das vor wenigen Tagen erschien und die Stimmung kurz vor Prozeßbeginn ausdrückt:

»Als wir das Rhein-Main-Info Nr.3 fertig hatten, wollte niemand von uns auch nur an eine Nr.4 denken. ... Während Nummer 1 und 2 reißenden Absatz fanden, versiegte das Intersse an Nummer 3 schlagartig. Nun, wir sind zu selbstbewußt, um es am Inhalt der Nr.3 festzumachen. Uns umtrieb ein viel gemeinerer Gedanke: das sentationelle und spektakuläre an den Schüssen vom 2.11. hat(te) seinen Reiz verloren, die militante Neugier war befriedigt, man und frau reiste innerlich zu anderen Schauplätzen oder zurück in die Alltäglichkeit. Genau an dem Punkt, wo sich aus unseren Auseinandersetzungen inhaltliche Positionen und Grenzziehungen entwickelten, wo wir also selbst den 'Tatort 2.11.' verließen, verebbte das Interesse nicht nur in anderen Städten, sondern gerade auch im Rhein-Main-Gebiet.
... Entscheidend jedoch für das Erscheinen der Nummer 4 ist der Entschluß unter uns autonomen Gruppen, den 2.11. Prozeß weder der Bundesanwaltschaft, noch einer juristischen Prozeßstrategie zu überlassen. Wie weit wir auch von einzelnen Angeklagten entfernt sind, soviel haben wir doch damit zu tun, was in diesem Prozess angeklagt und verurteilt werden soll. Fast 3 Monate Diskussion in verschiedenen autonomen Gruppen aus dem RM-Gebiet führten zu einer gemeinsamen Plattform (abgedruckt auf den nächsten Seiten). Der anstehende Prozess war sicherlich für uns der drängende Anlaß; gewichtiger jedoch war für uns, ein gemeinsames autonomes Selbstverständnis zu formulieren, unser Verhältnis zu sozialen Bewegungen, Militanz und Gegengewalt, Justiz und kollektiven Indentität in einer Weise zu präzisieren, wie es bisher von uns noch nicht geleistet wurde.«

Ort des Prozesses: Gerichtsgebäude C, 1.Stock Raum 165 C, Konrad-Adenauerstr.20 in Frankfurt. Beginn: 23.2.89, Einlaß 1 Stunde früher. Es sind 10 Verhandlungstermine angesetzt, jeweils Dienstags und Donnerstags um 9.30 Uhr.

**Ein wöchentliches Prozeßinfo wird herausgegeben von:
BI gegen die Flughafenerweiterung FFM
c/o Helga Arnold, Wilhelm-Leuschner-Str.50a
in 6082 Mörfelden/Walldorf**

Ein Prozeß-Büro befindet sich im JUZ Bochenheim, Varrentrappstr.38 in 6 Frankfurt (di., do. u. fr.)

**Bestelladresse für Rhein-Main-Info:
Info, c/o Nicaragua-Kommitee, 3.Welt Haus
Friesengasse 13 in 6000 Frankfurt 90
Geld auf folgendes Konto:
Ralf Stutzke, Frankfurter Sparkasse von 1822
BLZ 50050201 Konto-Nr. 307028755 Stichwort Info
Video-Filme zu Flughafen und Radio Preungesheim können ebenfalls hier bestellt werden.**

**Briefadresse für 2.11. Gefangene:
Andreas Semisch, Frank Hoffmann, Reiner Hübner
über: 5,Strafsenat am OLG Frankfurt, Zeil 42, 6 FFM**

Startbahn Plattform

Plattform zu

Es gehört zur Geschichte und Entwicklung der StaBaBew., daß die Beweggründe, politischen Zielsetzungen und Widerstandsformen verschiedenartig, z.T. auch widersprüchlich und gegensätzlich waren und sind: Die Angst um Parlamentssitz und Wählerstimmen, die Furcht vor der Zerstörung einer (scheinbar) noch intakten Umwelt, der Wunsch, Ökologie und technologischen Fortschritt miteinander zu versöhnen, der Kampf gegen die Startbahn als kap. Großprojekt, der Widerstand gegen die StaBa als ein Ausdruck zivil-militärischer Verschmelzung imperialistischer Weltmarktstrategien, aber auch der Wunsch, aus dem mumifizierten Alltag auszubrechen, die Sehnsucht, "anders" zu leben. Fast alle diese Motive spiegeln sich in ihrer Unterschiedlichkeit auch in der Geschichte und dem konkreten Verhalten der Angeklagten und Gefangenen wider.
Wir halten es für falsch, die Spaltungsversuche der Herrschenden dadurch wirksam zu verinnerlichen, indem wir einzelne Angeklagte aufgrund ihrer "politischen Zugehörigkeit" herausheben oder gar gegeneinander ausspielen.
Unsere Plattform hat die Absicht, ein gemeinsames Selbstverständnis zu formulieren, in dem sich auch die Angeklagten wiederfinden können — das den Unterschiedlichkeiten Rechnung trägt, ohne politischer Beliebigkeit zu verfallen. Wenn wir also eine gemeinsame Plattform meinen, dann wollen wir keine Einheit herstellen oder vortäuschen, die real nicht (mehr) existiert, — an dem Mythos der Startbahnbewegung festhalten, der schon immer ein Stück Selbstüberschätzung mittransportierte.
Wir meinen keine Plattform *für* die Gefangenen — eher eine, mit der wir sie und andere konfrontieren wollen, Fixpukte für eine eigene Orientierung und Entscheidung. Eine Plattform, die allen Angeklagten unsere Positionen und Grundlagen von gegensätzlicher Solidarität verdeutlichen soll; eine Anforderung an uns selbst, genau zu benennen, was die Angeklagten von uns erwarten können und müssen. Wir wollen und können nicht für die Angeklagten sprechen, wir hoffen jedoch, daß es vielen Angeklagten leichter fällt, auf dem Hintergrund dieser Plattform, ihren eigenen Standort zu bestimmen.
Wir meinen auch keine Plattform, die alle Gräben der letzten Monate zuschüttet, weder die Gräben zwischen uns und einzelnen Angeklagten/Gefangenen, noch die Gräben unter uns draußen. Manche Gräben wurden zu tief ausgehoben, als daß wir mit dieser Plattform darüber hinweggehen könnten.
Diese Plattform hat als ein Ziel, die Erfahrungen, Diskussionen und Konsequenzen verschiedener autonomer Gruppen zusammenzubringen, klarer zu umreißen, den Angeklagten und Beteiligten in dem anstehenden Prozeß eine Basis zu geben, sich als Teil der Startbahnbewegung zu begreifen, und darin unsere ungeteilte Solidarität zu erfahren.
Die Plattform ist in dem Bewußtsein geschrieben, daß die Eigendynamik des Prozesses uns überrollen wird, wenn es uns nicht gelingt, unsere Vorstellungen dagegenzusetzen — bevor der Prozeß beginnt. Wenn wir nicht selbst von der sensationellen Gerichtssaaldramaturgie eingefangen und geblendet werden wollen, müssen wir dem Prozeß politisch unsere Themen und Auseinandersetzungen aufzwingen, sowohl innerhalb des Gerichtssaals als auch außerhalb, als Teil politischer Gegenöffentlichkeit.
Die Justiz, die Medien und bürgerlichen Parteien werden nichts unversucht lassen, ihren Gerichtssaal in ein postmodernes Gladiatorenschauspiel zu verwandeln. Unter dem anfeuernden und höhnischen Gelächter der Staatsanwälte und Richter werden sie uns aufeinander loshetzen, mit ihren Waffen, mit ihren Spielregeln, in ihrer Arena. Sie wollen daß wir uns zerfleischen — unter ihren Augen —, eine/r der ihren werden, genauso skrupellos, bestechlich und um jeden Preis korrumpierbar.
Wir können wahrscheinlich nicht verhindern, daß einigen Versprechungen der Justiz mehr wert sind als unsere Solidarität, daß einzelnen der Nutzen eines Verrats mehr bedeutet als der Verlust eigener Identität (sie kriegen nicht nur eine "neue Identität", sie brauchen auch eine neue), doch der Verrat wird in dem Maß politisch wertlos, wie es uns gelingt, ihr Ziel der Abschreckung zum Gegenstand unserer Mobilisierung zu machen. Denn wir wissen, daß nicht nur wir aus den Auseinandersetzungen und Erfahrungen — nicht erst seit dem 2.11. — einiges gelernt haben. Unsere Auseinandersetzungen um Militanz, Politik und Alltag, um die Notwendigkeit verbindlicher organisatorischer und politischer Strukturen haben auch in anderen Städten autonome Zusammenhänge erreicht und verändert. Viele, die sich z.B. in Berlin an den Aktionstagen gegen den IWF beteiligten, kehrten mit dem Gefühl zurück, daß sich an den verschiedensten Punkten der Kampagne die Kritik und Selbstkritik autonomer Politik in neuen Ansätzen kollektiven Umgehens und praktischen Vorgehens wiederspiegelte/verwirklichte.
Es ist uns völlig klar: Der anstehende Prozeß wird mit langjährigen Haftstrafen enden. Wir alle befinden uns in einer politischen Situation, wo jede/r Gefangene mehr einen Erfolg als eine Gefahr für diesen Staat darstellt.

Die Breite der Bewegung können wir nicht ersetzen. Aber wir können und wollen an verschiedenen Punkten ihres Prozesses zeigen, daß dieser Staat uns nicht zu willen-, identitäts- und geschichtslosen Marionetten eines Justiz-Schauspiels machen kann. Es liegt nicht nur an den Angeklagten, es liegt an uns allen, dem reuigen, gebrochenen Untertanen die Lebendigkeit unserer Erfahrungen, die Kraft und den Willen, radikal zu leben, den Mut, eigene Fehler zu benennen und daraus zu lernen, entgegenzusetzen.
1. Wir wissen nicht, wer und ob jemand aus unseren Reihen geschossen hat. Wir wissen aber, daß der Einsatz von Schußwaffen auf Demonstrationen immer nur Überlegungen der Polizei waren, aber zu keinem Zeitpunkt der StaBaBewegung ein von uns übernommenes Konzept.
Wir waren von den Schüssen überrascht. Unsere Position dazu hat sich in den Diskussionen nach dem 2.11. in den Grundprinzipien geklärt: Schußwaffeneinsatz ist im Rahmen der StaBaBewegung keine Konsequenz unseres militanten Kampfes. Für die Situation des 2.11.87 stellen wir fest, daß der Schußwaffengebrauch einen Bruch, eine Mißachtung eines gemeinsam beschlossenen Konzeptes und der — unausgesprochenen (leider) — Rahmenbedingungen für massenmilitantes Vorgehen an der Startbahn ist.
Wir stell(t)en an jede Form militanten Widerstandes den Anspruch einer weitreichenden eigen- und kollektiven Verantwortung. Daher sind die Schüsse aus einer Demo heraus auch Schüsse gegen unseren Anspruch auf Zielgerichtetheit und Berechenbarkeit gegenüber allen, mit denen wir Widerstand leisten.
Wenn die Schüsse aus den eigenen Reihen abgegeben wurden, dann haben diejenigen alle anderen mißbraucht und mit Handlungen innerhalb eines bis dahin gemeinsamen Verhaltens konfrontiert, zu denen wir weder einen praktischen noch einen politischen Bezug hatten.
Die Demonstrantinnen wurden polizeilichen Reaktionen ausgeliefert, die für niemand kalkulierbar waren — ein Verhältnis, das ein nicht geringer Teil von uns als "Geißelstatus" bezeichnete. Schüsse, an deren Richtung wir zweifel(t)en, sind kein Ausdruck radikalen Handelns, das für sich spricht. Diese tödlichen Schüsse entsprechen keinem gemeinsamen Vorgehen, sondern einer allein militärischen Logik, die das eigene Handeln und die Mittel nicht mehr aus unseren Zielen und gemeinsamen Möglichkeiten heraus bestimmt, sondern ausschließlich daran mißt, wie man die Verluste des Feindes effektiv erhöhen kann.
So eindeutig unsere Kritik ist, so unmißverständlich unsere Haltung, niemanden dieser Jusitz auszuliefern. Derselben Justiz, die in alltäglicher Routine die polizeiliche Todesschußpraxis, die mörderischen Polizeieinsätze gegen Demonstrantinnen, die Abschiebung von Flüchtlingen in den Tod

2.11.-Prozessen

Startbahn Plattform

mit dem richterlichen Segen krönt, sprechen wir jedes Recht ab, für uns oder in unserem Namen zu urteilen. Eine Justiz, die in einer beispiellosen personellen historischen Kontinuität im Faschismus Zehntausende zu Tode geurteilt und mit dessen "Ende" sich selbst freigesprochen hat, hat selbst den Anschein "richterlicher Unabhängigkeit" verloren, lange bevor sie einigen von uns den Prozeß macht.
Wir messen unsere Solidarität mit den unter Mordvorwurf angeklagten Startbahngegnern nicht daran, ob sie es waren oder nicht. Entscheidend ist, ob er/sie sich unseren Auseinandersetzungen stellen. Der Erfolg der Repression ist ohne das politische Klima, das durch die Schüsse erzeugt wurde, nicht denkbar; viele Aussagen und Selbstbelastungen sind unter dem Eindruck, sich von ihnen zu distanzieren zu müssen, und unter der Angst vor "lebenslänglich" (die die Bullen geschürt haben) gemacht worden. Die Strukturschwäche der autonomen StaBaBewegung geht allerdings tiefer, so daß es verkürzt bleibt, nur die Schüsse und die Distanzierung vieler für den weiterreichenden Zusammenbruch von Zusammenhängen und politischer Handlungsfähigkeit verantwortlich zu machen.

Inhaltlicher Kern der Auseinandersetzung um die Schüsse vom 2.11. ist das politische Selbstverständnis, das nciht nur für sich selbst Verantwortung übernehmen muß, sondern gerade auch für die Bewegung, aus der heraus er/sie handelt.
Unter der Forderung nach über die Aktivistinnen hinausgehender politischer Verantwortlichkeit weisen die Schüsse auf grundsätzliche Fehler hin:
— Die Aktion war und ist in der Bewegung nicht vermittelbar;
— die Eskalation, die der Schußwaffengebrauch beinhaltet, hat die Bewegung gelähmt und gespalten;
— große Teile der StaBaBewegung kamen mit der nach der Aktion einsetzenden Repression überhaupt nicht klar.
Dennoch — wir haben uns bis heute nicht daran beteiligt, irgend jemanden von uns zum Täterin zu machen und wir werden es auch nicht während des Prozesses tun.
2. So wie die Dinge liegen, stehen sie richtig. Mit der Suche nach den Todesschützen des 2.11., mit der immer wieder gestellten Frage nach unserem Verhältnis zur Gewalt verstellen nicht nur die Presse und bürgerliche Politiker einen wesentlichen Kern der Anklage: Den Versuch der Zerschlagung einer breiten massenmilitanten Bewegung und der Durchsetzung des Funktionierens der nuklearindustrie mit ihren militärischen, wirtschaftlichen und innenpolitischen (polizeistaatlichen) Komponenten gegen einen weite Teile der Bevölkerung erfassenden Widerstand.

Fast in allen Bundesländern sind in den letzten Jahren Sonderkommissionen gegründet worden, um den Fahndungsdruck auf jene Widerstandsformen zu erhöhen, die für Polizei und Staatsschutzorgane nicht (mehr) greifbar waren. Auch in Frankfurt wurden eine SoKo Strom ins Leben gerufen, um u.a. 4 gefällte Strommasten "aufzuklären". Lange vor dem 2.11. standen ca. 10 Leute fest, die für die SoKo Strom als mögliche Strommastenaktivistinnen infrage kamen. Der 2.11., die Schüsse an der Startbahn, waren nicht Grund, sondern nur Anlaß und Vorwand ihrer Verhaftung.
Die propagandistische und juristische Verschmelzung von Strommastaktionen mit ihrer Mordanklage reißt bewußt eine Widerstandsform aus ihrem sozialen und politischen Zusammenhang, um sie der Ablehnung der Schüsse am 2.11. unterzuordnen. Die Anklage gegen 9 Startbahngegnerinnen vor allem wegen Strommastaktionen soll im Windschatten der Mordanklage gegen 2 Startbahngegner durchgezogen werden. Die juristische Verkettung von Strommastaktionen mit den Schüssen am 2.11. über den § 129 hat zum politischen Ziel, die zwar unterschiedlich motivierte, jedoch breite, emotionale Zustimmung — die weit über die Anti-AKW-Bewegung hinausreichte — auch für Sabotageaktionen gegen die Nuklearindustrie mit der staatlich verordneten, heuchlerischen Abscheu vor diesem "Gewaltverbrechen" zum Verstummen zu bringen.
So unbestreitbar feststeht, daß das Startbahnprojekt gegen den erklärten Willen einer Mehrheit in dieser Region durchgeprügelt wurde, so offensichtlich hat dieser Atomstaat gerade nach Tschernobyl bewiesen, daß er sein Atomprogramm auch gegen eine Bevölkerungsmehrheit durchzusetzen bereit ist. Die breite Zustimmung zum sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie konnte nur durch das ganze Szenario staatlicher Gewalt zum Schweigen gebracht werden.
In einer Zeit, wo es zur täglichen Heuchelei der Herrschenden gehörte, vom Einstieg in den Ausstieg zu faseln, während gleichzeitig Stahlkäfige für Demonstrantinnen zusammengeschweißt wurden ("Brokdorfer Zwinger"), begannen viele innerhalb und außerhalb der Anti-AKW-Bewegung, den Ausstieg aus dem Atomprogramm beim Wort zu nehmen, ihm praktisch umzusetzen. Über 160 Strommasten wurden "außer Betrieb" genommen, hunderte von Sabotageaktionen zeigten konkrete Möglichkeiten der De-

Startbahn Plattform

montage. Die massenhaften Sabotageaktionen waren *ein* wichtiger Teil eines breiten Widerstandes, der vom Flugblattverteilen bis zum Mastenumsägen reichte. Ausdruck hiervon waren beispielsweise die Blockadetage in Wackersdorf, die Hanaudemo vom 8.11.86 sowie die hessenweiten Widerstandssamstage im Anschluß daran.
Uns interessiert nicht, ob einige der Angeklagten es waren oder nicht. Was wir im Prozeß und außerhalb entgegensetzen wollen, sind unsere gemeinsamen Erfahrungen als Anti-AKW-Bewegung und StaBaBewegung, daß gesellschaftliche Veränderungen noch nie Geschenke der Herrschenden waren, sondern immer Ausdruck und Reaktion auf vielfältigen und entschlossenen Widerstand.
3. Politische Erklärung — politische Identität. So unterschiedlich und verschiedenartig die Zusammenhänge und Erfahrungen innerhalb der StaBaBewegung waren und sind, so *unterschiedlich* werden sich diese auch in der politischen Haltung der Angeklagten und Zeuginnen wiederspiegeln. Es war und ist nicht das einheitliche Vorgehen, das die Geschichte der StaBaBewegung prägte, sondern die unterschiedliche Dominanz verschiedener politischer Vorstellungen und Widerstandskonzeptionen.
Wenn wir sagen, der Prozeß wird einzelnen von uns gemacht, er zielt jedoch politisch auf die gesamte StaBaBewegung, dann heißt das für uns auch in der Konsequenz, nicht einzelne Angeklagte zu verteidigen, sonder die gesamte StaBaBewegung. Das, was seit Jahren an der Startbahn von Polizei und Politikern oft vergeblich versucht wurde, wird nun mit den Mitteln herrschender Justiz fortgesetzt: Die Spaltung der Bewegung in gewaltfreie und militante, in legale und illegale Widerstandsformen, in einsichtige und unverbesserliche. Wir lehnen es ab, unsere Solidarität mit den Angeklagten und Zeuginnen an den Kriterien der Herrschenden zu messen. So wenig die Geschichte der StaBaBewegung ohne Gerichtsklagen, Volksbegehren und Parteiaustritte denkbar ist, so wenig ohne 7-ha- und Baulos-2-Besetzung, Hüttendorf (-verteidigung), Flughafenblockade und nächtliche Widerstandsaktionen gegen die Mauer und Infrastruktur des Flughafenprojektes.
Wir messen unsere Solidarität mit den Angeklagten nicht daran, ob sie sich zu denen zur Anklage erhobenen Aktionen politisch und/oder praktisch bekennen. Entscheidend für uns ist, ob sie sich zur *Gesamtheit* unseres Widerstandes solidarisch verhalten.
Politischer Verrat beginnt für uns dort, wo nicht nur die eigene persönliche Geschichte "auf den Kopf" gestellt wird (aus prozeßtaktischen oder anderen Gründen), sondern das Verhalten darauf ausgerichtet ist, die Erfahrung und das politische Selbstverständnis anderer Angeklagter zu denunzieren.

Fast in allen Bundesländern sind in den letzten Jahren Sonderkommissionen gegründet worden, um den Fahndungsdruck auf jene Widerstandsformen zu erhöhen, die für Polizei und Staatsschutzorgane nicht (mehr) greifbar waren. Auch in Frankfurt wurden eine SoKo Strom ins Leben gerufen, um u.a. 4 gefällte Strommasten "aufzuklären". Lange vor dem 2.11. standen ca. 10 Leute fest, die für die SoKo Strom als mögliche Strommastenaktivistinnen infrage kamen. Der 2.11., die Schüsse an der Startbahn, waren nicht Grund, sondern nur Anlaß und Vorwand ihrer Verhaftung.
Die propagandistische und juristische Verschmelzung von Strommastaktionen mit ihrer Mordanklage reißt bewußt eine Widerstandsform aus ihrem sozialen und politischen Zusammenhang, um sie der Ablehnung der Schüsse am 2.11. unterzuordnen. Die Anklage gegen 9 Startbahngegnerinnen vor allem wegen Strommastaktionen soll im Windschatten der Mordanklage gegen 2 Startbahngegner durchgezogen werden. Die juristische Verkettung von Strommastaktionen mit den Schüssen am 2.11. über den § 129 hat zum politischen Ziel, die zwar unterschiedlich motivierte, jedoch breite, emotionale Zustimmung — die weit über die Anti-AKW-Bewegung hinausreichte — auch für Sabotageaktionen gegen die Nuklearindustrie mit der staatlich verordneten, heuchlerischen Abscheu vor diesem "Gewaltverbrechen" zum Verstummen zu bringen.
So unbestreitbar feststeht, daß das Startbahnprojekt gegen den erklärten Willen einer Mehrheit in dieser Region durchgeprügelt wurde, so offensichtlich hat dieser Atomstaat gerade nach Tschernobyl bewiesen, daß er sein Atomprogramm auch gegen eine Bevölkerungsmehrheit durchzusetzen bereit ist. Die breite Zustimmung zum sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie konnte nur durch das ganze Szenario staatlicher Gewalt zum Schweigen gebracht werden.
In einer Zeit, wo es zur täglichen Heuchelei der Herrschenden gehörte, vom Einstieg in den Ausstieg zu fasein, während gleichzeitig Stahlkäfige für Demonstrantinnen zusammengeschweißt wurden ("Brokdorfer Zwinger"), begannen viele innerhalb und außerhalb der Anti-AKW-Bewegung, den Ausstieg aus dem Atomprogramm beim Wort zu nehmen, ihm praktisch umzusetzen. Über 160 Strommasten wurden "außer Betrieb" genommen, hunderte von Sabotageaktionen zeigten konkrete Möglichkeiten der Demontage. Die massenhaften Sabotageaktionen waren *ein* wichtiger Teil eines breiten Widerstandes, der vom Flugblattverteilen bis zum Mastenumsägen reichte. Ausdruck hiervon waren beispielsweise die Blockadetage in Wackersdorf, die Hanaudemo vom 8.11.86 sowie die hessenweiten Widerstandssamstage im Anschluß daran.
Uns interessiert nicht, ob einige der Angeklagten es waren oder nicht. Was wir im Prozeß und außerhalb entgegensetzen wollen, sind unsere gemeinsamen Erfahrungen als Anti-AKW-Bewegung und StaBaBewegung, daß gesellschaftliche Veränderungen noch nie Geschenke der Herrschenden waren, sondern immer Ausdruck und Reaktion auf vielfältigen und entschlossenen Widerstand.
3. Politische Erklärung — politische Identität. So unterschiedlich und verschiedenartig die Zusammenhänge und Erfahrungen innerhalb der StaBaBewegung waren und sind, so *unterschiedlich* werden sich diese auch in der politischen Haltung der Angeklagten und Zeuginnen wiederspiegeln. Es war und ist nicht das einheitliche Vorgehen, das die Geschichte der StaBaBewegung prägte, sondern die unterschiedliche Dominanz verschiedener politischer Vorstellungen und Widerstandskonzeptionen.
Wenn wir sagen, der Prozeß wird einzelnen von uns gemacht, er zielt jedoch politisch auf die gesamte StaBaBewegung, dann heißt das für uns auch in der Konsequenz, nicht einzelne Angeklagte zu verteidigen, sonder die gesamte StaBaBewegung. Das, was seit Jahren an der Startbahn von Polizei und Politikern oft vergeblich versucht wurde, wird nun mit den Mitteln herrschender Justiz fortgesetzt: Die Spaltung der Bewegung in gewaltfreie und militante, in legale und illegale Widerstandsformen, in einsichtige und unverbesserliche. Wir lehnen es ab, unsere Solidarität mit den Angeklagten und Zeuginnen an den Kriterien der Herrschenden zu messen. So wenig die Geschichte der StaBaBewegung ohne Gerichtsklagen, Volksbegehren und Parteiaustritte denkbar ist, so wenig ohne 7-ha- und Baulos-2-Besetzung, Hüttendorf (-verteidigung), Flughafenblockade und nächtliche Widerstandsaktionen gegen die Mauer und Infrastruktur des Flughafenprojektes.
Wir messen unsere Solidarität mit den Angeklagten nicht daran, ob sie sich zu denen zur Anklage erhobenen Aktionen politisch und/oder praktisch bekennen. Entscheidend für uns ist, ob sie sich zur *Gesamtheit* unseres Widerstandes solidarisch verhalten.
Politischer Verrat beginnt für uns dort, wo nicht nur die eigene persönliche Geschichte "auf den Kopf" gestellt wird (aus prozeßtaktischen oder anderen Gründen), sondern das Verhalten darauf ausgerichtet ist, die Erfahrung und das politische Selbstverständnis anderer Angeklagter zu denunzieren.

In dem anstehenden politischen Prozeß werden keine "kriminellen Taten" verurteilt, sondern die politische Identität, aus der heraus sich diese Widerstandsformen entwickeln. Die politische Identität aller Angeklagten, die sich als Teil der StaBaBewegung begreifen, zu verteidigen — in ihrer Unterschiedlichkeit und unter der Bedingung gegenseitiger Solidarität — stellt für uns die existentielle Basis gemeinsamen Vorgehens dar.
4. Die Aussagen waren und sind nicht (nur) Ausdruck individueller Schwächen und fehlender persönlicher Standfestigkeit; in ihnen spiegeln sich vor allem gravierende Fehler einer gesamten Bewegung wider. Mi-

litante Überheblichkeit und Arroganz, patriarchale Strukturen, Fluktuation und fehlende Eigenverantwortlichkeit, die sich besonders immer wieder in der Nichteinhaltung von gemeinsamen Absprachen gezeigt hat — dies sind Fehler, die schon länger diskutiert wurden, ohne daß dies jedoch zu ernsthaften Konsequenzen geführt hätte. Besonders in Situationen, in denen die eigene Stärke überschätzt wurde, sind Aktionen gelaufen, bei denen nicht genug darauf geachtet wurde, ob alle Beteiligten die Konsequenzen wirklich tragen können — die Folgen dieses Verhaltens werden jetzt überdeutlich.

Wer heute versucht, *Entschlossenheit gegenüber anderen* dadurch zu demonstrieren, den Umgang mit Verrat auf die Veröffentlichung von Namen von Verrätern zu reduzieren, täuscht eine Klarheit vor, die *unter uns allen* — nicht erst nach dem 2.11. — fehlte. Wer heute Verrat zu individualisieren versucht, der verdrängt nur den Anteil *aller* an einem Verhalten, das ein offensives Umgehen mit der Repression in den ersten Monaten nach dem 2.11. unmöglich machte.

Wir haben in den ersten Monaten nach dem 2.11. klar gesagt, daß wir Verrat nicht an gemachten Aussagen festmachen, sondern an der (Nicht-)Bereitschaft, sich mit uns gemeinsam auseinanderzusetzen, aus Fehlern zu lernen. Die Bereitschaft, sich einer gemeinsamen Auseinandersetzung zu stellen, ist unter uns so wenig selbstverständlich, wie für die, die sich der Auseinandersetzung um ihre Aussagen entzogen haben. Die Nicht-Auseinandersetzung derer, die den Rausschmiß von A.B. aus der Au betrieben und legitimierten, macht jede Aufforderung an andere, sich einer gemeinsamen Auseinandersetzung zu stellen, lächerlich. *Verrat beim Namen zu nennen, ist nur dann glaubwürdig, wenn wir gleichzeitig damit soziale und politische Verhaltensweisen, die zum Verrat führen, auch unter uns bekämpfen.*

Wenn es also im folgenden um bestimmte Personen geht, wissen wir, daß wir damit nur die Folgen des Verrats beim Namen nennen. Die Verhaltens- und Umgehensweisen, die Verrat erst möglich machen, sind damit nicht aus der Welt geschafft.

Für die Veröffentlichung einzelner Namen gibt es trotzdem verschiedene, z.T. auf den konkreten Prozeß bezogene Gründe. Allgemein zielt diese Nennung von Leuten, die sich zu Zeugen der Anklage machen, auf Ausschluß aus unseren Zusammenhängen. Es geht also vorrangig um den Schutz unserer Strukturen.

Wir warnen also vor Michael (Mike) Kurtz und Baldur Obificius, weil sie beide die mit ihnen geführten Auseinandersetzungsversuche nicht ernst genommen und/oder darin gelogen haben. Beide haben bis heute zumindest Teile ihrer Belastungen aufrechterhalten, der erstere als Mitangeklagter, der zweite als Zeuge. Auch Andreas Eichler hält seine belastenden Aussagen gegen Frank aufrecht. Mittlerweile fast ein ganzes Jahr lang hat er sich einer wirklichen Auseinandersetzung darum entzogen, und diese Sachlage zwingt uns spätestens jetzt — wenige Wochen vor Prozeßbeginn — zu einer Entscheidung: Entsolidarisierung von Andreas Eichler!

Dieser Schritt fiel uns nicht leicht, aber er ist notwendig aus einer klaren Solidarität zu Frank im bevorstehenden Prozeß bzw. den jetzigen Vorbereitungen dazu.

Startbahn Plattform

An einer weiteren Person wollen wir beispielhaft beschreiben, wie der (unser) Versuch, über bestimmte Kriterien eindeutigere Positionen zur Verratsfrage zu entwickeln, anhand konkreter Bedingungen in neue Widersprüche geraten kann.

Sigrun hat in Sachen Strommastenaktionen Aussagen gemacht, mit denen sie nicht nur sich selbst, sondern auch andere Angeklagte belastet hat. Zur Erzwingung dieser Aussagen haben die Bullen ihre besondere persönliche Notlage als Druckmittel eingesetzt. Sigrun hat sich der Auseinandersetzung nicht entzogen. Dennoch wird sie u.U. dieser Erpressung auch im Prozeß nicht standhalten können und die Aussage bestätigen. Ihre persönliche Not allein kann kein Grund sein, ihr Verhalten gesondert zu bewerten. Wir müssen davon ausgehen, daß Sigrun im Zusammenhang mit den ihr angelasteten Ereignissen von "eigenen Leuten" in schlimmer Weise ausgenutzt wurde. Ohne sie damit ausschließlich zum Opfer zu erklären, muß den "kollektiven" Strukturen die Hauptverantwortung für diese Verratssituation zugewiesen werden, eine individualisierte "Schuldzuweisung" ist nicht ange-

Foto: argus

Startbahn Plattform

bracht. Uns ist klar, daß wir nicht dabei stehenbleiben können, diese Situation zu beschreiben und sich damit abzufinden. Die Auseinandersetzungen — gerade mit Ihr — müssen verstärkt weitergeführt werden; wir werden Sigrun *nicht* ausschließen.

Auch wenn hier eine generell geklärte Position zu Verrat an der speziellen Situation ins Stolpern kommt, stehen wir zu diesen Widersprüchen. Trotzdem werden wir konkrete Konsequenzen entlang der Verratsdebatte zu einzelnen Leuten — wie oben gemacht — ziehen. Wir wissen, daß viele andere ebenfalls belastende Aussagen gemacht haben. Sicherlich gab es Zeugen, deren Verrat folgenschwere Ermittlungstätigkeiten der Bullen ausgelöst hat, aber jetzt (noch) nicht prozeßrelevant sind und daher unbekannt bleiben. Sofern sich diese Leute den geforderten Auseinandersetzungen entzogen haben, und/oder wir davon eben gar nichts mitbekommen haben, können — vorläufig — auch keine Konsequenzen folgen. Soweit wir wissen, laufen bei sämtlichen anderen Leuten und gerade auch Angeklagten, die Aussagen gemacht haben, (mehr oder weniger) intensive Auseinandersetzungen um Aussagerücknahme bzw. -verweigerung.

5. Unsere zentrale Erfahrung in der StaBa-Bewegung mit der justitiellen Verarbeitung sozialer und politischer Kämpfe lautet: das politische Verhalten des Angeklagten im Prozeß bestimmt weitgehend Ablauf und Strafmaß. Es zeugt von Naivität und Wunschdenken mit einer justiz- und systemfeindlichen Grundhaltung ein mildes Urteil zu erhoffen. Wer etwas von der Justiz will, und sei es Rechtsstaatlichkeit, der muß in wesentlichen Punkten politisch und juristisch kooperieren. Umgekehrt garantiert diese Kooperation nicht zwangsläufig ein mildes Urteil.

Wir wissen, daß wir den "Punkt 0" lange verlassen haben: Dort die Justiz, die außer ihren "Indizien" nichts in der Hand hat, hier wir, die Startbahnbewegung, die dieser Justiz nichts zu sagen hat. Einige von uns haben z.T. weitreichende belastende Aussagen gemacht, nicht nur gegen sich, sondern auch gegen andere. Die gegenseitige Solidarität wurde zerstört, das daraus entstandene Mißtrauen zum Hebel von Verhörbullen, um weitere Aussagen zu erzwingen. Wir haben dieses Aussageskarussell unter großen Anstrengungen zum Stoppen gebracht. Wir wollen nicht, daß dieses Aussagekarussell im Prozeß neu angetreten wird.

Es sind viele Monate vergangen, jede und jeder von uns hatte lange Zeit, sich klar zu werden, wo und wozu er/sie steht. Wer im Prozeß belastende Aussagen aufrecht erhält oder macht, wer bereit ist, sich damit zum (Kron-)Zeugen der Anklage zu machen, weiß, daß er/sie sich gegen uns stellt. Er/Sie hat sich gegen uns entschieden. Wir fordern alle Angeklagten und Zeugen auf, ihre belastenden Aussagen zu Beginn des Prozesses zurückzunehmen. Wir wissen, daß die gemachten Aussagen auch gegen den Willen der Angeklagten bzw. Zeugen für diese Justiz verwertbar bleiben. Prozessual können weder wir noch die Angeklagten diese rückgängig machen. Deshalb begreifen wir eine kollektive Aussagerücknahme und -verweigerung nicht als einen juristischen, sondern einen politischen Schritt. Mit der möglichst breiten Aussagerücknahme zu Beginn des Prozesses verknüpfen wir das Ziel, unsere veränderte Haltung sichtbar zu machen. Mit der Aussagerücknahme verknüpfen wir gleichermaßen das Ziel, genau das innerhalb und außerhalb des Prozesses zur Sprache zu bringen, was sie mit dem Mordvorwurf zum Schweigen bringen wollten:

— Die Erpressung von ganz anderen Aussagen über die Drohung mit einer Mordanklage;

— die Erpressung von Aussagen über die soziale und persönliche Not einzelner Angeklagter und Zeugen;

— der Mordvorwurf als bewußte Inszenierung eines Klimas, in dem der § 129a gegen eine ganze Bewegung erfolgreich angewendet wurde.

Wir fordern alle auf, ihre Aussagerücknahme mit der Öffentlichmachung ihres Zustandekommens zu verbinden — nicht nur, um diese juristisch zu begründen, sondern vor allem das verordnete und erzwungene Öffentliche Schweigen, den faktischen Gleichschritt der bürgerlichen Presse zu durchbrechen.

6. Wir müssen davon ausgehen, daß belastende Aussagen im Prozeß aufrecht erhalten werden. Mit diesen Belastungen macht sich jede/r zu *Zeugen der Anklage.* Außerhalb des Gerichtssaals haben wir die Möglichkeit des Ausschlusses aus unseren Zusammenhängen. Im Prozeß bleiben uns und den Angeklagten nur die Mittel der herrschenden Justiz. Wir wissen um die ohnmächtige Wut derer, die von diesen Belastungen betroffen sind. Sich gegen diese Belastungen zur Wehr zu setzen, heißt, im Prozeß u.U. Aussagen zu machen, unser Schweigen zu durchbrechen. Unsere Solidarität mit diesen Angeklagten spürbar zu machen, heißt, in diesem konkreten Fall uns als Entlastungszeugen der Verteidigung zur Verfügung zu stellen. Diese Entlastung kann es erst mal nur für Personen geben, die keine anderen Personen belastet haben. Und so schwer es uns allen und den Angeklagten fällt, wir lehnen es ab, Belastungen durch Gegenbelastungen zu beantworten. Jede Zeugenaussage, die zur Verteidigung der Angeklagten notwendig und unumgänglich ist, darf nur entlastenden Charakter haben.

Voraussetzung allerdings für Entlastungsaussagen überhaupt ist ein gemeinsames Konzept, das statt individualisierten Absprachen übergreifend den gesamten Prozeß im Blick hat.

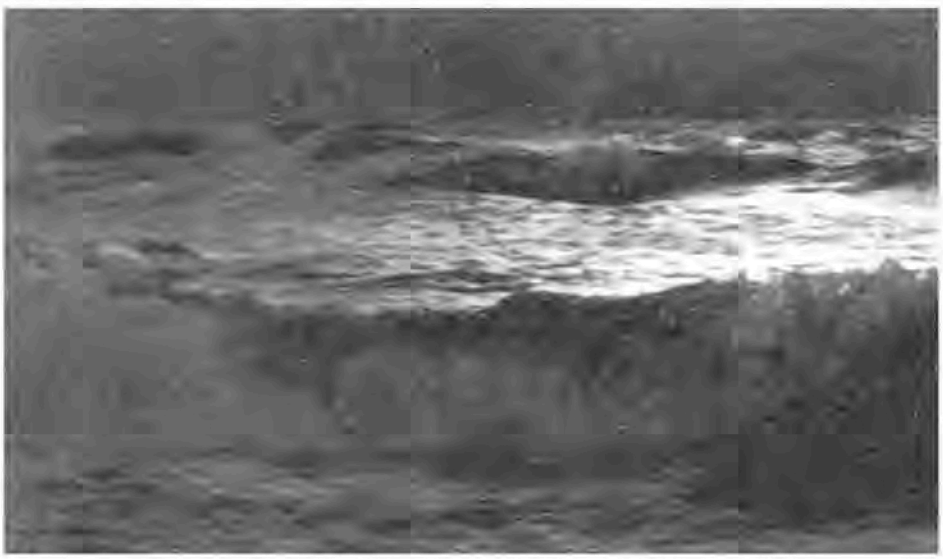
Von diesem Abspruch sind wir noch ziemlich weit entfernt. Gerade auch die Angeklagten sind angesprchen, sich zu diesen Fragen zu stellen, wir alle sind aufgefordert, die nächsten Wochen intensiv für diese Auseinandersetzungen zu nutzen.

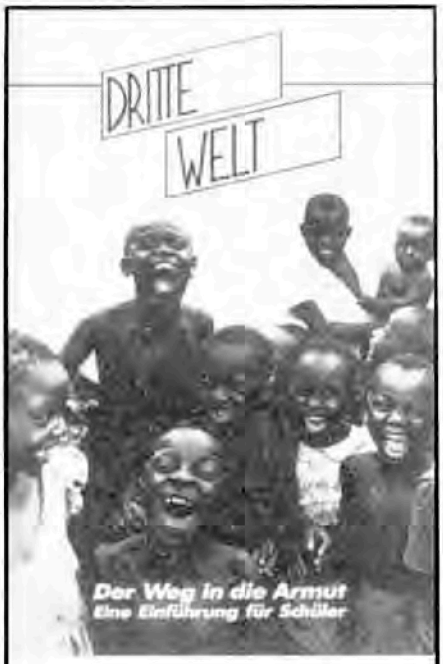
7. Der anstehende Prozeß ist nicht nur eine Drohung gegen alle, die Widerstand leisten, er macht wieder deutlich, wie wenig die einzelnen Tatvorwürfe mit dem eigentlichen Ziel der Zerschlagung jeglicher radikalen Opposition zu tun haben.

Mit der schleichenden Integration des Ausnahmezustandes in den Normalzustand sind nicht nur die Angeklagten im anstehenden Startbahnprozeß konfrontiert. Die systematischen Verbote und Zerschlagung von Veranstaltungen mit "anschlagsrelevanten Themen" in Bayern, die Verhaftung von Ingrid und Ulla, der Belagerungszustand in Berlin anläßlich des IWF-Mördertreffens, der Gefangenentransport als einzige Form der "Demonstrationsfreiheit" sind nur einige Beispiele der letzten Zeit.

Unser Ziel muß sein, den Kampf gegen Repression als Kampf für soziale und politische Befreiung zu führen.

Autonome Gruppen aus: Offenbach, Wiesbaden, Frankfurt, Mainz, Hanau und Darmstadt





Wir wollen keine Mitleidsgefühle für das Elend der Massen in der abhängigen Welt erwecken, sondern auf die Ursachen der Armut hinweisen und die Nutznießer der Unterdrückung benennen.
Dabei soll aufgezeigt werden, daß der Widerspruch zwischen dem finanziellen Reichtum hier und dem Elend in der Dritten Welt nicht naturgegeben ist, sondern von Menschen erzeugt wurde und verändert werden kann.

Aus dem Inhalt:
Kolonialismus, Frauen dieser Welt, Der Mythos von der Überbevölkerung, Hunger wird gemacht, Landwirtschaft u. Gentechnologie, Nach dem Profit kommt die Wüste, Die Handelsfalle, Zahlen bis zum Untergang, Rüstungsexporte, Was können wir hier tun?

Für Schüler der Sek. I/II.
48 Seiten DIN A 4, Einzelpreis 3 DM, ab 10 Stück 10% Rabatt.

Bestellung nur bei:
Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Es gibt viele Wege, etwas über die Diskussionen und die Praxis der Freien ArbeiterInnen-Union zu erfahren. Der einfachste ist ein Abonnement der

direkten aktion
Zeitung der FAU-IAA
Anarchosyndikalisten

Probehefte gegen DM 2,— bei der
FAU-IAA
Lagerstraße 27, 2000 Hamburg 36

Organ der Freien ArbeiterInnen-Union

direkte aktion

Internationale Arbeiter-Assoziation IAA

Wildcat

WILDCAT 46

Winter 88/89

INHALT

IWF - Diskussion

"... wer am Band auf unserer Seite steht."

Heinzelmännchen unter Druck

Kämpfe in der "weißen Fabrik"

Frankreich / England

Streik in Behinderten-Fabrik

Erfahrungen aus den 70ern

Is was, Pflege-Doc?

ALGERIEN

Intifada im Sozialismus

MEXIKO / Tepito

Bestellungen durch Überweisen auf "Sonderkonto Zeitung" H. Dietrich, Postgiro Berlin Kto.-Nr. 31502-109,

1 Heft 3,30 (inkl. Porto)
Abo: 10 Mark für 4 Hefte
Preis für Institutionen und
Förder-Abo: ab 20 Mark für 4 Hefte
Genossinnen, die den politischen, niedrigen Preis der Wildcat unterstützen wollen, sollten ein Förder-Abo machen.

Wir suchen noch WEITERVERKÄUFERINNEN, bitte wendet Euch an:
Sisina, Postfach 360 527 1000 Berlin 36

„info-dienst"

Friedens- und Umweltpolitik sind zwei der wichtigsten Themen unserer Zeit. Immer mehr Menschen engagieren sich in der Ökologie- und Friedensbewegung, um Druck für eine neue Politik zu entwickeln. Der **„info-dienst"** trägt Meinungen, Meldungen, Tips, Termine und Hintergrundberichte aus den Bewegungen zusammen und veröffentlicht sie in übersichtlicher Form. Der **„info-dienst"** erscheint alle vier Wochen. BBU-Mitglieder erhalten ihn kostenlos, Nichtmitglieder können ihn für 25,- DM im Jahr abonnieren. Förderabos 50,- DM im Jahr.

Coupon

Hiermit bestelle ich ein **kostenloses** Exemplar des neuen „info-dienstes"

Name .....
Anschrift .....
Unterschrift .....

Bitte ausschneiden und einsenden an:

BBU-Verlag, Prinz-Albert-Str.43, 5300 Bonn 1, Tel. 21 40 32
Bitte als Rückporto 0,80 DM in Briefmarken beilegen

Übrigens, Energie gibt's genug 21.–23. April 1989

Anzeige!!!

»Sonne, Wind und Wasser«

GRÜNER Energiewendekongress mit Fachmesse

21.– 23. April 1989 · Europahalle Castrop-Rauxel

Freitag, 21. April 1989:

Podium + Diskussion

19.00 – 22.00 Uhr
Auftaktveranstaltung:
„Neue Energien – neue Gesellschaft?"

ab 22.00 Uhr Musikveranstaltung – Tanzen, Essen und Trinken

Samstag, 22. April 1989:

10.00 – 13.00 Uhr

Forum I: **„Sonne, Wind und Wasser – wann kommt aller Strom aus erneuerbaren Energien?"**

Forum II: **„Wasserstoff zentral oder dezentral – Saharasonne frisch auf den Tisch?"**

Forum III: **„Sonnenkollektor, Wärmedämmung oder Fernwärme – neuer Kampf um den Wärmemarkt"**

Forum IV: **„Kohle, Öl und Gas: Wie lange können wir uns fossile Energieträger noch leisten?"**

13.00 – 15.00 Uhr Pause

15.00 – 18.00 Uhr

Forum V: **„Energie muß von unten kommen – regionale Energiekonzepte in Dänemark, Kalifornien, Rottweil und im Ruhrgebiet"**

Forum VI: **„Gegen die Macht der Energiekonzerne – deregulieren, verstaatlichen, entflechten oder rekommunalisieren?"**

Forum VII: **„Energie-Binnenmarkt in Europa – offene Schranken für falsche Strategien"**

Forum VIII: **„Mit atomarer Kraft gegen das Treibhaus?"**

Forum IX: **„Energiepolitik in der „Dritten Welt": Energieexplosion? Selbstbestimmung oder Exportchancen für die 1. Welt?"**

20.00 – 22.00 Uhr **Anti-AKW-Kulturabend:**
Kabarett – Satire – Theater – Musik aus der Anti-Atombewegung (Programm in Planung)

Sonntag, 23. April 1989:

10.00 – 14.00 Uhr **Abschlußveranstaltung:** *„Wie wird die Utopie konkret?"*

Fachmesse *Freitag, 16.00 Uhr bis Sonntag 16.00 Uhr Zahlreiche Hersteller, VertreterInnen alternativer, selbstverwalteter, mittelständischer und einiger Großbetriebe demonstrieren die technischen Möglichkeiten erneuerbarer Energie (Windenergieanlagen, Solarstromeinrichtungen, Sonnenkollektoren u.a.) und der umweltschonenden Nutzung fossiler Energien.*

Kultur- und Begleitprogramm Musik- und Kabarettgruppen, Bergbau-Ausstellung, Filmvorführungen, Theater, DichterInnenlesungen, Malwettbewerb und viele andere Spiele für Kinder.

Vorbereitungsgruppe und Kontaktadressen:
DIE GRÜNEN Bundesgeschäftsstelle, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1, Telefon 0228/692021
DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG, Bundeshaus, 5300 Bonn 1, Telefon 0228/165479

DIE GRÜNEN
Bundesvorstand und Bundestagsfraktion

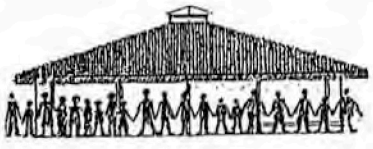
Schwarzes Brett

Volkmarser Sonnentage
Bürgerinitiativen, Grüne und die Stadt Volkmarsen veranstalten vom 9. - 11. Juni die »Volkmarser Sonnentage«. Zu sehen gibts in der nordhessischen Stadt (die vor Jahren mal als WAA-Standort im Gespräch war) Ausstellungen über Alternativ-Energie, ökologischen Landbau u.v.a.m.
Nähere Informationen und Anmeldung bei A. Walprecht, Geilingstr. 13, 3549 Volkmarsen, Tel. 05693/6009.

Leukämie-Todesfälle in Würgassen
Neu aufgelegt wurde jetzt die Studie über Leukämietodesfälle bei Kindern und Jugendlichen in der Umgebung des AKW Würgassen. Autor ist der Kasseler Kinderarzt Matthias Demuth. Gegen 3.50 DM (Vorauskasse, keine Briefmarken) kann die Studie bei der Stattzeitung, Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel, bestellt werden.

Wieder mal: EuKo-Info ...
Der AKU Gronau bittet uns, wieder mal auf das Euko-Info, den Info-Rundbrief der deutsch-niederländischen »Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland« hinzuweisen. Erscheinungsweise: monatlich; Jahresabo: 40.- Mark; Probeheft (ca. 30 Seiten) für zwei Mark.
Bestelladresse: AK Umwelt Gronau, Siedlerweg 7, 4432 Gronau.

Fotos aus Mutlangen
Die Friedens- und Begenungsstätte Mutlangen bietet eine Postkartenserie mit 22 Schwarz-Weiss-Fotos von Aktionen in und um Mutlangen zum Preis von 10.- Mark (+ Versandkosten) an.
Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen, Forststr. 3, 7075 Mutlangen.



Noch mal: Wackersdorf ...
Mit das beste, was zu diesem Thema auf dem Markt ist - die Dokumentation mit dem klangvollen Titel »Die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf«. 192 Seiten, Kartoneinband, Ringbindung, vor allem aber die Darstellung aller wesentlicher Aspekte der WAA in allgemeinverständlicher Form.
Bezug für 15.- Mark über Anti-WAA-Büro, Klosterstr. 2, 8460 Schwandorf, Tel. 09431/1029.

Räte und Repression in Bayern
Ohne die eigene Geschichte zu kennen, kann niemand erfolgreich handeln. Gegnerinnen der repressiven CSU-Politik in Bayern sollten sich an die Menschen erinnern, die schon damals eine andere Republik wollten. Das Buch »Aufstand der Räte« von Michael Seligmann schildert auf 800 Seiten die Geschichte der bayerischen Räterepublik. Wer bis zum 1.4. bestellt, kriegt den Band für 35.- Mark (später dann 48.- DM).
Bestelladresse: Trotzdem-Verlag, Postfach 1159, 7043 Grafenau 1.

Die Chaoten von Wackersdorf ...
sind jetzt endlich zu sehen - in einem Fotoband mit ergänzendem Textteil, herausgegeben von Fotografen der Bildagentur JOKER.
Joker, Stiftsgasse 13, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/653656.

Die Chaoten
Bilder aus Wackersdorf

Fotoband mit ergänzendem Textteil über den Widerstand gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf. Umfang ca. 240 Seiten, Format 21,5 x 30,3.

Energie- und Umweltzentrum Deister
Das Programm 89 des Energie- und Umweltzentrums Deister ist da: Bildungsurlaube, Wochenendseminare, Öko-Workshops u.a.m.
Energie- und Umweltzentrum am Deister e.V., Am Elmschenbruch, 3257 Springe/Eldagsen, Tel. 05044/1880.

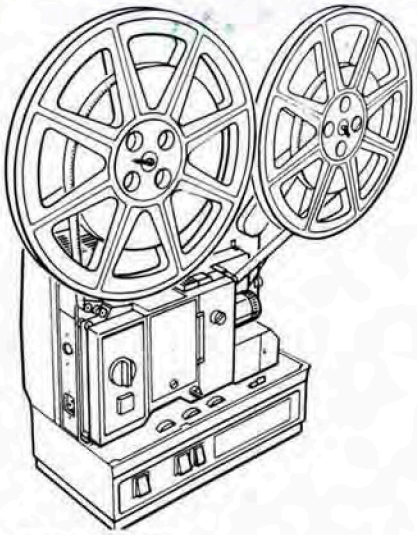
IWF und Weltbank-Widerstand
Es gibt ne Broschüre zu den Münchner Aktionen gegen IWF und Weltbank. Bestandteil ist der Versuch einer Gesamteinschättzung zur Anti-IWF-Kampagne. 36 Seiten A 4, Einzelpreis 3.- Mark, ab 10. Expl. Rabatt.
ZEF, Parlserstr. 7, 8000 München 80.

Sonne, Wind und Wasser
So ist der GRÜNE Energiewendekongress samt Fachmesse überschrieben, der vom 21. bis 23. April in der Europa-Halle zu Castrop-Rauxel über die Bühne gehen wird. Zahlreiche Veranstaltungen, Foren, Podiumsdiskussionen usw. mit Teilnehmerinnen von GRÜNEN, Öko-Instituten, Anti-AKW-Bewegung.
Nähere Infos und Anmeldung bei Karin Leukefeld, Bundesgeschäftsstelle, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/692021.

Informationsdienst AKW Philippsburg
Einen regelmässigen Informationsdienst zu den AKWs in Philippsburg gibt die BI Philippsburg-Waghäusel heraus.
Zu bestellen bei Werner Aust, Egerlandstr. 1, 6838 Reilingen.

Anti-AKW-Materialien aus Kassel
Ein paar Leute aus Kassel haben den Material-Versand des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie übernommen. In einer ersten »Grauen Liste« findet sich eine Übersicht von allen Broschüren, Büchern, Aufklebern, Plakaten usw. die vertrieben werden.
Schnell jene Liste angefordert bei: Graue Liste, Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel, Telefon 0561/775307.

Schwarzes Brett



Filme und Videos
Die Zentral Film GmbH hat ihre neue Film- und Video-Liste vorgelegt - Dokumentar-und Spielfilme zu Fragen der Atomenergie und anderem.
Bestelladresse: Zentral Film, Friedensallee 14 - 16, 2000 Hamburg 50.

Tschernobyl und Wackersdorf
Die Verbindung zwischen dem explodierten Reaktor in der Ukraine und der Grossbaustelle in der Oberpfalz *auf akustische Weise* hat die Network-Medien-Cooperative versucht. Zwei Langzeitstudien über die politische Psychologie von Katastrophenverarbeitung und Konfliktbewältigung in zwei Ton-Cassetten a 60 Minuten für zusammen 26.80 DM.
Network Medien-Cooperative, Hallgartenstr. 69. 6000 Frankfurt 60.

Atommüllblockaden in Lübeck
Vor einem Jahr wurde die Lübecker Walderseekaserne von der Bevölkerung blockiert. Über diese Aktion und die Entwicklung des Widerstandes gegen Atomtransporte hat die LIGA einen Film gedreht: »Fässer ohne Boden«.

THTR-Videofilm
»Graphit« heisst der Videofilm des Dortmunder Medienzentrums, der sich in 55 Minuten und Farbe mit Technik und Problematik des Thorium-Hochtemperatur-Reaktors in Hamm auseinandersetzt und den Widerstand gegen diesen »Reaktortyp der Zukunft« dokumentiert.
Verleih und Vertrieb: DMZ, Bremerstr. 16, 4600 Dortmund 1.

Bedrohte Atmosphäre
Zur Klimagefahr durch fossile Energieträger und Atomenergie gibt der BUND eine umfangreiche Info-Mappe mit dem Titel »Bedrohte Atmosphäre« heraus. Preis: 4.- Mark.
Bestellungen an:
BUND, Rotebühlstr. 86/1, 7000 Stuttgart 1.

Achtung - Anti-AKW-Kalender 1990 ...

Kaum sind die letzten Anti-AKW-Kalender 89 von den Büchertischen und aus den Regalen der gut sortierten Buchhandlungen verschwunden, gehts schon an die Vorbereitung für den nächsten. Das Umweltzentrum Münster, das die Redaktion und Gestaltung des 89er Kalenders übernommen hatte, weist auf das Bestreben hin, diese Tätigkeiten im Wechsel an verschiedene Gruppen zu vergeben (»...auch, damit inhaltlich frischer Wind in den Kalender kommt!«) Die MünsteranerInnen bieten den potentiellen Nachfolgern an, diese in die Arbeit einzuweisen und auch sonst beratend und helfend zur Seite zu stehen. Dazu laden sie zu einem Treffen ein, das am 4. März im Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, zu Münster stattfinden soll, und zwar ab 14.00 Uhr. Anmelden und informieren können sich Interessenten unter selbiger Adresse sowie telefonisch unter 0251/521112. Alle, die sich angesprochen fühlen, meinen die MünsteranerInnen - und die **atom** schliesst sich an - sollen ihrem Herzen einen Stoss geben und überlegen, ob sie es nicht für das nächste Mal übernehmen wollen, den Kalender zu erstellen.
Das Umweltzentrum Münster - da wir gerade dabei sind - hat jüngst zwei Broschüren herausgegeben, auf die hiermit hingewiesen werden soll.
1. Morsche Meiler. Atomkraft in der DDR. Ein Reader zum 3. Ostberliner Ökologie-Seminar. Preis: 4.- DM, ab 5 Expl. 2.50.-
2. Stoppt den HTR-Modul. Info-Broschüre über Technik, Juristisches, Widerstand, Pressespiegel usw. Preis 4.50.-, ab 5 Stk. 3.-
Bestelladresse ist das Umweltzentrum selbst.

Contact Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016